Unter Feuer

Die Konterrevolution in der DDR

Zur Entwicklung
- der Partei,
- der Ökonomie,
- der imperialistischen Strategie und ihrer Bekämpfung

Autoren:
Erich Buchholz, Klaus Eichner, Klaus Hesse, Kurt Gossweiler,
Dieter Itzerott, Hermann Jacobs, Heinz Keßler, Herrmann Leihkauf, Michael Opperskalski

(Hrsg): offensiv

Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek:

***Offen-siv (Hrsg.):* Unter Feuer**

Hannover 2009
Herausgegeben vom „Verein zur Förderung demokratischer Publizistik“ e.V.
Einzelverlag, Offensiv, Frank Flegel
Tel.u-Fax: 0511 – 52 94 782
Mail: redaktion@offen-siv.com

Copyright: Januar 2009, Frank Flegel, Hannover
Alle Rechte vorbehalten
Redaktionelle Betreuung:
Vorstand des „Vereins zur Förderung demokratischer Publizistik“ e.V.
Umschlag: Frank Flegel
Druck: Lange und Haak, Orsingen-Neuzingen
Printed in Germany

ISBN 978-3-00-026316-3

12,00 €

Zur Entstehung dieses Buches....6
Statt einer Einleitung - oder: Was wir verloren haben....9
Hermann Leihkauf: Fakten zu 40 Jahren DDR....9
Vorbemerkung....9
1. Die Entstehung und das Wesen der DDR....10
2. Die DDR, der erste und bisher einzige deutsche Friedensstaat....11
3. Die Grundorientierung auf soziale Gerechtigkeit und soziale Gleichheit....12
4. Das einheitliche sozialistische Bildungssystem....12
5. Die Förderung der Frauen....13
6. Die Grundsätze der Gesundheitspolitik....14
7. Kultur, Sport und Feriengestaltung....15
8. Das Recht auf Wohnraum....16
9. Die Konsumtionsmöglichkeiten der Bevölkerung....17
10. Die Schaffung der materiellen und finanziellen Bedingungen für die Entwicklung der DDR....18
11. Der Außenhandel und die Zahlungsbilanz der DDR....20
12. Zur nationalen Volksarmee....22
13. Zur Staats- und Rechtsordnung....23
14. Die DDR entwickelte sich trotz der sich zuspitzenden System-auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus und der Entfaltung des Kalten Krieges....24
Erich Buchholz: Die sozialistische Verfassung der DDR von 1968....25
Die demokratischste Verfassung, die es jemals in Deutschland gab....25
Unsere Gesetze kamen demokratisch zustande....26
Zur Geschichte....27
Die Spaltung Deutschlands und die erneute Kommunistenverfolgung in Westdeutschland....29
Das westdeutsche Grundgesetz....30
Der Text des Grundgesetzes kam in einer beispiellos undemokratischen Art und Weise zu Stande....32
Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte....34
Die Verfassung der DDR von 1968....36
Hinter dem Gerede von der „Freiheit“ verschwinden die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte....38
Wir treten für eine wirkliche Demokratie ein, in der das Volk wirklich herrscht....39
Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands....45
Dieter Itzerott in Kooperation mit Kurt Gossweiler: Die Entwicklung der SED....45
Einführende Bemerkungen....45
Die Vorgeschichte der SED....47
Die ersten Aufgaben der SED....51
Die Gründung der DDR....53
Schritte zur Entwicklung der SED auf marxistisch-leninistischer Grundlage und der Übergang zum Aufbau des Sozialismus....54

Die II. Parteikonferenz (9.-12. Juli 1952) ... 57
Die Konterrevolution erhebt ihr Haupt: Der 17. Juni 1953 ... 59
Bemerkungen zur Blockpolitik. ... 70
Die erfolgreichen 60er Jahre. ... 71
Die Jugendpolitik der SED ... 73
Die SED und der Revisionismus ... 78
Wie hat die Führung der SED auf den Chrustschow-Revisionismus reagiert? ... 80
Revisionismus und "Neues Ökonomisches System" ... 82
Die SED und der „Eurokommunismus" ... 83
Der Wechsel an der Parteispitze von Walter Ulbricht zu Erich Honecker. ... 84
Probleme der SED vor allem in den 80er Jahren ... 87
Die Konterrevolution siegt ... 91
Heinz Keßler: Die letzten Tage der SED und der Deutschen Demokratischen Republik ... 97
Letzte Beratung des Politisch Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages im September 1989 ... 97
Die Lähmung des Politbüros des ZK der SED ... 99
Verteidigungsminister Keßler wird „weggeschickt" nach Nicaragua und Cuba ... 100
Honeckers Absetzung, mein Parteiausschluss und die erste Inhaftierung ... 101
Meine zweite Inhaftierung, der Prozess und die Verweigerung der Solidarität durch Gorbatschow ... 104
Wir hatten Illusionen gehabt ... 105
Drei Schlussfolgerungen: ... 106
Imperialistische Strategie, Diversion und Revisionismus ... 108
Klaus Eichner: Zur imperialistischen Strategie gegen die sozialistische Staatengemeinschaft im Kalten Krieg ... 108
I. Definition Kalter Krieg ... 108
II. Zur Entstehung des Kalten Krieges ... 109
III. Frühe Kriegsplanungen der USA ... 111
IV. Subversive Angriffe der Geheimdienste und konterrevolutionärer Organisationen gegen die sozialistischen Staaten ... 113
V. Die „Grand Strategy" der Bush-Administration ... 117
VI. Einige Gedanken zum „Ende des Kalten Krieges" ... 120
Michael Opperskalski: Die dialektische Wechselwirkung zwischen Revisionismus und imperialistischer Diversion am Beispiel der DDR ... 125
Besondere Rolle des „Ostbüro" der SPD ... 128
Propaganda als Waffe gegen die DDR ... 130
Sag mir, wer Deine Freunde sind... ... 132
Ordinäre Geheimdienstaktivitäten ... 135
Konterrevolutionärer Putschversuch 1953 ... 137
Zur „Strategie der friedlichen Einmischung" in der DDR ... 141
1987: revisionistische Positionen werden in der DDR offiziell ... 146
Die Kreise schließen sich, das Ende naht ... 149
Die konterrevolutionäre Rolle von *Luch* ... 151

Ökonomie 155
Klaus Hesse: Aufstieg und Niedergang des realen Sozialismus - über ökonomische Ursachen und politische Perspektiven zwischen Revolution und Konterrevolution 155
1. Die UdSSR zwischen NÖP, Industrialisierung, Großem Vaterländischem und Kaltem Krieg - über historische Erfahrungen mit Entwicklungsproblemen des realen Sozialismus in einem Land.....156
2. Reparationen, Aufbau des Sozialismus, Neues Ökonomisches System und Einheit von Wirtschafts- und Sozalpolitik - Vorzüge und Grenzen des realen Sozialismus in den Farben der DDR.....161
3. Die Epoche im Schatten der atomaren Apokalypse - sozialökonomische Dimensionen und Konsequenzen des militärischen Kräfteverhältnisses 168
4. Auch Geschichtsschreibung ist Klassenkampf.....179
5. Einige Anmerkunge zur Organisation „Luch“.....182
6. "...die Aneignung seiner allgemeinen Produktivkraft..." - im Wettkampf der Systeme zwischen wissenschaftlich-technischer Revolution und Kaltem Krieg.....183
Hermann Jacobs: Der Beitrag der DDR zur ökonomischen Theorie und zur ökonomischen Praxis des Sozialismus/Kommunismus.....195
Vorbemerkung 195
1. System-Aussage:.....196
2. Probleme: Festpreise und „gestörte betriebliche Rentabilität“ / Neues Ökonomisches System der DDR / „Löhne nach dem Gewinn“ 197
3. Problem Lohnfrage/Leistungsprinzip im Sozialismus:.....200
4. Grundsätzliche Fragen: 202
Einige Nachbemerkungen zum Streit um die Warenproduktion.....202
Anhang: Die Debatten in der UdSSR und der DDR um die Warenproduktion im Sozialismus – dargelegt anhand der unterschiedlichen Ausgaben der ökonomischen Lehrbücher 205
Die Begründung mit den „zwei Eigentumsformen“ 206
Die Begründung mit der „Bewertung der Arbeit durch Geld“ 209
Die Begründung aus dem „Volkseigentum selbst“.....211
Die Begründung mit der „unreifen unmittelbar gesellschaftlichen Arbeit“ 214
Die Begründung mit der „materiellen Interessiertheit“ 217
Die Begründung mit dem „Leistungstrieb im Sozialismus“.....218
Die Begründung mit dem „ökonomisch selbstständigen Betrieb“ 220
Das Ende 223
Ein – vorläufiges – Schlusswort 225

Zur Entstehung dieses Buches

Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) bat uns im Dezember 2007, für sie eine Zuarbeit zur Frage der Entwicklung und der konterrevolutionären Zerstörung der DDR zu leisten.

Die KKE ist, wenn man sich die Situation der kommunistischen Bewegung in Europa ansieht, den Blick also beispielsweise nach Spanien, Frankreich, Italien, Österreich oder auch auf Deutschland richtet, so etwas wie eine Ausnahmeerscheinung – und dies sowohl im geschichtlichen wie im aktuellen Sinne. Nach dem Sieg der Konterrevolution 1989/90 über den Sozialismus in Europa wurden ja bekanntlich viele Parteien in den Abgrund gerissen. Noch immer herrscht oftmals Verwirrung und noch immer sind vielerorts revisionistische und reformistische Positionen in der Hegemonie. Anders dagegen bei der KKE. Kurz nach der Konterrevolution tauchten zwar auch hier revisionistische Positionen auf, jedoch wurden diese bald überwunden[1]. Die Partei verteidigte das Funda-

---

[1] Bei der weiter unten im Einleitungstext erwähnten „Inhaltskonferenz der Linken“ vom 24. und 25. Januar 1998 in Köln wurde die Genossin Anneke Ioannatou während der Diskussion, die sich unter anderem mit dem Elend in der Kommunistischen Partei Frankreichs beschäftigte, gefragt, wieso die KKE gerettet worden sei. Dieser Terminus: „Die Griechen haben ihre Partei ja gerettet“, war nämlich mehrfach gebraucht worden. Sie antwortete wie folgt:

„Wir haben ein Bündnis gehabt, 1986 und 1987, da waren auch einige frühere Eurokommunisten dabei. Dies Bündnis besteht auch heute (1998) noch weiter, heißt „Koalition“, ist eine bürgerliche Partei, ist für Maastricht. Damals aber - und die Gorbatschow-Geschichte, Sowjetunion ab 1985, das kennen wir auch - hat das alle beeinflusst. Und dann ist von dieser Seite die revisionistische Auffassung und Propaganda immer klarer geworden. Und es hat ideologische Auseinandersetzungen gegeben mit dem Ergebnis, dass 1991 die anderen in unseren Reihen - lasst es mich so sagen - uns zugemutet haben, dass alles eine Partei würde, dieses Bündnis mit Namen „Koalition“, dass man sich dahinein auflösen solle als kommunistische Partei. Da haben sich die meisten Parteimitglieder geweigert und gesagt: Jetzt ist es wirklich klar, dass die ganze von Gorbatschow inszenierte Geschichte in der Sowjetunion überall, international, nur ein Versuch ist, kommunistische Parteien aufzulösen und damit die gesamte kommunistische Bewegung.

Und dann hat sich eine wirkliche Kraft entwickelt. Man wollte darüber diskutieren auf der Ebene des Zentralkomitees im Gebäude der Partei. Das ist ein wirklich großes Gebäude, alle haben gespendet, die Mitglieder haben Geld gegeben, und nach Jahren haben wir ein schönes Gebäude da. Und die Basisorganisationen der Partei, die Arbeiterorganisationen der Partei sind dahin gegangen und haben gerufen, alle zusammen: „Weg mit den Reformisten! Uns gehört die Partei!“ Und sie haben es geschafft, ins Zentralkomitee einzudringen, und die Reformisten sind buchstäblich rausgeschmissen worden.

ment des Marxismus-Leninismus, was wir bei den Parteien anderer europäischer Länder und in ähnlichem Ausmaß nur noch bei der portugiesischen und der belgischen Partei sowie den schwedischen Genossinnen und Genossen bemerken konnten.

Die politische Orientierung, die Kampfkraft und die Erfahrungen der KKE sind ungemein wertvoll und sollten - nicht nur - bei uns wesentlich breiter und genauer zur Kenntnis genommen werde.

Schon seit längerem haben wir gute und kontinuierliche Beziehungen zur KKE. Ihren ersten Ausdruck fanden diese in der Teilnahme der griechischen Genossin Anneke Ioannatou an der im Januar 1998 organisierten „Inhaltskonferenz der Linken" zum Thema „Revisionismus, ´Demokratischer Sozialismus`, Sozialismuskonzeptionen", bei der sie zum Thema „Geschichte und Gegenwart von Revisionismus und ´Demokratischem Sozialismus`" referierte[2]. Vertieft wurden diese Beziehungen dann durch ihre Teilnahme an unserer Konferenz „Imperialismus und anti-imperialistische Kämpfe im 21. Jahrhundert"[3], die wir im Herbst des Jahres 2000 in Berlin durchführten und wo die Genossin Ioannatou zum Thema: „Theorie und Praxis des Aufbaus einer antiimperialistischen, antimonopolistischen, demokratischen Front in Griechenland" sprach. In der Folgezeit haben wir immer wieder Dokumente und Einschätzungen der KKE übersetzt und nachgedruckt, ebenso wie die KKE immer wieder Artikel aus der „offen-siv" bzw. Beiträge von offen-siv-Autoren/innen bei internationalen Konferenzen unter anderem in ihrer Theoriezeitschrift – ins Griechische übersetzt - veröffentlichte.

Anlässlich der politisch-ideologischen Konferenz der KKE im Dezember 2007 in Athen, zu der wir eingeladen waren, kam es zu einem Gespräch zwischen uns und Mitgliedern des Politbüros der KKE. Da die KKE in der Forschung über die Konterrevolution in Europa einen wichtigen Schwerpunkt ihrer ideologischen Grundsatzarbeit sieht, baten

---

So wurde die Partei gerettet von der Basis, von den Leuten, die es früh genug begriffen haben. Und nach dieser Aktion wurde klar, dass 40 Prozent der Mitglieder des Zentralkomitees weggegangen ist oder rausgeworfen wurde. 40 Prozent waren es! Ein paar Monate danach hat es den 14. Parteitag gegeben, wo man ideologisch alles genau diskutiert und eine neue Basis aufgebaut hat und neue Aufgaben verteilt hat – und seitdem ist alles ruhiger geworden. Man könnte sagen, es war ein Saubermachen. So wurde die Partei gerettet. Und das Schöne ist wirklich, dass es von den Parteimitgliedern kam. Das war eine sehr, sehr schöne Szene damals. Das habe ich erlebt." (offen-siv Nr. 3/1998, Dokumentation der Inhaltskonferenz der Linken, Heft 2, Revisionismus, „Demokratischer Sozialismus". Sozialismuskonzeptionen, S. 50f.)

[2] Die Resultate wurden veröffentlicht in: offen-siv Nr. 3/1998, *Dokumentation der Inhaltskonferenz der Linken, Heft 1 und 2, Revisionismus, „Demokratischer Sozialismus". Sozialismuskonzeptionen*. Die Hefte sind leider vergriffen.

[3] Siehe *„Imperialismus und anti-imperialistische Kämpfe im 21. Jahrhundert. Protokollband der gleichnamigen Konferenz vom 28./29. Oktober 2000 in Berlin"*, Hrsg: offen-siv, Hannover 2001. Bezug nur direkt über uns – Adresse: offen-siv, F. Flegel, Egerweg 8. 30559 Hannover, Tel: 0511 – 52 94 782, Mail: redaktion@offen-siv.com

uns die griechischen Genossinnen und Genossen während dieses Gesprächs darum, die Zuarbeit über den Themenkomplex „Konterrevolution in der DDR“ zu übernehmen. Sie sprachen besonders drei Bereiche an: Die Entwicklung der SED, die Ökonomie und die Frage der imperialistischen Bedrohung und ihrer Abwehr. Gleichzeitig haben wir dort verabredet, unsere Ergebnisse sowohl in Griechenland als auch in Deutschland in geeigneter Form zu veröffentlichen.

Inzwischen hat das Projekt konkretere Formen angenommen:

In 2009 wird eine Delegationsreise von mehreren Autoren dieses Buches und einem Mitglied unseres Herausgebergremiums nach Griechenland stattfinden, während der wir die Ergebnisse den Genossinnen und Genossen der KKE übergeben und dort u.a. vor dem ZK präsentieren werden.

Wir freuen uns darüber, unsere Resultate hier in Deutschland in Form dieser Buchveröffentlichung vorlegen zu können. Diese Freude ist doppelt groß, weil wir der KKE diese Arbeit sozusagen zum Geburtstagsgeschenk machen können: Die KKE feierte im November 2008 ihr 90-jähriges Bestehen.

Für die Redaktion offen-siv: Frank Flegel, Hannover

Impressum der Zeitschrift „offen-siv“

Herausgeber: Verein zur Förderung demokratischer Publizistik e.V.
Mitglieder am Tag der Gründung:
Erich Buchholz, Hans Fischer, Frank Flegel, Kurt Gossweiler, Peter Hacks(†), Dieter Hainke, Ingo Höhmann, Anna C. Heinrich, Günther Lange, Michael Opperskalski, Andrea Schön, Hans Schröter(†).

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung und Schreibbüro:
Anna C. Heinrich und Frank Flegel
Druck: Lange und Haak, Orsingen-Neuzingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.
Postadresse: Redaktion Offensiv, Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover, Tel.u.Fax: 0511 – 52 94 782
Mail: redaktion@offen-siv.com
Internet: www. offen-siv. com

Spendenkonto Inland: Konto Frank Flegel, 3090180146 bei der Sparkasse Hannover, BLZ 250 501 80
Ausland: Konto Frank Flegel, Internat. Kontonummer.(IBAN): DE10 2505 0180 0021 8272 49,
Bankidentifikation (BIC): SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv

Freundeskreis offen-siv: A.Vogt, Tel.: 0351-41 79 87 91, Mail: freundeskreis@offen-siv.com

Statt einer Einleitung - oder: Was wir verloren haben

Hermann Leihkauf[4]: Fakten zu 40 Jahren DDR

„Wessen sollen
wir uns rühmen,
wenn nicht der DDR.“
Peter Hacks

Vorbemerkung

Es wird in den folgenden 14 Punkten versucht, makrostrukturell Fakten darzustellen, die für die Deutschen Demokratischen Republik charakteristisch sind. Diese Fakten sollen auch dazu beitragen, das oben angeführte Zitat von Peter Hacks zu begründen. Weitere selektive und vergleichenden Untersuchungen zur DDR sowie das Nachdenken über Alternativen zum gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftssystem in der BRD sollen die Fakten zu „50 Jahre DDR“ unterstützen. Darstellungen der DDR ohne solche Fakten sind unvollständig. Man muß kein Prophet sein, um voraussagen zu können, daß es zu diesen 14 Punkten viele Erwiderungen wie „aber“, „dazu gehört“, „zu einfach“, „es

---

[4] Hermann Leihkauf, geb. 04.02.1928, stammt aus einer Arbeiterfamilie, sein Vater war Schlosser. Im März 1946 wurde er von der Betriebsgruppe der KPD zum ersten Lehrgang für Arbeiter zur Erlangung der Hochschulreife in Vorbereitung auf ein Studium delegiert. (Vorläufer der Arbeiter- und Bauernfakultät). Von November 1946 bis Ende 1949 studierte er an der Universität in Leipzig Volkswirtschaft und Betriebswirtschaft. Er schloss das Studium als Diplom-Betriebswirt ab. Als Mitglied der SED war er während des Lehrgangs und des Studiums in Parteileitungen – insbesondere bei der Propagandaarbeit – aktiv. Von Ende 1949 bis zum 30.06.1990 hat er in einer Vereinigung Volkseigener Betriebe, in einem Ministerium, im ZK der SED und über 30 Jahre in der Staatlichen Plankommission der DDR als Betriebswirt bzw. als Volkwirtschaftsplaner auf dem Gebiet der Konsumgüterindustrie und der Konsumtion der DDR gearbeitet. Er war während dieser Zeit ständig Mitglied von Parteileitungen bzw. Parteisekretär der Grundorganisationen der SED.

Da eine weitere Verwendung für ihn auf wirtschaftlichem Gebiet in Vorbereitung des Anschlusses der DDR an die BRD abgelehnt wurde, bekam er zum 30.06.1990 die Kündigung und war nach Absolvierung einer Warteschleife bis zur Erreichung des Rentenalters im Februar 1993 arbeitslos. Mit der sogenannten „Systementscheidung“ hat die Regierung der BRD für „Systemnahe“ alle selbsterworbenen Rentenansprüche annulliert.

Seit Anfang der neunziger Jahre arbeitet er im Arbeitskreis der „Weißenseer Blätter“ mit.

wurden Fehler gemacht“ u.a. geben wird. Dazu der 1997 verstorbene Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, Georges Marchais: „So viele Fehler können bei der Schaffung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung gar nicht gemacht werden, daß sie für die Menschen ihre Vorzüge gegenüber dem Kapitalismus verliert.“

1. Die Entstehung und das Wesen der DDR

Die DDR war vier Jahrzehnte - von 1949 bis 1989 - der staatliche Rahmen, in dem sich auf einem knappen Drittel des ehemals deutschen Territoriums das Leben von ca. 17 Mio. Einwohner, eines Viertels der Deutschen, antiimperialistisch, antifaschistisch und sozialistisch entwickelte.

Vor allem hat die DDR Millionen Menschen aus der Katastrophe von 1933 bis 1945 in ein neues, friedliches Leben geführt, und zwar in bewußter und radikaler Abrechnung mit der faschistischen und imperialistischen Vergangenheit Deutschlands.

Die Macht der für zwei Weltkriege und für die Errichtung des faschistischen Regimes mit allen seinen Folgen verantwortlichen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Eliten wurde gebrochen, ihre ökonomischen Fundamente beseitigt, das Volk wurde Eigentümer von Produktionsmitteln und von Grund und Boden. Mit Unterstützung und Nutzung von Erfahrungen sowjetischer Berater wurde die Macht sozialistischer Kräfte entfaltet.

Es war ein schwerer, aber erfolgreicher Weg

- von der Bergung der Maschinen aus den vom Faschismus hinterlassenen Trümmern über

- die durch Volksentscheid erfolgte Enteignung der Kriegsverbrecher, der Entmachtung der Junker und Großgrundbesitzer mit der Verwirklichung der Bodenreform, über

- die Gründung der DDR am 07.10.1949,

- die Entwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse und Gestaltung eines gesellschaftlichen Systems des Sozialismus auf der Grundlage der durch Volksentscheid am 09.04.1968 in Kraft getretenen Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik bis zur

- diplomatischen Anerkennung von nahezu allen Staaten und zum Mitglied der Vereinten Nationen.

Die DDR war das Resultat der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, wurde durch sie programmatisch geführt und mit der Unterstützung von Millionen Menschen verwirklicht. Es hätte die DDR ohne das Wirken der SED, der vereinigten Arbeiterpartei aus 620.000 Kommunisten und 680.000 Sozialdemokraten, nicht gegeben. Im Schwur von Kommunisten und Sozialdemokraten in den Konzentrationslagern des faschistischen Deutschen Reiches, den Bruderzwist zu beenden und die Kräfte zum Wohle des Volkes zu vereinen, hatte die SED ihre Wurzeln.

Im Bündnis der Arbeiterklasse mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, den Angehörigen der Intelligenz und den anderen Schichten des Volkes, den anderen Parteien und Massenorganisationen, die in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland ihren organisierten Ausdruck fanden, wurden die Kräfte zum gemeinsamen handeln vereinigt.

Die nach jeweils 4 Jahren - bis 1971 - und dann jeweils nach 5 Jahren unter Beteiligung aller Parteien und gesellschaftlichen Organisationen vom Volk gewählte **Volkskammer** war das oberste staatliche Machtorgan der Deutschen Demokratischen Republik. Sie entschied in ihren Plenarsitzungen über die Grundfragen der Staatspolitik. (500 Volkskammer-Abgeordnete, davon SED 127, Demokratische Bauernpartei Deutschlands 52, CDU 52, LDPD 52, NDPD 52, FDGB 61, Demokratischer Frauenbund Deutschlands 32, FDJ 37, Kulturbund 21, Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe 14).[5]

Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hatte unabhängig von seiner Nationalität, seiner Rasse, seinem weltanschaulichen oder religiösen Bekenntnis, seiner sozialen Herkunft und Stellung die gleichen Rechte und Pflichten.

Die DDR war der internationalen Solidarität verpflichtet. Selbst von den Folgen des verbrecherischen, von den deutschen imperialistischen Kräften entfesselten Krieges schwer getroffen und belastet durch die Reparationen, die sie für Deutschland fast allein bezahlte, stand sie immer an der Seite unterdrückter Völker, wie Korea, Vietnam, Kuba und die um ihre Unabhängigkeit kämpfenden afrikanischen und asiatischen Staaten. Diese Staaten erhielten vielfältige Solidarität, oftmals mehr als es eigentlich die ökonomischen Möglichkeiten der DDR erlaubten.

Die Geschichte der DDR fügte sich zugleich ein in das Ringen um die Überwindung des Kapitalismus und die Herausbildung einer sozialistischen Gesellschaft. Diesem Anliegen war die deutsche Arbeiterbewegung seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verpflichtet.

2. Die DDR, der erste und bisher einzige deutsche Friedensstaat

Die DDR hat in der gesamten Zeit ihres Bestehens wichtige Beiträge zum Frieden, zur Entspannung und zur Verständigung in Europa geleistet.

Sie hatte in ihrer Außenpolitik mit den revanchistischen Traditionen des Deutschen Reiches gebrochen, bekämpfte deren Wiederaufleben in der BRD und arbeitete 40 Jahre erfolgreich dafür, daß von deutschem Boden kein Krieg ausging. Aus heutiger Sicht wird besonders deutlich, daß die Friedenspolitik der DDR, ja schon die bloße Existenz der DDR, sich als Garantie dafür erwies, daß die expansionistische, die Nachkriegsgrenzen in Frage stellende BRD - mit einer in den Traditionen der Naziwehrmacht aufgebauten und befangenen Bundeswehr – sich nicht offen zum Aggressionsstaat mauserte. 40 Jahre konnte sich die BRD an keinem Krieg beteiligen.

---

[5] Mitteilung der zentralen Wahlkommission der DDR vom 09.06.1986

3. Die Grundorientierung auf soziale Gerechtigkeit und soziale Gleichheit

Die antikapitalistische Umwälzung der Eigentumsverhältnisse ermöglichte eine Grundorientierung auf soziale Gerechtigkeit und soziale Gleichheit.

Die sozialen Veränderungen beschränkten sich nicht auf einen Austausch der Machteliten, sondern waren mit dem sozialen Aufstieg von Millionen Arbeitern, Angestellten und Bauern, einer tiefgreifenden sozialen Umschichtung zugunsten der bisher Unterprivilegierten verbunden.

Die Gesellschaft war kinderfreundlich orientiert, die Ausbildung und berufliche Sicherstellung der Jugend war Staatsziel.

Sozialpolitisch und bildungspolitisch gab es 40 Jahre nach Gründung der DDR nahezu Übereinstimmung zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit.

4. Das einheitliche sozialistische Bildungssystem

Die Bildungsstätten standen jedermann offen. Das einheitliche sozialistische Bildungssystem gewährleistete jedem Bürger eine internationalen Ansprüchen genügende kontinuierliche Erziehung, Bildung und Weiterbildung. Es bestand Chancengleichheit und die freie Wahl des Bildungsweges.

In der Deutschen Demokratischen Republik bestand allgemeine zehnjährige Oberschulpflicht, die durch den Besuch der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule zu erfüllen war. Alle Jugendlichen hatten das Recht und die Pflicht, einen Beruf zu erlernen.

Mit der erweiterten polytechnischen Oberschule sicherte der Staat nach dem Leistungsprinzip, den gesellschaftlichen Erfordernissen und unter Berücksichtigung der sozialen Struktur der Bevölkerung den Übergangs zur nächsthöheren Bildungsstufe bis zu den höchsten Bildungsstätten, den Universitäten und Hochschulen. Es bestand Schulgeld- und Lernmittelfreiheit. Es gab Ausbildungsbeihilfen unter Berücksichtigung sozialer Kriterien.

Direktstudenten an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen waren von Studiengebühren befreit. Stipendien und Studienbeihilfen wurden nach sozialen Gesichtspunkten und nach Leistung gewährt.

Es standen nach Altersgruppen (Kinder, Jugendliche und Erwachsene) für alle Bürger Bildungsmöglichkeiten zur Verfügung.

1988/1989 wurden über 764.000[6] Kinder in über 13.000 Einrichtungen der Vorschulerziehung von 73.000 Erziehern betreut. Es wurden über 2 Mio. Schüler in ca. 6.000 allgemeinbildenden und erweiterten polytechnischen Oberschulen von 170.000 Lehrkräften unterrichtet.

Für die Weiterbildung standen 1.000 Berufsschulen, 250 Fachschulen und 53 Universitäten/Hochschulen zur Verfügung.

1949 hatten von den 8,2 Mio. Gesamtbeschäftigten ca. 2,5 Mio. Beschäftigte, gleich 30% eine abgeschlossene berufliche Ausbildung. 1988/89 hatten von 8,9 Mill. Gesamtbeschäftigten 7 Mio. gleich 79,4 % eine abgeschlossene berufliche Ausbildung. Darunter mit Hochschulabschluß 630.000, mit Fachschulabschluß 1,1 Mio., mit Meisterabschluß 330.000 und mit Facharbeiterabschluß 4,8 Mio.

Damit wurde - zum bisher ersten und einzigen Mal in der deutschen Geschichte - das Recht auf Arbeit, Bildung und Ausbildung verwirklicht. Das Recht auf Arbeit war Verfassungsgebot, es gab keine Arbeitslosen.

5. Die Förderung der Frauen

Die Förderung der Frauen, besonders in der beruflichen Qualifizierung, war gesellschaftliche und staatliche Aufgabe.

Zunehmend bis zu 92 % aller Frauen im arbeitsfähigen Alter waren berufstätig. Das war möglich, weil praktisch alle Kinder zwischen drei und sechs Jahren in Kindergärten von Fachkräften gegen ein geringes Entgelt betreut und verpflegt wurden. Die älteren Kinder bis zur vierten Klasse hatten die Möglichkeit, ihre Freizeit in betreuten Kinderhorten zu verbringen. Auch die Kinder bis zu drei Jahren - also im Babyalter - konnten auf Wunsch der Familien tagsüber in Kinderkrippen betreut werden. Diese Maßnahmen hatten neben der finanziellen Unterstützung der Familien mit Kindern (Kredite bei Eheschließung, Kindergeld, Beihilfe bei Geburten u.a.) zur Folge, daß jährlich 230.000 bis 245.000 Säuglinge lebend geboren wurden, d. h. von 1000 Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren wurden 1.735 bis 1.940 Säuglinge lebend geboren. (Fruchtbarkeitskennziffer).

Die in den Jahren 1988/1989 4,2 Millionen weiblichen Beschäftigten machten fast die Hälfte aller Erwerbstätigen aus. 80% davon verfügten über eine abgeschlossene berufliche Ausbildung, darunter 23% - also fast jede vierte weibliche Beschäftigte - über

---

[6] Alle Zahlenangaben, die keine Kennzeichnung haben, sind dem jeweiligen Abschnitt des "Statistischen Jahrbuch der DDR 1989" entnommen bzw. daraus berechnet. Ausgabe Juni 1989. Mit dem Anschluss der DDR hatte das Statistische Bundesamt der BRD das Statistische Amt der DDR übernommen und dessen Arbeitsweise und Datenmaterial einer Tiefenprüfung unterzogen. Sechs Monate später, Mitte April 1991, stellte der damalige Präsident des bundesdeutschen Amtes, Egon Holder, fest, „die DDR-Statistik zeichnete im Wesentlichen die Realität« nach.

einen Hoch- oder Fachschulabschluß. Der Anteil der Frauen und Mädchen von den an Hochschulen Studierenden betrug nahezu 50 %.

Frauen in der DDR besaßen aufgrund ihres eigenen Arbeitseinkommens eine selbständige wirtschaftliche und soziale Position sowohl in der Familie als auch im öffentlichen Leben.

6. Die Grundsätze der Gesundheitspolitik

Die Grundsätze der Gesundheitspolitik waren in der Verfassung der DDR verankert.

Nach Artikel 35 der Verfassung hatte jeder Bürger das Recht auf Schutz seiner Gesundheit und Arbeitskraft.

Auf der Grundlage eines sozialen Versicherungssystems wurden bei Krankheit und Unfällen materielle Sicherheit, unentgeltliche ärztliche Hilfe, Arzneimittel und andere medizinische Leistungen gewährt.

Die Schlüsselaufgabe für das Gesundheitswesen bestand in dem quantitativen und qualitativen Ausbau der medizinischen Betreuung der Bevölkerung in

- der Einheit von medizinischer Prophylaxe, Diagnostik, Therapie und Metaphylaxe sowie

- der aufeinander abgestimmten ambulanten und stationären Betreuung, d.h. der engen Zusammenarbeit von Krankenhaus und Poliklinik.

Die staatliche Trägerschaft für die Einrichtungen des Gesundheitswesens war das feste Bindeglied für die komplexe medizinische Betreuung der Bürger auf allen Ebenen.

Patienten waren bei Inanspruchnahme des Gesundheitswesens der DDR Praxisgebühr, Beteiligung an den Medikamentenkosten oder an den Kosten für Heilbehandlungen u.a. fremd. Unentgeltliche Kurverschickung, auch zu vorbeugenden Zwecken, war Bestandteil des Gesundheitswesens. Es bestand freie Arztwahl, jeder Bürger konnte den Arzt seines Vertrauens wählen.

Aus dem Staatshaushalt wurden sowohl ein großer Teil der Sozialversicherung als auch der Einrichtungen des Gesundheitswesens finanziert.

Es galt gleiches Recht auf gesundheitliche Betreuung, unabhängig von der sozialen Herkunft, der sozialen Lage, der Religionszugehörigkeit oder dem Wohnort.

Es bestand eine vorbeugende Betreuung der Werktätigen in der Produktion durch ein umfangreiches Netz des Betriebsgesundheitswesens.

Im Falle der Invalidität, der Mutterschaft sowie beim Erreichen der Altersgrenze (16 % der Wohnbevölkerung befand sich 1988 im Rentenalter) wurden Leistungen des staatlichen Sozialsystems wirksam.

Im Verlaufe der 40 Jahre DDR erhöhte sich die durchschnittliche Lebenserwartung bei Männern um 6 Jahre und bei Frauen um 8 Jahre.

Zur Realisierung der gesundheitspolitischen Ziele standen 1988 der Bevölkerung 563 Krankenhäuser mit 165.000 Betten, gleich 99,6 Betten pro 10.000 Einwohner, 623 Polikliniken, 41.639 Ärzte (1949 13.222), gleich 1 Arzt pro 400 Einwohner und 12.932 Zahnärzte (1949 7.109), gleich 1 Zahnarzt pro 1.200 Einwohner zur Betreuung zur Verfügung. Es gab 167 Sanatorien, Kur- und Genesungsheime mit 24.000 Betten, davon 18.000 Betten in Sanatorien, 1.955 Feierabend- und Pflegeheime sowie Wohnheime für ältere Bürger mit ca. 200.000 Plätzen.

Das komplexe Zusammenwirken der medizinischen Einrichtungen und Fachrichtungen konnte den Rückstand in der breiten Anwendung hochmoderner Medizintechnik (u.a. Computertomographen, Kernspintomographen, Lithotripter) nicht voll ausgleichen.

7. Kultur, Sport und Feriengestaltung

Alle Bürger hatten das Recht auf Teilnahme am kulturellen Leben. Die Teilnahme der Bürger am kulturellen Leben, an Körperkultur und am Sport sowie die Feriengestaltung wurden durch den Staat und die Gesellschaft allseitig, auch finanziell, gefördert.

U.a. fanden an 200 Theatern bzw. Spielstätten mit ca. 55.000 Sitzplätzen pro Jahr 28.000 Vorstellungen statt. Diese Vorstellungen hatten jährlich 9 bis 10 Mio. Besucher. Die Staatsoper in Berlin mit festem Ensemble, die Felsensteinsche Komische Oper in Berlin und das Schinkelsche Schauspielhaus in Berlin sowie die Semperoper in Dresden genossen Weltruf. Außer dem „Friedrichstadtpalast“, dem modernsten Varietè Europas, gab es Veranstaltungshallen mit mehreren tausend Plätzen und in Berlin den „Palast der Republik“, einem kulturellen Mittelpunkt, der die Volkskammer der DDR, Restaurants, Theatersäle sowie mit dem „Großen Saal“ - die modernste Einrichtung Europas für Großveranstaltungen - beherbergte. Mehrere Sender des Rundfunks strahlten wöchentlich in 1.800 Stunden und das Fernsehen in 177 Stunden, davon 165 Stunden in Farbe, ein politisch und kulturell anspruchsvolles Programm aus. Dazu diente auch der in Berlin im Jahre 1969 in Betrieb genommene - in 53 Monaten errichtete - 368 m hohe Fernsehturm.[7]

Es gab 962 hauptamtlich geleitete Jugendclubeinrichtungen mit jährlich 300.000 Veranstaltungen zu denen 21 Mio. Besucher kamen. In 111 Musikschulen und 95 Musikunterrichtskabinetten wurden jährlich 52.000 Musikschüler ausgebildet. Die über 18000 Bibliotheken hatten einen Bestand von 98 Mio. Büchern. Es gab jährlich ca. 5 Mio. Benutzer, die sich 118 Mio. Bücher ausliehen.

Für 3,7 Mio. Sporttreibende in 11.000 Sportgemeinschaften standen 10.000 Spiel- und Übungsplätze, 330 Stadien, 6.000 Hallen und Säle, darunter 230 Sporthallen mit

[7] Materialien „Touristeninformationen für Berlin“

Zuschauerplätzen, über 700 Schwimmstadien mit Wettkampfanlagen und 200 Hallenschwimmbäder zur Verfügung. In Kinder- und Jugendspartakiaden, die im Kreis-, Bezirks- und Republikmaßstab durchgeführt wurden, konnten Talente gefördert und für den Spitzensport ausgewählt werden. An der Deutschen Hochschule für Körperkultur und Sport in Leipzig wurden sportwissenschaftliche Grundlagen erarbeitet und Trainer ausgebildet. Bei Olympiaden, Welt- und Europameisterschaften gehörten DDR-Sportler zu den Spitzenathleten. Es nahmen 1.883 Sportlerinnen und Sportler an 8 Olympischen Sommerspielen und 440 Sportlerinnen und Sportler an 9 Olympischen Winterspielen teil. Sie gewannen 572 Medaillen, davon 207 in Gold, 192 in Silber und 177 in Bronze. Sie errangen in verschiedenen Sportarten 713 Weltmeister- und 697 Europameistertitel.

Der Zeitpunkt für die Inanspruchnahme des gesetzlich festgelegten Urlaubs konnte individuell festgelegt werden. Hauptträger für die Urlaubsgestaltung waren die Gewerkschaften. 1988 standen dazu 3.695 Urlaubseinrichtungen in den Ferien- gebieten der DDR (Schwerpunkt Ostsee) mit 553.429 Betten zur Verfügung, 5 Mio. Urlaubsreisen mit 64 Mio. Übernachtungen wurden in Anspruch genommen.

Außerdem konnte auf über 500 ausgebauten Campingplätzen Urlaub gemacht werden.

3,5 Mio. Reisen führten ins sozialistische Ausland. (insbesondere in die Sowjetunion, Bulgarien, Ungarn, Tschechoslowakei, Polen, Kuba).

Wegen Devisenknappheit (Mark der DDR war nicht gegen Währungen kapitalistischer Länder umtauschbar) und zur Abwehr der ständigen Abwerbeversuche der BRD von Bürgern der DDR waren Urlaubsreisen in die BRD und andere kapitalistische Länder nur in geringem Maße möglich.

Für die Jugend organisierte „Jugendtourist“ besondere Reisen und Ferienlager.

8. Das Recht auf Wohnraum

Jeder Bürger hatte das Recht auf Wohnraum für sich und seine Familie entsprechend den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und örtlichen Bedingungen.

Der Staat war durch die Verfassung verpflichtet, dieses Recht durch die Förderung des Wohnungsbaus, die Werterhaltung vorhandenen Wohnraumes und die öffentliche Kontrolle über die gerechte Verteilung des Wohnraumes zu verwirklichen. Das Wohnungswesen war dadurch gekennzeichnet, daß die Wohnungsfrage als soziale Aufgabe nahezu gelöst wurde. Es wurden 3,3 Mio. Wohnungen fertiggestellt, darunter 2,1 Mio. Wohnungen in Neubauten. In 15 Jahren wurden für die Schaffung neuer und Rekonstruktion vorhandener Wohnungen 300 Mrd. Mark investiert. Die Bevölkerung verfügte über 451 Mio. qm Wohnfläche, was 27 qm pro Einwohner entsprach. Ein Grundprinzip blieb die Beibehaltung der Mieten auf dem Niveau der Stoppreise von 1944. Vom berechneten Aufwand für die Bewirtschaftung und Erhaltung von einem qm des volkseigenen Wohnungsbestandes in Höhe von 3 Mark wurden vom Bürger 1 Mark und aus dem Staatshaushalt 2 Mark bezahlt. Eine Dreizimmer-Neubauwohnung einschließlich Warm-

wasser und Heizung in einem Wohnungsneubau war mit einem Mietaufwand von 110-150 Mark verbunden. Die Subventionen für Wohnungsmieten betrugen rd. 8 Mrd. Mark.

Durch die Konzentration auf Neubauten traten Rückstände bei der Rekonstruktion vorhandener Wohnungen ein.

Es gab keine Obdachlosen.

9. Die Konsumtionsmöglichkeiten der Bevölkerung

Mit den auf der Grundlage des Leistungsprinzips steigenden Einkommen der Bevölkerung und mit einer vom Staat kontrollierten Preispolitik für Erzeugnisse des Grundbedarfs wurden die individuellen Konsumtionsmöglichkeiten der Bevölkerung planmäßig und kontinuierlich verbessert.

Die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung stiegen von 24,5 Mrd. Mark 1949 auf 165 Mrd. Mark im Jahre 1988. Es wurden zur materiellen Deckung dieser kauffähigen Nachfrage fast ausschließlich aus der eigenen Produktion Lebensmittel und industrielle Konsumgüter sowie Dienstleistungen bereitgestellt. Der Einzelhandelsumsatz stieg von 13,8 Mrd. Mark im Jahre 1949 auf 128 Mrd. Mark im Jahre 1988. (61,4 Mrd. Mark Nahrungs- und Genußmittel, 65,15 Mrd. Mark Industriewaren, davon 16,3 Mrd. Mark Textilien und Bekleidung und 4 Mrd. Mark Schuhe).

Der im internationalen Vergleich hohe Verbrauch an Lebensmitteln pro Kopf der Bevölkerung betrug 1988:

Fleisch- und Fleischerzeugnisse	100,2 kg
Fisch- und Fischerzeugnisse	7,8 kg
Eier	305 St.
Nahrungsfette	25,6 kg
darunter Butter	14,9 kg
Trinkmilch	111 Ltr.
Käse	8,3 kg
Brotgetreidemehl	94,1 kg
Gemüse	92,3 kg
Zucker und Zuckererzeugnisse	39,1 kg
Südfrüchte	16,1 kg

Prinzip blieb bis zum Ende der DDR die Beibehaltung der Preise für den Grundbedarf der Bevölkerung auf dem Niveau der Stoppreise von 1944 oder sogar von 1936. Bei Grundnahrungsmitteln entfielen auf 100 Mark Einzelhandelsverkaufspreise 30 Mark an Stützungen aus dem Staatshaushalt.

Die Sicherung stabiler Preise für Waren des Grundbedarfs, Tarife und Dienstleistungen für die Bevölkerung ermöglichte den Verbrauch wichtiger Lebensmittel durch alle Einkommensgruppen und erforderte Subventionen aus dem Staatshaushalt 1988 in Höhe von 49,8 Mrd. Mark.

Es gab auf Grund der niedrigen Preise auch Erscheinungen von Verschwendung (Backwaren, Nährmittel) und Mitnahmeeffekte durch Bürger anderer Staaten insbes. aus der BRD und Westberlin. (Grundnahrungsmittel, Kinderartikel, Dienstleistungen).

Der Verbrauch industrieller Konsumgüter pro 100 Haushalte betrug:

Personenkraftwagen	54,7 St.
Haushaltkälteschränke	159,6 St.
Haushaltswaschmaschinen	107,3 St.
Fernsehgeräte	125,2 St.
darunter Farbfernsehgeräte	95,7 St.
Rundfunkgeräte	99 St.

Nachholebedarf bestand bei Personenkraftwagen und Konsumgütern auf der Basis mikroelektronischer Bauteile.

Aufgrund der Subventionen für alle Waren und Leistungen des Grundbedarfs - etwa 80 % der Warenkäufe, Verkehrsleistungen (Eine U-Bahn-, Straßenbahn- oder S-Bahnfahrt beliebiger Länge kostete in Berlin ständig 20 Pfennige) und Mieten - entstand eine „zweite Lohntüte“ in Höhe von monatlich ca. 800 Mark je Arbeitnehmerhaushalt.

Die Zuwendungen für die Bevölkerung aus dem Staatshaushalt im Jahre 1988 für Bildung, Wohnung, Gesundheit, Kultur, Sport, Erholungswesen und Subventionen betrugen 110,7 Mrd. Mark und hatten einen Anteil an den Ausgaben des Staatshaushaltes von 41 %.

Obwohl nach internationalen Maßstäben ein hoher Verbrauch an Erzeugnissen des Grundbedarfs erreicht wurde und es keine Armut (Bettler, Obdachlose) gab, traten Mangelerscheinungen auf. Der Anteil, der von den Geldeinnahmen der Bevölkerung für Warenkäufe ausgegeben werden konnte, war hoch, da die soziale Sicherheit eine niedrige Sparquote ermöglichte (5% bis 7%) und durch Subventionen die Preise niedrig gehalten wurden. Der kauffähigen Nachfrage standen deshalb nicht immer gewünschte Warenfonds gegenüber. Um dem zu begegnen und für Bürger einen Ausgleich zu schaffen, die nicht gegen Devisen im Intershop einkaufen konnten, wurden für ausgewählte Bekleidungserzeugnisse und Schuhe eine Handelssäule Exquisit und für besondere Genußmittel eine Handelssäule Delikat eingerichtet. Der Umsatz dieser Handelssäulen erreichte 9 Mrd. Mark. Die für den anderen sozialistischen Handel geltenden Preisbindungen wurden in diesen Handelssäulen nicht angewandt.

10. Die Schaffung der materiellen und finanziellen Bedingungen für die Entwicklung der DDR

Durch ständig steigende Leistungen der Volkswirtschaft wurden die materiellen und finanziellen Bedingungen für die Entwicklung der DDR - wie in den Punkten 1 bis 9 dargestellt - geschaffen.

Der Wettbewerb zwischen Arbeitern, Kollektiven und volkseigenen Betrieben trat an die Stelle der kapitalistischen Profitwirtschaft. Es wurde die Verwirklichung des sozialistischen Prinzips angestrebt: „Jeder arbeitet nach seinen Fähigkeiten, jeder wird nach seiner Leistung entlohnt“.

Die Volkswirtschaft war sozialistische Planwirtschaft und diente der ständig besseren Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bürger. Die hohe Qualifikation der Beschäftigten war wesentliche Voraussetzung für die Leistungssteigerung. Von 1000 Beschäftigten in der Wirtschaft hatten 900 eine abgeschlossene Berufsausbildung, 630.000 Beschäftigte mit Hochschulabschluß arbeiteten unmittelbar in der Wirtschaft und in Instituten.

10.1. Es mußten ökonomische Grundprobleme gelöst werden.

1949 war die Volkswirtschaft der DDR auf Grund der durch den amerikanischen und westdeutschen Imperialismus herbeigeführten Teilung Deutschlands im Prinzip ohne Grundstoffindustrie. Die DDR war u.a. gezwungen, der weltgrößte Braunkohlenproduzent zu werden. (1985 beispielsweise förderte die DDR 311 Millionen Tonnen Rohbraunkohle, die 20% Sand und 60 % Wasser enthielt. Mit Braunkohle mußten 70 bis 75% des gesamten Primärenergiebedarfs der DDR gedeckt werden. Dieser unwahrscheinlich hohe Anteil eines energetisch und ökologisch problematischen Energieträgers ergab sich daraus, daß die DDR aus eigenen natürlichen Ressourcen über nichts anderes verfügte.) Es mußten u.a. Fabriken für die Roheisen- und Stahlproduktion, für die Buntmetallurgie und für die Herstellung von Grundprodukten der chemischen Industrie gebaut werden.

Die vorhandenen Grundmittel auf dem Territorium der DDR hatten 1949 einen Wert von 266 Mrd. Mark, für die produktiven Bereiche 119,4 Mrd. Mark. Infolge von Investitionen, insbesondere in der Industrie, hatte der Grundmittelbestand im Jahre 1988 einen Wert von 1.800 Mrd. Mark, und für die produktiven Bereiche 1.200 Mrd. Mark.

Im Zusammenhang mit Entscheidungen zur Struktur der Volkswirtschaft und zur Sozialpolitik wurde in den 70er und 80er Jahren ein erhöhter Verschleißgrad bei Teilen der Grundmittel in Kauf genommen, der Produktivitätsverluste verursachte.

1988 wurden in der DDR u.a. erzeugt: 118.328 GWh Elektroenergie, 4,7 Mio. t Benzin, 6,3 Mio. t Dieselkraftstoff, 3,5 Mio. t Kali, 2,7 Mio. t Roheisen, 8,1 Mio. t Rohstahl. Der Maschinenbau und die Elektroindustrie fertigten u.a für 1,9 Mrd. Mark Anlagen für die chemische Verfahrenstechnik, für 3 Mrd. Mark spanabhebende Werkzeugmaschinen, für 2 Mrd. Mark kältetechnische Ausrüstungen, für 5,1 Mrd. Mark Landmaschinen, für 1,5 Mrd. Mark Hochseeschiffe, für 2,7 Mrd. Mark Maschinen für die Lebens-, Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie, 1.500 Eisenbahnpersonenwagen, 7.515 MW Wechselstrommotore, für 3,4 Mrd. Mark Kabel und Leitungen, für 7 Mrd. Mark Bauelemente der Elektronik, für 2,9 Mrd. Mark Regelungs- und Steuergeräte, 3,3 Mio. Stück Armbanduhren. Es wurden u.a in der Leichtindustrie produziert 1,2 Mrd. qm Gewebe, für 1,6 Mrd. Mark Herrenoberbekleidung, für 1,3 Mrd. Mark Damenoberbekleidung, für 1,1 Mrd. Mark Haushaltswäsche, 91 Mio. Paar Schuhe.

10.2. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln wurde voll aus der eigenen landwirtschaftlichen Produktion gedeckt.

6 Mio. ha landwirtschaftliche Nutzfläche wurden überwiegend von 463 Staatsgütern und 3.855 Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften mit 918.261 Mitgliedern bewirtschaftet.

94 % der LPG-Mitglieder hatten eine abgeschlossene Berufsausbildung, darunter 77.000 mit Hoch- und Fachschulabschluß. 1988 besaßen 89 % der in der Landwirtschaft arbeitenden Frauen eine abgeschlossene berufliche Ausbildung, darunter 12 % einen Hoch- oder Fachschulabschluß.

Es befanden sich u.a. in der Landwirtschaft im Einsatz: 167.500 Traktoren, 60.000 Lastkraftwagen, 300.000 Anhänger für Traktoren und Lastkraftwagen, 18.000 Mähdrescher, 8.000 Kartoffelsammelroder. Es gab 157.000 Rinderplätze und 185.000 Schweinemastplätze. Für Düngung und Schädlingsbekämpfung standen 264 Agrochemische Zentren zur Verfügung.

Der Erntereinertrag betrug u.a. 9-11 Mio. t Getreide, 11-12 Mio. t Kartoffeln, 4,6 Mio. t Zuckerrüben, 1,2 Mio. t Gemüse und 1 Mio. t Obst. Zum Viehbestand gehörten 5,7 Mio. Rinder, 12,4 Mio. Schweine und 2,6 Mio. Schafe. Das Schlachtviehaufkommen (Lebendmasse) betrug 2,8 Mio. t, Kuhmilch wurden 8 Mio. t und Eier wurden 5,7 Mrd. St. produziert.

Für die Materialversorgung der Volkswirtschaft wurden in Forsten ca. 10 Mio. cbm Rohholz eingeschlagen.

10.3. Das gesellschaftliche Gesamtprodukt erhöhte sich in den 40 Jahren der Existenz der DDR um das 16-fache.

Wertmäßig insgesamt (gesellschaftliches Gesamtprodukt) erhöhte sich die Produktion der Volkswirtschaft von 51,5 Mrd. Mark im Jahre 1949 auf 811 Mrd. Mark im Jahre 1988.

Mit der Zunahme der Effektivität der Produktion stieg ständig das Nationaleinkommen, d.h. der neu geschaffene Wert als Voraussetzung für die gesellschaftliche Entwicklung, für die einfache und erweiterte Reproduktion der Volkswirtschaft im Sinne der Punkte 1 bis 10.2. Das Nationaleinkommen erhöhte sich von 24,5 Mrd. Mark im Jahre 1949 auf 268 Mrd. Mark im Jahre 1988. Es resultiert zu 96% aus der Arbeit der volkseigenen Wirtschaft und stand vollständig für die Entwicklung der volkseigenen Betriebe und für die Entfaltung der sozialistischen Sozialpolitik zur Verfügung. Die private Aneignung von Gewinnen war nahezu ausgeschlossen.

11. Der Außenhandel und die Zahlungsbilanz der DDR

Zur Sicherung der für die einfache und erweiterte Reproduktion der Volkswirtschaft erforderlichen materiellen Struktur mußten ca. 50% des produzierten Nationaleinkommens über den Außenhandel ausgetauscht werden.

Die DDR war deshalb ein außenhandelsintensives Land. Im Jahre 1988 betrug der Außenhandelsumsatz 177,3 Mrd. Valuta-Mark. Hauptteil war der langfristig vertraglich gebundene Außenhandel mit den im Rate für gegenseitige Wirtschaftshilfe verbundenen sozialistischen Ländern. Der Anteil des Handels mit diesen Ländern betrug 122,5 Mrd. Valuta-Mark, das entsprach 69% des gesamten Umsatzes. Der Anteil vertraglich spezialisierter Erzeugnisse an den Ausfuhren in die RGW-Länder betrug dabei 42%. Schwerpunkt war der Außenhandel mit der UdSSR, der 1988 einen Wert von 66,5 Mrd. Valuta-Mark erreichte. Von großem volkswirtschaftlichen Gewicht für die DDR waren die Rohstofflieferungen der UdSSR, darunter 17 Mio. t Erdöl, 7 Mrd. cbm Erdgas, 1 Mio. t Schwarzmetallerze, 300.000 t phosphorhaltige Rohstoffe, 1 Mio. cbm Schnittholz oder 85.000 t Baumwolle. Überwiegend wurden diese Rohstofflieferungen von der DDR mit Fertigerzeugnissen bezahlt, wobei der Anteil vertraglich spezialisierter Erzeugnisse an den Ausfuhren in die UdSSR 49% betrug.

Mit kapitalistischen Ländern wurden Waren im Werte von 48,8 Mrd. Valuta-Mark ausgetauscht.

Eine Besonderheit im Außenhandel der DDR stellte der Bereich Kommerzielle Koordinierung (KOKO) dar. Diesem Bereich oblag die Aufgabe, Vorteile für die DDR zu nutzen, die sich daraus ergaben, daß die BRD im Außenhandel die DDR nicht als Ausland betrachtete (indirekte EWG-Mitgliedschaft), Ausrüstungen und Materialien zu beschaffen, die auf den Embargolisten der kapitalistischen Länder standen. Es wurden außerdem in diesem Bereich die Devisen konzentriert, die der DDR aus Verträgen zustanden (z.B. Zahlungen der BRD für die Benutzung sowie den Ausbau der Autobahn) und in Intershopläden eingenommen wurden. Aus diesen Einnahmen und Geschäften wurden jährlich bis zu 2 Mrd. Valuta-Mark der Zahlungsbilanz der DDR zugeführt.

Sowohl gegenüber den sozialistischen Ländern wie auch gegenüber den kapitalistischen Ländern war die DDR bis 1989 in der Lage, alle Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen.

Zu den Zahlungsverpflichtungen und Zahlungsbilanzen der DDR führte die Deutsche Bundesbank[8] umfangreiche Untersuchungen durch und veröffentlichte dazu im Jahre 1999 einen Bericht. Es wird darin festgestellt, daß die DDR im Jahre 1989 Guthaben in sozialistischen Ländern in Höhe von 3,6 Mrd. DM und eine Netto-Verschuldung (Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten) gegenüber kapitalistischen Ländern in Höhe von 19,9 Mrd. DM hatte. Die 1989 aus der Netto-Verschuldung gegenüber kapitalistischen Ländern resultierende Zinsbelastung betrug 2,2 Mrd. DM, wofür 13 % des Exportes erforderlich waren. Im Bericht der Bundesbank heißt es: „Für die Verantwortlichen stellte sich diese Entwicklung freilich erheblich bedrohlicher dar, da ihnen überhöhte Zahlen der Verschuldung und des Schuldendienstes vorgelegt wurden.“ (In Dokumenten für die Führung der DDR wurde 1989 eine Netto-Verschuldung gegenüber kapitalistischen

[8] Deutsche Bundesbank, „Zahlungsbilanzen der ehemaligen DDR 1975 bis 1989“, August 1999

Ländern in Höhe von 49 Mrd. DM ausgewiesen, woraus erhebliche Zahlungsprobleme und die Notwendigkeit der Senkung des Lebensstandards abgeleitet wurden.)

Die DDR erfüllte gegenüber ihren Bürgern alle Zahlungsverpflichtungen in Mark der DDR. Das Staatsvermögen der DDR machte ein Mehrfaches des Kreditbestandes der Banken der DDR, der Inlandsverschuldung (fälschlicherweise als „Altschulden“ bezeichnet), aus.

12. Zur nationalen Volksarmee

Dem Schutz der DDR diente die Nationale Volksarmee. Die Streitkräfte hatten umfassend und radikal mit den Traditionen der kaiserlichen Aggressionsarmee, der reaktionären, profaschistischen Reichswehr der Weimarer Republik und der Naziwehrmacht gebrochen.

Die Personalstärke der voll einsatzfähigen Nationalen Volksarmee[9] betrug im März 1990 135.000 Armeeangehörige, dazu kamen Reservisten. Die Landstreitkräfte stellten das größte Kontingent, gefolgt von den Luftstreitkräften und der Volksmarine. Ausgerüstet war die NVA 1989 mit sowjetischen Waffen der zweiten Generation; über Atomwaffen verfügte sie nicht.

Als Mitglied des Warschauer Paktes, der vereinigten Streitkräfte der sozialistischen Länder, war die NVA modern ausgerüstet. [10] Zu den Ausrüstungen zählten u.a. 80 Startrampen für Boden-Boden-Raketen mit einer Reichweite bis zu 65 km bzw. 300 km, 486 Kampf- und Übungskampfflugzeuge - MiG21,23,29,Su22 -, darunter 24 Kampfflugzeuge MIG-29, 126 Transporthubschrauber, zwei modernste Transportflugzeuge TU 154, 79 Kampfschiffe, darunter 21 Minensuch- und -räumschiffe sowie zwölf Landungsschiffe, 2.570 Kampfpanzer - T55,T72 -, 6.440 gepanzerte Gefechtsfahrzeuge - SPW40,60,70,BMP1,2 -, 2.390 Artilleriesysteme, darunter 735 über 100 mm. In der Rechtsträgerschaft der NVA befanden sich 248.000 ha Land mit 2.100 Liegenschaften.

Die Ausrüstungen und Liegenschaften der Nationalen Volksarmee gehörten zum Staatsvermögen der DDR.

Insgesamt betrug der Wert des Sachvermögens der ca. NVA 200 Mrd. Mark. Dazu kommt der Wert der Hafenanlagen der Volksmarine, Flugplätze, Werkstätten, stationäre Nachrichtenanlagen, stationäre Medizintechnik und andere stationäre Einrichtungen. Baulichkeiten, die sich in einem befriedigendem und gutem Zustand befanden, hatten einen Wert von 27 Mrd. Mark.

---

[9] Theodor Hoffmann, „Das letzte Kommando“, S.320/321

[10] S. Wenzel, „Was war die DDR Wert?, S. 175/176, Deutscher Bundestag, Drucksache 13/9357 v.02.12.1997,

Die Nationalen Volksarmee der DDR war in der deutschen Geschichte die einzige Armee, die an keinem Krieg beteiligt war.

Ordnung und Sicherheit an den Grenzen der DDR hatten die Grenztruppen zu gewährleisten.

13. Zur Staats- und Rechtsordnung

Die Staats- und Rechtsordnung waren grundlegende Garantie für die Einhaltung und die Verwirklichung der Verfassung im Geiste der Gerechtigkeit, Gleichheit, Brüderlichkeit und Menschlichkeit.

Die Rechtspflege diente der Durchführung der sozialistischen Gesetzlichkeit, dem Schutz und der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Staats- und Gesellschaftsordnung.

Die allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts über die Bestrafung von Verbrechen gegen den Frieden, gegen die Menschlichkeit und von Kriegsverbrechen waren unmittelbar geltendes Recht. Verbrechen dieser Art unterlagen nicht der Verjährung.

Die Rechtsprechung wurde in der durch das Oberste Gericht, die Bezirksgerichte, die Kreisgerichte und die gesellschaftlichen Gerichte im Rahmen der ihnen durch Gesetz übertragenen Aufgaben ausgeübt. In Militärstrafsachen übte das Oberste Gericht, die Militärobergerichte und die Militärgerichte die Rechtsprechung aus. Das Oberste Gericht war das höchste Organ der Rechtsprechung.

Auf der Grundlage der Verfassung wurden die Normen des gesellschaftlichen Lebens maßgeblich bestimmt durch das Zivilgesetzbuch, das Strafgesetzbuch, die Strafprozessordnung und das Arbeitsgesetzbuch.

Das Zivilgesetzbuch beinhaltete die Grundsätze des sozialistischen Zivilrechts, Regelungen über das sozialistische und das persönliche Eigentum, Normen zu Verträgen zur Gestaltung des materiellen und kulturellen Lebens, Vorschriften zur Nutzung von Grundstücken und Gebäuden zum Wohnen und zur Erholung, Festlegungen zum Schutz des Lebens, der Gesundheit und des Eigentums vor Schadenszufügung, Regelungen zum Erbrecht und besondere Bestimmungen über einzelne Zivilrechtsverhältnisse.

Das in der DDR gesetzlich verbriefte Recht auf Arbeit und seine Ausgestaltung waren durch das Arbeitsgesetzbuch zu sichern. Die Regelungen des Arbeitsgesetzbuches sollten bewirken, daß durch aktive staatliche Beschäftigungspolitik und Wahrnehmung der Verantwortung der Unternehmen und Kommunen eine Vollbeschäftigung aller arbeitsfähigen Bürgerinnen und Bürger verwirklicht wird.

Der Volkspolizei oblag die Aufgabe, von der Allgemeinheit und dem Einzelnen Gefahren abzuwehren sowie Straftaten zu verfolgen.

Der äußeren und inneren Sicherheit der DDR hatte der Staatssicherheitsdienst zu dienen. Das betraf insbesondere den Schutz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung,

die Abwehr der gegen die DDR gerichteten Diversions- und Agententätigkeit und die Nachrichtenbeschaffung aus dem Ausland.

Ein verhältnismäßig großer Einsatz an Kräften war notwendig, um den ständigen Bemühungen westdeutscher Geheimdienste und der Dienste anderer Länder, in die DDR einzudringen, zu begegnen.

14. Die DDR entwickelte sich trotz der sich zuspitzenden Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus und der Entfaltung des Kalten Krieges.

Verflochten war die Geschichte der DDR mit der des anderen deutschen Staates, der kapitalistischen Bundesrepublik. Dieses Verhältnis war die schwerwiegendste äußere Belastung der DDR, verbunden mit enormen inneren Rückwirkungen infolge der annexionistischen Grundposition der BRD. (Hallsteindoktrin – Alleinvertretungsanspruch, Embargolisten, Wandel durch Annäherung). Bereits m vierten Jahr ihres Bestehens - 1953 – nutzten die revanchistischen Kräfte der BRD eine durch Fehler in der Arbeitsnormenpolitik entstandene Unzufriedenheit bei Teilen der Werktätigen zu einem Versuch, die DDR zu beseitigen. Durch Anstrengungen des bewussten Teils der Arbeiterklasse und mit aktiver Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht wurde das vereitelt.

1961 war es notwendig, die Grenze zwischen der Hauptstadt der DDR, Berlin, zu Westberlin abzuriegeln, um die zur Kriegsgefahr gewordene subversive Tätigkeit von Westberlin aus gegen die DDR zu erschweren und das Abwerben auf Kosten der Werktätigen der DDR ausgebildete Ärzte, Naturwissenschaftler und Facharbeiter zu verhindern. Trotz entstandener Härten für Familien in Berlin wurde diese Maßnahme von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt. Das zeigte sich bei der Mitwirkung des von der SED organisierten Produktionsaufgebotes. Es wurde 1961 dazu aufgerufen, mit dem gleichen Lohn die Produktion zu erhöhen, um mitzuhelfen, die durch die offene Grenze entstandenen Schäden auszugleichen. Ohne gesellschaftliche Spannungen stieg gegenüber 1961 im Jahre 1962 die Arbeitsproduktivität auf 109,5%, die Produktion auf 106,1% und der Lohn erhöhte sich nur auf 101%. Die Herausbildung dieser Proportionen war eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung der DDR in den 60iger Jahren.

Es ist offensichtlich, daß

- die DDR viel mehr war als „eine Fußnote“ der Geschichte,
- die DDR nicht spurlos in der Geschichte versunken ist und
- die Hoffnungen der herrschenden Klasse der Bundesrepublik, sie als „Irrweg“ und „Fremdkörper“ in der deutschen Geschichte zu „entsorgen“, sich nicht erfüllen.

Hermann Leihkauf, Berlin

Erich Buchholz[11]: Die sozialistische Verfassung der DDR von 1968

Vor etwas mehr als 40 Jahren, am 6. April 1968, wurde die sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik durch Volksentscheid angenommen. War die DDR die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung, so war diese Verfassung ein Höhepunkt in der politischen Entwicklung der DDR, als Jurist meine ich sogar der Höhepunkt. Diese Verfassung war in wahrhaft demokratischer Weise zu Stande gekommen. Es war eine Verfassung des Volkes der DDR und für das Volk.

Die demokratischste Verfassung, die es jemals in Deutschland gab

Über Monate wurde der Entwurf in der Öffentlichkeit diskutiert. Alle Haushalte erhielten den Text des Entwurfes. In zahlreichen Versammlungen in Betrieben, in Wohngebieten und in den Gemeinden und auf Konferenzen von Bürgervertretern wurde der Entwurf erörtert, ebenso in den Medien. Elf Millionen Bürger hatten in einer sich über Monate erstreckenden Volksaussprache ihre Erfahrungen und Meinungen ausgetauscht und viele Änderungsvorschläge zum Text der Verfassung gemacht. Bei der Kommission zur Ausarbeitung einer sozialistischen Verfassung waren 12.454 Vorschläge eingegangen. Aufgrund dieser wurden 118 Änderungen am Entwurf vorgenommen, an der Präambel und an 55 Artikeln.

Neben anderem wurde vorgeschlagen – woran zu erinnern besondere Veranlassung besteht -, die Unantastbarkeit des Staatsgebietes der DDR verfassungsrechtlich zu ver-

---

[11] Erich Buchholz, Jahrgang 1927, ist 1946 - unmittelbar nach dem Zusammenschluss von KPD und SPD zur SED - in die SED eingetreten und hatte im Laufe der Jahre unterschiedliche, aber wenig spektakuläre Perteifunktionen zu erfüllen.

Erich Buchholz war lange Jahre Ordinarius für Strafrecht an der Humboldt-Universität in Berlin (DDR). Er hatte verschiedene Funktionen an der Universität inne, so war er Dekan und hatte den Vorsitz eines Beirates inne, der für die juristische Ausbildung in der DDR federführend war. In seiner Funktion als `Strafrechtler´ hat er an vielen internationalen Veranstaltungen und Konferenzen teilgenommen - z.T. wissenschaftlicher Art, z.T. im Auftrag der DDR-Regierung oder der UNO.

Seit der Konterrevolution ist er als Anwalt in der Strafverteidigung tätig.

Nach dem Ende der SED blieb Erich Buchholz in der PDS und ist heute, nach deren Wandel zur Partei „Die Linke“, dort Mitglied.

ankern. So haben die Bürger der DDR ihren Grenzsoldaten im Art. 7 den Verfassungsauftrag erteilt, die Staatsgrenze der DDR zuverlässig zu schützen. Weil die Grenzsoldaten diesen Auftrag ihrer Verfassung erfüllten, wurden sie durch die bundesdeutsche Strafjustiz wider Recht und Gesetz verurteilt. In diesen Urteilen, bis zu dem des Bundesverfassungsgerichts, wurde dieser den DDR-Grenztruppen durch ihre Bürger erteilte Verfassungsauftrag missachtet und ausgeblendet. Es durfte ihn nicht gegeben haben – so wie es die DDR überhaupt nicht gegeben haben sollte!

Von 12.208 986 stimmberechtigten Bürgern hatten 11.536 803 zugestimmt, das waren 94,49%.

Auch wenn man sich von Zahlen und Prozenten nicht berauschen lassen soll, ist unbestreitbar: Die Bürger der DDR gaben dieser Verfassung ihre Zustimmung. Damit gaben sie ihr Ja-Wort auch der Politik der Regierung der DDR und ihrer führenden Kraft, der SED. Selbst westliche Beobachter und Journalisten mussten einräumen, dass nach dem 13.8.1961 in den sechziger Jahre und bis in die achtziger Jahre hinein die überwiegende Mehrzahl der DDR-Bürger zu ihrer Regierung standen, dass sie, wie westliche Journalisten es formulierten, „sich mit ihrer Regierung arrangiert“ hätten.

Wie viel Bundesbürger stehen heutzutage und seit vielen Jahren zu ihrer Bundesregierung?

Unsere Verfassung von 1968 als die eines sozialistischen Staates hat sich – auch in ihrer 1974 geänderten Fassung - über Jahrzehnte bewährt.

Am 17. Juni 1990 – dieses Datum wollen wir uns merken - wurde diese von den Bürgern der DDR durch Volksentscheid angenommene Verfassung von der buchstäblich allerletzten Noch-Volkskammer mit einem Federstrich aufgehoben. Sie wurde durch dem westdeutschen Staatsrecht entlehnte allgemeine Grundsätze eines „freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates“ ersetzt. War das nicht Verfassungshochverrat? Jedenfalls war es das verfassungsrechtliche Ende der DDR. Zwei Wochen später wurde die DDR ihrer Währungshoheit beraubt. Die westdeutschen Kapitalisten konnten ungehindert die DDR mit ihren Waren über-schwemmen und die DDR-Bürger auf alle mögliche Weise ihrer Kapitalherrschaft unter-werfen.

So wie die Bürger der DDR bei der Vorbereitung und Diskussion der DDR-Verfassung von 1968 beteiligt waren, so waren sie es auch bei allen anderen bedeutenden Gesetzen, so auf dem Gebiete des Arbeitsrechts, des Familienrechts, des Straf- und Strafprozessrechts und des Zivil- und Zivilprozessrechts.

Unsere Gesetze kamen demokratisch zustande.

Demgegenüber werden in der Bundesrepublik Gesetze zwischen den beiden großen Parteien in einem parlamentarischen Verfahren ausgehandelt. Die Bürger selbst werden nicht beteiligt. Die Gesetzestexte werden dem Bundestag zum „Abnicken“ vorgelegt. Für eine detaillierte Debatte im Bundestag nach den dort geltenden Verfahrensregeln,

insbesondere der Redezeitzuteilung, sind die Gesetze viel zu kompliziert. Die einzelnen Abgeordneten, auch die, die sich als Volksvertreter sehen, durchschauen kaum, wofür sie abstimmen.

Die bundesdeutsche Gesetzgebung beruht maßgeblich auf den Gesetzbüchern der Kaiserzeit, so dem BGB. Dieses Gesetzbuch mit seinen ca. 3000 Paragrafen war und ist - wie dem Text unschwer entnommen werden kann - nicht in erster Linie für einfache Menschen, für Werktätige ausgearbeitet und mehrfach geändert worden. Es ist ein Kodex für Vermögende. Vor allem in deren Interesse, im Interesse „der Wirtschaft“ sind in der Bundesrepublik die Gesetze so abgefasst, dass der einfache Bürger sich ohne Rechtsanwalt in dem Paragrafendschungel und dem Justizdickicht weder zurechtfindet, noch seine Rechte und Interessen wahrnehmen kann.

Nicht nur, weil in der DDR alle wesentlichen Gesetze mit den Bürgern erörtert und vorbereitet wurden, waren sie verständlich, bürgerfreundlich und volksnahe abgefasst. Auf der Grundlage solcher demokratisch zu Stande gekommener, den Interessen der Bürger dienender verständlicher Gesetze konnten sie ihre Rechte und Interessen unkompliziert selbst vor Gericht wahrnehmen. Besonders erfolgreich wirkten die Gesellschaftlichen Gerichte der DDR, Ihnen war im Art. 92 der DDR-Verfassung gemeinsam mit den staatlichen Gerichten Rechtsprechung übertragen worden. So etwas gab es nirgends auf der Welt!

Auch konnten die Bürger beim Gericht unentgeltlich Rechtsauskünfte einholen. Mit dem 3.Oktober 1990 wurde ihnen das verschlossen! Ihnen wurde die Tür gewiesen!

Darüber hinaus konnten die Bürger der DDR ihre Interessen und Belange auf der Grundlage des Eingabengesetzes unkompliziert und vielfach erfolgreich in Eingaben zur Geltung bringen. Aus all diesen Gründen brauchten die DDR-Bürger nur ganz selten einen Rechtsanwalt.

Zur Geschichte

Bevor wir auf den Inhalt unserer sozialistischen Verfassung näher eingehen und die darin enthaltenen Rechte der Bürger in Erinnerung rufen, besteht Veranlassung, zurück zu blicken.

Auch die erste Verfassung der DDR, die von 1949, war das Ergebnis einer breiten Diskussion, damals in Ost und West. Denn diese Verfassung war nicht für den ost-deutschen Staat, die DDR, sondern als Verfassung für Gesamtdeutschland, für einen einheitlichen deutschen Staat ausgearbeitet worden.

Nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus sammelten sich in Ost und West die zunächst wenigen Antifaschisten und andere Demokraten, um nach der Zerschlagung der Macht der Hitlerleute und des Monopolkapitals durch die Streitkräfte der Alliierten in ganz Deutschland eine antifaschistische demokratische Ordnung zu errichten. Bereits im Sep-

tember 1946 begannen verantwortungsbewusste Deutsche in Ost und West die Diskussion um eine demokratische gesamtdeutsche Verfassung.

Im Mittelpunkt dieser Diskussion, an die ich mich gut erinnere, stand die Frage, inwieweit an die Weimarer Reichsverfassung von 1919 angeknüpft werden könnte. Nach Sturz und Abschaffung der kaiserlichen Monarchie und der Ausrufung einer Republik atmete die im Ergebnis der Novemberrevolution zustande gekommene Verfassung den Geist dieser Revolution. Sie war sehr fortschrittlich und gewährte den Bürgen nicht nur politischen Rechte, sondern auch eine Reihe von sozialen Rechten. Sie berücksichtigte ausdrücklich die Arbeitervertretung.

Da die alten reaktionären Kräfte im Ergebnis der Revolution nur geschwächt, aber nicht ökonomisch und politisch ausgeschaltet wurden, bestand der Hauptmangel der Weimarer Verfassung darin, dass der Reichspräsidenten, in der maßgeblichen Zeit des Endes der Weimarer Republik Generalfeldmarschall von Hindenburg, als Repräsentant der Militärs, der Junker und überhaupt der reaktionären Kräfte, aufgrund des Art. 48 unter Ausschaltung des Parlaments eine Präsidialamtsherrschaft ausüben durfte. Er regierte mit Notverordnungen, die die Grund-rechte der Bürger massiv beschränkten, er setzte eine willfährige reaktionäre Regierung nach der andern ein, um schließlich am 30. Januar 1933 Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. Aus Sicht der demokratischen Kräfte durfte es nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus in einer neuen deutschen Verfassung keine solche Präsidialamtsherrschaft geben.

Das Volk als Souverän musste den ihm gebührenden Platz im Staate einnehmen, nach dem Grundsatz: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ – so stand es dann in Art. 3 dieser Verfassung von 1949. Inzwischen war aus der Massenbewegung für die " Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden " in Ost und West der Deutsche Volkskongress entstanden. Wir alle in Ost und West wollten ein einheitliches Deutschland, einen gerechten Frieden und einen ordentlichen Friedensvertrag mit Deutschland.

Im Oktober 1948 legte der Deutsche Volksrat dem deutschen Volke einen Verfassungsentwurf zur Diskussion vor. Mehr als 9000 Versammlungen wurden - insbesondere im Osten Deutschlands - zu dem Verfassungsentwurf durchgeführt. Beim Deutschen Volksrat gingen über 15.000 Meinungsäußerungen ein, 503 Änderungsvorschläge führten bei den 144 Artikeln der Verfassung zu Änderungen in 52 Artikeln. Der - aus Wahlen der Bürger der Sowjetischen Besatzungszone hervorgegangene - Deutsche Volkskongress verabschiedete am 30. Mai 1949 den Entwurf einer „Verfassung für eine Deutsche Demokratische Republik“. Die Ergebnisse dieser progressiven Diskussionen, die zunehmend auch einschloss, die ökonomische Basis der reaktionären Kräfte, so der Feudalherren und Junker sowie der Naziaktivisten und Kriegsgewinnler durch eine Bodenreform und durch Enteignungen zu beseitigen, führten in den meisten deutschen Ländern, auch in vielen westdeutschen, zu entsprechenden Bestimmungen in ihren Verfassungen.

Ebenso nahm in den Länderverfassungen die Anerkennung sozialer Rechte, des Rechts auf Arbeit, auf Wohnung und andere soziale Rechte einen bedeutenden Platz ein. Am konsequentesten waren die Verfassungen der ostdeutschen Länder. Selbst die später veränderte Berliner Verfassung atmet noch den Geist jener Zeit.

Zum ersten Mal in seiner Geschichte gestaltete das deutsche Volk selbst seine Verfassung. Diese Verfassung für eine gesamtdeutsche demokratische Republik war beispiellos demokratisch zu Stande gekommen. Nun kam es darauf an, diesen Verfassungstext tatsächlich, auch staatsrechtlich, zu einer Verfassung Gesamtdeutschlands, einer gesamtdeutschen „Deutschen Demokratischen Republik“ zu machen.

Dazu kam es – wie wir alle wissen – nicht.

Die Spaltung Deutschlands und die erneute Kommunistenverfolgung in Westdeutschland

Vor allem die USA und Adenauer mit seinen Leuten traten den Wunsch des deutschen Volkes nach Einheit und Frieden mit Füssen. Es begann mit dem Intervenieren der westlichen Besatzungsmächte und Kurt Schumachers persönlich gegen den auch in Westdeutschland und Westberlin auf der Tagesordnung stehenden Zusammenschluss von Kommunisten und Sozialdemokraten. Die von langer Hand vorbereitete separate Währungsreform im Juni 1948 bewirkte die wirtschaftliche Spaltung Deutschlands. Die USA-Kapitalspritze des Marshallplanes diente vor allem der Restauration des Großkapitals.

Zum Zwecke der Remilitarisierung Westdeutschlands und der Eingliederung des westdeutschen militärischen Potenzials in die NAT0 im Jahre 1954 als Speerspitze gegen den Osten wurde die politische Spaltung Deutschlands vorangetrieben. Es waren die USA und Adenauer, die lieber das " halbe Deutschland ganz " als das ganze halb wollten. Ja, sie nahmen wissentlich einen Bruderkrieg in Kauf oder kalkuliertem ihn sogar ein.

Bereits seit 1946 war in Westdeutschland und in Westberlin der durch die militärische Zerschlagung des Hitlerstaates nicht beseitigte Antikommunismus wiederbelebt. Eine immer bösartigere Hetzte gegen die Sowjetunion, gegen Antifaschisten und Opfer des Naziregimes, auch Sozialdemokraten, breitete sich dort aus.

Die KPD wurde aus dem demokratischen Konsens ausgeschlossen. Damit wurde die spätere massenhafte Strafverfolgung von Kommunisten und ihrer Sympathisanten in den fünfziger Jahren auf der Grundlage eines extra für diese Verfolgung geschaffenen Gesetzes durchgeführt. Dieses Strafgesetz hatte maßgeblich der Altnazi Schafheutle mitgestaltet. Es wurde von Nazijuristen, darunter schwer belastete NS-Verbrechern, gegen „unbelehrbare“ und „rückfällige“ Kommunisten mit aller Schärfe angewandt. Diese umfassende Kommunistenverfolgung zielte auf das von Adenauer forcierte Verbot der KPD ab. Die KPD bewies sich als Haupthindernis für die Durchsetzung seiner volksfeindlichen Politik. Dieses Parteiverbot ist bis heute nicht aufgehoben; es wirkt weit über das Verbotsurteil hinaus nach.

Die Wiederauflage der Kommunistenverfolgung, wenige Jahre nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus und die Zerschlagung dieser Partei, führte zur Spaltung und Schwächung der Kräfte der Demokratie, auch der Sozialdemokratie. Dieser Antikommunismus hinderte die SPD seither daran, eigene demokratische Positionen zu vertreten.

Aus diesen Gründen konnten die restaurativen und reaktionären Kräften des deutschen Finanz- und Großkapitals, wieder erstarken. Im Verein mit den westlichen Alliierten, vornehmlich der USA, setzten diese Kräfte im Laufe des Jahres 1949 ihre gegen die Interessen und Forderungen des deutschen Volkes gerichtete politische Absicht bis zur Bildung eines westdeutschen Separatstaates durch.

So standen die Länder der sowjetischen Besatzungszone, einschließlich Berlins, vor der Situation, einen eigenen Staat zu gründen. Was sollten sie sonst tun?

Für diesen plötzlich zu bildenden ostdeutschen Teilstaat war weder ein Grundgesetz noch eine Verfassung vorbereitet worden. Denn die Deutschen, nicht nur in Ostdeutschland, wollten ein einheitliches Deutschland und keine zwei deutschen Staaten. Dafür lag eine breit diskutierte ausgereifte Verfassung vor, die Verfassung der (gesamtdeutschen) Deutschen Demokratischen Republik.

Nachdem die Ostdeutschen durch die westliche Spaltungspolitik gezwungen waren, ihren eigenen Staat zu gründen, konstituierte sich der Deutsche Volksrat als Volkskammer. Am 07. Oktober 1949 setzte diese durch besonderes Gesetz den Text der für Gesamtdeutschland ausgearbeiteten Verfassung als Verfassung des ostdeutschen Teilstaates in Kraft. Dadurch wurde der demokratisch zustande gekommene für Gesamtdeutschland gedachte Verfassungstext zur Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Diese demokratisch zustande gekommene fortschrittliche Verfassung bot eine gute staatsrechtliche Grundlage für die Entwicklung wirklicher Demokratie im Osten Deutschlands.

Das westdeutsche Grundgesetz

Es ist nicht möglich, über die sozialistische Verfassung der DDR von 1968 zu sprechen, ohne in Erinnerung zu rufen, wie das (westdeutsche) Grundgesetz von 1949 zu Stande kam. Das ist auch deshalb geboten, weil die Bürger der DDR, die 1968 ihre sozialistische Verfassung durch Volksentscheid beschlossen hatten, kraft juristischer Annexion seit dem 3.10.1990 verfassungsrechtlich diesem Grundgesetz unterworfen wurden. Nur wenige von ihnen wissen, wie dieses Grundgesetz zu Stande kam und was es ihnen vorenthält.

Am 1. Juli 1948 verlangten die Militärgouverneure der drei westlichen Besatzungszonen von den Landesregierungen der westdeutschen Länder (außer Berlin) im so genannten „Frankfurter Dokument“ die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung bis zum 1. September 1948. Ausgangspunkt der Schaffung des Grundgesetzes war also ein Befehl der Militärgouverneure der drei westlichen Besatzungszonen! Damit sollte die vom Westen mit langer Hand, schon seit 1946, vorbereitete Spaltung Deutschlands nach

der separaten Währungsreform im Juni 1948 nun auch staatsrechtlich festgeschrieben werden. Die westdeutschen Länderregierungen wollten – ursprünglich – alles vermeiden, „was geeignet sein könnte, die Spaltung zwischen West und Ost weiter zu vertiefen“. Aber die westlichen Militärgouverneure, vor allem der US-General Clay, erzwangen die Erfüllung der „Londoner Empfehlungen.“

Darauf hin wurde am 1.September 1948 in Bonn am Rhein aus 65 Abgeordneten der westdeutschen Landtage ein so genannter „Parlamentarischer Rat“ als Verfassungskonvent gebildet, zu dessen Vorsitzenden sich Adenauer als Ältester der Anwesenden erklärte. Er sollte ein vorläufiges „Grundgesetz“ „für eine Übergangszeit“ zur einheitlichen Verwaltung(!) Westdeutschlands ausarbeiten. Als Bezeichnung des Staates wurde der Name „Bundesrepublik Deutschland“ gewählt, um den Anspruch auf ganz Deutschland geltend zu machen. Nach genereller Einigung mit den Alliierten wurde ein Sachverständigenausschuss berufen, der den so genannten Herrenchiemseeer Entwurf in der Zeit vom 10. bis 23. August 1948 – also in weniger als zwei Wochen! - im Schloss auf einer Insel im Chiemsee, also in Klausur, wie eine studentische Übungsaufgabe, zu Papier brachte.

Das ist dem Text des GG anzusehen. Er ist ahistorisch, apostrophiert in der Präambel Gott im Himmel, verschweigt aber die deutsche Geschichte mit dem Hitlerfaschismus und die vom Westen aus betrieben Spaltung Deutschlands. Vor allem fehlt eine klare Absage gegen den Faschismus.

Als vor Jahren die Fraktion der PDS angesichts der wachsenden Aktivität von alten und neuen Nazis eine Antifaschismusklausel ins Grundgesetz bringen wollte, stieß sie auf den geschlossenen Widerstand der etablierten Parteien. Ihr Antikommunismus schlug durch. Wenn schon im Grundgesetz eine Klausel gegen Extremismus Platz finden sollte, dann müsste sie auch gegen links gerichtet sei. Offenbar brauchen diese politischen Kräfte faschistische Gruppierungen als Gegengewicht gegen linke Bewegungen.

Das erinnert an die Zeit vor 1933: Der Großbourgeoisie und den reaktionären Kräften kam es zupass, dass sich auf der Straße Kommunisten und Sozialdemokraten, Rotfront und Rotbanner und Nazis gegenseitig die Köpfe einschlugen. So konnten sie im politischen Hinterzimmer der Weimarer Republik die - scheinbar legale - Übergabe der politischen Macht an die Nazis inszenieren.

Der Herrenchiemseer Entwurf wurde schließlich von den westlichen Alliierten mit einigen Vorbehalten bestätigt, so, dass Groß-Berlin nicht zum Bund gehört; für West-Berlin wurde am 14. Mai 1949 das Besatzungsstatut erlassen, das bis 1990 galt.

Schließlich wurde dieser Entwurf am 8.Mai 1949 – man bedenke das Datum! - im Parlamentarischen Rat mit 53 gegen zwölf Stimmen angenommen. Die Länderparlamente bekamen Gelegenheit, binnen einer Woche – das ist die Notfrist für sofortige Beschwerden (gem. § 311) und die Einlegung von Rechtsmitteln (§§ 314 und 341 StP0/BRD) gegen Strafurteile - diesem Grundgesetz zuzustimmen. Die Länderparlamente

hatten keine Alternative, denn Änderungen am Text waren ausgeschlossen. Man konnte nur zustimmen oder nicht – aber mit welchen Konsequenzen?

Artikel 144 sah ausdrücklich keine Volksabstimmung und keinen Volksentscheid über dieses Grundgesetz vor, sondern nur die Zustimmung durch die Landtage. Das Land Bayern stimmte nicht zu. Aber es betonte seine Zugehörigkeit zur Bundesrepublik Deutschland. Die West-Berliner Abgeordneten hatten „zugestimmt“, aber wegen des besonderen Status Westberlins (Besatzungsstatuts) zählte diese Zustimmung juristisch nicht.

Dieses auf einen Militärbefehl zurückgehende, ohne das Volk ausformulierte Grundgesetz wurde am 23. Mai 1949 formell in Kraft gesetzt. Am 14. August 1949 wurden Wahlen zum Bundestag durchgeführt. Wie viele Bundesbürger in den Sommermonaten den Text des GG überhaupt z. K. nahmen, ist nicht bekannt, aber im „Wahlkampf“ lief der Antikommunismus und Antisowjetismus auf Hochtouren. Am 07. September 1949 trat der Bundestag zusammen. Trotz der Kommunistenhatz waren 15 Kommunisten als Abgeordnete gewählt worden. An der Erarbeitung dieses Grundgesetzes hatte die Bevölkerung Westdeutschlands keinen Anteil.

Der Text des Grundgesetzes kam in einer beispiellos undemokratischen Art und Weise zu Stande.

Dessen sind sich die bundesdeutschen Verfassungsrechtler durchaus bewusst. Deshalb wird eine demokratische Legitimation durch das deutsche Volk als eine „verfassungsrechtliche Grundannahme“ fingiert, unterstellt. Tatsächlich gibt es keine demokratische Legitimation durch das Volk, durch die Westdeutschen. Da es solcher aber – jedenfalls verfassungsrechtlich „eigentlich“ – bedarf, wird sie einfach angenommen, juristisch vermutet – ganz so, wie, dass der Herrgott die Welt geschaffen habe. Die Inanspruchnahme der Ausübung verfassungsgebender Gewalt durch das Volk und so die fehlende direkte demokratische Legitimation werden verfassungsrechtlich stillschweigend vorausgesetzt!

Die in der Präambel formulierte Aussage, dass „sich das deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben“ habe, ist eine Lüge – wie dieses Gesetz überhaupt viel falsche Aussagen enthält oder von falschen Voraussetzungen ausgeht.

Es hat niemals eine dahingehende Volksabstimmung oder andere demokratische Legitimation dieses Grundgesetzes gegeben.

Die Präambel verdeckt den Mangel an demokratischer Legitimation, mit der es zustande gekommen sei und der westdeutsche Separatstaat BRD gegründet wurde. An diesem unheilbaren Geburtsfehler kranken das Grundgesetz und die Bundesrepublik bis heute! Soweit in der Präambel zu lesen steht, dass „auch für jene Deutsche gehandelt wurde, denen mitzuwirken versagt war“, so war ihnen durch das Procedere der Ausarbeitung und

Inkraftsetzung objektiv jede Möglichkeit auch nur einer Äußerung zum Entwurf des Grundgesetzes genommen. Diese Formulierung war eine Anmaßung! Auch deshalb, weil den „Vätern“ des Grundgesetzes gut bekannt war, dass Deutsche in Ost und West seit 1946 über eine Verfassung einer gesamt-deutschen demokratischen Republik diskutiert hatten.

Die "Väter" des Grundgesetzes wie auch der Parlamentarische Rat sahen das Grundgesetz als ein Provisorium an. So stand es im Art. 146 GG – juristisch unmissverständlich und verbindlich. Denn nach diesem Artikel „verliert“ – das GG - „seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist. "

Dieser Tag ist bis heute noch nicht gekommen.

Die Bürger der Bundesrepublik leben – die westdeutschen inzwischen mehr als ein halbes Jahr-hundert - nach wie vor unter einem Provisorium. So wie das GG – auch seinem Wortlaut nach – weiterhin ein Provisorium ist, ist auch die darauf gegründete Bundesrepublik ein Provisorium!

Die im Art. 146 vorgegebene freie Entscheidung über eine Verfassung für Deutschland steht nach wie vor aus. Sie wurde von Bundeskanzler Kohl und seinen Parteigängern, die Gunst der Stunde nutzend, 1990 und danach hintertrieben. Die Einheit Deutschlands wurde nicht über den ausdrücklich dafür vorgesehenen Art. 146, sondern über eine für die Wiedervereinigung gerade nicht vorgesehene Beitrittsregelung des Art. 23 durchgedrückt. Dies war und ist Verfassungsbruch!

Das politische Kalkül Kohls, vor allem seine nicht unbegründete Sorge, sein politisches Renommé könnte Schaden nehmen, wenn nicht nur die Bürger des Beitrittsgebietes erleben, dass statt der von ihm versprochenen „blühenden Landschaften“ sich Massenarbeitslosigkeit breitmacht, veranlasste ihn zu diesem Verfassungsbruch. Denn der verfassungsgemäße Weg über Art. 146 GG würde viel länger dauern, als der „kurze Prozess“ über Art. 23 GG. Wenn Politik dominiert, zählen Recht, selbst ein Grundgesetz oder eine Verfassung nicht.

Somit entbehrt das Grundgesetz nicht nur der demokratischen Legitimation. Seine Fortgeltung nach 1990 und seine Erstreckung auf das Staatsgebiet der DDR erfolgten unter offener und direkter Missachtung der gerade für die Wiedervereinigung Deutschlands 1949 im Art. 146 GG vorgesehnen Volksabstimmung. Mit dem westdeutschen Verfassungsrechtler Helmut Ridder ist deshalb davon zu sprechen, dass die Einheit Deutschlands 1990 nur faktisch kraft politischer Macht zusammengezimmert wurde - ohne Rechtsgrundlage!

Nach der verfassungsrechtlichen Lage steht die durch Volksabstimmung zu schaffende Einheit Deutschlands noch aus!

Übrigens sieht auch die Neufassung des Art. 146 GG, der die Vollendung der Einheit Deutschlands benennt, vor, dass das deutsche Volk in einer Volksabstimmung eine

Verfassung beschließen darf. Diese Bestimmung ist juristisch unverbindlich. Sie enthält kein verfassungs-beschwerdefähiges Individualrecht. Kein Bundesbürger kann aus diesem Artikel des GG beim BVerfG eine Verfassungsbeschwerde anbringen.

Aber politisch ist diese Bestimmung des GG von erstrangiger Bedeutung!

Gemeinsam mit allen politischen Kräften, die es mit der Demokratie ernst meinen, sollten wir den BT, die Regierung immer wieder darauf drängen, das deutsche Volk endlich in einer Volksabstimmung über eine Verfassung entscheiden zu lassen. Nur das entspricht dem Verfassungsgrundsatz des Art. 20 Abs.1 GG, nach dem alle Staatsgewalt vom Volk ausgehe.

Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte

Undemokratisch war nicht nur das Zustandekommen des GG. Auch dem Inhalt nach stand es nicht auf der Höhe der Zeit. So negiert es die Menschenrechte, wie sie in der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 umfassend definiert worden waren. Das gilt besonders für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte. Auch blieb es hinter demokratischen Aussagen der Länderverfassungen zurück.

Seit Jahrzehnten klagen die Vertreter der „westlichen Demokratien“, auch auf internationalen Konferenzen, darüber, dass sie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte in ihren Verfassungen nicht verankern könnten. Diese Rechte seien nicht einklagbar. Abgesehen davon, dass es durchaus möglich wäre, die Rechtsordnung so zu gestalten, dass auch sie vor Gericht eingeklagt werden könnten, besteht der wahre Grund für diesen Mangel darin, dass nicht der Staat über die wirtschaftlichen Ressourcen, die ökonomischen Potenzen des Landes verfügt, sondern privatwirtschaftliche Unternehmen.

Daher ist der Staat machtlos. Er hat sich gegenüber den Kapitalisten machtlos gemacht!

Solange man sich scheut, die wirtschaftlichen Potenzen des Großkapitals anzutasten und in die Pflicht zu nehmen, bleibt der Staat natürlich machtlos. Aus diesem Grunde kann er die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte nicht gewährleisten.

Und wie sieht es mit der Gewährleistung der politischen und Bürgerrechte in diesen Ländern aus? Das Grundgesetz enthält - wie alle anderen bürgerlichen Verfassungen - den üblichen Katalog der politischen und Bürgerrechte als Grundrechte. Diese politischen und Bürgerrechte sind in der Regel einklagbar - im Unterschied zu den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten, die in jenen Verfassungen meistens fehlen.

Das gilt aber nur für die Verletzung dieser Rechte durch die Staatsgewalt und ihre Behörden, besonders die Polizei und Ordnungsämter. Dann kann der Bürger bei Veletzung seiner Rechte durch die Behörden zum Gericht gehen - wozu er allerdings vielfach eines Rechtsanwalts bedarf. Was nützt es aber, wenn ihm im Ergebnis des Weges durch die Instanzen schließlich das BVerfG einen Rechtsanspruch zuerkennt und

feststellt, dass die damaligen Übergriffe, der damalige Freiheitsentzug und ähnliche Verletzungen seiner Rechte rechtswidrig waren – selbst wenn er womöglich einen Schadensersatz erhält?

Was sind das realiter für Grundrechte, wenn einem Studienbewerber nach Jahren von der höchsten Instanz bescheinigt wird, dass er damals von Rechts wegen hätte doch zum Studium (einer bestimmten Studienrichtung) zugelassen werden müssen? Inzwischen hat sich der junge Mann anderweitig orientiert. Diese ihm nach Jahren zugestellte Entscheidung des höchsten Gerichts hat für ihn jetzt nur noch historischen Wert. Er kann sie sich als eine schöne Urkunde buchstäblich hinter den Spiegel stecken. Oder wenn ein Bürger, dem die Baugenehmigung versagt worden war, nach vielen Jahren vom Gericht den Anspruch auf eine solche Baugenehmigung zuerkannt bekommt. Aufgrund veränderter Verhältnisse, familiärer oder finanzielle Art, kann er sie nicht mehr realisieren. Oder wenn das BVerfG einem Strafgefangenen nach vielen Jahren das Recht zuspricht, dass er damals zur Kommunion seiner 12-jährigen Tochter doch hätte ausgeführt werden müssen. Inzwischen ist diese Tochter verheiratet. Für eine jüngere Tochter, zu deren Kommunion er dann wohl ausgeführt werden würde, hat der Strafgefangene nicht vorgesorgt!

Bei Lichte besehen ist es für die einfachen Menschen auch mit den politischen Grundrechten nicht weit her. War das GG schon bei seiner Geburt nicht sehr fortschrittlich, so wurde es in den folgenden Jahren noch undemokratischer, noch bürgerfeindlicher.

Wir haben festzustellen: Sowohl das Zu-Stande-Kommen des GG wie dann später die Vereinnahmung der DDR und ihrer Bürger erfolgten absolut undemokratisch. Die herrschende Frontstellung gegen Plebiszite als Form der Beteiligung des Volkes an der Staatsgewalt spiegelt Angst vor dem Volk, Scheu vor wirklicher, direkter Demokratie wider.

Die gleiche Scheu vor wirklicher Demokratie und vor Plebisziten erleben wir bei dem misslungenen Versuch der Schaffung einer europäischen Verfassung. Nachdem das französische Volk und die Holländer dieser Verfassung - sehr wohl begründet - ihre Absage erteilt hatten, verzichtet man nun - während der Präsidentschaft Deutschlands! - auf eine demokratische Begründung dieser Verfassung. Brüssel bestimmt – bis in die persönlichsten Dinge der Bürger hinein!

Die Angst vor dem Volk, die Scheu vor Plebisziten oder auch nur plebiszitären Elementen ist allgegenwärtig!

Damit entlarven sich die heute politisch Herrschenden als Feinde wirklicher Demokratie.

Die Verfassung der DDR von 1968

Kommen wir auf die sozialistische Verfassung der DDR von 1968 zurück. Sie ist nicht nur beispielhaft demokratisch zustande gekommen, auch ihr Inhalt ist beispielhaft demokratisch, dem Volke, den Bürgern dienend.

Das ist an jedem Artikel nachweisbar.

In der Verfassung der DDR von 1968 waren bei wesentlichen, gerade auch bei den sozialen Grundrechten, jeweils auch bindende Verpflichtungen für den Staat verankert; in der Verfassung war festgelegt worden, wodurch das betreffende Recht tatsächlich gewährleistet wird, so besonders in den Art. 24. 25, 26, 27,28.

Die DDR konnte ihren Bürgern solche Grundrechte garantieren, weil hier durch die Bodenreform und die Enteignung von Kriegs- und Naziverbrechern die ökonomischen Voraussetzungen dafür geschaffen wurden. Die Wirtschaftsmacht befand sich nicht mehr in Händen von auf Profit orientierten privatwirtschaftlich agierenden Monopolen, sondern als Volkseigentum in den des sozialistischen Staates.

Auch die Gewährleistung der politischen und Bürgerrechte war in der Verfassung verankert: Art. 27 gewährte allen Bürgern das Recht, „den Grundsätzen dieser Verfassung gemäß seine Meinung frei und öffentlich zu äußern“. Art. 28 gab allen Bürgern der DDR das Recht, „sich im Rahmen der Grundsätze und Ziele der Verfassung friedlich zu versammeln.“ Und Artikel 29 gewährte ihnen das Vereinigungsrecht, „in Übereinstimmung mit den Grundsätzen und Zielen der Verfassung“.

Damit war klargestellt, ohne dass es eines komplizierten Verwaltungs- und gerichtlichen Prozedere bedurfte, dass in der DDR für Faschisten und andere Feinde der Demokratie kein Raum war, öffentlich ihre faschistische Meinung zu äußern, für faschistische Ziele zu demonstrieren oder sich in faschistischen oder faschistoiden Vereinigungen zusammenzuschließen.

Nach dem GG gilt die formal gleiche Freiheit der Meinungsäußerung, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit - auch für Nazis. Im Grundgesetz wurde absichtsvoll vermieden, eine eindeutige Antifaschismusklausel festzuschreiben. Das hat zur Folge, dass auch Nazis demonstrieren dürfen. Daher gehören Nazi-Aufmärsche nach der Verfassungs– und Rechtslage zur Rechtsordnung der Bundesrepublik! Einer solchen Rechtsordnung wurden wir unterworfen, nachdem wir in der DDR und zuvor in der SBZ über 45 Jahre Freiheit vor und von Nazis genossen!

Wenn in der BRD Nazis durch die Behörden das Demonstrieren erlaubt wird, dann sind Gegendemonstrationen von Antifaschisten illegal und können von der Polizei aufgelöst werden! Das ist das Recht der Nazis im Rechtsstaat! So findet der Klassenkampf zwischen Nazis und Antifaschisten nicht nur auf der Straße, sondern auch in Verwaltungs- und Gerichtsverfahren statt. Der Kampf zwischen Nazis und Antifaschisten wird dadurch juristisch verklausuliert, justiziell verdeckt. Auf diese Weise wird der sachliche Gegensatz und der politische Grund dessen, warum Antifaschisten sich gegen die Entfaltung

des Nazismus und Faschismus wenden, vor der Öffentlichkeit verdeckt, in juristische und justizielle Formen verkleidet.

Das ist typisch für das bürgerliche Recht und den bürgerlichen Staat! Alles wird verrechtlicht, alles wird juristisch verklausuliert. Die Sache selbst, der eigentliche Streitgegenstand verschwindet hinter einer aus Juristendeutsch gezimmerten Fassade.

Kommen wir noch einmal zum Demonstrationsrecht zurück. Im Art. 28 Abs. 2 der DDR Verfassung war auch geregelt, wie dieses Recht garantiert und gewährleistet wird, nämlich durch die Nutzung der materiellen Voraussetzungen zur Ausübung dieses Rechts in Versammlungsgebäuden, auf Straßen und Kundgebungsplätzen sowie durch Druckereien und Nachrichtenmittel. Dieses Grundrecht der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit und seine Gewährleistung hat für die Arbeiter, überhaupt für die einfachen Menschen, eine außerordentliche, eine existentielle Bedeutung. Wenn sie ihren Unmut über die Zustände und ihre Forderungen nach Veränderung nicht nur im stillen Kämmerlein und unter sich äußern wollen, müssen sie auf die Straße gehen, müssen sie die Möglichkeit zu Versammlungen und Demonstrationen unter freiem Himmel haben.

Die „oberen Zehntausend“ haben ihre Clubs und Gesellschaftshäuser und das Geld, um sich für ihre Versammlungen Säle oder Hotels mieten zu können. Außerdem sind sie nicht so viele.

Art. 34 der DDR-Verfassung verankerte das Menschenrecht auf Freizeit und Erholung; es wurde durch vielfältige juristische Regelungen und praktische Maßnahmen gewährleistet – in gleicher Weise das Menschenrecht auf Schutz der Gesundheit und der Arbeitskraft der Bürger (im Art. 35). Auf der Grundlage eines alle Bürger einschließenden sozialen Versicherungssystems wurden bei Krankheit und Unfällen materielle Sicherheit, ärztliche Hilfe, Arzneimittel und andere medizinische Sachleistungen unentgeltlich gewährt.

Heute erleben wir unübersehbar den Abbaues der Krankenversicherungssysteme und des Gesundheitswesens und die Überbürdung der Kosten auf die einfachen Menschen.

Das ist Grund genug, an die unsere sozialistische Verfassung zu erinnern.

Sie ist mir Veranlassung, zu einigen verfassungsrechtlichen Grundbegriffen, wie Menschenrechte, Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit, meine Meinung zu äußern.

Für uns geht es bei den Menschenrechten ganz wesentlich auch um wirtschaftliche, soziale und kulturelle. Wenn wir in der „Internationale“ singen: „Erkämpft das Menschenrecht!“ dann denken wir gerade auch an diese.

Für die Bourgeoisie war – so besonders vor der französischen Revolution und im Zusammenhang mit ihr – wichtig, gemäß ihrer gewachsenen wirtschaftlichen Macht auch eine politische und juristische Gleichstellung mit dem Adel zu erreichen. Auch in der Folgezeit war für sie, erst recht später für das Großkapital nicht lebenswichtig, sich den Unterhalt für sich und auch für die Familien sichern zu müssen. Denn sie besaß und besitzt Vermögen, mit dem sie gut leben und auch mit Schicksalsschlägen des Lebens, wie Krankheit, leichter umgehen konnte und kann. Für sie war die politische Freiheit und

waren politische Bürgerrechte besonders wichtig, um gemäß ihrer ökonomischen Rolle im Staat auf die Regierung gehörigen Einfluss nehmen zu können.

In diesem Sinne gehörten bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zum Katalog der klassischen Grund- und Bürgerrechte in den Verfassungen vor allem politische Bürgerrechte.

Erst mit der Entwicklung und dem Wachsen der Arbeiterbewegung erlangten auch wirtschaftliche, soziale und kultureller Menschenrechte Bedeutung. Denn für sie ging es um ihre nackte Existenz. Im Gefolge des Zweiten Weltkriegs mit der Stärkung des Einflusses des Sozialismus im Weltmaßstab und nach der Gründung der Vereinten Nationen gewannen auch diese international an Gewicht. Sie fanden in der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte vom 10.12.1948 ihren Niederschlag. Mit der Verabschiedung der beiden Menschenrechtskonventionen von 1966 erlangten sie eine völkerrechtliche Form.

Übrigens wurde das Jahr 1968, in dem unsere Verfassung angenommen wurde, 20. Jahr nach Verkündung der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte, von der UNO zum „Jahr der Menschenrechte“ erklärt worden. Unsere Diskussion über die sozialistischen Verfassung der DDR und ihre Annahme durch Volksentscheid befanden sich somit in bester Gesellschaft.

Hinter dem Gerede von der „Freiheit“ verschwinden die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte

Zu den üblichen Lügen unserer Gegner gehört es, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte zu unterschlagen, und nur von einigen ausgesuchten politischen zu reden, so vom Freiheitsrecht und – ganz besonders gegen die DDR von einem angeblich grenzenlosen Recht der Ausreisefreiheit. Die vorrangige Betonung gerade dieses Menschenrechts diente durchsichtigen politischen Zwecken: Durch Ausbluten der DDR sollte dieses bessere Deutschland seines Staatsvolks beraubt und auf diese Weise erledigt werden! Übrigens kennt auch das GG kein Grundrecht auf Auswanderung oder Ausreise!

Die von unseren Gegnern absichtsvoll unterschlagenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte gehören nicht minder zu diesen Rechten. Beide in den zwei Menschenrechtskonventionen völkerrechtlich verankerten Arten von Rechten besitzen die gleiche Bedeutung. Gestützt auf sie sind wir legitimiert, auch in kapitalistischen Ländern, wie der Bundesrepublik, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte nachdrücklich einzufordern.

Demokratie verstehen wir im wahrsten und ursprünglichen Sinn dieses Wortes als „Herrschaft des Volkes“.

Im GG ist dieser Begriff bereits im Wortlaut amputiert und auf eine lediglich repräsentative Demokratie zurück geschnitten. Die Bourgeoisie, das Großkapital, einmal zur maßgeblichen ökonomischen Macht geworden, möchte ihre Macht mit niemandem

teilen. Die Ausübung dieser Herrschaft des Großkapitals wird durch Gesetze und Rechtspraxis verdeckt und geschönt, wodurch viele Menschen getäuscht werden. Aber die Substanz all dieser Gesetze und auch die Äußerungen der Bundeskanzler sind eindeutig. Sie reden vorrangig von der „Stärkung der Wirtschaft“. Sie stützen die wirtschaftliche Machtposition des Groß- und Finanzkapitals. Dass - wie Frau Merkel meint - es auch dem kleinen Mann gut gehe, wenn die Wirtschaft floriere, ist ein altes Ammenmärchen. Die reale soziale Wirklichkeit straft solche Reden Lüge.

Wie im Kapitalismus typisch, werden die Werktätigen, die die Werte schaffen, mit einigen Almosen abgespeist, die sie sich immer wieder neu erkämpfen müssen - letztlich durch Streiks! Aktuell geht es um elementare Lohnforderungen und Mindestlöhne, um das Absinken des Reallohnes angesichts steigender Preise, Kosten und Gebühren wenigstens zu einem Teil auszugleichen. Für den Charakter der bundesdeutschen Regierungen gilt, was Marx und Engels im Kommunistischen Manifest (S. 6) über „ die moderne Staatsgewalt“ schrieben: Sie „ist nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisieklasse verwaltet“. Letztlich führt - wie wir das besonders in den letzten mehr als 10 Jahren überdeutlich erleben - die Regierung nur die Aufträge der im Lande ökonomisch Mächtigsten aus.

Wir treten für eine wirkliche Demokratie ein, in der das Volk wirklich herrscht.

Wir sind dafür, dass wirklich „Alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht“, weshalb in der DDR Verfassung von 1968 im Art. 48 – diese Ziffer war in der Weimarer Verfassung der Notstandsartikel des Reichspräsidenten! - die Volkskammer der DDR ausdrücklich als oberstes staatliches Machtorgan der DDR festgeschrieben war. Diese Stellung und Funktion der obersten Volksvertretung durfte durch kein anderes staatliches Organ und schon erst recht nicht durch andere Kräfte, sei es der Wirtschaft, seien es die Medien, eingeschränkt werden.

Dass die von der Volkskammer zu verabschiedenden Gesetze und Beschlüsse – wie in allen Parlamenten - einer Vorbereitung bedurften, und dass bei der konzeptionellen Ausarbeitung neuer Gesetze und Beschlüsse die politisch führende Kraft in der DDR, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, eine maßgebliche Rolle spielte, versteht sich von selbst. Wichtig ist aber, dass alle grundlegenden Gesetze und Beschlüsse der Volkskammer zuvor mit den in der Volkskammer vertretenen Parteien und Massenorganisationen und darüber hinaus mit den Bürgern diskutiert und beraten worden waren. Die so vorbereiteten Gesetze und Beschlüsse unserer Volkskammer dienten dem Wohl und den Interessen der einfachen Menschen - nicht dem Kapital.

Darüber hinaus verstehen wir unter Demokratie als Volksherrschaft, dass das Volk über die wichtigsten wirtschaftlichen Ressourcen im Lande, auch über die Bodenschätze verfügt und diese ohne Ausbeutung der Arbeiter (im marxschen Sinne) genutzt werden.

Im Art. 9 der Verfassung der DDR von 1968 war klargestellt worden: Die – im Dienste der Menschen arbeitende – Volkswirtschaft beruht auf dem sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln. Im Art. 12 unserer Verfassung war genau festgelegt, was alles unabdingbar volkseigen ist: Bodenschätze und Naturreichtümer, Berg- und Kraftwerke, größere Industriebetriebe, Banken und Versicherungseinrichtungen und das Verkehrs-, Post- und Fernmeldewesen.

Was die in der BRD betriebene Privatisierung der Bundesbahn, von Kraftwerken, Wasserwerken, Wohnkomplexen und andern großen Unternehmen den einfachen Menschen brachte, genauer gesagt: ihnen nahm, haben wir in den vergangenen Jahren überdeutlich erleben müssen. Deshalb gehört zu unserem Begriff der Demokratie nicht nur die staatsrechtliche politische Herrschaft des Volkes, sondern auch die Herrschaft über die wirtschaftlichen Ressourcen.

Diese kann aber nur durch Überführung der maßgeblichen Produktionsmittel und aller wichtigen wirtschaftlichen Ressourcen des Landes in Volkseigentum, zumindest in Staatseigentum, hergestellt werden. Das GG enthält in seinen Art. 14 und 15 verfassungsrechtliche Grundlagen für Schritte auf dem Wege dahin.

Eine Demokratievorstellung, die sich darauf beschränkt, den Bürgern alle vier Jahre zu erlauben, ihre Stimme einer der vorgegebenen Parteien – nicht einem Abgeordneten selbst - zu geben und so ihr demokratisches Recht bis zum nächsten Wahltag - wie einen Mantel an der Garderobe – abzugeben, ohne an den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen zu rütteln, ist für Marxisten eine Scheindemokratie, um eine wirkliche Demokratie zu verhindern.

Übrigens: Der nach Art. 1 GG vorgesehene Schütz der Menschenwürde ist – staatsrechtlich - kein Grundrecht. Die Würde des Menschen ist daher vor dem Verfassungsgericht nicht einklagbar. Das ist auch kein Wunder, denn wie es um deren Würde in dieser reichen Republik wirklich aussieht, sehen wir tagtäglich. Man denke an die vielen Zehntausende Obdachlosen, allein in Berlin sollen es über 20.000 sein: an die vielen Hunderttausende Harz IV-Empfängern, an die Millionen Arbeitslosen und an die wachsende Kinder- und zunehmende Altersarmut – von der Lage der „Migranten“, also von Ausländern, ganz zu schweigen!!

In diesem Staat ist die Menschenwürde ein Thema für die Märchenstunde beim Bundespräsidenten oder beim Verfassungsgericht.

Der Begriff der Freiheit nimmt in der politischen und vor allem in der Klassenauseinandersetzung einen zentralen Platz ein. In unserem Lied heißt es: „Brüder, zur Sonne zur Freiheit!“

Um wessen Freiheit aber geht es?

Wenn die CDU mit dem Wahlslogan „Freiheit statt Sozialismus“ aufwartet, dann ist dies ein alter Hut, den sie sich bereits 1946 aufgesetzt hatte. Die Frontstellung in dieser

Wahllosung gegen Sozialismus ist nur ihr bekannter Antikommunismus, den auch die FDP teilt. Freiheit ist bei ihnen ein Tarnbegriff für Antikommunismus!

Diese Herausstellung „der Freiheit“ meint nicht die des arbeitenden Volkes, der Werktätigen, sondern die der Unternehmer, der Wirtschaft, der Vermögenden. Das ist dem GG von A – Z anzusehen. Beim Art. 2 GG, der jedem das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit eingeräumt, geht es letztlich um die Freiheit wirtschaftlicher Betätigung. Das Kernstück der allgemeinen Handlungsfreiheit ist die Freiheit, Vermögen zu besitzen, zu erwerben und es zu mehren, Profite zu machen. Das erhellt aus Art. 12, der – verschämt - mit Freiheit der Berufswahl überschrieben ist, sowie aus Art. 14, der das Eigentumsrecht und das Erbrecht gewährleistet. Von solchen Grundrechten hat nur der etwas, der Vermögen sein eigen nennt und der auf dessen Mehrung - auch über eine Erbfolge – bedacht sein muss. Wer Vermögen hat, wer Unternehmen führt und die Wirtschaft beherrscht, braucht diese Freiheit. Er braucht sie im erbarmungslosen Wirtschaftskrieg mit der Konkurrenz und bei der möglichst profitablen Ausbeutung der Arbeiter – wo auch immer auf dem Globus.

So ist die im Art. 2 genannte persönliche Freiheit letztlich ein euphemistischer Tarnbegriff für „Geld“. Es geht um die Freiheit des Geldes – auch die, es nach Liechtenstein zu transferieren.

Die im Art. 12 genannte Freiheit der Berufswahl betrifft nicht die Freiheit der eigentumslosen Werktätigen, den „Arbeitsplatz frei zu wählen“. Denn ein Rechtsanspruch auf einen Arbeitsplatz garantiert ihnen das GG nicht. Die in diesem Artikel verkündete Freiheit der Wahl eines Arbeitsplatzes muss auf die Millionen Arbeitslosen und Arbeit Suchenden als reiner Hohn wirken – zumal neu abzuschließende Arbeitsverträge Knebel- und Zwangsverträge sind: Die Arbeit Suchenden stehen vor der existentiellen Alternative, entweder unzumutbare Arbeitsbedingungen zu akzeptieren oder weiterhin arbeitslos und Hartz-IV-Empfänger zu bleiben.

Die Freiheit der Berufswahl betrifft in Wahrheit die wirtschaftliche Freiheit von Unternehmern - von Selbständigen in der Klassifizierung des Finanzamts -, solcher, die etwas von dem Eigentumsrecht des Art. 14 haben. Sie dürfen und können den Beruf eines Immobilienmaklers, Hoteliers oder Bankiers wählen – mit Bert Brecht: Was ist der Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank! Eine Freiheit, die letztlich die der Ausbeutung der Eigentumslosen zum Inhalt hat und auf Profitmaximierung ausgerichtet ist, ist menschenfeindlich, ist die Unfreiheit der Ausgebeuteten und ihre Unterwerfung unter die Wirtschaft, unter das Finanz- und Großkapital.

Dagegen singen wir unser Lied: Brüder, zur Sonne zur Freiheit!

Absatz 3 des Art. 24 unserer Verfassung garantierte jedem Bürger der DDR das Recht auf Arbeit.

Dieses Recht wurde gewährleistet durch:

- das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln – wie bedeutsam und wichtig dies ist, erleben die früheren DDR-Bürger heute unter den Verhältnissen der Herrschaft des kapitalistischen Eigentum an den Produktionsmitteln;
- die sozialistische Leitung und Planung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses – mit deren Hilfe auch eine Planung der Arbeitsplätze bewirkt wurde, sodass das Recht auf Arbeit, nämlich auf einen Arbeitsplatz, Realität war;
- das stetige und planmäßige Wachstum der sozialistischen Produktivkräfte und der Arbeitsproduktivität, was das Vorgenannte unterstreicht;
- die konsequente Durchführung der wissenschaftlich-technischen Revolution, was ebenfalls dazu beitrug;
- ständige Bildung und Weiterbildung der Bürger, damit diese einen entsprechenden Arbeitsplatz einnehmen konnten;
- das einheitliche sozialistische Arbeitsrecht, von dem die Bundesrepublik auch nach bald 60-jährigem Bestehen meilenweit entfernt ist.

Der oben angesprochene Art. 12 GG gewährleistet – entgegen seinem Wortlaut – auch nicht das Recht, die „Ausbildungsstätte frei zu wählen". Denn das Geld – zunächst der Eltern – bestimmt, welche Ausbildungsstätte – Hauptschule oder Gymnasium – gewählt werden, ob der junge Mensch ein exklusives Internat oder eine Privathochschule mit besonderen Aufstiegschancen besuchen kann. So sieht in Wahrheit die Freiheit der „Wahl der Ausbildungsstätte" aus! In der BRD wurde das überkommene Bildungsprivileg konserviert und ausgebaut.

Es war die DDR, wo wir dieses Bildungsprivileg – zur *Wut* unserer Gegner - gebrochen haben.

Im Art. 25, der jedem Bürger der DDR das gleiche Recht auf Bildung einräumte, dass die Bildungsstätten jedermann offen stehen, heißt es im Abs. 1, Satz 2: Das einheitliche sozialistische Bildungssystem gewährleistet jedem Bürger eine kontinuierliche sozialistische Erziehung, Bildung und Weiterbildung.

Gem. Art. 26 sicherte der Staat die Möglichkeit des Übergangs zur nächst höheren Bildungsstufe bis zu den höchsten Bildungsstätten entsprechend dem Leistungsprinzip, den gesellschaftlichen Erfordernissen und unter Berücksichtigung der sozialen Struktur der Bevölkerung. Der Besuch aller Bildungsstätten war kostenlos, auch wurde der Lebensunterhalt der erwachsenen Schüler und Studenten durch Stipendien gesichert; sie konnten konzentriert studieren und waren nicht genötigt zu jobben.

Was schließlich die Gerechtigkeit betrifft, so hat sich die SPD nunmehr – nach den Wahlerfolgen der Partei Die Linke - wieder ein wenig an ihre Wurzeln erinnert. Sie erweckt den Anschein, diesem Begriff wieder einen Inhalt geben zu wollen. Wie wir das aber bei der Sozialdemokratie immer wieder erleben, ist das, wovon sie redet, oft mehr Schall und Rauch, substanzlos. Die allgemeine blutleere Wendung von der Gerechtigkeit, selbst wenn das Adjektiv sozial hinzugefügt wird, bleibt verschwommen, unbestimmt.

Für die bürgerliche Vorstellung von Gerechtigkeit ist die juristische, vor allem Gleichheit vor dem Gesetz ausreichend. Hinter dieser formalen Gleichheit und einer juristischen Gerechtigkeit vermag die Bourgeoisie, das Kapital, dank hinreichender ökonomischer Potenz und Überlegenheit schon ihre Gerechtigkeit zu erwirken.

Bekanntlich lehnen die westlichen Demokratien seit über einem halben Jahrhundert ab, soziale Menschenrechte als Grundrechte in ihren Verfassungen zu verankern. Es heißt: solche seien vor Gericht nicht einklagbar und der Staat könne sie nicht gewährleisten. Ja so ist es dort. Denn die ökonomische Macht liegt in den Händen des Groß– und Finanzkapitals. Die Kapitalisten entscheiden faktisch, ökonomisch, ob den Bürgern auf sozialem Gebiet etwas zugestanden wird oder nicht – und zwar nach Maßgabe dessen, ob und wie viel sie von ihren Profiten für derart unprofitable Ausgaben abzwacken wollen.

Im Art. 30 der DDR-Verfassung von 1968 war die Unantastbarkeit der Persönlichkeit und der Freiheit jeden Bürgers verankert. Klargestellt wurde im Abs. 2. dass Einschränkungen nur im Zusammenhang mit strafbaren Handlungen oder einer Heilbehandlung zulässig waren und gesetzlich begründet sein mussten. Im Eintelfall durften die Rechten der Bürger nur insoweit eingeschränkt werden als dies gesetzlich zulässig und unumgänglich war. So wurde es in der justiziellen Wirklichkeit der DDR gehandhabt.

Selbst die rechtswidrige Strafverfolgung von zahlreichen DDR-Richtern und Staatsanwälten durch die bundesdeutsche Strafjustiz nach 1990 erbrachte nicht, dass sie diesen Artikel ihrer Verfassung verletzt hätten. Die rechtswidrigen Verurteilungen durch bundesdeutsche Strafgerichte gründeten sich – wie den Urteilen zu entnehmen ist - darauf, dass die bundesdeutschen Richter aus ihrer Sicht die von Richtern der DDR in Übereinstimmung mit dem DDR-Gesetz angeordneten Einschränkungen – bei Straftätern, die gegen die DDR gewirkt hatten - für überzogen hielten.

Unsere Richter hatten aber nicht nach westdeutschen Vorstellungen zu judizieren, sondern die Rechtsordnung der DDR zu verteidigen! Übrigens meinen erfindungsreiche Verfassungsrechtler, dass die objektiv falsche und anmaßende Aussage, auch für jene Deutschen gehandelt zu haben, denen dies versagt gewesen sei, Jahrzehnte später, also im Nachhinein, im „Beitritt“ der Bürger der DDR im Jahre 1990 zu sehen und dadurch dieser Mangel nachträglich juristisch „geheilt“ worden sei!

So wie die demokratische Legitimität des GG fingiert wird, so wird auch fingiert – unterstellt -, dass die Ostdeutschen das GG – und damit die Spaltung Deutschlands - gewollt hätten.

Für uns steht Gerechtigkeit im engen Zusammenhang mit dem Begriff der Menschenrechte. Uns geht es um eine wirkliche soziale Gerechtigkeit. Sie kann nicht in ein paar Brosamen für die Ausgebeuteten bestehen. Soziale Gerechtigkeit umschließt die Gewährleistung aller wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte, vor allem das Recht auf Arbeit, auf einen Arbeitsplatz, das Recht auf Wohnung, auf Bildung, auf gesundheitliche Betreuung und auf Versorgung im Alter – wie es in der DDR-Verfassung

stand und alltägliche Wirklichkeit war. So gehört für uns die Gerechtigkeit im Sinne unserer Internationale zu unserem Kampf für die Menschenrechte. All diese Menschenrechte, wirkliche Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit, wie wir sie verstehen, waren in der DDR, besonders gemäß ihrer sozialistischen Verfassung, nicht nur leere Versprechen des Gesetzgebers, sondern Wirklichkeit.

Im Sinne dieser umfassenden Menschenrechte waren Recht und Rechtspflege in der DDR demokratisch. Die DDR war der wahre demokratische Rechtsstaat. Hier waren die Lehren aus der deutschen Geschichte, besonderes der Verbrechen der Hitlerfaschisten, gezogen worden - in Erfüllung des Potsdamer Abkommens. Die DDR bewies sich vor aller Welt als deutscher Friedensstaat. Die Rechtsordnung der DDR war über Jahrzehnte mit ihren Bürgern geschaffen worden. Sie diente tatsächlich den Interessen der Werktätigen.

Nach 1990 haben die Bürger der DDR in ihrer übergroßen Mehrheit am eigenen Leibe erfahren, was ihnen genommen wurde, der sichere Arbeitsplatz, stabile Preise und Mieten, unentgeltliche Gesundheitsfürsorge, Bildungsmöglichkeiten auch für die Kinder der Werktätigen.

Schon rein juristisch haben die Bürger der DDR auf allen für sie wesentlichen Rechtsgebieten enorme Rechte verloren, so im Arbeitsrecht, im Mietrecht und im Familienrecht. Ich kenne kein einziges (juristisches) Recht, das die Bürger der DDR, vor allem die Werktätigen, durch den „Beitritt“ gewonnen hätten.

Je länger das Bestehen der DDR zurückliegt, desto deutlicher wird, was sie den einfachen Menschen, den Werktätigen bot, und was ihnen 1990 genommen wurde. Eben deshalb sah sich Bundespräsident Köhler genötigt, vor einer Verklärung der DDR zu warnen. Eben deshalb werden Kübel von Lügen über die DDR verbreitet.

Die DDR ist nicht mehr, aber ihre Erfahrungen gehören zum historischen Erkenntnis- und Erfahrungsschatz der Menschheit, vor allem der der Arbeiterbewegung.

Vergessen wir niemals, was in der DDR geschaffen wurde!

Vergessen wir niemals die sozialistische Verfassung der DDR!

Erich Buchholz, Berlin

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

Dieter Itzerott[12] in Kooperation mit Kurt Gossweiler[13]: Die Entwicklung der SED

Einführende Bemerkungen.

Als Kommunisten müssen wir auf die Frage nach dem historischen Platz der SED in den Kämpfen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung eine eindeutige Antwort geben. Fast 20 Jahre nach dem Sieg der Konterrevolution und Angesichts der nach wie vor andauernden massiven antikommunistischen Kriminalisierung der Geschichte der DDR, besonders der Rolle der SED, ist das wichtiger denn je. Diese Antwort ist von prinzipieller Bedeutung für die künftigen Kämpfe für Sozialismus und gegen Barbarei.

---

12 Dieter Itzerott ist gelernter Maschinenschlosser; hat später an der TH für Chemie in Leuna/ Merseburg das Studium mit dem Dipl.ing.oec abgeschlossen.
Zur Zeit der DDR war er Mitglied folgender Organisationen: FDGB (seit 1947); FDJ (seit 1949); SED (seit 1953; 1990-Austritt nach dem revisionistischen Parteiputsch Dezember 1989).
Dieter Itzerott war 20 Jahre hauptamtlicher FDJ-Funktionär: Basisfunktionär, 1.Sekretär der Kreisleitungen in den Leuna-Werken und in den VEB-Buna-Werken, 1.Sekretär der Bezirksleitung der FDJ Halle, von 1959 bis 1970 Mitglied des Zentralrates der FDJ, 1967 bis 1970 2. Sekretär des FDJ-Zentralrates; Mitglied der Jugendkommission beim Politbüro des ZK der SED; Abgeordneter der Volkskammer der DDR;
Seit 1970 war er außerdem in unterschiedlichen Parteifunktionen aktiv: 1971-74 als 2. Sekretär der Bezirksleitung der SED, bis 1989 als 1. Sekretär der Kreisleitung Torgau der SED.
Seit 1998 ist er Mitglied der DKP.

13 Kurt Gossweiler, geboren 1917 in Stuttgart, kam 1928, im Alter von 11 Jahren, nach Berlin. Seit 1931 im Sozialistischen Schülerbund organisiert, war er mit der kommunistischen Jugend im illegalen Widerstand gegen den Faschismus. Nach dem Abitur 1937 studierte er bis 1939 Volkswirtschaftslehre, wurde dann zunächst zum Arbeitsdienst eingezogen und kurz darauf in die faschistische Wehrmacht gezwungen. Am 14. März 1943 lief er zur Roten Armee über und war danach an der sowjetischen Antifa-Schule in Tula tätig.
1947 kam er zurück nach Berlin und arbeitete bis 1955 in der Berliner Bezirksleitung der SED. Dann folgte die Aspirantur an der Humboldt-Universität, die Promotion 1964, die Habilitation 1971. Seit 1970 Mitarbeit an der Akademie der Wissenschaften der DDR im Zentralen Institut für Geschichte – Hauptforschungsbegiet: Faschismus.
Seit 1956 gleichzeitig intensive Arbeit zur Analyse des Revisionismus, zu welchem Thema er vor allem nach der Konterrevolution immer wieder publiziert hat.
Kurt Gossweiler war Mitglied der KPD, dann der SED, dann der PDS, aus der er schließlich wegen unerträglicher politischer Differenzen austrat. Heute ist er parteilos.

Darin wurzelt der Wunsch der Genossen der Griechischen Kommunistischen Partei an uns.

Für mich und zahllose andere Genossen hat diese Antwort auch einen sehr persönlichen Aspekt. Die SED war die Partei, in der und durch die wir revolutionäres Bewusstsein erlangten und eine wissenschaftliche Weltanschauung erwarben. In ihr sind wir politisch mündig geworden. In ihren Reihen formten sich die für einen Kommunisten unerlässlichen Eigenschaften: Klassenstandpunkt, Prinzipienfestigkeit und revolutionäre Disziplin. Dieses subjektive Erleben aber steht einem objektiven Urteil nicht im Wege, sondern bildet einen dialektischen Zusammenhang damit.

Ich habe im „RotFuchs“, April 2001, im Zusammenhang mit dem 55. Jahrestag des Vereinigungsparteitages von KPD und SPD 1946 unter der Überschrift „Warum wir stolz auf die SED sind“ die These formuliert: „Die SED war die erfolgreichste Partei der Deutschen Arbeiterbewegung“. Das löste zahlreiche unterschiedliche, aber überwiegend zustimmende Diskussionen aus. Mein vordergründiges Anliegen dabei war, der massiven Verleumdung, Diskriminierung und Kriminalisierung der SED selbstbewusst entgegenzutreten. Ich schrieb, „dass wir die Geschichte unserer Partei nicht den `Reißzähnen der antikommunistischen Hyänen´ und der `Schamdemagogie´ linker Kleinbürger überlassen“ dürfen. Aus den Reihen der Mitstreiter gab es Bedenken gegen meine These. Angesichts der gravierenden Niederlage, die uns zugefügt wurde, war von „unangemessener Wortwahl“ die Rede. Ich erhebe keinen Anspruch auf eine endgültige oder alleingültige Bewertung der Rolle der SED in der Geschichte, aber ich sehe auch keinen Grund, der mich veranlassen könnte, unser Licht selbstanklägerisch unter den Scheffel zu stellen.

Niederlagen gab es in der Geschichte der kommunistischen Bewegung nicht nur eine, und es wäre gut, sich zu erinnern, wie Marx, Engels und Lenin damit umgegangen sind.

Eine abschließende, komplexe, konsequent marxistisch-leninistische Analyse der Ursachen unserer Niederlage liegt noch nicht vor. Am fundiertesten ist bisher Kurt Gossweilers Buch „Die Taubenfuß-Chronik oder Die Chrustchowiade“ und die von „offen-siv“ vorgelegte „Niederlagenanalyse“. Sie analysieren die Ereignisse richtig als komplexen Prozess aller Staaten der sozialistischen Gemeinschaft. Das Buch „Das Geschenk“ von Eberhard Czichon/Heinz Marohn wird dieser Anforderung ebenfalls weitgehend gerecht und enthält eine Fülle detaillierter Fakten dazu.

Unsere Arbeit soll sich, unter Beachtung dieser Komplexität, mit der DDR und ihrer führenden Partei, der SED befassen. Obwohl meine wertende These die historische Stellung der SED richtig umreißt, erfordert eine wissenschaftliche Analyse natürlich auch, Fehler, Defizite, Versäumnisse und Unvollkommenheiten zu benennen. Vor auch unangenehmen Wahrheiten darf man sich nicht drücken. Darauf werde ich noch gründlich zu sprechen kommen. Aber das hat mit Zurückweichen vor der Hetze des Feindes und mit Prinzipienlosigkeit und kleinbürgerlichem Moralisieren nichts gemein. Zwei Aussagen werden ein besonderes Gewicht bei unseren Urteilen und Bewertungen

haben. Zum einen die Aussage Lenins „Man darf nicht vergessen, dass man zugrunde gehen kann unter Verhältnissen, wo die Schwierigkeiten zwar groß sind, der Untergang aber nicht im geringsten, nicht im allergeringsten zwangsläufig ist“. (Lenin Werke, Bd33, S.194) Und die Aussage, die der italienische Marxist-Leninist Gramsci getroffen hat, indem er mit dem Hinweis auf Hegel sinngemäß formulierte, „dass eine Partei Fehler begehen kann, Irrtümern unterliegen kann“ und nennt das „Ausdruck entstandener, noch nicht oder unzureichend erkannter Widersprüche und Probleme“.

Der wissenschaftliche historische Materialismus ist Grundlage unserer Arbeit. Sie ist eine Kampfansage gegen Geschichtsrevisionismus und alle Spielarten des Revisionismus!

Auf welche politischen Leistungen kann die SED verweisen, was ist das Bewahrenswerte und hat damit den Anspruch, als gültige Lehre für den weiteren Kampf für eine sozialistische Gesellschaft in Zukunft zur Verfügung zu stehen?

Die Vorgeschichte der SED

Historische politische Grundlage für das Wirken der KPD/SED nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus waren die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale, besonders ihres VII. Weltkongresses 1935 und der Brüsseler Konferenz der KPD. Ihre wichtigsten Erkenntnisse bestanden darin, die Einheit der Arbeiterklasse und Herstellung einer breiten Bewegung zum Sturz des Faschismus zu schaffen. Das war nur möglich, wenn als nächstes Ziel und Losung nicht der Sozialismus und die Diktatur des Proletariats formuliert wurde, sondern die Volksfront für ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Die wichtigsten Etappen auf diesem neuen Kurs waren

-die Berner Konferenz der KPD (Jan-Febr 1939);

-der Aufruf zu und die Gründung des „National-Komitees Freies Deutschland“ (NKFD) im Juli 1943;

-die Jalta-Konferenz der drei Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition; (Beschluss über die Besatzungszonen in Deutschland und der Alliierten Kommission in Berlin);

Die geschichtliche Realität für diesen Kurs schuf der Sieg der Anti-Hitler-Koalition über Hitlerdeutschland am 8./9. Mai 1945.

Damit waren die Grundlagen für die zukünftigen Entwicklungen in Deutschland vorgezeichnet – nach dem Sieg Teilung Deutschlands in vier Besatzungszonen und Berlins in vier Sektoren, am 5. Juni 1945 Bildung des Alliierten Kontrollrates in Berlin, am 9. Juni 1945 Bildung der sowjetischen Militärverwaltung (SMAD) in der sowjetisch besetzten Zone, am 10. Juni 1945 gestattet die SMAD durch den Befehl Nr. 2 die Tätigkeit antifaschistisch-demokratischer Parteien und freier Gewerkschaften und die Gründung einer antifaschistisch-demokratischen Jugendorganisation.

Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 war ein grundlegendes marxistisch-leninistisches Dokument, das voll der Linie des Weltkongresses entsprach und eine hervorragende

Anwendung auf die konkret-historische Situation in Deutschland war. Es war ein zutiefst schöpferisches Dokument. Die verleumderische Unterstellung, dass eine formale Übertragung sowjetischer Verhältnisse erfolgt wäre, entbehrt jeder Grundlage. Ein antifaschistisch-demokratischer Neuaufbau wurde zum Ziel erklärt. Der Hauptstoß des politischen Kampfes war gegen Faschismus, Militarismus und deren Träger gerichtet. Es ging also vom Anbeginn an nicht nur um die sowjetisch besetzte Zone, sondern um ganz Deutschland! Der im antifaschistischen Kampf gereifte Wille bei Kommunisten und Sozialdemokraten zur Einheit der Arbeiterklasse war nicht nur im sowjetisch besetzten Osten, sondern auch im Westen stark. Der Aufruf der KPD war eine tragfähige politische Plattform für die Aktionseinheit von KPD und SPD und aller antifaschistischen Kräfte. Das Neue war, dass die proletarische Klassenlinie in der SPD stark hervortrat. Wenn auch der Faktor der Selbstbefreiung des deutschen Volkes vom Faschismus fehlte, war die gesellschaftliche, revolutionäre Veränderung eine objektive Notwendigkeit. Die konsequente Verwirklichung der Ziele und Prinzipien der Anti-Hitler-Koalition in Form der Beschlüsse von Potsdam war für Kommunisten und Sozialisten gleichbedeutend mit ungekannten Möglichkeiten sich zu organisieren, ihre Kräfte zu entfalten und auf alle Prozesse des gesellschaftlichen Lebens bestimmenden Einfluss zu nehmen.

Die Besatzungsmächte der imperialistischen Staaten kamen ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht oder nur verzerrt nach. Ihre Ziele bestanden darin, ihr imperialistisches System zu schützen, den deutschen reaktionären Kräften eine Atempause zur Sammlung und Umgruppierung ihrer Kräfte zu verschaffen, alte Machteliten in Position zu bringen. Den antifaschistischen Kräften dagegen wurde jede öffentliche Betätigung auf längere Zeit untersagt.

Worin bestanden vom Anfang an die besonderen Schwierigkeiten des Kampfes der KPD?

Die Befreiung Deutschlands musste von außen erfolgen, weil die Mehrheit der Deutschen den Faschisten bis zum Schluss folgten und erfüllt waren mit faschistischer Ideologie, vor allem mit Antikommunismus und Furcht vor und Hass gegen die Sowjetunion.

Das deutsche Volk befreite sich also nicht selbst vom Faschismus, sondern musste von den „Feindmächten“ befreit werden.

Das hat die Befreiung der Köpfe der Menschen von faschistischer Ideologie, von Rassismus, Nationalismus, Antikommunismus und Feindschaft gegen die Sowjetunion viel schwerer gemacht als in allen anderen befreiten Ländern (vielleicht Polen ausgenommen).

Ferner: Zwei Drittel des Landes waren von den imperialistischen Siegermächten besetzt. In diesen Teilen befanden sich die wirtschaftlich, besonders industriell am stärksten entwickelten Gebiete nicht nur Deutschlands, sondern Europas. Mit ihnen aber waren Industrie und Landwirtschaft der sowjetisch besetzten Zone (SBZ), also der späteren DDR, eng verflochten, daher in ganz anderem Maße von ihnen abhängig als umgekehrt die Westzonen von der SBZ. Die Abhängigkeit der Wirtschaft der SBZ von Lieferungen der Westzonen war ferner besonders groß, weil sich in den Westzonen Deutschlands auch

der größte Teil der - wenigen - natürlichen Rohstoffe befand, über die Deutschland verfügte, vor allem der Steinkohle.

Und weiter: Die Sowjetunion forderte völlig zu Recht Wiedergutmachung durch Arbeitsleistung und Reparationen, vor allem in Gestalt von Warenlieferungen. Da die Westmächte aus ihren Zonen keine Reparationen an die SU lieferte, musste die SBZ und später die DDR die Reparationslasten alleine tragen. Das drückte natürlich auf die Lebenshaltung der Bevölkerung.

Die USA, die am Kriege allseitig gewonnen hatten, boten finanzielle Unterstützung, den Marshall-Plan, für alle Zonen an, aber gebunden an Bedingungen, die auch die Entwicklung in der SBZ praktisch den Weisungen und der Kontrolle der US-Regierung über ihren Hochkommissar in der Alliierten Kontrollkommission unterstellt hätte. Damit hätten die USA die Möglichkeit gehabt, den Bruch der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, den sie durchführten, um das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus und Militarismus als Speerspitze des schon vorbereiteten kalten und eines durchaus auch vorgesehenen heißen Krieges gegen die Sowjetunion auch in die SBZ hineinzutragen. Die Übernahme des Marshall-Planes auch für die SBZ wurde deshalb von der Sowjetregierung im Interesse der Bevölkerung sowohl der SBZ wie auch der Bevölkerung ganz Deutschlands abgelehnt, was aber von den Westmächten recht wirkungsvoll zur antisowjetischen Stimmungsmache benutzt wurde mit dem Argument: „Die USA helfen dem deutschen Volk, die Sowjets nehmen ihm auch noch das Letzte“.

Besonders erschwerend für die eigenständige progressive Entwicklung in der SBZ und der späteren DDR war die Existenz Westberlins als Zentrum aller feindlichen Anschläge der imperialistischen Westmächte und des wiedererstehenden deutschen Imperialismus gegen die SBZ/DDR und die Sowjetunion mitten im Gebiet der SBZ und der späteren DDR, von dem aus und zu dem bis 1961 die Grenzen in beiden Richtungen unkontrolliert überschritten werden konnten.

Schließlich: Die Teilung des Landes und der Nation machte im Bewusstsein der Bevölkerung in ganz Deutschland die Wiederherstellung der Einheit des Landes und der Nation zur Aufgabe Nummer Eins.

Das bedeutete für die SBZ, dass sie die im Interesse der Schaffung einer konsequenten antifaschistisch-demokratischen Ordnung notwendigen Maßnahmen nicht im Gleichschritt mit den volksdemokratischen Ländern ergreifen konnte, sondern immer dabei bedenken musste, keine Maßnahmen durchzuführen, welche die Einigung erschweren oder gar unmöglich machen würden. Noch existierte die deutsche Nation, von der die Bevölkerung der SBZ/DDR ein Teil war und deren Wiedervereinigung in einem einheitlichen, antifaschistisch-demokratischen Deutschland das ausdrückliche Ziel auch und gerade der fortschrittlichen Kräfte, der Kommunisten war und sein musste.

Zum anderen gehörte die SBZ/DDR zur Gemeinschaft der Länder, die nach ihrer Befreiung durch die Sowjetunion und - in unterschiedlichem Maße - durch den eigenen Kampf

gegen die faschistischen Okkupanten den Weg der volksdemokratischen Entwicklung beschritten hatten.

Das Gefühl und das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit mit diesen Ländern und Völkern, normal und selbstverständlich für kommunistische und sozialistische Internationalisten, musste der Mehrheit der Bevölkerung, die 12 Jahre, davon fast die Hälfte im Krieg gegen eben diese Völker, nationalistisch und chauvinistisch verhetzt worden war, erst nahe gebracht und mit großer Geduld immer wieder als die normale, im ursprünglichsten Interesse des deutschen Volkes liegende Einstellung bewusst gemacht werden.

Die Bedingungen für die Formierung des subjektiven Faktors dieses gesellschaftlichen Prozesses waren sehr kompliziert. 12 Jahre Faschismus hatten auch in der Arbeiterklasse tiefe Spuren hinterlassen. Die besten Kräfte waren dem Terror zum Opfer gefallen. Zur Arbeiterklasse stießen viele der entwurzelten Angehörigen anderer Klassen, ehemalige Angehörige des faschistischen Machtapparates und Träger kleinbürgerlicher und bürgerlicher Ideologie. Die faschistische Demagogie wirkte länger, als erkannt wurde. Dazu kam das Wirken der rechtsopportunistischen Kräfte der SPD in den Westzonen, in Anlehnung an die imperialistischen Besatzungsmächte die neu zu formierende SPD in antikommunistische Richtung zu lenken.

Trotz dieser negativen Erscheinungen kam der Prozess der Formierung der antifaschistisch-demokratischen Einheitskräfte voran. Am 14. Juli 1945 entstand als Quelle des Mehrparteiensystems der „Demokratische Block“. Am 21. 12. 45 kam es zur gemeinsamen Konferenz der KPD und SPD, um den Zusammenschluss ideologisch und organisatorisch vorzubereiten. Noch vor der Vereinigung der Parteien kam es, ermöglicht durch die Förderung der Organe der Sowjetischen Besatzungsorgane (Befehle der SMAD) am 7. 3. 1946 zur Gründung einer antifaschistisch-demokratischen Jugendorga-nisation, der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) und zur Gründung des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“(FDGB).

Der Einheitswille war 1945, hervorgegangen aus den bitteren Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes, so ausgeprägt und setzte sich elementar durch. Im Zusammenhang mit dem Drängen nach antifaschistischen und antikapitalistischen Verän-derungen bildeten die völkerrechtlich bindenden Beschlüsse der Potsdamer Konferenz die politische Grundlage des Vereinigungsprozesses. Auf das Gerede der Vereinigungs-gegner von der „Zwangsvereinigung“ gibt es eine überzeugende Antwort: Der einzige „Zwang“, der bei diesem historischen Prozess ausgeübt wurde, war der „Zwang der Lehren der Geschichte“ (Werner Bruschke, Sozialdemokrat, Land Sachsen-Anhalt, mit B. Koenen, Kommunist, Initiator der Vereinigung in diesem Landesverband.)

Am 21. und 22. April 1946 fand der gemeinsame Parteitag von KPD und SPD in Berlin statt. Die Herausbildung und Entwicklung der Einheitspartei war ein Prozess, der in einem zutiefst demokratischen Procedere durchgeführt wurde, verlief aber nicht ohne Konflikte und Fehler. Nicht wenige Irrtümer hingen mit revolutionärem Übereifer und subjektivem Unvermögen zusammen. Tief verwurzelter Opportunismus einerseits und

Tendenzen des Sektierertums andererseits mussten überwunden werden. Es gab Traditionsgebundenheit, Emotionen und Rivalitäten. Hinzu kam ein enormer Mangel an marxistisch gebildeten Kadern, von denen die meisten dem faschistischen Terror zum Opfer gefallen waren. Überspitzungen und der Rückgriff auf falsche Methoden blieben nicht aus. Doch das alles war eher marginaler Natur und kann nicht als Maßstab der historischen Bewertung der Ereignisse genommen werden. Diese inneren Seiten der Ereignisse fielen mit Veränderungen grundsätzlichen Charakters der äußeren Bedingungen zusammen.

In der Jahreswende 1945/46 ging die unmittelbare Nachkriegsphase zu Ende. Ende Dezember 1945 hatte der US-Präsident Truman erklärt „dass den USA die Verant-wortung für die Führung der Welt auferlegt worden sei.“ Und am 05. 03. 1946 hielt der englische Premier W. Churchill in Fulton, USA, seine berüchtigte Rede, die als Beginn des “Kalten Krieges“ in die Geschichte einging.

Die ersten Aufgaben der SED

Es zeigte sich bald, dass die sorgfältige Beachtung der Dialektik der inneren und äußeren Entwicklungsbedingungen an Bedeutung gewann. Die neu gegründete Partei reagierte mit Beschlüssen zur Verstärkung der Bildungs- und Schulungsarbeit. (Einführung von Bildungsabenden, Durchführung von Wochenendkursen, Schaffung von Kreis- und Landesschulen; April 1946 Gründung des parteieigenen „Dietz-Verlages“ zur Herausgabe und Vertreibung marxistisch-leninistischer Literatur.)

Der II. Parteitag (20.-24. Sept. 47) stellte fest, dass die Partei die Mitgliederzahl von 1,8 Mio. Mitgliedern erreicht hatte. Der Parteitag traf die reale Einschätzung, dass die Aktivität und das Bewusstsein der Parteimitglieder nicht mit dem zahlenmäßigen Wachstum und den neuen Anforderungen Schritt hielt. Er erhob die Forderung zur Intensivierung der Schulungsarbeit und forcierte die Bildung von Betriebsgruppen der SED. Die Partei verband sich enger mit der Arbeiterklasse.

Die revolutionären Veränderungen nach 1945 gingen über die Phase der antifaschistisch-demokratischen Entwicklung hinaus. Die Beschlüsse von Potsdam hatten dafür die Grundlage geschaffen. Es wurden Aufgaben in Angriff genommen, die in ihrem Wesen bereits volksdemokratischen, sozialistischen Charakter hatten. So war es am 30. 06. 1946 im Land Sachsen zu einem Volksentscheid gekommen, in dem mit 77,6% die entschädigungslose Enteignung der Betriebe der aktiven Nazis und Kriegsverbrecher vollzogen wurde. Das war ein Barometer für die Bewusstseinslage der Arbeiterklasse. Auf der Grundlage des Volksentscheids wurden in allen Ländern der sowjetischen Besatzungszone durch Gesetz die Betriebe der Nazi- und Kriegsverbrecher enteignet und in Volkseigentum überführt.

Mit den 6.000 Betrieben, die durch die Enteignung der Kriegsverbrecher in Volkseigentum übergegangen waren, wurde in der sowjetisch besetzten Zone die ökonomische

Machtgrundlage des Imperialismus beseitigt. Die Partei ging gestützt auf diese neue Grundlage und das wachsende Bewußtsein der Arbeiterklasse zu ersten Schritten der Wirtschaftsplanung über. Am 30. Juni 1948 beschloß der Parteivorstand der SED den Entwurf für den ersten 2-Jahresplan. Mit der Planung in der Wirtschaft enstand die Notwendigkeit und Möglichkeit für einen Wirtschaftsaufschwung. Aber 1948 war in der Industrie erst ein Grad von höchstens 60% des Jahres 1936 ereicht. Die Gleichmacherei in der Bewertung der Arbeitsergebnisse war eine der Ursachen. Die Entlohnung nach der realen Arbeitsleistung mußte durchgesetzt werden. Dem Ruf der Partei folgte ein Kommunist, der Bergmann Adolf Hennecke, der am 13. 8. 1948 in einer Schicht anstelle von 6,3 Tonnen 24,4 Tonnen Kohle förderte. Das waren gegenüber den geltenden Normen 387%. Der Weg war gewiesen, der Durchbruch erzielt.

Aber bei einem großen Teil der Arbeiter fand dieses Beispiel zunächst keine Zustimmung, doch mit der Bewegung zur freiwilligen Leistungssteigerung war der Grundstein für den Wettbewerb als neuer Zug der Arbeiterbewegung gelegt. Es dauerte noch einige Jahre (siehe 17.Juni 1953) - auch weil die Partei es zunächst versäumte, die notwendige Überzeugungsarbeit zu leisten und zunächst versuchte, diese neue Bewegung auf administrativem Wege durchzusetzen. Nach der Korrektur dieser Fehler wurde dieses Beispiel schließlich zur wichtigsten Massenbewegung der Arbeiterklasse zur Leistungssteigerung.

Auf der Grundlage klärender Diskussionen zwischen KPD und SPD wurde der breiten Forderung der Landarbeiter und werktätigen Bauern entsprochen und die Aufteilung des Großgrundbesitzes der militaristischen Junker und aktiven Nazis in Form einer Bodenreform vollzogen und ein staatlicher Bodenfond geschaffen und Boden und Inventar an landarme Bauern, Landarbeiter und Umsiedler übereignet. Diese Bodenreform wurde zu einer in der deutschen Geschichte bis dahin beispiellosen, siegreichen revolutionären Massenaktion. Sie wurde durch demokratisch gewählte Bodenreformkommissionen durchgeführt, der über 50.000 Mitglieder angehörten. Über 200.000 Landarbeiter erhielten Boden und Inventar für neue Wirtschaften. Etwa 125.000 landarme Bauern und Kleinpächter erweiterten durch Übernahme von Neuland ihre Wirtschaften. Etwa ein Drittel des Bodenfonds verblieb in den Händen staatlicher und kommunaler Organe. Diese revolutionären Veränderungen haben neue Klassen- und Machtverhältnisse hervorgebracht.

Diese Tatsache vor allem war es, die die wütende Reaktion der imperialistischen Kräfte und der rechten Sozialdemokratie, die von den imperialistischen Besatzungsmächten gestützt wurden, hervorrief.

Trotz der vollzogenen revolutionären Veränderungen waren die ökonomischen Möglichkeiten einer Restauration des Kapitalismus noch groß. Hinzu kam, dass erkannt werden musste, dass die völlige Überwindung der ideologischen Nachwirkungen des Faschismus eine längere Zeit erforderte, was Auswirkungen auf die ideologische Reife des subjektiven Faktors hatte. Die beschleunigte Entwicklung der SED auf Basis des Marxis-

mus-Leninismus erwies sich als dringendes Erfordernis. Der politisch-ideologische Klärungsprozess musste also zielgerichtet und auf höherer Stufe weitergeführt werden. 1948 war die Lage so, dass unter Einfluss des Klassenkampfes die gesellschaftlichen Widersprüche der Übergangsperiode schroff zu Tage traten und auch der Kalte Krieg sich verschärfte. Es stand die Alternative: konsequente Weiterführung der revolutionären Umwälzung in Richtung von Maßnahmen volksdemokratischen Charakters mit sozialistischer Orientierung - oder deren Preisgabe und Restauration des Kapitalismus.

Die Gründung der DDR

Nachdem die herrschenden Kreise der Westzonen in Abstimmung mit den imperialistischen Besatzungsmächten den Weg der Spaltung der Nation beschritten und den Separatstaat BRD geschaffen hatten, stand eine Entscheidung mit historischem Charakter an.

Die Gründung der DDR war eine notwendige Antwort auf die Gründung des westdeutschen Separatstaates und fand die volle Unterstützung der Sowjetunion. Erinnert sei an die Würdigung der historischen Bedeutung der Gründung der DDR durch das Telegramm Stalins, in dem es hieß: „Die Gründung der Deutschen Demokratischen friedliebenden Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschland neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende macht und die Knechtung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht. … Wenn Sie so den Grundstein für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland legen, vollbringen Sie gleichzeitig ein großes Werk für ganz Europa, indem Sie ihm einen festen Frieden gewährleisten…“

Die Gründung der DDR als kühne, unmittelbare Reaktion auf die entstandene Lage darf mit Fug und Recht als eine historische Leistung der SED gemeinsam mit ihren Bündnispartnern betrachtet werden. Sie wird bis heute als „die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung“ gesehen. Auf deutschem Boden entstand ein Staat der Arbeiter und Bauern, der dem Einfluss der reaktionären Kräfte entzogen war. Die Tür zu neuen Perspektiven wurde aufgestoßen.

Nach der Gründung der DDR entwickelte sich eine neue Situation in der Machtfrage. Nun entstanden qualitative Anforderungen an die Arbeiterklasse und die SED und an ihren Anspruch auf Hegemonie bei der Meisterung der komplizierten neuen Prozesse. Die Partei musste politisch und organisatorisch so aufgestellt werden, dass sie imstande war, alle Bereiche der Gesellschaft als Ganzes zu führen und die revolutionären Umwälzungen konsequent weiterzutreiben. Ihre Formierung zur „Partei neuen Typs“, als Konsequenz der Anwendung der marxistisch-leninistischen Revolutionstheorie wurde zur aktuellen Aufgabe. Letztlich ging es um das Fundament für die Entwicklung, die den Sozialismus zur Perspektive machte. Das konnte nicht ohne innerparteiliche Auseinan-

dersetzungen vollzogen werden. Dass in jener Zeit einige ehemalige SPD-Mitglieder, die diesen Kurs nicht akzeptieren wollten oder gegen ihn konspirierten, aus der Partei ausgeschlossen wurden, entsprach der Logik des Klassenkampfes. Die SED zeigte sich der neuen Situation gewachsen. Sie entwickelte eine geschlossene, marxistisch-leninistische Konzeption, die auch den Verpflichtungen gegenüber der internationalen Arbeiterbewegung entsprach. Sie mobilisierte alle Kräfte zur Abwehr konterrevolutionärer Vorstöße. Besonders wichtig war die Hilfe für die bündnistreuen Kräfte in den Blockparteien (genauer dazu weiter unten) bei Zurückdrängung des proimperialistischen Flügels. Die bislang schwerste Bewährungsprobe in den Blockbeziehungen.

Schritte zur Entwicklung der SED auf marxistisch-leninistischer Grundlage und der Übergang zum Aufbau des Sozialismus

- 1. Parteikonferenz, Januar 1949: Aufhebung der vom Vereinigungsparteitag beschlossenen paritätischen Besetzung aller Parteifunktionen; Einführung einer Kandi-datenzeit bei Aufnahme in die Partei; Bildung eines Politbüros.

- III. Parteitag, 20.–24. Juli 1950: Systematische marxistisch-leninistische Schulung mit erstem einheitlichen Parteilehrjahr ab 1950/51; Überprüfung der Parteimitglieder.[14]

Zur Ausbildung qualifizierter Kader für die theoretische und praktische politisch-ideologische Arbeit wurde im Dezember 1951 das „Institut für Gesellschaftswissenschaften“ geschaffen und zahlreiche Werke von Marx, Engels und Lenin heraus-gegeben;

Nach der Gründung der DDR konnte die Partei – anders als in den volksdemokratischen Nachbarländern – nicht die Aufgabe stellen, mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen. Dort, in Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien und Bulgarien, war der Schritt von der antifaschistisch-demokratischen zur sozialistischen Ordnung in den Jahren 1948/1949 getan worden. In der DDR war das noch nicht möglich, weil - wie das ja auch im Stalin-Telegramm zum Ausdruck gebracht worden war, - das erstrangige strategische Ziel noch die Herstellung eines einheitlichen demokratischen Deutschland war.

---

[14] Dieser Beschluss war eine Folge der Erkenntnisse über das Eindringen von Agenten der US-amerikanischen Geheimdienste in die kommunistische Emigration in verschiedenen kapitalistischen Ländern, vor allem in der Schweiz, und der Aufdeckung der Zusammenarbeit des Tito-jugoslawischen Regimes mit imperialistischen Mächten, Erkenntnisse, die in Prozessen in Ungarn (Rajk-Prozess, September 1949) und Bulgarien (Kostoff-Prozess Dezember 1949) gewonnen worden waren. Drei Jahre später, im November 1952, fand in der Tschechoslowakei ein dritter Prozess statt gegen den ehemaligen Generalsekretär der KPC, Rudolf Slansky14. Darüber wird weiter unten zu sprechen sein. Im Ergebnis der Überprüfung im Jahre 1951 wurden zahlreiche Genossen, die in der Nazizeit in kapitalistische Länder emigriert waren und nach ihrer Rückkehr in Parteifunktionen tätig waren, aus diesen Funktionen entfernt und zumeist in entsprechende staatliche Funktionen eingesetzt.

Aber früher oder später musste auch in der DDR eine klare Entscheidung über ihren weiteren Entwicklungsweg fallen, und das konnte, - wenn es nicht gelang, in absehbarer Zeit das Ziel eines einheitlichen demokratischen Deutschland zu erreichen -, auf Grund ihres Klassencharakters nur die gleiche Entscheidung sein wie bei den brüderlich befreundeten östlichen Nachbarn. Seit 1950 gehörte die DDR schon dem 1949 gegründeten Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe – RGW – an.

Die Westmächte taten ihrerseits alles, die Spaltung Deutschlands zu vertiefen, Westdeutschland zu remilitarisieren und zu einer Speerspitze für die Aggression gen Osten aufzurüsten. Schon im Dezember 1950 gaben die Teilnehmer der Ratstagung der NATO in Brüssel ihre „völlige Übereinstimmung über die Rolle, die Deutschland – also die BRD - in der NATO übernehmen könnte“, bekannt. Und im September 1951 einigten sich die USA, England und Frankreich in einer Konferenz in Washington über die Bedingungen der Remilitarisierung Westdeutschlands und über seine Eingliederung in die NATO.

Um dem entgegenzuwirken und um den Protest erheblicher Teile der westdeutschen Bevölkerung gegen den Remilitarisierungskurs und ihre Forderungen nach einer friedlichen Einigung Deutschlands zu unterstützen, forderte die Regierung der DDR im Februar 1952 in einer Note die vier Großmächte – die drei Westmächte und die UdSSR – dazu auf, den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen.

Die Sowjetunion war die einzige der „Großen Vier“, die darauf eine positive Antwort gab. Mehr noch: Am 10 März 1952 richtete sie eine Note an die Westmächte mit dem Entwurf eines Friedensvertrages. Es war dies die berühmte Stalin-Note, über deren Zielsetzung und dahinter stehende Absichten Stalins schon ganze Bibliotheken füllende Artikel und Bücher geschrieben wurden und noch immer werden, wobei auch unsinnigste und abwegigste Thesen vertreten werden; (s. dazu: Kurt Gossweiler, Benjamin Baumgarten und die „Stalin-Note“, in Streitbarer Materialismus, Nr. 22, Mai 1998, S. 61-74; zu finden auch im Internet unter „Kurt Gossweiler, Politisches Archiv, Artikel).

Die Sowjetunion schlug in dieser Note vor, einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen und legte zugleich den Entwurf eines solchen Vertrages vor: Deutschland sollte als einheitlicher Staat in den vom Potsdamer Abkommen festgelegten Grenzen wiederhergestellt werden, eigene zur Verteidigung notwendige Streitkräfte besitzen dürfen und sich verpflichten, keine Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat der Antihitlerkoalition richten.

Im Westen wurde gerätselt, ob dieser Vorschlag ernst gemeint war, und die bis heute vorherrschende Antwort darauf war und ist ein Ja; Stalin – so die Begründung dafür-, habe die DDR nur als Handelsobjekt betrachtet, als ein Faustpfand, das gegen entsprechende Zugeständnisse des Westens an die Sowjetunion eingetauscht zu werden bestimmt sei. Ein bundesrepublikanischer Autor, Wilfried Loth, brachte diese Ansicht mit dem Titel seines 1994 bei Rowohlt in Berlin erschienenen Buches auf die kurze Formel: „Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte.“.

Loth und alle, die seine Ansicht teilen - und dazu gehören seit der Rückwende auch ehemalige Historiker aus SED-Instituten, wie z.B. Wilfriede Otto, bis zum Ende der DDR Mitarbeiterin des Marx-Engels-Instituts - konstruieren folgerichtig daraus einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den Zielen Stalins und Walter Ulbrichts hinsichtlich der Zukunft der DDR.

In Wirklichkeit bestand zwischen Stalin und Walter Ulbricht über die Zukunft der DDR als Glied in der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten Europas keine Meinungsverschiedenheit. Die gab es nur über die Frage des Tempos der Entwicklung hin zu diesem Ziel.[15]

Abschließend kann zur Stalin-Note und ihrer Bedeutung für die DDR gesagt werden: Für beide Seiten - die UdSSR- und die DDR- Führung – war klar, dass es - sofern es in absehbarer Zeit kein einheitliches, demokratisches und neutralisiertes Deutschland geben würde -, nur eine Entscheidung für den Sozialismus in der DDR geben konnte.

---

[15] Dies geht eindeutig aus einer Dokumentation sowjetischer Akten aus dem Bestand Molotow hervor, die in Band 95 der Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte veröffentlicht sind. („Stalins großer Bluff. Die Geschichte der Stalin-Note in Dokumenten der sowjetischen Führung.“ Herausgegeben und eingeleitet von Peter Ruggenthaler, München 2007.)

Der Herausgeber Ruggenthaler trifft als Erkenntnisse aus diesen Akten zur Stalin-Note unter anderem folgende Feststellungen (S. 14-16): *„Nach den Erkenntnissen der Geheimdienste konnte die sowjetische Führung davon ausgehen, dass sich die Westmächte, allen voran die USA, nicht von der Westintegration der eben geschaffenen Bundesrepublik Deutschland abbringen lassen würden. ... Demzufolge konnte das „Neutralisierungsangebot“ an Deutschland aus der Sicht des Kreml kein Risiko sein, weil eben die Westmächte von ihren Plänen nicht abzubringen seien. Dies wußte man aufgrund der Erkenntnisse der sowjetischen Aufklärung. Semenow soll Stalin die Nichtannahme der sowjetischen Vorschläge durch die Westmächte garantiert haben, um ihn vom Gelingen der deutschlandpolitischen Propaganda-aktion des Kreml zu überzeugen. ....*

Walter Ulbricht, so Vysinski (Wyschinski, Nachfolger Molotows als Außenminister der UdSSR), *habe vorgeschlagen, die SED sollte nicht gegen die Befürworter einer Neutralisierung Deutschlands auftreten, „sondern versuchen, ... mit ihnen einen gemeinsamen Kampf gegen die Remilitarisierung und gegen die Einbeziehung Westdeutschlands in das Nordatlantikbündnis zu organisieren.“ Ulbricht, so Vysinski weiter, denke, „dass die Sowjetunion selbst in der einen oder anderen Form einen Vorschlag über die Neutralisierung Deutschlands mit dem Ziel der Entlarvung der amerikanischen Kriegshetzer“ einbringen sollte. Vysinski kam in seiner Analyse zu dem Schluss, dass die Rgierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf jeden Fall gegen eine Neutralisierung Deutschlands wären. ....*

Es zeigt sich, dass wohl Walter Ulbricht die eigentliche „geistige Vaterschaft“ der Stalin-Note, das heißt, jener deutschlandpolitischen Strategie, der sich der Kreml 1951/52 bediente, zuzuschreiben ist.“

In dieser Situation hatte die Stalin-Note eine dreifache Bedeutung:

Erstens als Initialzündung für die Vereinigung aller Bemühungen in Ost und West zu einer großen, machtvollen Volksbewegung zur Erzwingung der Einheit Deutschlands als demokratischer und neutraler Friedensstaat.

Zweitens als Test dafür, ob es eine reale Chance gab, in absehbarer Zeit die Einheit Deutschlands auf einer solchen Grundlage zu erreichen.

Drittens als Prüfstein, der die Westmächte und die Adenauer-Regierung zwang, Farbe zu bekennen und vor aller Welt zu offenbaren, das sie die Spaltung aufrechterhalten wollten, entsprechend der Adenauer Devise: „Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb."

Die Stalin-Note stellte damit klar, dass die Verantwortung für die Konsequenzen der Fortdauer der Spaltung – nämlich die weitere Auseinanderentwicklung der beiden Teilstaaten und eine Entscheidung der DDR für den sozialistischen Weg – ganz alleine bei ihnen, den Westmächten und der BRD-Regierung, lag.

Die Ablehnung des sowjetischen Vorschlages und die beschleunigte Einbeziehung Deutschlands in das westliche aggressive Bündnissystem stellten nun den Übergang zum Aufbau des Sozialismus auch in der DDR auf die Tagesordnung.

Die II. Parteikonferenz (9.-12. Juli 1952)

Natürlich wurden die nächsten Schritte dazu mit der sowjetischen Führung beraten und abgesprochen.

Am 1. und 7. April 1952 beriet eine Delegation der SED-Führung –Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Otto Grotewohl - mit der Sowjetführung – Stalin, Bulganin, Malenkow, Molotow - über die nächsten vordringlichen Schritte in der DDR. Zwei Themen standen im Vordergrund:

Zum einen die Schaffung eigener Streitkräfte in der DDR – unumgänglich notwendig geworden angesichts der Aufrüstung in der Bundesrepublik und deren bevorstehende Einbeziehung in die NATO, zum anderen der Übergang zum Aufbau der sozialistischen Ordnung auch in der DDR.

Über Stalins Äußerungen zur ersten Frage in der Besprechung am 1. April notierte Wilhelm Pieck: „Volksarmee schaffen – ohne Geschrei. Pazifistische Periode ist vorbei." Und am 7. April notierte W. Pieck über Stalins Äußerungen zu diesem Thema: Der Westen hat „bisher alle Vorschläger abgelehnt. ... Demarkationslinie gefährliche Grenze. ...Bewaffnung muss geschaffen werden. ... Nicht Miliz, sondern ausgebildete Armee. Alles ohne Geschrei, aber beharrlich."

Und zur zweiten Hauptfrage, dem Übergang zum Aufbau des Sozialismus, sagte Stalin nach Piecks Notizen: „...Schaffung von Produktiv-Genossenschaften im Dorfe, um Großbauern einzukreisen ...Beispiele schaffen - ... Niemand zwingen. Nicht schreien

Kolchosen – Sozialismus. Im Anfang die Tat – Weg zum Sozialismus – staatliche Produktion ist sozialistischen Produktion.“ (Gossweiler, Benjamin Baumgarten, S.73.)

Stalin hat damit der SED-Führung gesagt: Ihr braucht gar nicht vom Sozialismus zu reden – in der Industrie habt ihr ihn schon, denn unter Euren Bedingungen ist staatliche Produktion schon sozialistische Produktion. Ihr braucht nur noch auf dem Lande Produktivgenossenschaften zuzulassen, dann bekommt Ihr auch eine sozialistische Landwirtschaft. Ihr braucht dabei überhaupt nicht darüber zu reden, dass Ihr damit zum Sozialismus übergeht.

Damit sind eindeutig die Legenden aus bürgerlich-antikommunistischen und wendehälsisch-antikommunistischen Quellen widerlegt, Ulbricht habe entgegen Stalins Willen in der DDR den Aufbau des Sozialismus proklamiert.

Zum 9. bis 12. Juli 1952 wurde vom ZK der SED die II. Parteikonferenz einberufen.

Als die Parteikonferenz begann, hatten mit wenigen Ausnahmen keiner der über Eintausendfünfhundert Delegierten und fast 500 Gastdelegierten und 2500 Gästen eine Ahnung davon, welch gewaltiger historischer Beschluss diese Tagung, die nicht einmal ein Parteitag, sondern „nur“ eine Parteikonferenz war, zu der nach dem Vereinigungsparteitag unvergesslichsten Parteitagung der SED machen würde.

Dazu wurde diese Konferenz, als Walter Ulbricht in seinem Referat über die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der SED zu der Schlussfolgerung gelangte: „Die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung sowie das Bewusstsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen sind jetzt so weit entwickelt, dass der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe geworden ist. .... In Übereinstimmung mit den Vorschlägen aus der Arbeiterklasse, aus den Reihen der werktätigen Bauern und aus anderen Kreisen der Werktätigen hat das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossen, der II. Parteikonferenz vorzuschlagen, dass in der Deutschen Demokratischen Republik der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird.“

Nach diesen für fast alle überraschenden Feststellungen brach ein überwältigender Begeisterungssturm aller Teilnehmer aus. Otto Buchwitz, der als Führer der Sozialdemokraten Sachsens 1946 mit Hermann Matern, dem damaligen Führer der KPD in Sachsen, die Vereinigung beider Parteien in diesem Lande verwirklicht hatte, schrieb darüber in seinen Erinnerungen: „Ein ungeheurer Jubel brandete in den weiten Räumen der Werner-Seelenbinder-Halle bei der Verkündung dieses Vorschlages auf. Jene Delegierten, die bereits in der Weimarer Republik oder noch früher, im kaiserlichen Deutschland, für das historische Ziel der revolutionären Arbeiterklasse gekämpft hatten, waren sichtlich ergriffen.“

Das traf auch ganz besonders auf ihn selbst zu. Seine Rede hinterließ bei allen Teilnehmern einen tiefen , unauslöschlichen Eindruck, als er sagte: „Wir haben es immer gewollt! Wir haben es ersehnt! Wir haben es in uns getragen wie einen heiligen Schatz! Wir haben gekämpft! Wir haben gelitten und Opfer gebracht, wie sie ein einzelner für

diese große, schönste und herrlichste Idee nur bringen kann... Ich erlebte manche Zeitenwende. Immer wieder mussten wir mit Bitternis feststellen, dass die Reaktion verstand, solchen Zeitenwenden ihren Stempel aufzudrücken. Ich glaube, dieser Zeitenwende, an der wir uns befinden... drücken wir den Stempel unseres Wollens auf!“

Die Entscheidung, nunmehr auch in der DDR den Sozialismus aufzubauen, bedeutete aber nicht, den Kampf um die Einheit Deutschlands aufzugeben.

Sie wurde vielmehr verstanden als erster Schritt zur Herstellung eines demokratischen, fortschrittlichen und sozialistischen Gesamt-Deutschland. Dies wurde auch in der sozialistischen Verfassung der DDR vom 6. April 1968, von der die erste Verfassung vom 7. Oktober 1949 abgelöst wurde, im Absatz 2 des Artikels 8 mit den Worten zum Ausdruck gebracht: „Die Deutsche Demokratische Republik und ihre Bürger erstreben ... die Überwindung der vom Imperialismus der deutschen Nation aufgezwungenen Spaltung Deutschlands, die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus.“

Die Beschlüsse der II. Parteikonferenz waren, wie Kurt Gossweiler betonte, „die radikalste und längst fällig gewesene revolutionäre Umwälzung, die Deutschland bis dahin erlebt hatte“. Die SED hat unter Führung von W. Ulbricht einen entschlossenen wie flexiblen Kampf zur Verteidigung einer marxistisch-leninistischen Linie der SED geführt.

Die Gegenschläge der Feinde im Lager des Imperialismus und im eigenen Lager ließen nicht lange auf sich warten. Im Sommer 1952 verkündete der USA-Außenminister John Foster Dulles den Übergang der USA von der Politik der „Einschränkung“,des „Containment“, zur Politik der „Befreiung“ und des „roll back“, des „Zurückrollens“ gegenüber dem Sozialismus. Diese offen konterrevolution äre Politik, die eine weitere Verschärfung des „Kalten Krieges“ bedeutete, erhob der neue USA-Präsident Dwight D. Eisenhower bei seinem Amtsantritt Anfang 1953 zum offiziellen Regierungskurs der USA.

Die Konterrevolution erhebt ihr Haupt: Der 17. Juni 1953

Das Jahr 1953 war eine Zeit brisanter Entwicklungen von hoher geschichtlicher Intensität.

Ein - wie sich bald erwies - folgenschweres Ereignis war der Tod Jossif Wissarionowitsch Stalins. Er löste weltweit bei allen Kommunisten große Erschütterung und bei allen Freunden der Sowjetunion große Trauer und Besorgnis aus.

Die reaktionären Feinde der Sowjetunion dagegen schöpften neue Hoffnungen. Die Führer der imperalistischen Mächte, von Eisenhower über Churchill bis Adenauer, hofften, nun künftig günstigere Bedingung für Erfolge im Kampf für die Wiederherstellung der kapitalistischen Ordnung in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen

Ländern vorzufinden. Als nächstes Ziel dafür hatten sie, wie sich wenige Monate später, im Juni, zeigen sollte. die DDR aufs Korn genommen.

Die Ereignisse am 16. und 17. Juni 1953 in der DDR können als weitgehend bekannt vorausgesetzt werden: die Unzufriedenheit in breiten Kreisen der Bevölkerung mit einigen Maßnahmen der Regierung, unter den Arbeitern vor allem mit einer angeordneten Erhöhung der Arbeitsnormen um 10 Prozent, wurden von äußeren und inneren gegnerischen Kräften ausgenutzt, um in Berlin und in anderen Städten, vor allem in Großbetrieben der DDR, Streiks und Unruhen auszulösen.

Dass es sich bei den Organisatoren der Demonstrationen am 16. und 17. Juni nicht um „über die Normerhöhung empörte Arbeiter" handelte, sondern um bewußte Provokateure, zeigte sich schon am 16. Juni daran, dass sie die bereits am Mittag des 16. Juni erfolgte Bekanntgabe der Regierung der DDR über die Zurücknahme der Normerhöhung noch am 16. Juni mit den Forderungen nach Generalstreik und Rücktritt der Regierung und am 17. Juni mit der Entfesselung von gewaltsamen Aktionen von Brandstiftungen bis zu bewaffneten Angriffen auf Polizei und staatlichen Einrichtungen beantworteten.

Alldem wurde am Mittag des 17. Juni durch die Verhängung des Ausnahmezustandes durch die sowjetische Militäradministration und den Einsatz sowjetischer gepanzerter Einheiten ein Ende bereitet.

Die Ereignisse dieser beiden Tage kamen für den weitaus größten Teil der Bevölkerung ebenso unerwartet und überraschend wie für die Regierung und für die Parteiführung.

Mit großer Bestürzung stellten sich alle loyal zu ihrem Staat stehenden Bürger und natürlich erst recht alle Mitglieder der SED die Frage, wie es geschehen konnte, dass so kurz nach der großen Aufbruchstimmung im Lande über die Verkündung des Übergangs zum Aufbau des Sozialismus ein solcher Rückschlag erfolgen konnte.

Genauer gefragt: wie konnte es dem Gegner gelingen, Teile der Arbeiter der DDR gegen die DDR, den Staat der Arbeiterklasse, aufzuhetzen? Berthold Brecht charakterisierte die Ereignisse mit den Worten: „Unreife der Klasse, Fehler der Partei und das Aufbegehren des braunen Gestern."

Heinz Keßler, schon damals Mitglied des Zentralkomitees, stellt in seinem Buch „Zur Sache und zur Person" (S.196 f.) fest: „Fehleinschätzungen gab es ... in Bezug auf die Lage im eigenen Land. Da war einmal die immer vorhandene Neigung, die Entwicklung des Massenbewußtseins in der Bevölkerung zu überschätzen ... man unterschätzte die Langlebigkeit vieler alter Vorstellungen und Verhaltensnormen." Als eine weitere Fehl haltung nennt Heinz Kessler: „Wir hielten zu lange an einer alten, vereinfachten und einschichtigen Vorstellung von der Arbeiterklasse fest."

Dazu muss man wissen, dass der Kern der Industrie dieser frühen Jahre der DDR die Chemieindustrie war. Am Beispiel der Chemischen Werke Buna zeigen sich die typischen Probleme: Gebaut wurde das Werk zur Zeit des Faschismus, es gehörte zur IG Farben. Die Produktion begann 1937 – und alle Führungskader waren Mitglieder der

NSDAP, die Belegschaft war politisch „handverlesen“. Während des Krieges gab es dort 6.000 Fremdarbeiter. 1945 gingen die Buna-Werke auf Grundlage der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz über die Reparationen in sowjetisches Eigentum über. Das sowjetische Interesse an einer schnellen Wiederaufnahme der Produktion und deren reibungslosem Funktionieren führte dazu, dass die alten Führungskräfte in großem Maßstab übernommen wurden. Die ausgefallenen Fremdarbeiter wurden ersetzt durch einige Tausend Umsiedler aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches und eine extrem hohe Zahl von Arbeitskräften im Rahmen des Programms der „gesellschaftlichen Integration“: 2.500 ehemalige Nazis, Offiziere der Wehrmacht und der SS, Juristen, Lehrer etc. trugen nun alle „Arbeitskleidung“. Hier konnte man nicht mehr vom klassischen Proletariat sprechen, so wie wir es aus den 20er und Anfang der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts kannten, - und die Partei hatte es bei diesen neuen „Proletariern“ nicht leicht.

Trotzdem wurde dieser veränderten sozial-politischen Struktur nach der Umwälzung 1945 nicht genug Aufmerksamkeit gewidmet. Gerade sie war aber während der Ereignisse in Industrie-Zentren spürbar geworden. Die anfänglich von der Partei getroffene Wertung des 17. Juni als eines faschistischen Putschversuchs basierte auf den Erfahrungen des Ablaufs der Ereignisse und der Zusammensetzung der dabei führenden Kräfte. So hatte sich am 17. Juni 1953 in den Buna-Werken Schkopau ein selbsternanntes ‚Streikkomitee‘ an die Spitze gestellt. Seine Zusammensetzung war interessant:

- Kurt S., tätig als Schlosser, Elektrowerkstatt, 34 Jahre als, früher Offizier der faschistischen Kriegsmarine;
- Fritz W., tätig als Bote, Güterhalle, 45 Jahre alt, früher Mitglied der NSDAP, bis April 1945 leitender Mitarbeiter beim Buna-Werkschutz;
- Werner D., tätig als Schlosser, Carbidwerkstatt, 30 Jahre alt, früher Mitglied der NSDAP;
- Rudolf S., tätig als Autoschlosser, 28 Jahre alt, früher Mitglied einer SS-Standarte;
- Franz S., tätig als Meister, Technikum, 40 Jahre alt, von Mai 1945 bis 1946 (bis zur Vereinigung von KPD und SPD zur SED), Leiter der SPD-Gruppe im Buna-Werk.

Dieses selbsternannte ‚Streikkomitee‘ war nie von der Belegschaft beauftragt, wurde nach wenigen Stunden von einem Offizier und fünf Soldaten der Sowjetarmee verhaftet.

Am 15. Juli 1953 kam es in den Chemischen Werken Buna erneut zu konterrevolutionären Streikaktionen. Durch Stillegung des Karbidwerkes kam es kurzzeitig zum Erliegen der gesamten Produktion des Werkes. Aber auch hier brachen die Aktionen schnell zusammen.

Die antikommunistisch-imperialistischen Kräfte gaben die Ereignisse des 17. Juni 1953 als „Arbeiteraufstand“ aus und verliehen ihnen den Nimbus eines „nationalen Feiertages“. Aber das war kein „Arbeiteraufstand“. Insgesamt hanen sich an den Aktionen nicht mehr als 5% der Werktätigen beteiligt. In zahlreichen Städten und Kreisen wurde normal gearbeitet. Besonders die Arbeiter der Grundstoffindustrie hatten hohes

politisches Bewußtsein gezeigt, indem sie die konterrevolutionäre Provokation zurückwiesen.

So viel zu den objektiven inneren Problemen, die erst den Boden dafür bereitet hatten, dass das ungeschickte Vorgehen der Partei in der Frage der Normenerhöhungen so leicht vom Gegner ausgenutzt werden konnte.

Aber welche Umstände und Handlungen müssen nun insgesamt genannt werden, wenn die Frage nach den Ursachen für den 17. Juni 1953 gestellt wird?

Keinesfalls trifft zu, was durchgängige Behauptung bundesdeutscher „DDR-Spezialisten" ist, nämlich, dass der 17. Juni die unausweichliche Folge des Beschlusses der II. Parteikonferenz zum Aufbau des Sozialismus in der DDR gewesen sei. Diese Melodie gehört zum Liederbuch der „Delegitimierer" der DDR und des Sozialismus; sie wurde aber nach 1989 sehr rasch von wendehälsigen Ex-DDR-Historikern nachgesungen.

Die wirklichen Faktoren sind innere (s.o.) und äußere, die sich aber nicht säuberlich trennen lassen, weil sie in ständigem Wirkungszusammenhang standen.

Bei den äußeren Faktoren nimmt die Bundesrepublik und ihre auf die „Wiedergewinnung" der „Ostzone" ausgerichtete Politik der in ihr herrschenden imperialistischen Kräfte den ersten Platz ein - im Bündnis mit den USA und den anderen NATO-Mächten. Ihre Embargo-Politik und die Auswirkungen ihres Alleinvertretungsanspruches, der „Hallstein-Doktrin" (bis zum Jahre 1973 brach die BRD zu jedem Staat die Beziehungen ab, der die DDR diplomatisch anerkannte), waren darauf gerichtet, die DDR ökonomisch und politisch zu isolieren und sie wirtschaftlich zu ruinieren.

Aber so groß die Übermacht ihrer Gegner war und so belastend diese ökonomische Kriegführung für die DDR auch war – das alles konnten den Bestand der DDR solange nicht gefährden, solange dem NATO-Bündnis das Bündnis der Warschauer-Pakt-Staaten mit der Sowjetunion an der Spitze einig und geschlossen zum Schutz der DDR und aller anderen sozialistischen Länder gegenüberstand.

Das änderte sich aber in unvorhersehbarer Weise, als - ausgehend von der Sowjetunion - ein Macht- und Kurswechsel im Lager der europäischen sozialistischen Staaten stattfand, in dessen Ergebnis die DDR sich feindlichen Angriffen nicht mehr nur vom Westen, sondern auch aus östlicher Richtung ausgesetzt sah, wenngleich die zunächst noch nicht als feindliche Angriffe zu erkennen waren, weil sie als Kritik der um die DDR besorgten Schutzmacht Sowjetunion vorgetragen wurden.

Dass solches zu Gorbatschows Zeiten geschah, das ist heute kaum noch bestritten.Aber dass zu den äußeren Faktoren, die 1953 zum 17. Juni in der DDR führten, nicht nur die BRD, sondern auch Maßnahmen der neuen Sowjetführung gehören, das ist nahezu unbekannt und muß deshalb hier etwas ausführlich berichtet werden.[16]

---

16 Die Angaben dazu sind entnommen einem Artikel von Kurt Gossweiler, Hintergründe des 17. Juni 1953, in „Wider den Revisionismus, S.47-69".

In der zweiten Hälfte des Jahres 1952 geriet die DDR in ökonomische Schwierigkeiten, die sich vor allem daraus ergaben, dass die DDR wegen der forcierten Aufrüstung der Bundesrepublik und deren bevorstehender Einbeziehung in das aggressive NATO-Bündnissystem ihrerseits mit dem Aufbau bewaffneter Verteidigungskräfte und mit deren Ausrüstung rascher beginnen musste, als bisher vorgesehen.

Da für diese zusätzlichen Aufgaben weder Material noch Arbeitskräfte noch Finanzmittel zur Verfügung standen, mussten bei anderen Posten des Wirtschaftsplanes beträchtliche Kürzungen vorgenommen werden die auch zu empfindlichen Belastungen der DDR-Bürger führen mussten und natürlich auch zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Im Januar 1953 wandte sich deshalb das ZK der SED mit einem Schreiben an die Regierung der UdSSR, in dem im Einzelnen die Schwierigkeiten und Probleme der Planerfüllung dargestellt und die Führung der UdSSR gebeten wurde, zu überprüfen, ob eine Hilfe bei der Lösung der schwierigen Probleme nicht möglich sei.

Die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) empfahl daraufhin in mehreren Memoranden strenge Sparmaßnahmen, auch auf sozialem Gebiet zu Lasten der Bevölkerung. Die rigorosesten Empfehlungen (z.B. Streichung von Fahrpreisermäßigungen für Behinderte und Schwerbeschädigte und Ausschluß von Selbständigen aus der Kartenversorgung) erfolgten im April 1953.

Eine Maßnahme, die in der Arbeiterschaft auf großes Unverständnis und auf wachsenden Widerstand stieß und auf die sich die feindliche Propaganda vor allem stürzte und damit die stärkste Wirkung erzielte, war ein am 13./14. Mai vom Zentralkomitee der SED gefasster und vom Ministerrat am 28. Mai bestätigter Beschluß, die Arbeitsnormen bis zum 30. Juni 1953 um 10 Prozent zu erhöhen.

Diesem Beschluß vorausgegangen war eine monatelange, im Januar 1953 begonnene intensive Aufklärungskampagne in der Presse und im Rundfunk sowie in einer Vielzahl von Betriebsversammlungen in der ganzen Republik über die Notwendigkeit der Erhöhung der Arbeitsproduktivität mit dem Ziel, durch eine intensive Überzeugungs-arbeit zu einer massenhaften durchgängigen freiwilligen Normerhöhung zu kommen. Zwar gab es nicht wenige Beispiele solcher freiwilliger Normerhöhungen, aber sie errei-chten nicht den Massenumfang, der notwendig gewesen wäre, um die Arbeitsproduk-tivität in dem erforderlichen Maße zu erhöhen.

Es ist also keineswegs so, dass - wie heute immer zu lesen - die Führung von Anfang an den Weg bürokratischen Administrierens eingeschlagen hätte. Erst nachdem der Appell an die Freiwilligkeit nicht zum gewünschten (und ökonomisch auch notwendigen) Ergebnis geführt hatte, griff die Führung zum - aber auch jetzt falschen und verhängnisvollen - Mittel der „von oben“ ohne jede weitere Diskussion oder Verhandlung mit den Gewerkschaften angeordneten zehnprozentigen Normenheraufsetzung.

Dadurch entstand eine Situation, die sehr günstig war für alle sozialismusfeindlichen Kräfte innerhalb und außerhalb der DDR, und von diesen auch kräftig zu einer antikommunistischen regierungsfeindlichen Hetz-und Wühlarbeit ausgenutzt wurde.

Ihnen wurde im Frühjahr eine ganz unerwartete Hilfe zuteil.

Anfang Juni 1953 wurde die DDR-Führung nach Moskau zitiert, aber nicht etwa zu einer gemeinsamen Beratung über die besten Lösungen zur Überwindung der bestehenden Schwierigkeiten, sondern zur Entgegennahme und Durchführung der von der neuen Moskauer Führung mit Chruschtschow und Berija an der Spitze bereits ohne jede Beratung mit den Genossen der DDR-Führung einseitig beschlossenen Maßnahmen.

Der DDR-Delegation – Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und Fred Oelssner – wurde ein Dokument überreicht, betitelt „Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik". Darin wurde behauptet, dass „infolge der Durchführung einer fehlerhaften politischen Linie" in der DDR „eine äußerst unbefriedigende politische und wirtschaftliche Lage entstanden" sei. Worin sollte die „fehlerhafte politische Linie bestanden haben?

In dem sowjetischen Dokument wurde eine völlig entstellte Darstellung der Lage in der DDR gegeben. Es wurde darin behauptet, auf der II. Parteikonferenz sei ein Beschluß „zum beschleunigten Aufbau des Sozialismus" gefasst worden, und das sei falsch gewesen, weil dafür die innen- und außenpolitischen Voraussetzungen gefehlt hätten.

Aber auf der II. Parteikonferenz war beschlossen worden, dass in der DDR „die Grundlagen des Sozialismus" geschaffen werden; von „beschleunigtem Aufbau des Sozialismus" war mit keinem Wort die Rede gewesen.

Im „Gesundungsbeschluß" der neuen Moskauer Führung wurde ferner „die Propaganda über die Notwendigkeit des Überganges der DDR zum Sozialismus" für falsch erklärt. Für falsch erklärt wurden auch alle - vorher von der sowjetischen Kontrollkommission mehr geforderten als empfohlenen und daraufhin von der DDR-Regierung beschlossenen - Sparmaßnahmen. Sie seien zurückzunehmen.

Besonders unbegreiflich waren die Forderungen des „Gesundungsbeschlusses", die auf eine Liquidierung der Anfänge sozialistischen Eigentums in der Landwirtschaft hinausliefen. In der DDR könne „unter den heutigen Bedingungen nur eine einfachere Form der Produktionskooperierung der Bauern, wie die Genossenschaften zur gemeinsamen Bearbeitung des Bodens, ohne dass die Produktionsmittel vergesellschaftete werden, mehr oder weniger lebenfähig sein." Alle Genossenschaften seien zu überprüfen und gegebenenfalls aufzulösen.

Äußerst merkwürdig war auch, dass in diesem „Gesundungsbeschluß" mit keinem Wort die Maßnahme erwähnt und ihre Rücknahme gefordert wurde, welche die Beziehungen der Partei und des Staates zur Arbeiterklasse am stärksten belastet hat – der Beschluß von Mitte Mai zur Normenerhöhung ab 1. Juni 1953.

Dieses merkwürdige Dokument läßt vermuten, dass es bei irgendwem in der neuen sowjetischen Führung ein Interesse gab, die SED-Führung und insbesondere ihren Generalsekretär Walter Ulbricht zum Sündenbock zu machen, um seine Stellung zu er-schüttern. Eine solche Vermutung verstärkt sich, wenn man erfährt, wie es zu der unvermeidlich

Volkszorn hervorrufenden Fassung des Kommuniqués vom 9. Juni 1953, mit dem ein „Neuer Kurs“ verkündet wurde, gekommen ist.

Der Verfasser des Kommuniques war der Chefredakteur des Zentralorgans der SED, Rudolf Herrnstadt. Er selbst gab darüber folgenden Bericht:

„Am 10. Juni entwarf ich das ‚Kommuniqué vom 9. Juni‘. Je mehr ich versuchte, das Kommuniqué in der (vom sowjetischen ‚Hohen Kommissar‘ Wladimir Semjonow, d. Verf.) *aufgetragenen Weise zu schreiben, desto klarer wurde mir, dass es in der vorgesehenen Form eine nicht zu verantwortende Chocwirkung in der Partei und in der Öffentlichkeit hervorrufen müsse. Es erwies sich als unmöglich, die wichtigsten, von der Partei soeben ein Jahr hindurch gegen unzählige Widerstände als allein richtig verteidigte Maßnahmen kurzerhand, d.h., unter Verzicht auf eine fundierte Begründung, zu widerrufen – ohne die Partei zu desorientieren und zu erbittern und dem Gegner die Flanke zu öffnen.“*

Herrnstadt bat deshalb um ein Gespräch mit Semjonow, dessen Verlauf er so wiedergibt:

Herrnstadt: *‚Ich, Genosse Semjonow, ich bin zwar der Verfasser des Kommuniqués, aber ich möchte gegen seine Veröffentlichung protestieren.‘*

Semjonow: *‚Warum?‘*

Herrnstadt: *‚So darf man den Kurswechsel nicht einleiten. Das Kommuniqué kann nur Verwirrung stiften‘. Das führte ich näher aus.*

Semjonow: *‚Das Kommuniqué muss morgen in der Zeitung stehen.‘*

Herrnstadt: *‘Ich entnehme Ihren Worten, dass eine diesbezügliche Anweisung vorliegt. Wenn das der Fall sein sollte – ginge es nicht, dass Sie in Moskau darlegen, warum es zweckmäßig wäre, die Anweisung zu verändern? Geben Sie uns 14 Tage, und wir können den Kurswechsel so überzeugend und fortreißend begründen, dass wir mit ihm in die Offensive gehen und nicht der Gegner. ... Er enthält doch alle Elemente dafür, aber die Elemente können sich ins Gegenteil verwandeln, wenn wir den Start verpfuschen!‘*

Darauf antwortete Genosse Semjonow sehr scharf und von oben herab:

‚In 14. Tagen werden Sie vielleicht schon keinen Staat mehr haben!“[17]

So erschien also das Kommuniqué am 11. Juni 1953 und tat genau die von Herrnstadt vorausgesehene Wirkung: es rief „eine nicht zu verantwortende Chockwirkung in der Partei und in der Öffentlichkeit“ hervor, es „desorientierte und erbitterte die Partei“ und „öffnete dem Gegner die Flanke“.

Im Kommuniqué wurden, eingeleitet mit der Erklärung, „seitens der SED und der Regierung der DDR“ seien in der Vergangenheit eine Reihe von Fehlern begangen

---

17 Rudolf Herrnstadt, Das Herrnstadt-Dokument. Herausgegeben von Nadja Stultz-Herrnstadt, Reinbek bei Hamburg, 1990, S.72-74

worden, und ohne jede weitere Begründung wurden alle jene Maßnahmen - bis auf eine - zurückgenommen, die von der Partei und ihren Mitgliedern all die Monate vorher als notwendig und unverzichtbar verteidigt worden waren.

Die einzige Maßnahme, die nicht zurückgenommen, ja nicht einmal erwähnt wurde, war eben jene, die gerade die Arbeiterklasse traf und dort den stärksten Unwillen, aber auch den stärksten Willen zum Widerstand hervorrufen mußte und hervorgerufen hatte – der Beschluß zur zehnprozentigen Normenerhöhung!

Das Kommuniqué machte es also den Gegnern leicht, für die von ihnen verbreitete Losung: „Wer solche Fehler zugelassen hat, muß zurücktreten!“ eine günstige Aufnahme zu erreichen. Es wirkte wie der auslösende Funke bei Waldbrandgefahr.

Dem damit tatsächlich ausgelösten Brand wurde am Mittag des 17. Juni durch die Verkündung des „Ausnahmezustandes im sowjetischen Sektor von Berlin“ durch den sowjetischen Militärkommandanten und das Eingreifen der Sowjetarmee ein rasches Ende bereitet.

Mit den Ereignissen des 16. und 17. Juni beschäftigten sich zwei Tagungen des ZK der SED, das 14. ZK-Plenum am 21. Juni und das 15. Plenum vom 24.-26. Juli 1953.

Der Verlauf des 15. Plenums bestätigt die Vermutung, dass ein oder mehrere Mitglieder der neuen KPdSU-Führung die Schwierigkeiten der SED-Führung in der DDR dazu benutzen wollten, Walter Ulbricht zu stürzen und durch einen ihnen genehmen Mann zu ersetzen.

Auf diesem Plenum kam es zu heftigen Auseinandersetzungen über die Frage der Ursachen für die Unruhen und zu Angriffen einiger Teilnehmer auf Walter Ulbricht als dem, wie sie behaupteten, Hauptverantwortlichen für eine „falsche Politik“, deren Ergebnis der 17. Juni gewesen sei. Mit dieser Beschuldigung traten Wilhelm Zaisser, Leiter des Ministeriums für Staatssicherheit, und Rudolf Herrnstadt auf. Sie schlugen vor, die Parteiführung zu ändern; nach dem Vorschlag Zaissers sollte Herrnstadt Walter Ulbricht als 1. Sekretär ablösen. Zaisser selbst wollte selbstverständlich das Ministerium für Staatssicherheit weiter in der Hand behalten.

Herrnstadt brachte den Entwurf einer Entschließung ein, in dem er die „Erneuerung der Partei“ forderte. Es hieß in dieser Entschließung ferner, die Partei müse der Diener der Massen sein, nicht ihr Führer. Die SED solle umgewandelt werden in eine Volkspartei aller Klassen.

Der Anschlag misslang gründlich. Zum einen, weil Herrnstadt und Zaisser im ZK keine Mehrheit erhielten, zum anderen, weil Zaissers Beschützer und wohl auch Auftraggeber, sein ihm übergeordneter sowjetischer Minister für Inneres und Staatssicherheit, Berija, in

Moskau - gerade am letzten Tag des SED-ZK-Plenums, am 26. Juli, - verhaftet und aller seiner Ämter enthoben wurde[18].

Mit der Zurückweisung des Herrnstadt-Zaisser-Vorstoßes und mit den Beschlüssen des 15. ZK-Plenums der SED zur Überwindung der Folgen des 17. Juni und zur Realisierung der Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung war der Grund gelegt worden für die Konsolidierung der Partei und der DDR.

Der 17. Juni 1953 ist ein Ereignis der Geschichte der DDR, aber er ist viel mehr. Er ist auch ein Bestandteil der Geschichte der sozialistischen Staatengemeinschaft und darüber hinaus ein Geschichte der kommunistischen Weltbewegung, und dazu noch ein sehr bedeutsamer. Er ist nämlich das Eröffnungs-Glied einer Kette von Ereignissen, die - rückschauend betrachtet - Glieder eines fortschreitenden Prozesses der Zersetzung und

---

[18] Berija war aber ganz offensichtlich der Inspirator und sowjetische Rückhalt für den Vorstoß der beiden gewesen. Nicht nur, dass Zaisser durch seine Funktion engstens mit Berija verbunden war; das traf vielmehr auch auf Herrnstadt zu. Er war – was keineswegs gegen, sondern für ihn spricht, – während seiner Emigration in der Sowjetunion Mitarbeiter des Ministeriums für Innere Sicherheit. Aber es band ihn auch an dessen Chef Berija und machte ihn - ebenso wie Zaisser - zu dessen Vertrauten und Handlungsgehilfen in der Situation um den 17. Juni.

Berija aber war in der neuen Führung nach Stalins Tod derjenige, der – nach dem Zeugnis Molotows - in der Beratung, deren Ergebnis jener oben erwähnte „Gesundungsbeschluß“ war, die DDR als sozialistischen Staat ablehnte.

Molotow berichtete seinem Freund und Interviewer Felix Tschujew über diese Beratung der neuen „kollektiven Führung“ – Berija, Chruschtschow, Malenkow und Molotow -: „Beraten wurde die deutsche Frage. Wir schrieben im Vorschlag des Außenministeriums: ‚Keine forcierte Politik des Aufbaus des Sozialismus in der DDR durchführen‘. Berija aber schlug vor, das Wort ‚forcierte‘ zu streichen, ... so dass herauskommen würde: ‚Keine Politik des Aufbaus des Sozialismus in der DDR durchzuführen.‘ Wir fragten: ‚Warum das?‘ Er antwortete: ‚Weil wir nur ein friedliches Deutschland brauchen, ob dies nun sozialistisch ist oder nicht, kann uns egal sein.‘ ... Berija bestand darauf: es sei unwichtig, ob die DDR zum Sozialismus geht oder nicht, wichtig sei, dass sie friedlich sei..“

Molotow trat dagegen mit der Erklärung auf, dass es sehr wichtig sei, „welchen Weg die DDR beschreitet, sie sei ein hochentwickeltes kapitalistisches Land im Zentrum Europas, und obwohl nur ein Teil Deutschlands, hänge von ihr vieles ab. Deshalb müsse fester Kurs auf den Aufbau des Sozialismus gehalten werden, jedoch ohne sich zu übereilen.“

Malenkow nahm in diesem Streit eine schwankende Haltung ein, daher kam es in dieser Frage darauf an, auf welche Seite sich Chruschtschow stellen würde. Zu Molotows Überraschung gab der seine Stimme für ihn, Molotow, ab.

(Der Bericht Molotows über diese Beratung über die deutsche Frage ist enthalten in: Felix Tschujew, 140 Gespräche mit Molotow, (russ.), Moskau, Terra Verlag, 1991, S.332-336, Gesprächs-Aufzeichnungen vom 31. 7. 1972, 6.6. 1973, 29. 4. 1982).

Auflösung der einst festgefügten und unbesiegbaren sozialistischen Staatengemeinschaft und der kommunistischen Weltbewegung waren[19].

---

[19] Als weitere wichtige Glieder dieser Kette folgten:

1955 die Versöhnung und Total-Rehabilitierung Titos durch Chruschtschow – was die Schutzimpfung der kommunistischen Parteien gegen das Gift des Revisionismus durch den Beschluß des Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1948 unwirksam machte.

Februar 1956 – der XX. Parteitag der KPdSU, der Parteitag der Implantierung des Revisionismus-Bazillus in die kommunistische Weltbewegung. Die führende Partei der kommunistischen Weltbewegung und das Geburtsland der Weltrevolution, das Land Lenins, ist damit zum Leitzentrum des modernen Revisionismus geworden.

Oktober 1956: Wahl des Nationalisten und Revisionisten Gomulka zum 1. Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Damit ist der Zweibund revisionistischer Staaten – Jugoslawien, Sowjetunion, - zum Dreibund angewachsen.

23. Oktober 1956: Beginn der Konterrevolution in Ungarn.

25. Oktober 1956: Imre Nagy Ministerpräsident Ungarns, - auf gemeinsames Betreiben von Chruschtschow und Tito. Die Konterrevolution wütet weiter.

1. November 1956: Imre Nagy erklärt Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt und Neutralität Ungarns und fordert den Westen zum Schutz der ungarischen Neutralität auf.

4. November 1956: Endlich – nach langem Gewährenlassen der Mordorgien der Konterrevolution – greifen die im Lande stehenden Einheiten der Sowjetarmee ein und schlagen die Konterrevolution nieder.

4. November 1956: Janos Kadar - bis zu diesem Tage enger Verbündeter Imre Nagys - bricht nun mit ihm und bildet - offenbar in Absprache mit sowjetischen Stellen - eine „revolutionäre Gegenregierung“, der er als Ministerpräsident vorsteht. Mit der Kadar-Regierung in Ungarn ist aus dem revisionistischen Dreierbund ein Viererbund geworden.

11. November 1956: Tito-Rede in Pula. Er bestätigt die Zusammenarbeit mit den „guten Elementen“ in der KPdSU gegen die „Stalinisten“ und legt seine Vorstellungen über das weitere Vorgehen dar, um das Ziel zu erreichen, in allen kommunistischen Parteien das jugoslawische Modell als Vorbild durchzusetzen.

November 1957: Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien. Den antirevisionistischen Kräften - mit der KP Volkschinas und Albaniens an der Spitze - gelingt es, eine Verurteilung des modernen Revisionismus als der Hauptgefahr in der kommunistischen Bewegung in das Abschlußdokument hineinzubringen. Um das zu erreichen, gehen sie aber auf die Kompromißlösung ein, keinen Widerspruch zu erheben dagegen, dass der XX. Parteitag und seine Beschlüsse als richtig und richtungweisend für alle kommunistischen Parteien bezeichnet werden, und dass die Verurteilung des modernen Revisionismus nur allgemein bleibt, ohne Nennung von

(Fortsetzung Fußnote 18:)

„Adresse und Hausnummer“ – so können also alle zustimmen, auch Chruschtschow, Gomulka und Kadar.

November 1960: Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien. Die Abschlußerklärung geht in der Verurteilung des modernen Revisionismus noch weiter, als die von 1957, indem sie direkt die jugoslawischen Partei beim Namen nennt. Das war unausweichlich, nachdem sie auf ihrem Parteitag in Ljubljana (Laibach) ihre revisionistischen Positionen offensiv in ein neues Programm schrieben. Aber bereits im Juni 1960 begann die Chruschtschow-Führung das damals größte Verbrechen am Sozialismus und an der kommunistischen Weltbewegung vorzubereiten - den Bruch mit der Volksrepublik China.

1959: Chruschtschows Vertrauenswerbung für den USA-Präsidenten und Mörder von Ethel und Julius Rosenberg, Eisenhower.

24.-26. Juni 1960: III. Parteitag der Arbeiterpartei Rumäniens. Auf diesem Parteitag beginnt Chruschtschow in seiner Rede eine Hetzkampagne gegen die Volksrepublik China.

Juli 1960: die Sowjetrregierung zieht plötzlich und einseitig alle in China tätigen sowjetischen Fachleute zurück und bricht damit Hunderte von Abkommen..

Für August 1964 war eine Konferenz kommunistischer Parteien von Chruschtschow einberufen worden. Sie sollte in Jalta stattfinden und eine für Dezember1964 vorgesehene Konferenz vorbereiten, auf der – nach dem Plan Chruschtschows - die endgültige „Ausstoßung“ der KP China aus dem Kreis der Kommunistischen Parteien beschlossen werden sollte. Zu dieser Jalta-Konferenz war auch Palmiro Togliatti angereist, der ein Memorandum vorbereitet hatte, in dem er heftig der Absicht widersprach, die KP Chinas zu „exkommunizieren.“ Er schrieb in diesem Memorandum: „Die Einheit aller sozialistischen Kräfte...gegen die reaktionärsten Gruppen des Imperialismus, auch über ideologische Grenzen hinweg, ist eine unabweisbare Notwendigkeit. Man kann sich nicht vorstellen, dass aus dieser Einheit China und die chinesischen Kommunisten ausgeschlossen werden könnten.“ Und Togliatti nannte die Richtung, in die Chruschtschow die kommunistischen Parteien gegen China zu drängen suchte, (ohne den Namen Chruschtschows zu erwähnen,) „eine Richtung, die jener entgegengesetzt ist, welche notwendig ist.“ Bekanntlich konnte Togliatti sein Memorandum nicht vortragen, weil er – bereits auf der Krim - unerwartet und plötzlich vor Beginn der Konferenz verstarb. Es wurde dann als sein politisches Testament veröffentlicht und bekannt. Die geplante Jalta-Konferenz fand nicht statt.

16. Oktober 1964: Chruschtschow abgesetzt! Das hätte der Wendepunkt zur Wiedergesundung der KPdSU und der kommunistischen Weltbewegung, zur Austreibung des Revisionismus aus allen bisher eroberten Positionen sein können, und wurde von nicht wenigen Kommunisten, die Chruschtschow mißtraut hatten, auch dafür gehalten. Dazu wäre aber notwendig gewesen, einen radikalen Bruch mit der Politik der KPdSU-Führung seit dem Tode Stalins zu vollziehen und ausführlich zu begründen, weshalb das notwendig war. Das aber unterblieb. Als Grund der Absetzung wurden lediglich Gesundheitsgründe und als schwerster Vorwurf – „Subjektivismus“ genannt. Es blieb aber dabei, dass der XX. Parteitag und der „Kampf gegen den Personenkult um Stalin“ ihm als Verdienste angerechnet wurden. Es blieb also auch dabei, dass die KPdSU

Bemerkungen zur Blockpolitik.

Das Mehrparteiensystem ging auf die Initiative der KPD zurück und entsprach der Orientierung des VII. Weltkongresses der KI. Es ging darum, alle antifaschistisch-demokratischen Kräfte des Volkes in den Wiederaufbau einzubeziehen. Die Gründung der bürgerlichen Parteien erfolgte in einem Zeitraum von drei Jahren: am 26. Juni 1945 wurde die CDU in der SBZ gegründet, am 5. Juli 1945 die LDPD. Die beiden weiteren zum Block stoßenden Parteien entstanden 1948: die Bauernpartei im April 1948 und die NPDP im Mai 1948.

Bereits am 14. Juli 1945 wurde das erste Kommunique des „Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ veröffentlicht. Es machte deutlich dass die Blockpolitik prinzipiell unterschieden war von jeglicher Art bürgerlicher Koalitionspolitik. Im Block spielte die in Aktionseinheit handelnde Arbeiterklasse die führende Rolle. Alle Parteien verpflichteten sich - bei Wahrung ihrer Selbständigkeit -, alle Beschlüsse des Blocks gemeinsam zu fassen. Die Anfangsgenerationen der im Block zusammengeschlossenen Parteien hatte unter dem Eindruck des erlebten Faschismus zum überwiegenden Teil durchaus antifaschistisch-demokratische Grundpositionen gewonnen. Andererseits gab es in ihren Reihen stets latent antikommunistische und antisowjetische Tendenzen, vor allem auch genährt durch die Politik der entsprechenden Parteien in den Westzonen (BRD), mit denen sie immer Kontakte unterhielten, die in Situationen heftiger Klassenauseinandersetzungen zu zum Teil zugespitzten Auseinandersetzungen führten. Bis zur Gründung der DDR musste die Strategie der SED darin bestehen, die progressiven Kräfte in den Blockparteien in ihren Auseinandersetzungen mit den imperialistisch orientierten Kräften zu unterstützen. Diese hatten in den ersten Jahren

---

ihre Mitglieder und die ganze Bevölkerung nicht nur nicht vom Revisionismus geheilt hat, sondern dass der Revisionismus ihnen unter Breshnews Regime weiterhin, wie unter Chruschtschow, tagtäglich als die wahre Lehre von Marx, Engels und Lenin vorgesetzt wurde.

So waren denn der Aufstieg eines Gorbatschow und schließlich eines Jelzin an die Spitze von Partei und Staat und die Auflösung der Sowjetunion und das Ende aller sozialistischen Staaten Europas die folgerichtigen Endglieder einer Kette, die mit dem 17. Juni 1953 als scheinbar lokalem Ereignis der kleinen DDR als erstem Glied begann.

Und der 17. Juni 1953 in der DDR war eben wegen des ursächlichen Zusammenhanges mit dem Machtantritt der neuen Führung in Moskau weit mehr als ein lokales DDR-Ereignis, nämlich ein Symptom dafür, dass das Zentrum der sozialistischen Staatengemeinschaft von einer Krankheit, einer Art Leukämie befallen war, einer Krankheit, die systematisch alle roten Blutkörperchen abtötet und zum völligen Verfall des Organismus führt, wenn kein Mittel gefunden wird, ihr Einhalt zu gebieten. Es wurde damals nicht gefunden, weil die Krankheit nicht erkannt wurde und großenteils noch immer nicht erkannt wird.

Umso notwendiger, diese Kenntnis hartnäckig zu verbreiten, denn sie muß Allgemeingut werden, soll eine Wiederholung ausgeschlossen werden.

besonders in den Landesparlamenten noch erheblichen Einfluss (Ministerfunktionen, u.a. einflussreiche Positionen). Auch in späteren komplizierten Situationen (17. Juni 1953) kam es zu innerparteilichen Auseinandersetzungen in der CDU und LPDP. Zur Bauernpartei entwickelte sich im Zusammenhang mit der erfolgreichen Landwirtschaftspolitik ein sehr enges politisches Verhältnis. Ähnlich gestaltete sich das Verhältnis zwischen SED und NPDP.

Bis auf die Zeit unmittelbar im Vorfeld und beim Vollzug der Konterrevolution gegen die DDR wirkten die Blockparteien zumindest formal aktiv am politischen Leben der DDR mit. Die Vorsitzenden der Parteien waren seit der Gründung des Staatsrates der DDR Mitglieder und stellvertretende Vorsitzende dieses Organs.

Die erfolgreichen 60er Jahre.

Der zunehmende Einfluss des Sozialismus, der internationalen Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegungen auf das Weltgeschehen war das bestimmende Merkmal der neuen weltpolitischen Lage, die sich Mitte der fünfziger Jahre herausgebildet hatte. Die imperialistischen Länder hielten zunächst an ihrer Politik des Kalten Krieges fest. Indem die BRD in die NATO einbezogen wurde, hatten die imperialistischen Mächte ihren aggressiven Militärpakt unmittelbar an die Grenzen des sozialistischen Weltsystems vorgeschoben. Darauf erfolgte als Reaktion auf diese neue Situation die Gründung des „Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“. Es wurde ein politisch beratender Ausschuss und ein vereintes Kommando der Streitkräfte geschaffen. Der Warschauer Vertrag wurde zu einem wesentlichen Faktor der Erhöhung des internationalen Einflusses des Sozialismus und für den Kampf um europäische Sicherheit. Ergänzend dazu wurde zwischen den Regierungen der UdSSR und der DDR der „Vertrag über die Beziehungen zwischen beiden Ländern“ geschlossen der als „Staatsvertrag DDR/UdSSR“ in die Geschichte einging. Das Amt des Hohen Kommissars der UdSSR in der DDR wurde aufgelöst. Nunmehr war es der DDR möglich, auch den militärischen Erfordernissen des Kampfes für Frieden und Verteidigung des Sozialismus nachzukommen. Diese Maßnahmen festigten die internationale Stellung der DDR.

Die sozialistischen Produktionsverhältnisse erweiterten und festigten sich, wenn auch die durch die Spaltung entstandenen Disproportionen noch nicht voll überwunden waren und der noch existierende Widerspruch zwischen Akkumulationskraft und Investitionsbedarf die Möglichkeiten der Erneuerung und Modernisierung beschränkten. Auf dieses Problem konzentrierte sich die Hauptaufgabe der laufenden Fünfjahrespläne. Damit verbunden wurde ein Programm der politisch-ideologischen Arbeit zur Festigung des sozialistischen Bewusstseins und es wurden Grundsätze der sozialistischen Ethik und Moral verabschiedet. Von besonderer Bedeutung war, dass die Landwirtschaft zu 85% der landwirtschaftlichen Nutzfläche von 19.345 Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und Volkseigenen Gütern (VEG) bewirtschaftet wurde. Der Sieg der

Genossenschaftsbewegung in der Landwirtschaft bedeutete die größte revolutionäre Umwandlung in der Geschichte der deutschen Bauern. In der Periode 1961-1965 nahm die Partei Kurs auf den umfassenden Aufbau des Sozialismus. Grundlage dafür waren die Fortschritte im Bewusstseinsprozess der Massen. Darauf und auf die Solidarität des Warschauer Vertrages gestützt konnte die DDR die Maßnahmen zum Schutz ihrer Staatsgrenze vom 13. August 1961 durchführen. Sie machten die Veränderungen des internationalen Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus deutlicher sichtbar. Wütender Protest der BRD und der NATO-Partner konnte nicht verhindern, dass der so genannte „Mauerbau“ zur Festigung des Bewusstseins der DDR-Bürger führte.

In allen sozialistischen Ländern Europas reifte im Zusammenhang mit der sich international vollziehenden wissenschaftlich-technischen Revolution die Frage heran, welche Konsequenzen für den weiteren Aufbau des Sozialismus daraus zu ziehen waren. Die SED stellte sich auf ihrem VI. Parteitag diesem Problem. Sie fasste den Beschluss zum „Neuen ökonomischen System der Volkswirtschaft der DDR“. Darüber wurde in der Partei und in der Wirtschaft eine umfassende Diskussion geführt. Es war vom Anfang an zu beachten, dass die fixierten Veränderungen unter konkreten Konstellationen im Rahmen des RGW und außenpolitischen Verhältnissen vollzogen werden sollten, denen man einfach Rechnung tragen musste:

1. konnten solche Veränderungen nur mit der Zustimmung der UdSSR erfolgen;

2. durften keine Zugeständnisse an den Westen, sein marktwirtschaftliches System gemacht werden.

Sowohl im Politbüro, in der von W. Ulbricht mit der Ausführung beauftragten Arbeitsgruppe und in wirtschaftsleitenden Organen kam es zu widersprüchlichen Standpunkten zum „NÖS“-Projekt. Widerstand wurde auch aus Moskau laut. Im Kern ging es um die Frage der Planung materieller Prozesse und die damit verbundenen neuen „Ideen“, die zentrale Volkswirtschaftsplanung durch ein „selbstregulierendes System“ zu ersetzen. Die „Autoren“ dieser „Ideen“ waren nicht in der Lage, dafür eine konkrete Definition und machbare Vorstellungen zu liefern. Das führte dazu, dass W. Ulbricht im Sommer 1965 das Projekt stoppte. Aus heutiger Sicht ist es durchaus legitim zu vermuten, dass revisionistische Auffassungen unter den beteiligten Kräften eine Rolle spielten. Das aber war mit W. Ulbricht nicht zu machen.

Die wirtschaftliche, stabile Entwicklung und die Verbesserung der Lebensbedingungen machten es möglich, einen bedeutenden Schritt zur Festigung der sozialistischen Demokratie zu gehen. Dem Vorschlag des VII. Parteitages entsprechend beriet die Volkskammer im Januar 1968 den in ihrem Auftrag ausgearbeiteten Entwurf der neuen sozialistischen Verfassung der DDR. In einer breiten Volksaussprache berieten die Bürger darüber. Über 11 Millionen nahmen an den Versammlungen dazu teil. 124.540 Ergänzungen und Änderungsvorschläge wurden eingereicht. Die Volkskammer unterbreitete den überarbeiteten Verfassungsentwurf dem Volk der DDR zur Bestätigung. Im Volksentscheid am 6. April 1968 stimmten 94,45% aller Abstimmungsberechtigten für die Ver-

fassung. Ein in der deutschen Geschichte einmaliger demokratischer Vorgang, dass die Verfassung per Volksentscheid in Kraft gesetzt wurde. In dieser Verfassung wurde durch das Volk die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei fixiert.

Nach dem V. Parteitag wurde die sozialistische Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur konsequent weitergeführt. Die Partei ging davon aus, dass es nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Eroberung der Kommandohöhen in der Wirtschaft keine Grundaufgabe der sozialistischen Umgestaltung gab, die ohne die Sozialistische Kulturrevolution hätte vollständig gelöst werden können. Ein wichtiger Schritt war die weitere Umgestaltung des sozialistischen Schulwesens. Im Herbst 1958 wurde mit der Einrichtung des Unterrichtstages in der Produktion und damit in den allgemeinbildenden Schulen dem von Marx und Engels begründeten Prinzip der polytechnischen Bildung entsprochen. Unter den neuen Bedingungen der Bewusstseinsentwicklung entwickelte sich eine neue Qualität des künstlerischen Schaffens, die gekennzeichnet war durch eine neue Stufe der künstlerischen Bewältigung der Probleme des antifaschistischen Widerstandes, Kunstwerke von Weltruf entstanden und eine neue Stufe des schöpferischen Zusammenwirkens von Berufs- und Laienkünstlern fand in den Arbeiterfestspielen der Gewerkschaften Ausdruck.

Die Jugendpolitik der SED

Die Jugendpolitik der SED und das Wirken der von ihr initiierten Jugendorganisation „Freie Deutsche Jugend“ gehören zum positiven Erfahrungsschatz der deutschen Arbeiterbewegung und der fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes. Die Strategie des Kampfes um die Gewinnung der Jugend nach 1945 hatte ihre Grundlage in den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. In den Referaten von Wilhelm Pieck und Georgie Dimitroff zur Begründung der Einheitsfront-Politik im Kampf gegen den Faschismus wurde kritisch festgestellt, „dass die Arbeit unter der Jugend vernachlässigt worden war“ und „eine Wende in der Jugendpolitik als wichtiger Bestandteil der Einheitsfront-Politik“ gefordert. Die Brüsseler und Berner Konferenz der KPD verstärkten und konkretisierten diese strategische Erkenntnis.

Die KPD hatte ihr erstes Aktionsprogramm nach der Zerschlagung des Faschismus durch die Alliierten am 11. Juni 1945 verabschiedet. Dort wurden die Grundlagen für eine Jugendarbeit unter den neuen Bedingungen formuliert. Das faschistische Regime des deutschen Imperialismus und Militarismus und sein Raubkrieg hatten die Jugend in eine fruchtbare Situation gebracht. Hunderttausende junge Männer waren gefallen oder kehrten als Krüppel zurück. Die materielle Lage der Kinder und Jugendlichen war katastrophal, vor allem aber ihre geistige Situation. Kein anderer Teil der der Bevölkerung hatte so sehr unter dem Einfluss faschistischer Ideologie und Propaganda gestanden wie sie: Antikommunismus, Antisowjetismus, Nationalismus, Chauvinismus und die barbarische Rassentheorie hatten das Bewusstsein ungezählter Mädchen und Jungen

vergiftet. Das Ziel, den Weg einer antifaschistisch-demokratischen Entwicklung einzuschlagen, hing im hohen Maße von der Umerziehung und Gewinnung der jungen Generation ab. Der Masse der Jugendlichen, die dem faschistischen Ungeist unterlegen war, durfte kein Misstrauen entgegengebracht werden. Es galt, sie auf dem neuen Weg mitzunehmen und zu erkennen, dass sie es letztlich sein werden, die die Zukunft gestalten. Sie zum Umdenken zu bewegen und zum Handeln beim Wiederaufbau zu mobilisieren und zwar alle, das war der einzig richtige Weg.

Die KPD ging davon aus, dass die im Aufruf vom 11. Juni 1945 vorgezeichneten Aufgaben dem ureigensten Interesse der Jugend entsprachen. Sie wandte sich direkt an die junge Generation, deren Lage von ihr gründlich analysiert worden war. Die Einheitsfront-Politik, die von ihr im Kampf gegen den Faschismus ausgearbeitet worden war, fortführend, nahm sie darauf Kurs, mit der Spaltung der Arbeiterjugendbewegung und der Aufsplitterung der anderen Teile der Jugend Schluss zu machen. Sie verzichtete auf die Bildung eines kommunistischen Jugendverbandes und trat für die Schaffung einer einheitlichen, freien antifaschistisch-demokratischen Jugendorganisation ein. Die Schaffung einer einheitlichen fortschrittlichen Jugendorganisation konnte nur allmählich vollzogen werden. Dieser Prozess setzte ähnliche Grundauffassungen bei der SPD und auch den demokratischen, bürgerlichen Parteien voraus. Als erster Schritt ging man darum an die Gründung antifaschistischer Jugendausschüsse, die schon spontan entstanden waren. Es zeigte sich, dass diese Ausschüsse günstige Bedingungen zum Zusammenschluss aller Jugendlichen boten. Aber auch die reaktionären Kräfte besaßen noch starke Positionen und wirkten dagegen.

Die Vereinigung der KPD und SPD zur SED trug wesentlich dazu bei, die antifaschistischen Kräfte zusammenzuführen. Sie bildete die wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Bündnispolitik mit den beiden bürgerlich-demokratischen Parteien CDU und LPDP, mit denen am 14. Juli 1946 der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien geschaffen wurde.

Die Bedingungen waren gegeben nach Erlaubnis der SMAD am 7. März 1946, die FDJ zu gründen. Die von ihr unter dem Titel „Kampf um die vier Grundrechte der jungen Generation“ (Recht auf Arbeit, Recht auf politische Mitbestimmung, Recht auf Bildung und Recht auf Freude und Frohsinn) vorgestellte Zielstellung fand breite Resonanz unter allen Schichten der Jugend. Die Mitgliederzahl der FDJ wuchs. Die Gründung der DDR als erster Staat der Arbeiter und Bauern in der deutschen Geschichte im Oktober 1949 wurde zum Meilenstein der Entwicklung der FDJ, die zur Millionenorganisation wurde.

Die DDR erwies sich von ihrer Geburtsstunde an als ein Staat der Jugend. Der Artikel 18 ihrer ersten Verfassung sicherte die politische Gleichberechtigung aller Generationen. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte wurde das aktive Wahlrecht mit 18, das passive mit 21 eingeführt. Schon ein Jahr nach ihrer Gründung beschloss die Volkskammer das erste Jugendförderungsgesetz. Die vier Grundrechte waren gesellschaftliche Realität. Die FDJ-Generation dieser Jahre wurde später zur tragenden Kaderbasis der

DDR. Die jugendpolitische Strategie der Partei dieser Periode erwies sich als richtig. Die FDJ hatte sich als aktive Kraft bei der Verwirklichung der bisherigen gesellschaftlichen Aufgaben bewährt. Der Jugend galt auch in den nächsten Etappen der Gesellschaftsentwicklung besondere Aufmerksamkeit.

Der Beschluss der II. Parteikonferenz, die Entwicklung in sozialistische Bahnen hinüberzuleiten und mit dem planmäßigen Aufbau von wesentlichen Grundlagen des Sozialismus zu beginnen, erforderte eine neue Rolle der FDJ. Obwohl die Mehrheit der Mitglieder keine konkreten Vorstellungen von der neuen Aufgabe des Aufbaus des Sozialismus hatte, fand sie im FDJ-Aktiv begeisterte Zustimmung. Die FDJ bekam einen neuen Motivationsschub. Aber die FDJ trat auch in einen spannenden und konfliktreichen Prozess ihrer eigenen Entwicklung zur sozialistischen Jugendorganisation ein. Sie gab sich eine „Verfassung“, in der ihr Verhältnis zur SED neu formuliert wurde. Sie bekannte sich zu ihr als führende Kraft der Gesellschaft und ihre eigene Rolle wurde als „Helfer und Kampfreserve der Partei“ definiert. Die Arbeiterjugend wurde zum „Kern der FDJ“ bestimmt. Diese neue Rolle der Jugendorganisation allen Mitgliedern verständlich zu machen war nicht leicht und führte zu innerverbandlichen Konflikten - besonders mit konfessionell gebundenen Mitgliedern. Diese Konflikte wurden von inneren und äußeren reaktionären kirchlichen Kräften geschürt. Auch sektiererische Tendenzen unter einzelnen FDJ-Kadern traten auf. Im Grunde waren diese Angriffe gegen die Einheit der Jugend der DDR gerichtet. Da der bewusste Kern der FDJ hinter den Parteibeschlüssen stand, konnten ernstere politische Folgen vermieden werden.

Eine ernste Bewährungssituation für die SED und die DDR entstand im Zusammenhang mit der Durchführung der sozialistischen Orientierung, den damit verbundenen, komplizierten materiellen Bedingungen und den massiven Angriffen der inneren und äußeren antikommunistischen Kräfte. Es kam, wie oben schon genauer ausgeführt, Mitte Juni 1953 zum konterrevolutionären Anschlag auf den sozialistischen Staat. Dessen Auswirkungen auf den Staat und die DDR waren vielfältig, komplex und kompliziert. Die Jugendorganisation war in keiner Weise auf sie vorbereitet. Hinzu kam, dass die Leitungen an der Basis außerordentlich geschwächt waren, da die aktivsten, klassenbewusstesten Funktionäre dem Ruf der Partei gefolgt waren und den Ehrendienst in den neu geschaffenen bewaffneten Kräften angetreten hatten. Der Verband machte eine Schwäche-Periode durch. Sie hing vor allem mit den Beschlüssen des ZK der Partei zu den Konsequenzen aus dem konterrevolutionären Anschlag zusammen.

Mit den kadermäßigen Konsequenzen wurde K. Schirdewan in das Politbüro und zum Sekretär des ZK gewählt. In seinen Verantwortungsbereich gehörten die Jugendkommission des Politbüros und die Abteilung für Jugendfragen beim ZK. E. Honecker war im Zusammenhang mit seiner Delegierung zum Studium an der PHS beim ZK der KPdSU in Moskau auf dem IV. Parlament von seiner Funktion als Vorsitzender der FDJ entbunden worden. Schirdewan brachte einen ihm bekannten jungen Parteifunktionär, der über keinerlei Erfahrungen in der Arbeit des Jugendverbandes verfügte und den Delegierten des Parlaments und den FDJ-Kadern völlig unbekannt war. Ich hatte diese

Scharade als Mitglied der Wahlkommission des Parlaments selbst erlebt. Dieser Genosse konnte keine Autorität im Verband gewinnen. Die damit verbundene andauernde Führungsschwäche wirkte sich auf den ganzen Verband negativ aus. Es war weniger mangelnden Qualitäten des Genossen, sondern der Tatsache geschuldet, dass er von Schirdewan als Figur für das politische Spiel einer reformistischen Jugendpolitik missbraucht wurde. Seine Vorstellungen waren im Wesen revisionistischen Charakters. Den Problemen, die sich bei der Durchsetzung eines klaren Klassenstandpunktes unter allen Teilen der Jugend ergaben, sollte aus dem Wege gegangen werden. An die Stelle zielstrebiger sozialistischer Bewusstseinsbildung sollte eine Massenarbeit verschwommenen politisch-ideologischen Inhalts treten. Das lief darauf hinaus, die FDJ unfähig zu machen, ihre Rolle als Kampforganisation für den Sozialismus gerecht zu werden. Diesen Tendenzen musste energisch entgegengetreten werden. Schirdewan wurde wegen parteifeindlicher Machenschaften von seinen Funktionen abgelöst und aus der Partei ausgeschlossen.

Damit waren die wichtigsten Voraussetzungen geschaffen, den Verband weiter zu entwickeln. Unter Führung W. Ulbrichts wurde ein Prozess der Neuorientierung der Jugendpolitik der Partei eingeleitet. Es galt, die Jugend zur Lösung der Aufgaben, besonders des Ausbaus der materiell-technischen Basis des Sozialismus und der Durchsetzung der sozialistischen Produktionsverhältnisse in allen Bereichen der Gesellschaft zu befähigen.

Dabei musste davon ausgegangen werden, dass es in der Folgezeit um eine Jugend geht, die nicht mehr über die Erfahrungen der Gründerzeit der DDR verfügte. Die soziale Lage der Jugend war eine andere, ihr Bildungsniveau war ein anderes. Aber auch die Einflussmöglichkeiten des Gegners hatten sich verändert. Es ging nun um die patriotische Erziehung und das Bewusstmachen der sozialistischen Perspektive. Die klassenfeindlichen Kräfte richteten ihre ideologische Diversion unter der Tarnkappe des „Kampfes gegen Dogmatismus und Erneuerung des Marxismus“ darauf, antikommunistische und revisionistische Auffassungen unter der Jugend zu verbreiten, um sie für ihre konterrevolutionären Ziele einzuspannen. Die Parteiführung nahm unter direkter Führung W. Ulbrichts Anfang der sechziger Jahre eine kritische Analyse vor und fasste entsprechende Beschlüsse. Besonders das 1963 unter dem Titel „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung“ stehende Jugendkommunique hatte tiefgreifende Wirkung in der ganzen Gesellschaft. Man kann davon ausgehen, dass die bewusstseinsmäßige Bindung der Mehrheit der Jugend an Partei und Staat am stabilsten war. Dazu hatten die Maßnahmen vom 13. August 1961 zum Schutz der Staatsgrenze der DDR („Mauer“) entscheidend beigetragen.

Auf Initiative und unter Führung der FDJ vollbrachte die Jugend Leistungen, die gesamtgesellschaftliche Bedeutung erlangten.

Beispiele:

- die von der FDJ organisierten Jugendbrigaden wurden zu einer entscheidenden Kraft im innerverbandlichen Leben und zum Motor ökonomischer Leistungen; Jugendbrigaden der

Bitterfelder Chemieindustrie initiierten die Initiative der „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ unter der Losung, „auf sozialistische Weise zu arbeiten, zu lernen und zu leben“; diese Initiative erfasste die Arbeiterklasse aller Wirtschaftsbereiche und führte zu einer neuen Qualität des sozialistischen Wettbewerbs;

- zahlreiche Objekte des wirtschaftlichen Aufbaus wurden unter Verantwortung der Jugend gestellt und als bahnbrechende Leistungen realisiert; (Petrolchemisches Werk II Leuna; Erdölverarbeitendes Werk Schwedt; Erweiterung der Karbidfabrik Buna; Jugendkraftwerk Trattendorf; zahlreiche Meliorationsobjekte in der Landwirtschaft; etc.);

- die Bewegung „Messe der Meister von Morgen“ die hervorragende Leistungen auf wissenschaftlichem Gebiet hervorbrachte;

- auf kulturellem Gebiet die „Singebewegung der FDJ“;

Der Staat würdigte zahlreiche solcher Leistungen mit hohen staatlichen Auszeichnungen.

Das eigentliche Ziel, die gesamte Jugend für die Politik der Partei zu gewinnen, musste trotz solcher positiver Ergebnisse aber immer mehr als nicht erreichbar, höchstenfalls als Annäherungsprozess erkannt werden. Trotzdem muss der erreichte Stand des Masseneinflusses der FDJ in der Geschichte der progressiven deutschen Jugendbewegung als einmalig gewertet werden. Die in der BRD existierenden Jugendorganisationen konnten nicht auf Vergleichbares verweisen.

Es waren politische, internationale Entwicklungen, die weitere Fortschritte verhinderten und negative Folgen nach sich zogen. Die westdeutsche „Politik der Konterrevolution auf Filzlatschen“, die Überlegenheit des westlichen Kosumstandards, die Langzeitwirkung des vom XX. Parteitag initiierten Revisionismus auf das sozialistische Lager und damit verbundene politische Fehlentscheidungen führten unter der Bevölkerung der DDR und eben auch unter der Jugend zu Erosionserscheinungen in ihrer Bewusstseinshaltung. Diese Tendenz wurde Mitte der siebziger Jahre immer deutlicher spürbar. In diese Zeit fiel der IX. Parteitag der SED der ein neues Parteiprogramm beschloss. In diesem Programm wurde „für die kommende Periode das Ziel gestellt `grundlegende Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus zu schaffen´. Auf dem nachfolgenden FDJ-Parlament erklärte E. Honecker, direkt an die Jugend gewandt, „die kommunistische Erziehung zum Grundanliegen der Jugendpolitik“ und rief den Delegierten zu: „Ihr seid berufen, Erbauer des Kommunismus zu sein“.

Was für eine lebensfremde Aufgabenstellung angesichts der realen Entwicklung! Das rief Erinnerungen an die Chrustschowschen Großsprechereien auf dem XX. Parteitag der KPdSU hervor. Viele der jungen FDJ-Funtionäre wussten damit nichts anzufangen. Es kam zu Schwankungen. Der im Verband schon immer vorhandene Hang zum Kampagnestil und auf rasche Erfolge zielenden Aktionismus, zur Zahlenhascherei und immer stärker werdenden, zentralistischen Bürokratie traten verstärkt auf und verminderten den Einfluss des Verbandes. Die in der Gesellschaft bestehenden Widersprüche, die allgemeine Unzufriedenheit unter der Bevölkerung nahmen zu. Die Massenverbindungen der Partei

lockerten sich und die „westliche Lebensweise“ beeinflusste immer mehr das Weltbild der Jugend. Ein Übriges bewirkte die antisowjetische Gorbatschow-Clique. Das Institut für Jugendforschung signalisierte diese Erscheinungen und schlug Alarm. Der Zentralrat der FDJ reagierte zunächst nicht. Auch die Parteiführung reagierte nicht. E. Honecker war krank, seine Realitätsferne wurde immer bedenklicher, er war ausgebrannt. Er war tief von der Tatsache getroffen, dass gerade jene FDJ-Kader, auf die er gesetzt hatte und die ihn in der Vergangenheit im Interesse ihrer eigenen Karriere in schamloser Liebedienerei hofiert hatten, ihn nun im Stich ließen und „Gorbi“ nachliefen. Es entbehrt nicht einer gewissen Tragik, dass zum 40. Jahrestag demonstrierende FDJler ihn mit „Gorbi-Rufen“ demütigten.

Das Ende der FDJ-Geschichte, die über Jahrzehnte durch ihn geschrieben wurde, war eingeläutet.

Die SED und der Revisionismus

Zuvor sei gesagt: Im Zuge des vier Jahrzehnte ausfüllenden revolutionären Prozesses hat die SED durch spezifische Beiträge und Erkenntnisse den politischen und theoretischen Erfahrungsschatz und das Wissen der kommunistischen Weltbewegung nicht unwesentlich bereichert. Dazu gehört zweifellos auch die von ihr entwickelte These, dass der Sozialismus „eine relativ selbständige Formation in der historischen Etappe des Übergangs zum Kommunismus ist“. Auf ihrer II. Parteikonferenz im Juli 1952 stellte sie die historisch neue Aufgabe, „die planmäßige Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in Angriff zu nehmen“. Wenn man ihre Geschichte überblickt und dabei die komplizierten, sich ständig verändernden Kampfbedingungen in Betracht zieht, unter denen sie handeln musste, erkennt man, dass die Partei, besonders in der ersten Phase der Gesellschaftsentwicklung, insgesamt ein hohes Maß an Prinzipienfestigkeit und nötiger Flexibilität miteinander zu verbinden wusste. Sie hat in dieser Zeit unter dem ständigen Feuer des Klassengegners im Inneren und von außen einen im wesentlichen marxistisch-leninistischen Kurs gehalten. Dabei besaß sie in den ersten Jahrzehnten die Unterstützung der Mehrheit des Volkes. Die geheime Abstimmung über die sozialistische Verfassung der DDR, in der die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei festgeschrieben wurde, verlieh ihr damals auch formell die demokratische Legitimation.

Nach dem XX. Parteitag der KPdSU mit der „Geheimrede“ Chrutschows, darüber kann es keine Unklarheiten unter konsequenten Marxisten-Leninisten mehr geben, begann der revisionistische Niedergang der internationalen kommunistischen Bewegung. Je gründlicher und umfassender die Analysen zur Niederlage des europäischen Sozialismus vorangehen, umso überzeugender sind die Beweise dieser Tatsache. Daran ändern auch die immer unverständlicheren Attacken der unverbesserlichen Antistalinisten aller Couleur nichts.

Kurt Gossweiler sagt aus, dass er während der ganzen DDR-Zeit der Überzeugung war, dass die entscheidenden Leute unserer Parteiführung - Walter Ulbricht und Hermann Matern, um nur diese beiden zu nennen - den Wechsel in der SU-Führung und in deren Politik unter Chrustschow als eine Wendung zum Revisionismus erkannten, aber angesichts der Abhängigkeit der Existenz der DDR von der Sowjetunion uns, die SED und die DDR, außerstande sahen, dagegen offen und militant aufzutreten wie etwa die KP Chinas und die KP Albaniens, und deshalb eine Politik der Schadensbegrenzung gegenüber dem von der KPdSU-Führung ausgehenden revisionistischen Kurs betrieben - in der Überzeugung, dass sich die gesunden, marxistisch-leninistischen Kräfte in der SU über kurz oder lang wieder durchsetzen würden. Er hat deshalb in der „Taubenfußchronik“ Walter Ulbricht als Kämpfer gegen den Revisionismus bezeichnet. Im Dialog mit einem türkischen Genossen, der diese Wertung ablehnte und Ulbricht rundweg als Revisionisten bezeichnete, hat er dann seine Wertung präzisiert. Er argumentiert so: „Wenn man gewusst hätte, dass die Periode des Revisionismus in der SU nicht eine Episode ist, die man überstehen muss, sondern dass eine solche Haltung zur Ursache dafür wird, dass der Revisionismus erstarkt und dass es dadurch zum Ende kommt - dann wäre eine solche Haltung unverzeihlich gewesen. Aber wir lernten erst durch unsere Niederlage die Lehre zu ziehen: es war falsch, nicht von Anfang an offen gegen Revisionismus und Revisionisten zu kämpfen. Aber vorher schien mir die Politik, die meine Partei unter Führung W. Ulbrichts betrieb,...die einzig mögliche zu sein.“

Dem kann auch ich nur zustimmen. Durch den Bruch Tito-Jugoslawiens mit dem Informationsbüro der Kommunistischen und Arbeiterparteien und dem weiteren Verhalten der jugoslawischen Führung war offenkundig geworden, dass es den Imperialisten gelungen war, mit Hilfe Titos in der kommunistischen Weltbewegung einen Stützpunkt aufzubauen, dessen Aufgabe darin bestand, nach dem Sieg über den Faschismus es möglich zu machen, ein „kommunistisches“ Gegenzentrum aufzubauen, dessen programmatische Grundlage nicht der Marxismus-Leninismus, sondern ein „Reformkommunismus“ sein sollte, geeignet, die ideologische und damit auch die politische und organisatorische Einheit der kommunistisch regierten Länder aufzuspalten. Die Offenbarung dieser Rolle und die Aufdeckung von Beziehungen zu Führungspersönlichkeiten in viele Länder hinein, darunter auch in die DDR, waren Anlass, diesen Verbindungen nachzugehen. Die DDR-Ergebnisse wurden auf der 13. Tagung des ZK der SED behandelt, deren Ergebnis in einem Artikel von Herrmann Matern veröffentlicht wurde. Die Prozesse und die Veröffentlichung der Ergebnisse waren so etwas wie eine rechtzeitige und wirksame Schutzimpfung aller kommunistischen Parteien gegen das Eindringen der Titoschen revisionistischen Zersetzungsideologie. Damit waren alle Voraussetzungen dafür gegeben, dass im zentralen Kampf des 20. Jahrhunderts, dem Kampf der aufsteigenden Welt des Sozialismus gegen den Imperialismus, die zweite Jahrhundert-Hälfte neue und den Ausgang des Kampfes „Wer-Wen?“ endgültig zugunsten des Sozialismus entscheidende Siege bringen würde. Aber es geschah etwas völlig Unerwartetes, vorher für völlig unmöglich Gehaltenes: Die heilsame Schutzimpfung, gegen deren Wirksamkeit es kein von außen her wirksames Gegenmittel gab,

wurde von dort aus, von wo allein sie neutralisiert werden konnte, von innen her, unwirksam gemacht.

Wie hat die Führung der SED auf den Chrustschow-Revisionismus reagiert?

1. Zur Total-Rehabilitierung Titos usw. durch Chrustschow und zur Erklärung des Grundsatzes des „Nationalkommunismus“ (die Negierung einer einheitlichen kommunistischen Weltbewegung, formuliert als „Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer kommunistischer Parteien und sozialistischer Länder“):

Unsere Führung nahm das zur Kenntnis und veröffentlichte die sowjetischen Verlautbarungen im vollen Wortlaut. Sie wusste aus den eigenen Untersuchungen von 1953, dass die Rehabilitierung Titos zu Unrecht erfolgte, brachte das aber nicht zum Ausdruck, sondern verhielt sich wie damals alle Führungen der kommunistischen Parteien: sie begrüßte die Versöhnung der Sowjetunion mit Jugoslawien als Schritt zur Überwindung der Spaltung im Lager der sozialistischen Staaten. Ihr Nichteinverständnis mit der Proklamierung des „Nationalkommunismus“ wurde nicht offen ausgesprochen, aber ersichtlich daraus, dass bei Treffen von SED-Politikern mit Vertretern anderer nichtrevisionistischer Parteien und sozialistischer Staaten in das Abschlusskommunique eine Formel nicht aufgenommen wurde, die seit dem Abkommen der SU mit Tito-Jugoslawien zum Erkennungszeichen revisionistischer Parteien wurde: die Formel nämlich, dass „beide Seiten vom Prinzip der Nichteinmischung“ ausgehen. Die DDR-Delegationen haben diese Formel nur dann aufnehmen lassen und unterschrieben, wenn die andere Seite es verlangte. Das war regelmäßig der Fall bei Treffen mit Vertretern der SU, Jugoslawiens, Polens nach dem Führungswechsel zu Gomulka und nach der Konterrevolution 1956 in Ungarn. Wie ist diese Haltung einzuschätzen?

Natürlich nicht als offener Kampf gegen den Schwenk der Sowjetführung zum Revisionismus, aber auch nicht als Überlaufen mit vollen Segeln auf den „neuen Kurs“, sondern als „zurückhaltende Billigung, zurückhaltendes Signal von partiellem Nichteinverständnis“. Für die Masse der Parteimitglieder und für die Bevölkerung der DDR waren diese feinen Unterschiede nicht zu erkennen - für sie stand die DDR-Führung voll hinter der Erklärung, dass Tito schweres Unrecht zugefügt wurde.

Der durchaus noch nicht überwundene Antisowjetismus bei beträchtlichen Teilen der Bevölkerung wurde mindest bei Teilen durch die Forderung nach der „Nichteinmischung von außen“ bestärkt, bei anderen wiederbelebt. Die Desorientierung von Partei und Bevölkerung in Richtung Revisionismus nahm hier ihren Anfang.

2. Zum XX. Parteitag der KPdSU und Chrustschows „Geheimrede“:

Wiederum sind wir uns heute noch sicher, dass W. Ulbricht und wohl auch H. Matern von dieser Erklärung nicht nur, wie alle, völlig überrascht und überrumpelt wurden, sondern sie auch als das empfanden, als was sie ja auch gedacht war: als einen Angriff nicht nur gegen Stalin, sondern gegen alle Parteiführungen, (also auch gegen die Führung der SED), die Stalin nicht nur aus „Parteidisziplin“, sondern aus fester Überzeugung von der Richtigkeit der Stalinschen Politik gefolgt waren und ihre Mitglieder zum festen Vertrauen zu Stalin erzogen hatten.

Vor allen Parteiführungen kommunistischer Parteien stand nun die Frage: Wie verhalten wir uns zu dieser schroffen Verurteilung dessen, woran zu zweifeln in der Vergangenheit zumindest den Verdacht der Parteifeindlichkeit erweckte? Auf dem Parteitag selbst konnte sich kein ausländischer Parteiführer äußern, waren sie doch von der ja erst nach der offiziellen Beendigung des Parteitages einberufenen Sondersitzung ausgeschlossen gewesen und hatten sie den Wortlaut der Rede doch aus der Veröffentlichung in der US-Presse erfahren.

Einer entschiedenen Zurückweisung der Verurteilung Stalins hatte Chrustschow ja dadurch vorgebeugt, dass er Stalin wegen der Moskauer Prozesse und der Repressionen und zahlreicher Todesurteile, darunter auch gegen zu Unrecht Beschuldigte, als ein Monster, einen Massenmörder aus Macht- und Verfolgungswahn hinstellte.

Dennoch musste Chrustschow Kritik an seiner Entstellung der Geschichte der KPdSU und der Sowjetunion hinnehmen, wenn auch erst im Juni und September 1956. Sie kam allerdings nicht von der SED-Führung, sondern von der Kommunistischen Partei Frankreichs und ihren Führern M. Thorez und J. Duclos, vom Führer der Kommunistischen Partei Italiens, P. Togliatti und der Partei Mao-Tse-Tungs, der KP Chinas. Von der SED-Führung gab es keine kritischen Bemerkungen zum Chrustschow-Referat, aber auch keine breite Popularisierung. Auf der 3. Parteikonferenz der SED war das Äußerste, was in der Rede W. Ulbrichts gegen Stalin vorgebracht wurde, die Feststellung: „Stalin war kein Klassiker des Marxismus-Leninismus.“ Dem Verlangen der KPdSU-Führung, den Inhalt der Chrustschow-Rede den Parteimitgliedern bekannt zu machen, kam die SED-Führung in der Weise nach, dass deren Hauptpunkte in geschlossenen Parteiversammlungen bekannt gegeben wurden. Die Parteiführung tat zu keiner Zeit von sich aus etwas, um eine Welle der Stalin-Verurteilung in Gang zu setzen. Während man in manchen Sozialistischen Ländern ebenso wie in der SU damit begann, Stalin-Denkmäler abzureißen, blieb das Stalin-Denkmal in der Stalin-Allee noch bis 1961, bis zum „zweiten XX. Parteitag“, nämlich dem XXII. Parteitag der KPdSU, von dem eine erneute Welle des Anti-Stalinismus ausging und Stalins engste Mitarbeiter, Molotow und Lasar Kaganowitsch, aus der Partei ausgeschlossen wurden, erhalten.

Erst nach diesem Parteitag sah sich unsere Führung offenbar gezwungen, dem verstärkten Verlangen aus Moskau nach Beseitigung aller Stalin-Denkmäler nachzukommen. Ein eigenes Bedürfnis danach hat nicht bestanden.

Der revisionistische Kurs Chrustschows entsprach in keiner Weise den Überzeugungen und Wünschen des maßgebenden Mannes der SED-Führung, Walter Ulbricht. Aber er, vor die Entscheidung gestellt, entweder den offenen Kampf gegen die revisionistische Moskauer Führung aufzunehmen, wie das inzwischen die chinesische KP und die KP Albaniens getan hatten, oder den offenen Bruch mit der Führung der KPdSU und der SU zu vermeiden und deren Kursänderung mitzumachen und sich dabei auf Schadensbegrenzung zu beschränken, entschied sich wiederum für Schadensbegrenzung in der Überzeugung, dass es im Interesse des Erhalts der DDR keine andere Lösung gäbe. So sehr das damals als richtig und unvermeidlich erschien, bedeutete es aber auch die Gewöhnung der Partei und der Bevölkerung des Landes daran, die aus Moskau verkündete revisionistische Ideologie und die vorgeführte entsprechende Praxis als den notwendigen und einzig richtigen Weg für den Aufbau des Sozialismus anzusehen. Es machte unfähig zu einem eigenen Urteil über falsch und richtig der Politik der Führung, weil durch die Verurteilung all dessen, von dessen Richtigkeit man vorher überzeugt worden war, die bisherigen Maßstäbe außer Kraft gesetzt wurden und plötzlich etwas Neues Geltung haben sollte.

Das Fazit: so wenig W. Ulbricht der eigenen Überzeugung nach Revisionist war - durch die Unterlassung des aktiven Kampfes gegen den Revisionismus wurde die SED zu einer Partei, die der von Moskau ausgehenden revisionistischen Umwandlung der kommunistischen Parteien nicht offen widersprach und damit dazu beitrug, dass diese zum Kampf für den Sozialismus immer unfähiger wurden.

Revisionismus und “Neues Ökonomisches System“

Der Revisionismus ist Ideologie und Praxis der Zerstörung des Sozialismus von der ökonomischen Basis bis in alle Verzweigungen des Überbaus hinein. In der Sowjetunion gehörte zu den Methoden der Schädigung der ökonomischen Basis die Nichtbeachtung und Verletzung der Gesetze der Ökonomie des Sozialismus. Das zeigte sich besonders deutlich zum einen in der Wendung von der bewussten Einengung des Wirkungsbereiches des Wertgesetzes zur bewussten Ausdehnung seines Wirkungsbereiches auf die gesamte Volkswirtschaft, zum anderen in dem abenteuerlichen Zielversprechen, die USA ökonomisch in nur 10 Jahren ein- und überholen zu wollen und in 20 Jahren in der SU den Kommunismus zu erreichen - und in der bewussten Vernachlässigung der wissenschaftlich-technischen Revolution im zivilen Bereich der Volkswirtschaft.

Die DDR-Führung versuchte zunächst über den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) eine Änderung auf diesem Gebiet in allen Ländern des RGW zu erreichen. Als sie damit ohne Erfolg blieb, wurde auf Initiative W. Ulbrichts in der DDR in den 60er Jahren damit begonnen, wenigstens im eigenen Land der wissenschaftlich-technischen Revolution zum Durchbruch zu verhelfen. Ausgangsbasis war seine Auffassung des Sozialismus als eine nicht nur kurze, alsbald nach Herstellung sozialistischer Produktionsverhältnisse in den Kommunismus übergehende Phase, sondern als eine lange

Zeit der Entwicklung, die bis zum reifen Sozialismus durchlaufen werden muss. W. Ulbricht bildete einen Stab von Wissenschaftlern, der ein Ökonomisches System des Sozialismus ausarbeiten sollte, was auf dem VI. Parteitag im Januar 1963 verkündet wurde. Es ging von der Neuorientierung der Wirtschaftspolitik nach dem Grundsatz des höchsten ökonomischen Nutzeffekts und der materiellen Interessiertheit aus. Dieses Vorhaben fand in Moskau als Affront gegen die eigene Linie keine Gegenliebe. Als auch im Politbüro gegensätzliche Meinungen auftraten und im gebildeten Stab Kräfte auftraten, deren Vorstellungen darauf hinaus liefen, die zentrale Planung der ökonomischen Prozesse durch ein „selbstregulierendes System“ zu ersetzen und niemand in der Lage war, dafür eine konkrete Definition und machbare Vorstellungen zu liefern, sah sich W. Ulbricht im Sommer 1965 - wie weiter oben schon ausgeführt - veranlasst, das Projekt selbst zu stoppen. Aus heutiger Sicht erscheint es legitim zu vermuten, dass revisionistische Auffassungen unter den beteiligten Kräften dafür den Ausschlag gaben.

Die SED und der „Eurokommunismus“.

Der Grundstein gelegt für den „Eurokommunismus“ wurde durch die Belgrader Erklärung von 1955, nach der die Politik jeder Partei ihre eigene Sache sei. Das bedeutete die Verkündung des “Nationalkommunismus“. Der wirkliche Anstoß für andere Parteien ging aber erst vom XX. Parteitag der KPdSU aus, von der Verdammung der Stalinperiode durch Chrustschow. Für Kommunisten, die dessen Bericht glaubten, konnte es nur eine Schlussfolgerung geben: Von dieser Vergangenheit der KPdSU muss man sich entschieden distanzieren. Und im eigenen Land darf man diesen Weg zum Sozialismus nicht gehen wollen, sondern muss einen eigenen, nationalen Weg gehen.

Einen starken Anstoß zur Formulierung der Grundlinie des „Eurokommunismus“ war der so genannte „Prager Frühling“ mit seiner Losung vom „Sozialismus mit menschlichen Antlitz“ und die durchaus notwendige und berechtigte Intervention des Warschauer-Vertrags-Mächte gegen die konterrevolutionäre Entwicklung in der CSSR. Der Begriff „Eurokommunismus“ ist nicht von Kommunisten geprägt worden, sondern von bürgerlichen Beobachtern der Entwicklung in der kommunistischen Bewegung, aber nachher von Aktivisten des „Eurokommunismus“ in anderen Parteien übernommen worden. Weil die Wandlung in den Kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder - übrigens nicht nur in Europa - mit den gleichen oder ähnlichen Merkmalen auftrat, war es nur folgerichtig, dass dafür ein gemeinsamer Name gefunden wurde: „Eurokommunismus“.

Seine Herausbildung in den 70er Jahren ist eng mit den Namen der Führer der KP Italiens, Frankreichs und Spaniens verbunden. Seine Hauptbestandteile sind Übernahmen von revisionistischen Thesen zum einen des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens wie: „Selbstverwaltungs-Sozialismus“, zum anderen der Chrustschow-Führung wie: demokratischer, parlamentarischer Weg zum Sozialimus, keine Diktatur des Proletariats, keine Avantgarde-Rolle des Proletariats, kein Führungsanspruch der kommunistischen Partei. Zu einem System, und zwar zu einem ausgesprochen antisowjetischen System, wurden

diese verschiedenen revisionistischen Ansichten und ablehnenden Positionen gegenüber der Leninschen und natürlich „Stalinschen“ und sogar der nach-Stalinschen Sowjetunion ausgearbeitet von Carrillo in seinem 1977 in Madrid herausgebrachten Buch „Eurokommunismus und Staat“. In der SED-Führung fand diese revisionistische „Theorie“ keine Akzeptanz. Walter Ulbricht machte keine Zugeständnisse. Aber es gab in den Reihen der Partei, besonders im Gesellschaftswissenschaftlichen Institut beim ZK, Sympathisanten wie Reinhold und Neubert.

Der Wechsel an der Parteispitze von Walter Ulbricht zu Erich Honecker.

Die Ablösung W. Ulbrichts durch Erich Honecker, die offiziell auf Wunsch von W. Ulbricht und mit der Berufung auf sein Alter von ihm selbst erklärt und der Partei bekannt gemacht wurde, hatte eine Vorgeschichte und erfolgte nicht ohne Einfluss aus Moskau. Am 21. Januar 1971 hatten sich einige Mitglieder des Politbüros der SED, darunter Axen, Grüneberg, Hager, Honecker, Mittag, Müncheberger und Kleiber, an das Politbüro der KPdSU mit einem Brief gewandt, in dem sie sich auf Differenzen mit W. Ulbricht zu Grundfragen der Politik beriefen und L. Breshnew baten, „in den nächsten Tagen mit Genossen Walter Ulbricht ein Gespräch zu führen, in dessen Ergebnis dieser von sich aus das Zentralkomitee der SED bittet, ihn auf Grund seines hohen Alters und seines Gesundheitszustandes von der Funktion des Ersten Sekretärs zu entbinden. Diese Frage sollte möglichst bald gelöst werden, das heißt unbedingt noch vor dem VIII. Parteitag der SED.“

So verlief der Wechsel dann auch.

Das ist keineswegs als Wechsel von einem Marxisten-Leninisten zu einem Revisionisten zu sehen. Aber es war der Wechsel von einem der im Klassenkampf erfahrensten und begabtesten Führer der deutschen und internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung zu einem vom besten Willen erfüllten, aber infolge schwacher Führungsqualitäten leicht auf Abwege zu führenden Parteiführer.

Überblickt man die fast 20 Jahre, in denen Erich Honecker an der Spitze der SED und des Staates stand, dann muss man feststellen, dass es ihm subjektiv ehrlich um das Wohl der DDR ging. Er hat nie daran gedacht, diese dem Imperialismus auszuliefern. Zunächst erschien es so, als sei mit ihm die Ära der größten Erfolge der DDR angebrochen. Unter der Losung der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ wurde ein umfassendes Sozialprogramm verkündet, dass von den Werktätigen freudig begrüßt wurde. Aber es handelte sich bei den ersten Fortschritten im Grunde nicht um Erfolge der neuen Führung, sondern die Ernte der vorangegangenen Jahre. Bald stellte sich heraus, dass das erhoffte Wachstum der Arbeitsproduktivität und Wirtschaftskraft nicht wie geplant eintrat. Sie garantierten nicht die hohen Sozialleistungen, besonders das gewaltige Wohnungsbauprogramm und die erforderlichen Akkumulationen. Die Erwartungen der Menschen, die immer mehr Vergleiche mit dem Lebensstandard der BRD zogen, wurden

enttäuscht. Das wäre zu ertragen gewesen, wenn die Partei offen die Ursachen der negativen Entwicklung dargelegt und mit den Parteimitgliedern und den Massen darüber beraten hätte, wie man sie meistern könnte.

Die Parteiführung ging den anderen Weg, den des Administrierens, der Vertuschung von Widersprüchen und Problemen und der Schönfärberei, der in der Medienpolitik Ausdruck fand. Die Kluft zwischen Partei und breiten Teilen der Massen war groß geworden und innerhalb der Partei verlor die Führung immer stärker das Vertrauen der einfachen Mitglieder.

Besonders dramatische Auswirkungen hatte die unter Einfluss der Thesen des XX. Parteitages und der sie vertretenden revisionistischen Kräfte der KPdSU getroffene Einschätzung der internationalen Beziehungen und das damit verbundene Abweichen vom klaren marxistisch-leninistischen Standpunkt der friedlichen Koexistenz. Diese neue Einschätzung ging davon aus, „dass die imperialistischen Kräfte nunmehr die von der SU und der sozialistischen Staatengemeinschaft verfochtenen Prinzipien der friedlichen Koexistenz als einzig mögliche Grundlage für die Normalisierung der Beziehungen von Staaten entgegengesetzter Gesellschaftsordnung anerkennen müssen.“ Die Tatsache, dass 1972 zahlreiche kapitalistische Staaten die DDR völkerrechtlich anerkannten und im gleichen Zeitraum die DDR in die UNO aufgenommen wurde, schien das zu bestätigen. Hinzu kam die Einschätzung, dass nun die Barriere der NATO gegen die DDR durchbrochen worden wäre.

Gab es wirklich plötzlich die „Friedensfähigkeit“ des Imperialismus und der NATO? War die treffende, weitsichtige Einschätzung der neuen imperialistischen Strategie „Wandel durch Annäherung“, die der erfahrene Kommunist und Außenpolitiker Otto Winzer getroffen hatte, dass es sich hier nämlich um die „Konterrevolution auf Filzlatschen“ handelt, vergessen?

Nüchtern betrachtet hatte die Parteiführung damit auf außenpolitischem Gebiet der revisionistischen Aufweichungspolitik in die Hände gearbeitet. So auch bei der Vorbreitung und Durchführung des folgenden KSZE-Prozesses und dem Abschluss des Helsinki-Abkommens.

Eine besondere Fehlhandlung war die Billigung des gemeinsamen Dokuments von SED und SPD vom August 1987 „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, mit dem die Autoren eine Vorarbeit für den Herbst 1989 leisteten. Sie ging der imperialistischen Strategie auf den Leim und dem offenen Verrat einiger Mitautoren in der Arbeitsgruppe, darunter Prof. Otto Reinhold und Rolf Reißig. Prof. Erich Hahn, einer der Verhandlungsführer, sagte im August 2002 in einer Erklärung zu den eigentlichen Motiven für diese Aktion, „es sei darum gegangen, Erscheinungen des Abschottens und der Abgrenzung gegenüber der westlichen Welt zu überwinden. Die Vision eines Hauses Europa schien in greifbare Nähe zu rücken“.

Hier wurde der Grad der ideologischen Aufweichung marxistisch-leninistischer SED-Positionen zugegeben. An die Stelle der friedlichen Koexistenz als Form des Klassen-

kampfes trat der die Gegenseite harmonisierende Terminus „Systemwettbewerb“. In einem erheblichen Teil der Mitgliedschaft der Partei erhob sich Protest dagegen, dass dem Imperialismus auf einmal „Reform- und Friedensfähigkeit“ bescheinigt worden war. Nur zwei Beispiele dafür, was da unterschrieben wurde: 1. „Die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihre Erfolge und Misserfolge, Vorzüge und Nachteile muss innerhalb jedes Systems möglich sein.“ 2. „Die SED unterstützt die für beide Seiten gültigen Grundsätze der pluralistischen Demokratie und bewilligt die erleichterte Verbreitung von periodischen und nicht periodisch erscheinenden Zeitungen und gedruckten Veröffentlichungen.“

Die SED war in die Falle der imperialistischen Strategie gegangen! Das aber waren die Einfallstore für die imperialistische Konterrevolution.

Wir erlebten nun, wie auf Grundlage des Helsinki-Vertrages die DDR systematisch sturmreif geschossen wurde. Auf dem IX. Parteitag der SED 1976 wurde die Übereinstimmung mit der revisionistischen Moskauer Linie erneut unterstrichen. In dem dort beschlossenen Parteiprogramm wurde der Kommunismus als reales Ziel formuliert. In einer nachfolgenden Beratung mit Jugendaktivisten erklärte E. Honecker „die Jugend der DDR zum Erbauer des Kommunismus“ und ergänzte, „dass auch er davon ausgeht, den Kommunismus noch zu erleben“. Was für eine Ähnlichkeit mit den realitätsfernen, großmäuligen Prognosen eines Chrustschow! Was für eine Realitätsferne angesichts der realen Lage in der Gesellschaft der DDR! Es offenbarte sich das Maß der ideologischen Infiltration, der die DDR auch in der letzten Phase ihres Bestehens ausgesetzt war.

Die Saat Gorbatschows tat schließlich - trotz unbestrittener Bemühungen Erich Honeckers und anderer, sie in der DDR nicht aufgehen zu lassen - ihr Werk. Der die DDR zersetzende Revisionismus war nicht nur ein Moskau-Import-Produkt, sondern zum Teil auch hausgemacht. Trotz allem hatte E. Honecker nie daran gedacht, die DDR den Imperialisten auszuliefern. (Beweis: sein kurz vor seinem Tode veröffentlichte Buch „Zu dramatischen Ereignissen“, dessen Erkenntnisse als die eines ehrlichen Kommunisten zu bewerten sind.)

Immer deutlicher zeigte sich, dass der XX. Parteitag zur entscheidenden negativen Zäsur in der Geschichte der UdSSR und der gesamten kommunistischen Weltbewegung geworden war. Unter der verlogenen Flagge der „Rückkehr zu Lenin“ erfolgte der Bruch mit dem Leninismus und der Übergang auf die Positionen des Revisionismus in fast allen Grundfragen. Kurt Gossweiler nennt hier vier Hauptlinien:

1. Klassenversöhnung statt Klassenkampf; für die Versöhnung mit dem Imperialismus; globale Menscheitsinteressen stünden über den Klasseninteressen; die Probleme wären nur gemeinsam mit dem Imperialismus zu lösen;
2. Imperialismus als Vorbild für die Gestaltung des Sozialismus;
3. Austausch von Freund- und Feindbild;
4. Die Zerstörung des kommunistischen Parteibewusstseins.

Der Verlauf der Entwicklung bestätigt überzeugend seine Analyse!

Mit Walter Ulbricht an der Spitze führte die SED einen ebenso entschlossenen wie flexiblen Kampf zur Verteidigung einer marxistisch-leninistischen politischen Linie. Dafür geriet sie nicht nur ins Feuer des Klassengegners, sondern sah sich immer häufiger gezwungen, Fallen auszuweichen und unschädlich zu machen, die von Moskau ausgingen. Walter Ulbricht musste bis zum Sturz Chrustschows eine Gratwanderung vollbringen, die die höchste politische Meisterschaft voraussetzte. Bei seinen Versuchen, ihn von der Spitze der SED zu beseitigen, nutzten Chrustschow und seine Verbindungsleute in der DDR Meinungsverschiedenheiten und persönliche karrieristische Bestrebungen, die es in der Parteiführung gab, um eine Politbüro- und ZK-Mehrheit zustande zu bringen. Das war der Hintergrund der bereits geschilderten „Affären“ (Herrnstadt/Zaiser, Schirdewahn).

Bei Beachtung aller komplizierten Zusammenhänge muss man sagen, dass die SED bis 1970 nie eine revisionistische Partei war!

Probleme der SED vor allem in den 80er Jahren

Als Marxisten-Leninisten stehen wir in der Pflicht, nach der Niederlage das ganze politische Rüstzeug, über das die SED verfügte, auf den Prüfstand zu stellen. Aber es sei hier noch einmal deutlich gesagt: Die dabei nötige Benennung von Defiziten muss absolut ausschließen, dass der Sozialismus und die DDR als solche in Zweifel gezogen werden. Die marxistische Analyse darf kein Spielmaterial für DDR-Delegitimierer und Kriminalisierer beliebiger Art liefern. Wer die Dinge untersucht, muss davon ausgehen, dass im Rückblick alles viel einfacher, klarer und überschaubarer erscheint, als es auf die damaligen Akteure in deren konkreter Situation wirkte. Und noch etwas ist zu beachten: Begangene Fehler dürfen nicht pauschal auf die gesamten 45 Jahre des Kampfes im Osten Deutschlands bezogen werden. Denn die einzelnen Entwicklungsetappen trugen durchaus unterschiedlichen Charakter und ihre jeweilige Spezifik. Was uns misslang, ging nicht wegen des Marxismus-Leninismus, sondern aufgrund der Abweichung von seinen Prinzipien schief. Der Aufbau des Sozialismus der DDR ging unter äußeren Bedingungen vor sich, die historisch einmalig waren (die Existenz eines potenten kapitalistischen Staates auf deutschen Boden, vorderste Frontlinie im Kalten Krieg, die Wirkung des XX. Parteitages der KPdSU und der folgenden revisionistischen Erosion). Äußere Ursachen hatten also ein besonderes Gewicht. Die inneren Ursachen sind im dialektischen Zusammenhang damit sehr komplex und in den verschiedenen Entwicklungsetappen unterschiedlich stark wirksam geworden und schwer zu verallgemeinern.

Ich will mich auf jene konzentrieren, die ich aus meinen Erfahrungen heraus als gesichert ansehen kann.

Ein Kardinal-Fehler war die Vernachlässigung der ständigen objektiven Bewertung des tatsächlichen Bewusstseinsstandes der Klassen und Schichten der DDR-Bevölkerung wie der eigenen Parteimitgliedschaft. Es gab die Neigung, das Niveau des Bewusstseins zu überschätzen. Man hielt, wie Genosse Heinz Keßler bemerkte, an einer vereinfachten

Sicht auf die Arbeiterklasse fest und beschränkte sich auf die verbale Betonung ihrer Rolle als historisches Subjekt, ja man ging sogar zu einer Idealisierung über. Die Langzeitwirkung bürgerlicher Denk- und Verhaltensweisen wurde unterschätzt. Es gab Zeiten spürbarer Fortschritte bei der Bewusstseinsentwicklung in der zweiten Hälfte der 50er und in den 60er Jahren. Doch Ende der 70er und in den 80er Jahren kam es aus den oben beschriebenen Gründen zu Erosionen im Klassenbewusstsein der Arbeiterklasse, unter der Jugend und bei der Intelligenz.

Das hatte zur Folge, dass bei anstehenden, komplizierten Aufgaben das Tempo willkürlich forciert wurde ohne Rücksicht auf den wirklichen Reifegrad der Partei und der Massen zu nehmen.

Die Notwendigkeit der Verstärkung der politisch-ideologischen Arbeit wurde in allen Beschlüssen hervorgehoben. Die Ideologie wurde jedoch immer deutlicher zur Dienerin der aktuellen Politik und inhaltlich immer stärker auf kurzfristige Ziele und tagespolitische Probleme gerichtet. Statt Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus kamen immer mehr Reden der Mitglieder des Politbüros und Parteibeschlüsse auf die Liste der von den Teilnehmern am Parteilehrjahr zu lesenden „Pflichtliteratur“. Dies scheint überhaupt ein Wesensmerkmal revisionistischer Aufweichungen zu sein: die Abkehr vom Grundlagenstudium und damit von der Wissenschaftlichkeit unserer Weltanschauung und die Hinwendung zum Auswendiglernen aktueller (und natürlich opportunistischer bzw. revisionistischer) strategischer Orientierungen der Führung. Das formell noch immer umfangreiche und differenzierte Instrumentarium der ideologischen Tätigkeit wurde im Formalismus erstickt, das Interesse der Parteimitglieder und der anderen Schichten der Teilnehmer ließ nach, die Teilnahme wurde zur Pflichtübung. Während unter Leitung von W. Ulbricht die offene Diskussion und Polemik zu theoretischen Grundfragen geführt wurde, traten an deren Stelle abgelesene Monologe. Immer deutlicher wurde sichtbar, dass die erlebte Wirklichkeit im Gegensatz zu den ideologischen Thesen stand. Das führte zu nachlassender Glaubwürdigkeit der Partei unter den Mitgliedern und den parteilosen Massen.

Besonders die immer restriktiv werdende Informationspolitik der Medien stieß zu Recht auf Ablehnung. Schönfärberischer Aktionismus, dauernde Erfolgsmeldungen, Kampagnehaftigkeit und peinliche „Hofberichterstattung“ prägten zunehmend deren Bild. Besonders verhängnisvoll war die defensive Reaktion auf die schon erwähnte, mit der Schlussakte von Helsinki ausgehende „Menschenrechtskampagne“ des Imperialismus. Dazu gehört auch das Dokument „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, dass 1987 zwischen SED und SPD unterzeichnet wurde und das sich als ein Einfallstor der Konterrevolution erweisen sollte.

Bei der Bewertung des Wirkens einer marxistisch-leninistischen Partei ist die Frage nach Niveau und Verfasstheit ihrer theoretischen Arbeit von großer Bedeutung. Die SED verfügte über leistungsfähige Theoriekapazitäten und besaß marxistisch gebildete Kader. Auf vielen Gebieten wurde eigenständige innovative Forschung betrieben. Andererseits

haben Erscheinungen wie die Leugnung und Unterschätzung von Widersprüchen im Sozialismus sowie der voluntaristische Umgang mit der „Gesetzmäßigkeit“ eines Sieges (Unumkehrbarkeitsthese) fatale Wirkungen gehabt. Die parallel zum „Eurokommunismus“ anwachsende Tendenz revisionistischer Auffassungen in einigen Theorie-Zentren wurden nicht erkannt oder nicht ernst genommen.

Der „Demokratische Zentralismus“ ist das von Lenin formulierte Organisationsprinzip einer marxistisch-leninistischen Partei. Als solche verstand sich die SED. Der schöpferische Umgang mit ihm war in ihrem Statut festgeschrieben. Ohne eine Praxis auf seiner Grundlage wären die Erfolge der SED bei der Führung der gesellschaftlichen Entwicklung nicht möglich gewesen. Aber der demokratische Zentralismus wurde im Kontext mit den konkreten Erscheinungen des Klassenkampfes und der Probleme mit dem von der KPdSU ausgehenden Revisionismus verzerrt angewandt. Die innerparteiliche Demokratie als eine entscheidende Voraussetzung wurde immer mehr eingeengt. Das führte zu einer unzulässigen Verschärfung bürokratisch-zentralistischer Tendenzen. Das Leninsche Vermächtnis von der Notwendigkeit des kompromisslosen Kampfes gegen diese Tendenzen blieb unbeachtet. Der Abbau der innerparteilichen Demokratie ging von oben aus und blieb zunächst an der Basis unbemerkt. Ein Kernproblem war dabei die Konzentration mannigfaltigen Wissens auf einen ausgewählten, begrenzten Kreis von Funktionären. Der Besitz dieser Informationen verlieh das Recht auf Entscheidungen und letztlich Macht. Das hatte Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Mitglieder und auf die Kollektivität in den Führungsorganen auf allen Ebnen.

Weitere Erscheinungen des Demokratieabbaus in der von Partei:
- die Rechenschaftslegung des ZK an die Parteitage war unter Leitung von W. Ulbricht garantiert; ab dem VIII. Parteitag gab es keine Rechenschaftslegung mehr;
- die zeitlichen Fristen zwischen den Tagungen des ZK wurden verlängert, die Sitzungsdauer verkürzt;
- die ZK-Sitzungen wurden immer mehr frei gehalten von Auseinandersetzungen und Ringen um Entscheidungen, an deren Stelle traten „Zustimmungserklärungen“ und Bekenntnisse zur „Linie“;
- keine Rede auf Tagungen wurde gehalten, ohne dass sie der Führung vorher bekannt war und durch sie „abgesegnet“ wurde;
- keine Berichterstattung einer Kreisleitung vor dem Politbüro, die nicht bis ins Detail vom Apparat des ZK kontrolliert wurde.

Wir wussten um diese Praktiken und ihren Widerspruch zum Statut, warum haben wir nicht dagegen opponiert? Die einzig wirksame Gegenstrategie wäre die Mobilisierung der Kontrolle durch die Basis gewesen. Wir befanden uns im Konflikt zwischen unserer Verantwortung für die Einheit der Partei und der Parteidisziplin.

Eine wichtige Rolle in diesem Prozess spielte die Kadernomenklatur des ZK. Sie uferte im Laufe der Jahre immer mehr aus. Der Apparat des ZK entschied über Einsatz und Abberufung. Eine solche Nomenklatur hat durchaus ihre Berechtigung und in kompli-

zierten Klassenkampfsituationen ist auch eine zeitweilige Ausdehnung berechtigt. Aber im Grunde wurde zusammen mit dem „Laufbahnmechanismus“ das im Statut festgeschriebene Prinzip der Wahl der Kader von unten nach oben auf den Kopf gestellt. Folgen dieser und anderer Tendenzen waren eine Aufweichung des kommunistischen Parteibewusstseins und das verstärkte Hochkommen des Karrierismus.

Es bleibt festzustellen: die Rechte und Pflichten der Parteimitglieder waren beträchtlich, wurden aber durch stetige Einengungen konterkariert. War es bis zum VIII. Parteitag üblich, dass turnusmäßig Beratungen des Politbüros mit den Ersten Sekretären der Kreisleitungen durchgeführt wurden, verkam diese Form des demokratischen Meinungsaustausches der Führung mit diesem Kreis der Basis-funktionäre in eine Form der Disziplinierung. An Stelle regen Erfahrungsaustausches trat ein 5-stündiges Referat des Generalsekretärs, das den Ersten Sekretären danach gedruckt ausgehändigt wurde mit der Verpflichtung, es wörtlich vor dem Kreisparteiaktiv zu ver-lesen. Diskussionen darüber gab es nicht mehr.

Im Zusammenhang mit diesen Tendenzen steht die Frage nach der Mitgliederstärke der Partei. Und die Frage: Wer kann Mitglied der Partei sein? Aus der Geschichte der KPdSU ist die prinzipielle Auseinandersetzung zwischen Lenin und Markow zum Punkt I des Statuts (zur Parteimitgliedschaft) bekannt. Lenins Standpunkt war, dass das Statut als „Grundgesetz der Partei“ exakt formuliert, wodurch sich ein Mitglied der Partei auszeichnen muss. Er wandte sich dabei gegen die Definition der Partei als „Massenpartei“. Lenin vertrat den Standpunkt, dass eine strenge, qualitative Auswahl die zahlenmäßige Stärke der Partei bestimmen muss. Zitat: „...es ist besser, zehn Arbeiter bezeichnen sich nicht als Parteimitglied als dass ein Schwätzer das Recht und die Möglichkeit hat, Parteimitglied zu sein“. Die zahlenmäßige Stärke der Partei wurde von ihm stets mit dem Bewusstseinsstand der Mitglieder und dem Parteierziehungsprozess in unterschiedlichen konkret-historischen Situation gesehen. Er verwies auf den Zusammenhang zwischen zahlenmäßig Größe der Partei und damit verbundener „unvermeidlicher Tendenz der Zunahme des Zentralismus“ und „organisatorischer Verschwommenheit“. Und Lenin sah die reale Gefahr, „dass die Versuchung, in die Regierungspartei einzutreten, riesig groß ist und damit Karrieristen in die Partei kommen“. 1922 stellte Lenin fest, dass die KPdSU mit 300.000 Mitgliedern entschieden zu groß sei und er forderte eine Verringerung der Mitgliederzahl. Als Weg dazu schlug er eine Verlängerung der Kandidatenzeit vor, „man müsse sie zu einer ernsthaften Probezeit“ gestalten, und er forderte, konkret festzulegen, worin das wirkliche Durchmachen der Kandidatenzeit bestehen und wie die Kontrolle darüber ausgeübt werden soll. Dieses Leninsche Vermächtnis wurde in unserer Partei vor allem ab Mitte der 50er Jahre nicht mehr beachtet.

Mitgliederentwicklung der SED:
1946: nach Vereinigungs-Parteitag ... 1.298415
1949: nach Gründung der DDR …… 1.603754
1970: ……. 1.904.026
1988: ……. 2.300.000

Die Schieflage der Mitgliederentwicklung wird auch an solchen Fakten sichtbar wie dem, dass der Grad der Organisiertheit in der SED unter den Pädagogen 70% betrug. Ähnlich war das unter der Intelligenz in den Industriegroßbetrieben. Die Kandidatenzeit wurde mehr und mehr zu einer Formalität. In den 70er Jahren wurde sogar den KL der FDJ das Recht zuerkannt, eine Bürgschaft zu übernehmen. Auch die mehrfach durchgeführten Parteiüberprüfungen bzw. Umtauschaktionen der Mitgliedsbücher wurden nicht zu einer Parteireinigung genutzt und waren keine Schritte, um die Rolle der Partei als Avantgarde damit immer neu zu erringen. Die Auswirkungen auf die politisch-ideologische Festigkeit und Kampfkraft der Partei wurden bald sichtbar. Die Losung „Wo ein Genosse ist, da ist die Partei“ war zur reinen Agitationsphrase geworden.

Das vom IX. Parteitag veränderte Programm war Ausdruck einer vom realen Stand der gesellschaftlichen Entwicklung geprägten Realitätsferne und hatte mit einer wissenschaftlichen, marxistischen Gesellschaftsperspektive nichts gemein.

Die Konterrevolution siegt

Als Ende Juni 1989 das 8. Plenum des ZK zusammentrat, erwarteten viele Parteimitglieder Impulse, wie die offensichtliche Krise zu bewältigen wäre. Aber es geschah nichts. Die politische und ökonomische Situation wurde schöngeredet und die aktuellen Probleme einfach ignoriert. Es machte sich eine Atmosphäre der Ausweglosigkeit und des Pessimismus breit. Die Mitglieder des SED Politbüros verkannten völlig, dass sie ihre letzte Chance verspielt hatten.

Was die Bewusstseinsentwicklung betrifft, hatten die Genossen offenbar nicht mitgekriegt, dass das Bewusstsein - wie alle Seiten des Lebens - in der DDR eine Aufstiegs- und eine Abstiegsphase durchlaufen hat. Die antifaschistische, antiimperialistische und sozialistische Erziehung hat bis Ende der sechziger Jahre hinein spürbare Erfolge gehabt und zur Entwicklung eines DDR-Selbstbewusstseins bei der Mehrheit der DDR-Bevölkerung geführt. Dann aber setzte - auch im Bewusstsein - eine Rückwärtsentwicklung ein, deren Hauptursache darin lag, dass, ausgehend vom XX. Parteitag der KPdSU die klaren Klassenpositionen verlassen wurden und zur Hauptgefahr für den Sozialismus nicht mehr der Imperialismus, und auf ideologischen Gebiet nicht mehr der Revisionismus, sondern der Dogmatismus und das Sektierertum erklärt wurden. Der Imperialismus avancierte vom Todfeind des Sozialismus zum angeblich unverzichtbaren Partner bei der Sicherung des Friedens! Mit Helsinki setzte der Imperialismus durch, dass im Bewusstsein der Menschen der Kampf um die soziale und politische Befreiung immer mehr zurückgedrängt wurde und dominierend in den Vordergrund gerückt wurde die „Sicherung der Menschenrechte“ in den sozialistischen Staaten. Egon Bahr hatte schon viele Male bestätigt, dass Helsinki ein großer Erfolg der Politik „Wandel durch Annäherung“ gewesen ist, weil damit der Anfang vom Ende der Sowjetunion und der DDR eingeleitet wurde.

Das größte Problem aber lag außerhalb der SED. Es war, was Alexander Sinowjew auf die Frage geantwortet hatte, womit er erkläre, dass die Sowjetordnung ohne einen einzigen Schuss gefallen ist: "Nicht wegen ihrer Lebensunfähigkeit brach sie zusammen, sondern wegen der Verräter, die mit einem mächtigen äußeren Feind gemeinsame Sache machten. Der Zusammenbruch ging ohne einen einzigen Mucks vonstatten, weil die KPdSU-Elite den systematischen Ausverkauf des Sozialismus betrieben hatten."

Deshalb nun noch einmal ein Blick auf die Sowjetunion Ende der 80er Jahre. Ich habe Herrn Gorbatschow davon reden hören, „wir" müssten „gemeinsam mit den kapitalistischen Ländern" das „Haus Europa" errichten. Ich fand damals, seine Sache wäre es eigentlich gewesen, sich Sorgen um den Zustand des Bündnisses der sozialistischen Staaten zu machen und Schritte zu dessen Festigung einzuleiten, aber gewundert hat mich nicht, dass er genau das Gegenteil tat, hatten er und sein Außenminister Schewardnadse doch schon vor der UNO verkündet, die Politik der friedlichen Koexistenz sei keine Form des Klassenkampfes, und benutzte er doch die Autorität und die Macht der Sowjetunion, um auch die Führungen der anderen kommunistischen Parteien und der sozialistischen Länder zur Zustimmung zu dieser revisionistischen, konterrevolutionären Politik zu drängen.

Ich erinnere mich noch an Gorbatschows Herzensfreundschaft mit Bundeskanzler Kohl, offenbart bei dem Treffen der beiden im Kaukasus, an Gorbatschows emsige Reisetätigkeit in alle sozialistischen Länder, sogar bis nach China, um überall in seinen Reden die Notwendigkeit der Aufgabe des Klassenkampfes zugunsten eines gemeinsamen Eintretens für die „allgemein-menschlichen Interessen" zu verkünden und zu fördern – und mit wem sollten wir gemeinsam für diese allgemein-menschlichen Interessen eintreten? Mit den USA!

Und ich erinnere mich noch sehr genau an Gorbatschows 13-Milliarden-Deal mit Kohl für die Preisgabe der DDR an die BRD und die NATO!

Die Gegner der DDR - außen und innen - erkannten die Situation „als reale strategische Orientierung". Die stabsmäßig von der BRD organisierte Operation „Massenflucht" lief planmäßig ab. Die Konzeption ging auf, auch weil die politischen Zentren der DDR bis Ende September handlungsunfähig waren. Es herrschte politische Sprachlosigkeit.

„Gorbi" hatte von 12. Juni bis zum 15. Juni die BRD besucht und war zweimal mit Kohl zu „Vier-Augen-Gesprächen" zusammengetroffen. Die „Männerfreundschaft" war längst entstanden und die Weichen waren gestellt. Die DDR war illegal „verkauft" worden. Nicht umsonst schwärmte Gorbatschow noch Jahre danach von diesen Treffen am Rhein. Die Kräfte der inneren Konterrevolution, das zeigten die „Runden-Tisch-Gespräche", dienten nur dazu, die neue DDR-Führung vor sich herzutreiben. Die innerparteiliche Opposition in der SED hatte sich formiert, wenn auch E. Krenz und W. Herger meinten, es habe sie nicht gegeben. Eine völlige Verkennung der realen Lage!

Der am 9. November verunglückte Versuch einer Reiseverordnung wurde durch die bewusste Verratshandlung Schabowskis, die sofortige Grenzöffnung, zur Farce. Er wollte

nicht nur den „Ruhm“ der „Maueröffnung“ einheimsen, er hatte sich auf die Seite jener geschlagen, die darauf hinarbeiteten, den neuen Generalsekretär zu destabilisieren. Die Versuche von Egon Krenz und teilweise von Hans Modrow, die Lage zu stabilisieren, schlugen fehl, weil sie noch immer auf die „Schutzschild-Funktion“ der SU und Gorbatschows bauten. Es fehlte an politischer Klarheit.

Immerhin bestanden im westlichen Bündnis in der „Deutschen Frage“ noch erhebliche innerimperialistische Widersprüche. Es wurde nicht einmal versucht, sie geschickt zu nutzen. Hinzu kam, dass E. Krenz glaubte, dass er mit seiner Bereitschaft, den Führungsanspruch der SED in der Verfassung aufzugeben, innere Widerstandskräfte gegen den Ausverkauf der DDR mobilisieren könnte. Reine Illusion und purer Revisionismus! Der am 1. 12. 1989 auf Antrag der SED-Fraktion nach Begründung durch H. Modrow beschlossene „Verzicht auf den Führungsanspruch der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“ gab jeden Spielraum auf und wurde zum politischen Suizid.

Hätte in dieser Situation noch etwas getan werden können zur Rettung der DDR? Bietet die Geschichte Beispiele dafür, dass es möglich ist, die Revolution gegen eine erdrückende Übermacht siegreich zu verteidigen? Ja, natürlich. Das klassische Beispiel hat die russische Revolution gleich zweimal geliefert – mit dem Sieg über die Intervention und die innere Konterrevolution 1917-1920 und im Vaterländischen Krieg gegen die faschistischen Invasoren. Und heute ist Kuba das leuchtende, den Revolutionären in aller Welt Kraft und Zuversicht spendende Beispiel für den erfolgreichen Widerstand. Die kubanische Regierung unter Führung Fidel Castros hat bewiesen, dass eine Befolgung der Lehre Lenins eine Revolution selbst unter äußerst ungünstigen Verhältnissen unbesiegbar machen kann. Weil Fidel Castro die Schwierigkeiten und Mängel nie zu beschönigen suchte, sondern immer offen über sie sprach, auch nicht davor zurückschreckte, eigene Fehler zuzugeben, aber zugleich auch die Wege zeigte, alle Schwierigkeiten mit eigenen Kräften und Anstrengungen zu überwinden, hat das bewundernswerte kubanische Volk seine Revolution und seine Regierung selbst unter beispiellosen harten Lebensbedingungen verteidigt und jede Kapitulation von sich gewiesen.

Voraussetzung dafür ist aber die Führung durch eine zielklare revolutionäre Partei und die feste Verbindung der Führung mit den Massen. Diese Voraussetzungen waren in der DDR 1989 nicht mehr gegeben.

Partei und Regierung hatten das Vertrauen und die Unterstützung großer Teile der Bevölkerung verloren. Unübersehbare Symptome dafür waren die Flucht von Tausenden DDR-Bürgern über die BRD-Botschaften in der Tschechoslowakei und Ungarn in die BRD.

Aber die Parteiführung besaß auch nicht mehr das Vertrauen großer Teile der eigenen Partei! War das im Hinblick auf die Fähigkeit zur Verteidigung der Republik schon schlimm, so war noch viel schlimmer, ja das Schlimmste, dass - so weit ich es in der Parteiorganisation meines Bereiches überblicken konnte, aber ganz bestimmt war es nicht nur dort so - der Hoffnungsträger und Vertrauensträger der Mehrheit der Parteimitglieder

genau der Mann war, der das sozialistische Deutschland liquidieren und an die BRD ausliefern wollte - nämlich Gorbatschow!

Ich erinnere mich an den Demonstrationszug der FDJ am 7. Oktober 1989 vorbei an der Tribüne mit Honecker und Gorbatschow, aus dem die begeisterten „Gorbi-Gorbi"!-Rufe die wenigen und schwachen „Honni"-Rufe laut überschallten. Und ich erinnere mich an die Diskussionen in den Jahren 1988/89, in denen von Genossen alle Hoffnungen darauf gesetzt wurden, dass Gorbatschow einen Führungswechsel in der DDR durchsetzt, um auch hier „Perestroika" und „Glasnost" einzuführen.

Ich erinnere mich ferner an die Kundgebung auf dem Alexanderplatz am 4. November 1989, einberufen von prominenten Künstlern und Kulturschaffenden der DDR, mit Rednern wie Heiner Müller, Lothar Bisky, Gregor Gysi, Stephan Heym, Christa Wolf, Markus Wolf, Käthe Reichel, Steffi Spira und anderen. Käthe Reichel hielt dort eine Rede, für die sie sich heute hoffentlich schämt.

Und als letztes erinnere ich mich daran, dass auch die Parteiführung gespalten war in solche wie Honecker, die wussten, dass die Übertragung der Perestroika in die DDR das Ende der DDR bedeuten würde - sie waren bekanntlich in der Minderheit - und in Parteigänger Gorbatschows, die in konspirativer Absprache mit Moskau Honeckers Absetzung beschlossen und durchführten.

Es gibt Genossen, die der Ansicht sind, die Ursache unseres Untergangs wäre gewesen dass wir nicht die Staatsmacht zur Erhaltung der DDR einsetzten. Wir hätten im Herbst 1989 nicht zum politischen und Kampf und nicht zur militärischen Verteidigung aufgerufen. Diese Genossen äußern ihre scharfe Missbilligung jenen „Genossen in unseren Reihen" gegenüber, "die heute noch stolz darauf sind, die Staatsgewalt, über die wir damals verfügten, nicht eingesetzt zu haben". Denn: Wer über den Partei- und Staatsapparat verfüge, ihn aber selbst im Augenblick höchster Bedrohung nicht einsetze, werde die Macht zwangsläufig verlieren.

Die Genossen sind anscheinend davon überzeugt, dass wir heute noch die DDR hätten wenn „wir" damals „den Partei- und Staatsapparat eingesetzt" hätten. Angesichts solcher Meinungen muss man sich fragen: Wo eigentlich, in welcher DDR, haben diese Genossen gelebt, dass sie ein so kenntnisloses Bild der Situation von 1988/89 haben?

Wer hätte es tun sollen, auf welche Weise und gegen wen? Es wäre in jedem Falle ein Einsatz nicht gegen den Feind, sondern mehrheitlich gegen die eigenen - allerdings den raffiniert-demagogischen Parolen des Feindes folgenden - Leute gewesen, und ein Einsatz zudem, der nur eines zur Folge gehabt hätte: die völlige Diskreditierung der eigenen Regierung und der SED und damit die Beschleunigung des Endes der DDR.

Bei nüchterner Analyse der damaligen Situation - der Entschlossenheit der sowjetischen Führung zur Restauration kapitalistischer Verhältnisse nicht nur im eigenen Lande, sondern auch in allen unter ihrem Einfluss stehenden und von ihr abhängigen sozialistischen Staaten und bei dem inneren Zustand der DDR, der weitgehenden ideolo-

gischen Zersetzung und Spaltung der führenden Partei und deren Vertrauensverlust bei den Massen - konnte das Ende der DDR durch politische oder gar militärische Maßnahmen nicht mehr verhindert werden.

Wohl aber wäre als Mindestes zu verhindern gewesen, dass die DDR so schmählich unterging: Das war vor allem das Ergebnis dessen, dass über Jahre hinweg die Führung offenkundig wachsende Schwierigkeiten und Mängel nicht zur Sprache brachte, sondern statt dessen in den Medien die Wirklichkeit schönreden und Tag für Tag nur von Erfolgen berichten ließ, von denen die Menschen in ihrem Alltag schon längere Zeit nichts mehr verspürten und sich durch diese Medien-Berichterstattung nicht ernst genommen, sondern verkohlt fühlten. Das war, wie schon gesagt, das Gegenteil einer Führung im Sinne Lenins, dessen Maxime war, Schwierigkeiten und Gegensätze nicht zu verschweigen und zu verkleistern, sondern offen auszusprechen. Nicht so zu handeln hatte aber unsere Führung sehr spezielle Gründe, hatten doch viele Schwierigkeiten ihre Ursachen in der Gorbatschow-Politik gegenüber der DDR. Aber offen über diese Ursachen zu sprechen hätte bedeutet, offen Stellung zu nehmen gegen viele Aspekte der Gorbatschow-Politik. Was unsere Führung gehindert hat, einen solchen mutigen Schritt zu tun, darüber ist in Honeckers „Moabiter Notizen“ im Zusammenhang mit der Kritik an Gorbatschows Revision der Geschichte zu lesen:

„Ganze Generationen waren im Geiste des unerschütterlichen Vertrauens zur Sowjetunion erzogen. Sie mussten nun zum zweiten Mal - 1956 und dann 1985-1990 – verdauen, was nun nicht mehr vom Gegner kam. Alles wurde plötzlich umgewertet. Alles erfuhr eine Neubewertung. Es wurde alles in Frage gestellt, was bisher richtig schien, die Oktoberrevolution eingeschlossen. Wie konnte, wie musste sich unsere Partei dem stellen? Was hätte eine Konfrontation mit einer in der SU offen geduldeten Politik bewirkt? Hätten das alle Menschen verstanden?“

Nein, sie hätten es zunächst nicht verstanden, wie ihre Reaktion auf das Verbot der konterrevolutionären, gorbatschowistischen Zeitschrift „Sputnik“ in der DDR zeigte. Aber es wäre wenigstens ein Zeichen des Widerstands gegen eine verderbliche Politik gewesen, die hinterher von vielen verstanden und gewürdigt worden wäre.

So aber inszenierte die innerparteiliche, revisionistische Opposition ihren Partei-Putsch widerstandslos und voll auf der Linie Gorbatschows mit einer Stalinismus-Hetze sondergleichen, hervorragende Genossen der SED wurden nun von den neuen Herren der SED/PDS ausgegrenzt, mit Parteistrafen belegt oder ganz aus der Partei ausgeschlossen und obendrein strafrechtlich verfolgt. Die SED gab es nicht mehr.

Und ein Hans Modrow als Ministerpräsident ließ Erich Honecker, Heinz Keßler und andere verhaften und einsperren. Mehr noch: als er von seinem Treffen mit Gorbatschow aus Moskau zurückkehrte, betätigte er sich als dessen Helfershelfer bei der Auslöschung der DDR, indem er den Anschluss an die BRD frivol und zynisch mit den Worten der DDR-Hymne „Deutschland, einig Vaterland“ ankündigte, damit die endgültige Kapitula-

tion der DDR vollzog und sie an die alten Kräfte des deutschen Imperialismus, die 40 Jahre keine Gewalt mehr über uns hatten, verschenkte.

Er wurde dafür aber vom Volk der DDR nicht davongejagt, sondern er konnte sicher sein, dass sich dagegen kein Widerstand regen würde.

Trotz ihrer großen Zahl und ihrer Schwere waren es nicht die eigenen Fehler, die zum Todesurteil der DDR führten. Die letztlich entscheidende Ursache dafür, dass die imperialistische Konzeption des „Roll Back“ (in der Form des „Wandels durch Annäherung“) doch siegreich war, war die Tatsache der Ausbreitung des Revisionismus, der zwar verbal in kollektiven Dokumenten der kommunistischen Weltbewegung noch unter Chrustschow „als Hauptgefahr“ angeprangert, in der Praxis als solche aber nicht bekämpft, nicht entlarvt, ja nicht einmal thematisiert wurde. Er breitete sich nach dem XX. Parteitag der KPdSU von der Ära Chrustschow bis zur Ära Gorbatschow in der KPdSU und in den anderen kommunistischen Parteien des sozialistischen Lagers aus und zersetzte in ihnen das marxistisch-leninistische Parteibewusstsein.

Das Nachdenken über die Ursachen, über Art und Weise des Untergangs der DDR und des gesamten sozialistischen Lagers in Europa wird nicht nur in den eigenen Reihen, sondern auch unter den mit ihr verbundenen internationalen kommunistischen Parteien und Kräften noch lange anhalten.

Wahrscheinlich, bis sich in der kommunistischen Bewegung eine klare, einheitliche Bewertung der Rolle des XX. Parteitages der KPdSU als Ausgangspunkt des Revisionismus in den Parteien des sozialistischen Lagers durchgesetzt hat.

Dipl. Ing. ök Dieter Itzerott, Torgau,
in Kooperation mit dem Historiker Dr. Kurt Gossweiler, Berlin

Heinz Keßler[20]: Die letzten Tage der SED und der Deutschen Demokratischen Republik

Abschrift eines Interviews mit Heinz Keßler[21]

Letzte Beratung des Politisch Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages im September 1989

Ich gehe aus von der letzten Beratung des Politisch Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages im September 1989 in Bukarest, weil mir auf dieser Beratung zum erste Mal - jedenfalls in aller Deutlichkeit - klar wurde, dass es in den Parteien im Rahmen des Warschauer Vertrages grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten gibt.

Auf dieser Beratung machte der offizielle Vertreter der Ungarischen Kommunistischen Partei namens Horn ganz offiziell den Vorschlag – und ließ erkennen, dass er davon nicht abzubringen sein würden – dass sie die Grenze öffnen werden. Es gab dazu keine große Diskussion, und Gorbatschow reagierte auf die Gedanken dieses „Genossen“ Horn mit

---

[20] Heinz Keßler, geb. am 26. 1. 1920, war als Kind schon bei den roten Pionieren und beim Spartakus, denn seine Eltern waren beide Kommunisten. Sie waren während des faschistischen Diktatur in Deutschland im Gefängnis, im Zuchthaus und schließlich im KZ interniert, die Mutter z.B. in Ravensbrück. Heinz Keßler begann seine Lehre zum Maschinenschlosser 1934. Im Oktober 1940 Einberufung zur faschistischen deutschen Wehrmacht, am 15. Juni 1941 läuft Heinz Keßler zur Roten Armee über. Dort für die Sowjetunion aktive Antifa-Arbeit, Mitbegründer des „Nationalkomitees Freies Deutschland“, Frontbeauftragter des Komitees an verschiedenen Fronten. Ende 1945 zurück in Berlin. Dort Leitung des Hauptjugendausschusses von Berlin, Mitbegründer der FDJ in der „Sowjetisch Besetzten Zone“, Vorsitzender der FDJ Berlin, Sekretär des Zentralrats der FDJ. Ende 1955 Berufung zum Aufbau der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR, Chef der Luftstreitkräfte und der Luftverteidigung der NVA, dann Chef des Hauptstabes der NVA, schließlich Chef der politischen Verwaltung der NVA. 1984 Minister für Nationale Verteidigung.

Nach Wiederzulassung der KPD 1945 Mitglied des Zentralkomitees, seit Gründung der SED Mitglied des Parteivorstandes, dann des Politbüros.

Am 24. 1. 1990 erste Inhaftierung (durch die Modrow-Regierung), Ende April 1990 Entlassung aus der Haft, am Zweiten Pfingstfeiertag 1990 zweite Inhaftierung durch die Bundesjustizorgane, zweijährige Untersuchungshaft in Moabit, Prozess gegen Honecker, Strelitz, Albrecht und Keßler, Urteil für Heinz Keßler: 7 ½ Jahre Haft, davon hat er 5 ½ Jahre abgesessen, bevor er mit Bewährungsauflagen entlassen wurde.

Heute lebt Heinz Keßler als Strafrentner in Berlin und ist Mitglied in verschiedenen fortschrittlichen Organisationen, z.B. der GRH und der VVN.

16. Interview geführt von Anna C. Heinrich, Frank Flegel und Michael Opperskalski am 12. 09. 2008, abgeschrieben und redigiert von uns und von Heinz Keßler korrigiert und autorisiert.

der Feststellung: „Wir haben ja schon vor längerer Zeit beschlossen, dass jede Partei selbständig entscheidet über ihre Innen- und Außenpolitik."

Dann war eine Pause, und in dieser Pause gab es unterschiedliche Gruppen. Und eine Gruppe setzte sich zusammen aus Shivkow, dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Bulgariens, aus Erich Honecker, dem Vorsitzenden der SED und Ceausescu, dem Führer der rumänischen Kommunisten. Die drei waren außer sich, empört.

Dann war die Pause zu Ende und das Ganze ging aus wie das Hornberger Schießen. Der Vorschlag von diesem Horn wurde vor allem durch die Autorität der sowjetischen Delegation, die sich zusammensetzte aus Gorbatschow, Schewardnadse und den anderen Leuten, ohne weitere Diskussion sanktioniert – und die Sache war zu Ende. Alle waren irgendwie schockiert, einige, wie gesagt, empört.

Nun kommt ein nächster Punkt: Es war eine – finde ich gute – Tradition, dass nach der offiziellen Beratung der Repräsentanten des Warschauer Vertrages (die Delegationen setzten sich unterschiedlich zusammen), eine Beratung stattfand der ersten Sekretäre bzw. Generalsekretäre der Parteien. Und ich wusste, dass Genosse Erich Honecker auf dieser Beratung prinzipiell die Forderung aufstellen wollte, dass die Parteien des Warschauer Vertrages geschlossen und entschieden gegen alle ideologischen und sonstigen Angriffe der NATO-Staaten, vor allem der USA, Stellung nehmen und dementsprechend ihre Politik gestalten müssten. Wäre es dazu gekommen, wäre es zu einer harten Auseinandersetzung gekommen gerade mit den damaligen noch-verantwortlichen sowjetischen Leuten, also Gorbatschow, Schewardnadse und so weiter. In der Nacht - nach dem Ende der Sitzung des Politisch Beratenden Ausschusses - zum nächsten Tag, an dem diese Beratung der Parteiführer stattfinden sollte, wurden wir, die Mitglieder der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik, geweckt. Ich wurde gebeten, so schnell wie möglich in das Zimmer des Genossen Stoph zu kommen, der der stellvertretende Leiter der Delegation war. Ich wusste nicht, warum. Ich habe mich angezogen, und als wir uns im Zimmer das Genossen Stoph versammelt hatten, eröffnete er uns, dass der Genosse Honecker schwer krank geworden sei, nicht einmal mehr in der Lage sei, auf eigenen Füßen zu stehen und in Folge dessen nicht mehr hier bleiben könne. Die rumänischen Genossen haben ihn in das entsprechende rumänische Krankenhaus in Bukarest gebracht, die Ärzte dort hatten erklärt, dass er, wenn die entsprechende Vorsorge getroffen würde, transportfähig sei. Stoph schlug vor, basierend auf dieser Mitteilung der Ärzte, den Genossen Erich Honecker mit einem Flugzeug der DDR sofort nach Berlin zu bringen und als Begleiter aus der Delegation sollte der Genosse Krenz mitfliegen. Wir waren alle sehr erschüttert - ich besonders, weil ich zuvor die Probleme des Gesundheitszustandes des Genossen Erich Honecker so nicht gesehen habe – und wir haben diesem Vorschlag zugestimmt. Es wurden alle Maßnahmen eingeleitet für den Rücktransport.

Auf meine Frage an den Genossen Stoph, wie er sich denn verhalten wird bei der Beratung der ersten Sekretäre bzw. Generalsekretäre, kam die Antwort: da er das nicht

sei, werde er dazu nicht Stellung nehmen. Die Tagung ist dann genauso ausgegangen wie die Tagung des Politisch Beratenden Ausschusses.

Wir fuhren zurück. Zu der Zeit gab es schon eine Reihe von schwierigen, negativen Erscheinungen in der DDR, Unzufriedenheit auch zum Teil in den Grundorganisationen der Partei, in den Betrieben und so weiter und so fort, und jetzt trat etwas ein, was ich bei Erich Honecker nicht verstanden habe. Es ist nebenbei gesagt das einzige, was ich bei ihm nicht verstanden habe. Es wurde mit der Führung des Politbüros und des Sekretariats der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands der Genosse Günter Mittag beauftragt, und nicht, wie alle glaubten, Egon Krenz. Egon Krenz war zu dieser Zeit, als welchen Gründen auch immer, in Urlaub. Und die ganze Zeit führte Günter Mittag.

Die Lähmung des Politbüros des ZK der SED

Bis zu einem gewissen Zeitpunkt war es ausnahmslos nicht nur erwartet, sondern vorbereitet worden, dass Egon Krenz der Nachfolger von Erich Honecker wird. Aber von diesem gewissen Zeitpunkt an - so sehe ich das - merkte Erich Honecker, dass Gorbatschow und die Seinen hier bei uns in der DDR eng zusammenwirkten. Und Erich Honecker gehört zu denen, die mit als erste in der deutschen Partei, also der SED, erkannt haben, dass die Politik der Perestroika und Glasnost in die Irre führt, ja zur Niederlage führen kann. Er hat mit mir darüber ein paar Mal diskutiert.

Das Politbüro bestand weiter in der alten Besetzung, Krenz war nicht anwesend, Mittag führte, und nun will ich nicht bestreiten oder in Abrede stellen, dass Mittag von Ökonomie sehr viel verstand, aber von Politik – glaube ich – hat er nicht sehr viel verstanden und menschlich war er nicht der Angenehmste. Erich Honecker kam inzwischen aus dem Krankenhaus – mit strenger Weisung der Ärzte, sich nicht an der aktiven Parteiarbeit oder Staatsführung zu beteiligen, und er ging in die Residenz des Staatsratsvorsitzenden am Döllnsee, wurde dort informiert, gab er auch hier und da Hinweise. Und jetzt rede ich von mir: Ich merkte, dass die Parteiführung, die Führung des Sekretariats, eben initiiert von Mittag, im Grunde genommen so tat, als sei nichts passiert. Es geht nicht um mich, aber ich muss sagen: ich war verzweifelt. Ich habe dann auf allen möglichen Wegen versucht, ein Gespräch mit Erich Honecker zu bekommen. Die Ärzte haben mich im guten Sinne des Wortes alle rausgeschmissen, haben gesagt: „Das geht nicht“. Ich habe dann keinen anderen Weg gefunden, als meine Freundin, Margot Honecker anzurufen und sie zu fragen, ob sie mir helfen kann, dass ich 15 Minuten mit ihm reden kann. Sie versprach mir, es zu versuchen, Honecker hat zugestimmt.

Ich bin dann rausgefahren zum Döllnsee. Erich Honecker hat mich dort empfangen, wir waren ja Freunde neben der Tatsache, dass wir Genossen waren, er machte physisch einen verhältnismäßig vernünftigen Eindruck, und ich hatte mir damals (leider habe ich das vernichtet) 13 Punkte aufgeschrieben. Der Schwerpunkt dieser 13 Punkte war, die Partei zu mobilisieren, die Führung muss raus, in die Betriebe, in die Grund-

organisationen der Partei, wir müssen offen über unsere Probleme reden und müssen uns dazu bekennen, dass Glasnost, dass Perestroika in die Irre führen. Als er sich das angehört hatte, ging er zu seinem provisorischen Schreibtisch, und sagte: „Ich habe auch 12 Punkte. Das sind die 12 Punkte, die ich in Bukarest vor den ersten Sekretären der Parteien darlegen wollte." Und, sieh da, die 12 Punkte deckten sich fast mit meinen 13 Punkten. Ich sagte: „Erich, das ist alles schön und gut, aber Du bist jetzt noch nicht da." – „Aber ich komme bald wieder!" Er war sehr optimistisch. Ich sage: „Aber es weiß niemand, wie lange die Ärzte das noch untersagen." Da antwortet er: „Ich werde dem Mittag die Weisung geben, diese 13 Punkte zu behandeln!"

Er hat das auch gemacht. Und in der folgenden Politbürositzung waren alle möglichen Tagesordnungspunkte, und dann sagte Mittag: „Wir haben hier noch zur Behandlung einen Vorschlag des Genossen Heinz Keßler, das schaffen wir aber heute zeitlich nicht, wir haben alle noch zu tun. Aber wir werden das morgen in der Sekretariatssitzung behandeln." Es war immer so: Dienstag war Politbüro-, Mittwoch war Sekretariatssitzung. Beim Sekretariat war ich nicht dabei, weil ich nicht dazugehörte. Im Sekretariat wurde Krenz vertreten von Herger, dem Leiter der Sicherheitsabteilung. Und der rief mich am Mittwoch Nachmittag an und sagte: „Heinz, Deine Vorschläge kannst Du vergessen." Ich frage: „Warum?" Da sagt er: „Weil er sie nicht behandelt hat. Nicht hat behandeln wollen."

Das ist ein Kapitel.

Nun kommt ein zweites Kapitel. Das sieht so aus, als habe es mit der ganzen Sache nichts zu tun. Aber bei näherer Betrachtung hat es damit etwas zu tun. 1989 im Frühjahr gab es einen formellen Beschluss, dass der Genosse Keßler als Verteidigungsminister offiziell die Sozialistische Republik Kuba besucht.

Verteidigungsminister Keßler wird „weggeschickt" nach Nicaragua und Cuba

Zu den Feierlichkeiten des 40. Jahrestages der Gründung der DDR wurden die Politbüromitglieder und andere führende Genossen immer eingeteilt, wer welche ausländische Delegation betreut. Das war ganz normal. Ich wurde eingeteilt zur Betreuung der Delegation um Daniel Ortega aus Nicaragua, denn ich kannte sie schon aus anderen Begegnungen. Mit denen aß ich also Abendbrot, da sagt Ortega zu mir: „Heinz, ich habe gehört, Du fährst nach Kuba." „Ja, hast Du was dagegen?", frage ich ihn. „Nein, aber eins kann ich Dir sagen: wenn Du das nicht verbindest mit einem Besuch in Nicaragua, werde ich dafür sorgen, dass Du auch nicht nach Kuba darfst." Das war natürlich im Scherz gesprochen, aber das Anliegen war ernst. Ich sage: „Ich kann mich doch nicht selber vorschlagen, nach Nicaragua zu fahren. Das bestimme doch nicht ich, das bestimmt die Parteiführung und der Generalsekretär." Ortega: „Gut, ich rede mit denen." Also hat er mit ihnen geredet, und Erich Honecker hat die Reise nach Kuba ergänzt: auch Nicaragua.

Ich sollte donnerstags fahren. Am Dienstag davor war eine Politbürositzung, die Lage der DDR war schon ziemlich kritisch. Deswegen wandte ich mich an Egon Krenz, der wieder da war, der parteimäßig verantwortlich war für Sicherheits- und Verteidigungsfragen. Ich frage ihn: „Ist das richtig, dass ich dahin fahre angesichts der Lage? Ich bin der Ansicht: nein.“ „Ach“, sagt Krenz, „Du kannst ruhig fahren.“ Dann habe ich meinen formalen Vorgesetzten gefragt, den Stoph, der hat mir dasselbe geantwortet. Dann dachte ich, fragst Du mal den Mielke. Der sagte: „Du kannst ruhig fahren.“ Ich war dann unschlüssig, ob ich den Erich damit belasten sollte, ich habe ihn dann aber trotzdem gefragt. Erich sagte: „Ich sehe darin kein Problem. Wir haben es den Kubanern versprochen.“ Es ging ja nicht nur um einen Besuch, sondern um organisierte Hilfe und was alles so war. Er sagte: „Fahre ruhig. Das stärkt die Autorität der DDR, wir können helfen, Du hast ein großes Ansehen“ und so weiter.

Also bin ich gefahren. Am Dienstag danach hat Stoph in der Politbürositzung (ich war nicht dabei, weil ich ja auf Reisen war) den Antrag eingebracht, unterstützt von Krenz und noch ein paar anderen, Honecker abzulösen. Später habe ich von einem sowjetischen Genossen erfahren, dass zwischendurch Harry Tisch unter irgendwelchem Vorwand in Moskau war bei Gorbatschow und Schewardnadse und dort gefragt wurde: „Läuft alles?“ Er hat geantwortet: „Ja.“ „Und Keßler?“ Da sagt Harry Tisch: „Den haben wir weggeschickt.“ Denn ich hätte nie zugestimmt.

Am Mittwoch nach dieser Politbürositzung, ich war erst nach Nicaragua gefahren (mit Einverständnis der kubanischen Genossen) kommt der Botschafter der DDR in Nicaragua zu mir und bringt mir ein Fernschreiben: „Sofort zurückkommen! Es findet in den nächsten Tagen eine ZK-Sitzung statt.“

Also habe ich mich auf die Socken gemacht und bin über Havanna zurückgeflogen. In Havanna Zwischenlandung – und unter an der Gangway, das war völlig unprotokollarisch, stand zu meiner großen Überraschung Fidel Castro. Ich hatte ihn vorher schon zwei, dreimal gesehen. Er begrüßte mich sehr herzlich und sagte: „Heinz, so viel Zeit musst Du noch haben, dass wir ein bisschen miteinander reden können. Die anderen Genossen und der Raul kommen noch.“ Da sind wir in den vorbereiteten Raum gegangen. Und da sagt er zu mir folgendes: „Ich weiß nicht genau, was bei Euch vor sich geht. Aber ich glaube, es geht Schlimmes vor sich.“ Und er warnte mich und sagte – auf deutsch gesagt: Da musst Du Dich warm anziehen. „Ich wünsche Dir viel Kraft und Standhaftigkeit“.

Honeckers Absetzung, mein Parteiausschluss und die erste Inhaftierung

Schließlich bin ich zurückgeflogen. Und dann fand diese ZK-Sitzung statt, wo offiziell beschlossen wurde, Honecker aus gesundheitlichen Gründen abzulösen, einige Genossen wurden aus der Partei ausgeschlossen, und nach langer Diskussion – dem habe ich auch zugestimmt – Krenz als Generalsekretär gewählt.

Die Schlussfolgerung, die ich daraus ziehe, und das ist heute belegt: Einige haben das alles bewusst gemacht, andere waren sich der Tragweite, dazu zähle ich Krenz, nicht voll bewusst. Aber sie haben in der Parteiführung eine Fraktion gebildet. Es gibt eine ganze Reihe Genossen, die davon nie etwas gewusst haben. Ich zum Beispiel. Obwohl ich mit Krenz an sich befreundet war.

Nun wurde ein neues Politbüro gewählt mit allen möglichen Figuren, darunter auch Hans Modrow. Hans Modrow hat von der ersten Sitzung an ins Zentrum gestellt: „Die Zeit ist vorbei, wo die Partei bestimmt, was die staatliche Führung, also der Ministerpräsident und die Regierung macht.“ Und er war innerlich erregt und böse, dass er nicht zum Generalsekretär gewählt wurde. Das hat er mir auch einmal zu verstehen gegeben.

Nun muss ich noch etwas dazwischenschalten. Am 4. Oktober 1989 – das war alljährlich so – war immer die Generalprobe der Militärparade. So etwa 10 Minuten oder eine Viertelstunde vor Beginn der Generalprobe kommt ein Genosse zu mir und sagt, ich solle ans Telefon kommen. Da ich glaubte, dass irgendetwas Ernstes war, da die Lage in der Republik ja so war, habe ich alle Kollegiumsmitglieder meines Ministeriums gebeten, mitzukommen. Ich gehen also ans Telefon, dran war Mielke, und der sagte: „Der Modrow möchte mit Dir sprechen.“ Modrow sagte: „Ich habe hier in Dresden eine sehr schwierige Situation mit Zusammenballungen von Menschen. Ich werde mit den mir zur Verfügung stehenden Kräften mit der Lage nicht fertig. Kannst Du mir helfen?“ Da habe ich – im Beisein des Kollegiums – entschieden: „Ja, ich helfe Dir“, denn wir hatten dort genügend Einrichtungen und Menschen, „aber ohne Waffen, Schlagstöcken oder sonst was, nur Personen.“ Ich habe dem Leiter der Militärakademie „Friedrich Engels“ die Weisung gegeben, sich bei Modrow zu melden und ihm mit Menschen zur Absperrung und so weiter zu helfen. In dieser Nacht, früh um vier ungefähr, als ich wieder zu Hause war, rief mich Modrow an und hat sich für die Hilfe bedankt.

Als ich das erste Mal eingesperrt wurde – noch in der DDR! – gibt Modrow der „Berliner Zeitung“ ein Interview. Er wird gefragt, wie das damals in Dresden am 4. Oktober war. Da erklärt er, er habe damit nichts zu tun. Das sei allein Sache von Friedrich Dickel, dem Innenminister, von Keßler und Mielke gewesen. Nun kommt hinzu: Ich wurde am 24. Januar 1990, zwei Tage vor meinem 70. Geburtstag, eingesperrt, zu der Zeit, als Hans Modrow Ministerpräsident der DDR war, unter sehr widrigen Bedingungen. Ich will die hier nicht schildern. Es war mindestens so schlimm wie in Moabit, wenn nicht schlimmer.

Früh um acht Uhr, die Enkel waren gerade bei mir hier zu Hause, kamen vier Staatsanwälte, haben Hausdurchsuchung gemacht, einer hat mich dann noch so blöde gefragt, warum ich eine Bibel im Haus hätte (die Antwort brauche ich Euch nicht geben), und zeigte mir dann einen Haftbefehl. Ich wurde verhaftet aus zwei Gründen: Erstens, weil ich Volksvermögen mit der Jagd vergeudet hätte und zweitens, weil ich mir hier zu Hause eine Sauna hätte einbauen lassen. Nun weiß die ganze Welt, dass ich kein Jäger bin. Das ist nicht meine Welt. Und eine Sauna habe ich auch nicht.

So, und dann haben die mich verhört, alles unsere Leute, DDR-Staatsanwälte – und zwar im Gefängnis des Polizeipräsidiums in Berlin. Dann haben sie folgendes gemacht: Sie haben mir erklärt, dass das Ministerium für Verteidigung wie die anderen Ministerien auch ein Jagdgebiet hatte. Ich habe mich nie darum gekümmert, weil mich das nicht interessiert hat. Ich war zwar verantwortlich, habe mich aber nicht dafür interessiert. Und im Winter muss das Wild gefüttert werden, da gibt es Normen und so weiter. Und dann wird über den Winter soundsoviel solches Zeug und solches Zeug verbraucht, summa summarum runde 80.000 Mark. Für diese Verschwendung von Volksvermögen trüge ich die Verantwortung. Dann haben sie mich aus dem Polizeipräsidium rausgenommen und mich nach Hohenschönhausen in das Staatssicherheitsgefängnis gebracht.

Etwa Ende April kam der Staatsanwalt zu mir, der selbst ein passionierter Jäger war, und sagte: „Kollege Keßler“, - er sagte nicht mehr „Genosse“ -, „Sie werden morgen entlassen.“ Da sage ich: „Ich werde aber nicht gehen.“ Er: „Wieso das? Jeder ist doch froh, wenn er aus dem Gefängnis rauskommt.“ Ich wieder: „Ich gehe erst, wenn der Generalstaatsanwalt dieser Modrow-Regierung eine Erklärung abgibt, dass die Anschuldigungen alle falsch waren.“ Denn vorher wurde eine Riesen-Kampagne gemacht wegen Korruption und so weiter. Nach langem Hin und Her haben Sie so eine Erklärung gemacht, sie haben sie mir sogar gezeigt, ich habe sie korrigiert – aber die Erklärung wurde nicht veröffentlicht. Da habe ich gesagt: „Gebt mir eine Kopie“, und dann haben Genossen mit Hilfe meines Sohnes diese Kopie den Nachrichtenbüros zugespielt, die haben sie dann veröffentlicht.

Vorher hatten einige Genossen, vor allem Krenz, stark darauf gedrängt, dass ich in die Regierung Modrow gehe, sozusagen als Feigenblatt. Da habe ich erklärt, dass ich in diese Regierung nicht gehe, weil ich merkte, wo die Reise hingeht – was sich später ja auch zeigte. Im November bin ich zurückgetreten als Minister und von allen meinen politischen Funktionen. Es wurde dann eine offizielle Kollegiumssitzung meines Ministeriums durchgeführt, auf der ich mich verabschiedete. Sie haben mich gebeten, einen Vorschlag für die Nachfolge zu machen. Ich dachte, ich mache einen guten, ich habe aber keinen sehr guten gemacht: Hoffmann. Und ich sollte noch vier oder fünf Wochen im Ministerium bleiben, ich sollte ein bisschen helfen einarbeiten.

Bevor sie mich eingesperrt haben, bin ich „natürlich“ aus der Partei ausgeschlossen worden. Ich bekomme einen Brief von dem Vorsitzenden der Schiedskommission, und es waren schon die neuen Leute da, Schumann, Gysi und so weiter, da stand drin: „Gegen Dich läuft ein Parteiverfahren. Grund: Antisowjetische Haltung.“ Ausgerechnet ich! Ich gehe also dahin, wo sie mich hinbestellt haben, es waren auch andere Genossen da, die ebenfalls ausgeschlossen werden sollten. Ich komme also da hin: die Schiedskommission ein wilder Haufen. Der Vorsitzende fängt an: antisowjetische Haltung. Ich sage: „Pass mal auf, wir müssen mal unterscheiden. Meinst Du die Sowjetunion oder meinst Du Gorbatschow? Wenn Du Gorbatschow und die Seinen meinst, dann stimmt es.“ Und den haben sie gemeint, und so haben sie mich rausgeschmissen. Einer der wenigen, der gegen meinen Parteiausschluss gestimmt hat, war Täve Schur, das hat mich gefreut.

Meine zweite Inhaftierung, der Prozess und die Verweigerung der Solidarität durch Gorbatschow

Am zweiten Pfingstfeiertag 1990, wir hatten hier in der DDR inzwischen die De-Maizière-Regierung, waren meine Frau und ich in Strausberg zu Besuch bei unserem Sohn. Als wir wieder nach Hause kamen, stellten wir fest, dass die Türen alle aufgebrochen waren, alles durchwühlt und durchsucht war. Vorn an der Tür waren neue Schlösser eingebaut worden und eine Nachricht hinterlassen: Der Schlüssel ist abzuholen auf dem Polizeirevier dort und dort. Dann sind meine Frau, mein Sohn und ich dorthin gefahren auf dieses Polizeirevier, die haben mir dort freundliche Guten Tag gesagt und mir einen Haftbefehl gezeigt. Begründung des Haftbefehls: Fluchtgefahr. Dann haben sie mich in die „grüne Minna“ gebracht und mich in ein Polizeigefängnis in Berlin gefahren, wo die Besoffenen und so weiter alle hingebracht werden für eine Nacht. Und am übernächsten Tage haben sie mich nach Moabit gebracht. Dort habe ich dann auch Stoph gesehen und alle Möglichen, die sind aber alle dann rausgelassen worden. Die einzigen, die drin geblieben sind waren Strelitz, ich und ein gewisser Genosse Albrecht, der Erste Sekretär der Partei in Suhl.

In dieser Zeit hat Modrow noch einmal eine Erklärung zu diesem 4. Oktober abgegeben: dass er im Recht sei. Da habe ich ihm sagen lassen, dass er, wenn er das so weitermacht, etwas erleben könne.

Als ich das erste Mal eingesperrt worden war, als er Ministerpräsident war, haben meine Frau, die Ruth, die eine alte Genossin ist, und unser Sohn ihm einen Brief geschrieben. Er hat noch nicht einmal geantwortet.

Hier kurz eine aktuelle Ergänzung: Ich habe kürzlich etwas gelesen, eine „Erklärung“ nennt sich das glaube ich, vom Ältestenrat der Partei der Linken. Nun muss man wissen: der Vorsitzende des Ältestenrates ist jetzt Modrow. Diese Erklärung sagt „ja, die DDR und so weiter und so weiter; und dann: aber, aber, aber…“, diese Erklärung ist so geschickt gemacht, so raffiniert, dass allen Opportunisten, allen Revisionisten damit Raum und Platz gegeben wird. Das heißt, Modrow setzt noch heute das fort, was er damals begonnen hat. Er hat zum Beispiel vor einigen Wochen in Ziegenhals vor der Thälmann-Gedenkstätte gesprochen. Es waren ca. 200 Genossinnen und Genossen dort – und die wollten den verprügeln, denn der hat gegen Thälmann geredet. Er hat Thälmann bezichtigt, ein Anhänger Stalins gewesen zu sein, und dass es auch unter Thälmann große Fehler gab. Da wollten sie ihn verprügeln. Ich habe selber eine Genossin festgehalten und gesagt: „Das macht Ihr nicht. Ihr könnt schreien, brüllen, aber verprügeln – das macht Ihr nicht.“

Aber zurück zur Situation 1990: Einige Beamte in Moabit sagten im Gefängnis zu mir: „Dein Honecker kommt auch noch hierher.“ Und wenn ich an alles geglaubt hätte – daran habe ich nicht geglaubt. Aber sie haben Recht behalten. Er kam dann, wir haben uns aber nie gesehen. Strelitz, Honecker und ich waren so unterschiedlich untergebracht, dass wir uns nie gesehen haben. Wir haben uns das erste Mal gesehen am ersten Verhandlungstag,

da waren im Gerichtsgebäude so Sammelzellen und da haben sie uns alle drei hineingebracht. Dort hat uns der Genosse Honecker die Konzeption seiner ersten Rede gegen die Anklageschrift dargelegt und nach unserer Meinung gefragt. Wir waren einverstanden, es war eine gute Rede.

Zur Verteidigung haben der Genosse Strelitz und ich, als der Prozess gegen uns lief und wir wussten, dass sich Gorbatschow gerade in der Bundesrepublik aufhielt, durch Mittelsmänner erreichen können, dass wir ihm einen kurzen Brief übergaben haben, in dem wir um weiter nichts gebeten haben, als dass er im Prozess gegen Honecker, Strelitz, Albrecht und mich als Zeuge auftritt – als Oberkommandierender der Vereinten Streitkräfte der Länder des Warschauer Vertrages. Er hat uns durch Mittelsmänner antworten lassen, dass das nicht mehr Sache der Sowjetunion, sondern eine Sache der Deutschen sei. Dann haben wir uns an Kulikow gewandt, einen ehemaliger Oberkommandierender der Vereinten Streitkräfte, zu dem wir ein gutes Verhältnis hatten: Ob er als Zeuge im Prozess auftreten würde. Er war nach 1990 eine Zeit lang verantwortlich für die Gräberfürsorge und in dieser Sache zu Besuch in der Bundesrepublik. Die Antwort war: „Das ist allein Sache der Deutschen."

Wir hatten Illusionen gehabt

Nun will ich zu einem anderen Thema kommen: zu unserer Selbstüberschätzung. Wir hatten natürlich einen ganz anderen Anfang des Aufbaus der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, des Übergangs zum Aufbau des Sozialismus als zum Beispiel Kuba. Ich kann mich noch gut erinnern, wie ich Ende Juli 1945 hier nach Berlin kam, es war furchtbar. Alles war faschistisch verseucht, bei manchen war es unbewusst, aber das Denken war faschistisch. Dazu kam, dass viele junge Menschen ihre Eltern verloren hatten, es gab wenig zu essen, ein großer Teil der Stadt lag in Trümmern. So habe ich hier in Berlin angefangen. Ich könnte jetzt stundenlang berichten, wie oft ich zum Beispiel ausgepfiffen worden bin; es war ein schwieriger Anfang. Und dass wir so vorwärts gekommen sind, auch mit Hilfe der damaligen Sowjetunion und der Solidarität vieler Antifaschisten in der ganzen Welt, hat uns ein bisschen - oder mehr als ein bisschen - selbstzufrieden gemacht.

In der SED-Führung hat sich eine gewisse – sagen wir etwas überhebliche – Haltung dem Imperialismus gegenüber herausgebildet: Die können uns mal – eine gewisse Selbstzufriedenheit. Wir haben natürlich die Gefährlichkeit des Imperialismus mit all seinen Möglichkeiten gesehen, aber wie geschickt er sie gebrauchen kann, welche neuen Taktiken er anwendet und dass er sehr viel gelernt hat, das haben wir unterschätzt. Es hat sich ein gewisser Automatismus, eine gewisse Bequemlichkeit entwickelt. So haben wir die Dinge nicht richtig ernst genommen und über bestimmte Dinge dann auch nicht ernsthaft gestritten.

Ein Beispiel: Der Vertreter des vereinten Oberkommandos der Staaten des Warschauer Vertrages war ein hervorragender sowjetischer General. Der sagte zu mir, als die Frage

stand, Jelzin zu wählen als Präsidenten: „Der kommt nie durch. Den wählen die Bürger der Sowjetunion nicht.“ Aber er wurde gewählt! Das heißt, hier kommt die Illusion zum Tragen, dass die Gesamtpartei einschließlich des Jugendverbandes, die sowjetische Arbeiterklasse, auch die Bauern und die Intelligenz in ihrer Mehrheit das nicht zulassen würde. Und das war eine fatale Illusion, denn schließlich wurden die KPdSU und der Sowjetstaat faktisch in 24 Stunden liquidiert. Damit hat niemand in unserer Partei gerechnet. Ich muss leider sagen, dass auch ich der festen Überzeugung war – schließlich kannte ich viele sowjetische Genossen – dass die Gorbatschowisten und Jelzin und diese Leute damit nicht durchkommen.

Aber angefangen hat das alles mit dem XX. Parteitag, nach dem der Revisionismus Schritt für Schritt Platz gefunden hat. Und dann haben die Gorbatschow-Leute etwas gemacht, was wir, auch ich, nicht immer richtig eingeschätzt haben. Sie haben ja die Verhandlungen geführt mit den USA, mit der NATO über die Reduzierung, schließlich Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen, also Atomwaffen und so weiter. Und es schien ja so - und so wurde das auch bei uns publiziert -: hier hat das sozialistische Lager Erfolg. Und auch diese Phase der Entwicklung hat bei manchen die Vorstellung entstehen lasse: Vielleicht kann man aus dem Gorbatschowismus doch etwas Gutes machen. Als es zu spät war, sahen immer mehr Genossinnen und Genossen, dass Gorbatschow ein Verräter und seine Politik die Kapitulation war. Ein Beispiel: Ich war mit dem Genossen Strelitz vor drei oder vier Jahren in Moskau, wir waren eingeladen. Dort gibt es auch einen Bund der Veteranen, und dort gab es mit zehn führende ehemalige Armeeangehörige einschließlich des letzten Ministers eine Aussprache. Darum hatte ich gebeten. Sie haben sich alle zehn bei uns dafür entschuldigt, dass sie uns 1989/1990 - eben im Ergebnis der Politik Gorbatschows - im Stich gelassen haben.

Es ist bedauerlich: Eine solche Chance, wie wir sie mit der DDR hatten, kriegen wir nie wieder. Kapitalismus bleibt nicht, kann nicht bleiben. Aber eine solche Chance kriegen wir nicht wieder.

Drei Schlussfolgerungen:

Aus unseren bitteren Erfahrungen ziehe ich drei wichtige Schlussfolgerungen:

Das Schlimmste, was einer kommunistischen Partei – oder in unserem Fall der Sozialistischen Einheitspartei – passieren kann und passieren konnte, ist: dass es in der Parteiführung eine Fraktion gibt. Und die gab es. Sie hat sich zusammengesetzt aus Leichtgläubigen, dazu zähle ich Krenz, weil der offensichtlich wirklich glaubte, dass Perestroika und Glasnost ein Weg sei, und anderen, die nie Kommunisten waren, die nie richtig verbunden waren mit unserer Sache, dazu zähle ich Schabowski, Schürer, Tisch und noch zwei, drei andere. Diese Genossen, ob subjektiv ehrlich oder objektiv feindlich, haben nie eine prinzipielle Diskussion begonnen zu der Frage Glasnost und Perestroika, ja sie haben noch nicht einmal eine Frage gestellt dazu

Also: Niemals zulassen, dass in der Partei und besonders in der Führung eine Fraktion entsteht.

Obwohl Erich Honecker als Erster zu mir persönlich gesagt hat: „Entweder der Gorbatschow ist verrückt, oder er ist ein Lump“, haben wir die Gefahr unterschätzt.[22] Erich Honecker – und das war natürlich ein Fehler – war der festen Überzeugung, dass eine Partei, die eine solche Verbindung zum Proletariat und eine solche Vergangenheit und eine solche Entwicklung hat wie die KPdSU, die Partei Lenins und Stalins, nicht von solche Schweinehunden wie Gorbatschow, Schewardnadse und den anderen zugrunde gerichtet werden könnte. Ich will mich nicht freisprechen davon, dass ich - vielleicht nicht so sehr wie er - aber doch auch glaubte, dass wir das schaffen, noch dazu, weil ich viele gute sowjetische Genossen kannte.

Also: Man darf die Gefahr der Konterrevolution niemals unterschätze. Man darf niemals übersehen, dass die Bourgeoisie auch gelernt hat und weiter lernt.

Die dritte - und vielleicht wichtigste - Schlussfolgerung, die man ziehen muss, ist die, dass die Parteiführung, das Politbüro und das ZK, entschieden früher offen über die Probleme im Land und im sozialistischen Lager hätte reden müssen, offen, eindeutig – so, wie das die kubanischen Genossen machen. Die sagen: „Es gibt keinen Strom, und wir erklären, warum. Und wir sagen, was wir machen müssen.“

Also: Das Ohr an den Massen haben[23]. Damit verbunden: die Partei muss immer wirklich wissen, was die Arbeiter, die Werktätigen denken und vor allem, sie muss sich mit ihnen auseinandersetzen. Heinz Keßler, Berlin

---

[22] Dazu ein Beispiel: 1989 erschien in der DDR das Buch „Die Troika“ von Wolf. Und alle Zeitungen der DDR haben dieses Buch rezensiert, und zwar positiv. Die einzige Zeitung, die das Buch nicht rezensiert hat, war „Die Volksarmee“. Und Mielke hat mich dann angerufen und gefragt: „Warum rezensiert denn „Die Volksarmee“ nicht das Buch? Das „Neue Deutschland“ hat und die „junge Welt“ und die „Tribüne“.“ Ich sage: „Ich bin Dir keine Rechenschaft schuldig, aber so lange ich hier Minister bin und was zu sagen habe, wird das Buch bei uns nicht rezensiert. Und wenn Du es genau wissen willst: Ich glaube, es ist feindlich.“ Großes Gejammer bei Mielke. Das war mir egal. Zum Schluss sagt er noch: Dann muss ich mit dem Generalsekretär reden.“ Er war auch dort. Bei einer anderen Angelegenheit, wegen der ich bei Erich Honecker war, fragt er mich am Schluss: „Sag mal, Mielke hat sich bei mir beschwert darüber, dass Du das Buch „Die Troika“ nicht rezensierst.“ Sage ich: „Da hat er Recht.“ „Ja, willst Du es nun rezensieren?“ „Nein!“ „Warum nicht?“ Ich sage: „Weil das konterrevolutionär ist.“ Da sagt Honecker zu mir: „Naja, das hat mit Dir ja keinen Zweck, Du bist so stur, Dich kenne ich. Mach, was Du willst.“

[23] Ich möchte zu diesem Thema eine sehr negative Erscheinung am Beispiel der FDJ zeigen. Als ich noch in der FDJ war, gab es von mir einen Spruch, gerichtet an die FDJ-Funktionäre: „Wenn Ihr früh mal drei Stunden später kommt, ist das nicht so tragisch, obwohl Pünktlichkeit schon sein muss. Aber wer nachmittags um fünf nach Hause geht, der ist kein FDJ-Funktionär, denn nachmittags um fünf geht die Arbeit mit der Jugend los“. Aber es hat sich in der FDJ, ich

Imperialistische Strategie, Diversion und Revisionismus

Klaus Eichner[24]*:* Zur imperialistischen Strategie gegen die sozialistische Staatengemeinschaft im Kalten Krieg

I. Definition Kalter Krieg

Es gibt keine einheitliche, international gültige Definition des Phänomens Kalter Krieg.

Er ist im Prinzip eine spezifische Variante des politischen, ideologischen, wirtschaftlichen und militärischen Klassenkampfes zwischen Sozialismus/Kommunismus und Kapitalismus/Imperialismus unter spezifischen historischen Bedingungen.

Im Kern war der Kalte Krieg ein antagonistischer ideologischer Konflikt, der durch die Oktober-revolution und die Gründung der UdSSR eine staatlich organisierte Komponente auch auf der kommunistischen Seite erhielt.

Dieser Konflikt war zwischen 1939 und 1945 nur zeitweilig überdeckt durch die übergreifenden Interessen zur Vernichtung des Faschismus. Das fragile Bündnis zweier feindlicher Lager in der Anti-Hitler-Koalition zerbrach unmittelbar mit der Niederlage des Faschismus (Churchill: „Wir haben das falsche Schwein geschlachtet“).

Für die spezifische Art der Klassenauseinandersetzung zwischen dem staatlich organisierten Sozialismus und dem Kapitalismus immer unterhalb der Schwelle eines thermonuklearen Weltkrieges auf der Grundlage eines „Gleichgewichts des Schreckens“ hatte der amerikanische Journalist Walter Lippmann 1947 den Begriff „Kalter Krieg“ geprägt.

---

sage mal in den letzten fünf oder sechs Jahren der Existenz der DDR, ein bürokratischer, organisatorisch auf hoher Ebene stehender, aber rein formaler Arbeitsprozess entwickelt, der auf das Wesen der Bedürfnisse der jungen Menschen ungenügend eingegangen ist. Ab den 80er Jahren wurden bestimmte politische Fragen nicht genügend gestellt, obwohl wir doch früher, wenn wir nur die Kampagnen nehmen, angefangen bei Jupp Angenfort, über Max Reimann, über Vietnam, über Chile, über Angola eine Riesenarbeit geleistet haben. Damit hatte sich die DDR in der Welt ein hervorragendes Ansehen erworben.

[24] Klaus Eichner, geboren in Reichenbach im Vogtland, Jahrgang 1939, trat 1957 in die SED ein und war viele Jahre Parteisekretär in unterschiedlichen Funktionen. Er blieb Mitglied der SED bis zum Ende, war dann Mitglied der PDS, aus der er 2004 austrat. Klaus Eichner war von 1957 bis 1990 Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Von 1964 – 1970 absolvierte er ein Fernstudium an der Humboldt-Universität Berlin mit dem Abschluss des Diplom-Juristen. 1997 wurde er Mitglied des Vorstandes der GBM und im Jahr 2000 Mitglied des Beirates der ISOR. Klaus Eichner ist Gründungsmitglied von „Basta Ya“, der deutschen Solidaritätsorganisation für die „Cuban Five“. Er ist heute parteilos und lebt als Strafrentner in Lentzke bei Neuruppin.

Heute findet er seine Fortsetzung im erbitterten Kampf der heute Herrschenden gegen alle Formen sozialistischen Denkens, der Entwicklung alternativer Positionen zum Imperialismus.

II. Zur Entstehung des Kalten Krieges

Nach einhelliger **westlicher** Auffassung waren die Wurzeln des Kalten Krieges die Teilung Deutschlands und Europas durch das Vordringen der Sowjetunion, das vorgebliche <<Expansionsstreben des Sowjetsozialismus, sein Streben nach Weltherrschaft>>.

Beschwörend wird in diesem Zusammenhang auf die Wahlerfolge der Kommunisten unmittelbar nach Kriegsende in Westeuropa (von Churchill in Fulton als „kommunistische fünfte Kolonne“ diffamiert), insgesamt auf das Erstarken der kommunistischen Weltbewegung, auch im Fernen Osten (China, Mandschurei), und der nationalen Befreiungsbewegungen verwiesen.

Parallel dazu wird der UdSSR die unmittelbare Vorbereitung eines Krieges gegen die westliche Welt vorgeworfen. Es wird der Öffentlichkeit das Phantom der Bedrohung durch eine riesige Armee voll gerüsteter konventioneller Streitkräfte mit ungeheueren Panzermassen, auf dem Sprung nach dem Westen, suggeriert – also eine moderne „Hunnen-Saga“.

Anmerkung: Eine scheinbar faktenmäßige Unterstützung dieser Bedrohungslüge kam nicht zuletzt aus den Reihen ehemaliger Hitlergenerale – Adolf Heusinger, Hermann Foertsch, Hans Speidel – die nach 1945 als Analytiker in der Organisation Gehlen, dem späteren Bundesnachrichtendienst, untergetaucht waren. Sie produzierten entsprechende Horrorszenarien z.B. von 145 kampfbereiten Divisionen der Roten Armee, die auf dem Sprung standen, den Westen zu überrollen. Geheimdienstprodukte dieser Art wurden direkt an die Adenauer-Regierung und parallel an die Führungskreise der USA weitergeleitet.

Nun haben jedoch auch einige Ereignisse der Nachkriegszeit diese Phantombilder nicht unerheblich unterstützt. Das betrifft z.B. die Berlin-Blockade von 1948, die unabhängig von den wirklichen Ursachen ((bzw. unter deren bewusster Negierung) objektiv zu fatalen Folgen einer fast totalen Ablehnung der Sowjetunion in der westlichen Öffentlichkeit und einer ungeheueren Aufwertung der Westalliierten („Helden der Luftbrücke“) führte.

Dazu kam der Ausbruch des Koreakrieges. Entgegen den historischen Tatsachen (selbst Stalin war durch die Nordkoreaner getäuscht worden) wurde dieser Krieg als Auftakt für die Eroberung der Weltherrschaft durch die Sowjetunion dargestellt und damit eine massive Diffamierung des Sozialismus und eine ungeheure Verunsicherung der westlichen Öffentlichkeit (Kriegshysterie) erreicht.

In der bürgerlichen Geschichtsschreibung wird der Anteil der **westlichen Seite** meist völlig unterschlagen oder zumindest bagatellisiert.

Im Prinzip begann der Aufbau einer ständig wachsenden Drohkulisse gegen die UdSSR und die sich entwickelnden Volksdemokratien mit dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki – eine strategisch absolut unnötige Aktion mit einer riesigen Zahl von zivilen Opfern, aber eine Machtdemonstration der USA!

Ein frühes Grundsatzdokument des beginnenden Kalten Krieges war das als „Telegramm der 8000 Worte“ bekannte Schreiben vom 22. Februar 1946 von George Kennan aus Moskau mit einer umfassenden Darstellung seiner Sicht auf eine Bedrohung durch die Sowjetunion. Im Juli 1947 präzisierte Kennan diese „Bedrohungsanalyse“ in einem Aufsatz in der einflussreichen Zeitschrift „Foreign Affairs“ unter dem Titel „Die Quellen des sowjetischen Handelns“ (The Sources of Soviet Conduct), gezeichnet mit „Mister X“.

Die Rede von Churchill in Fulton im März 1946 war ja nicht nur – und vielleicht am geringsten – eine Analyse der entstandenen Lage (Zitat: „ Von Stettin an der Ostsee bis hinunter nach Triest an der Adria ist ein Eiserner Vorhang über den Kontinent gezogen. Hinter jener Linie liegen alle Hauptstädte der alten Staaten Zentral- und Osteuropas, Warschau, Berlin, Prag, Wien, Budapest, Belgrad, Bukarest und Sofia. Alle jene berühmten Städte liegen in der Sowjetsphäre, und alle sind sie in dieser oder jener Form nicht nur dem sowjetischen Einfluss ausgesetzt, sondern auch in ständig zunehmenden Maße der Moskauer Kontrolle unterworfen.“). Diese Rede war ein ideologisches Manifest des Kampfes gegen die Sowjetunion, die von ihm offen zum Hauptfeind des Westens erklärt wurde.

Bereits am 6. September 1946 erklärte der amerikanische Außenminister James F. Burnes in einer Rede in Stuttgart, dass sich seine Regierung nicht mehr an das Potsdamer Abkommen gebunden fühle, insbesondere stellte er die Linie an Oder und Neiße als künftige deutsche Ostgrenze in Frage.

Die geostrategische Grundkonzeption des Kalten Krieges der westlichen Seite entwickelte US-Präsident Truman in einer Rede vom 12. März 1947 vor dem US-Kongress – bekannt als die Truman-Doktrin. Aktueller Anlass waren die Entwicklungen in Griechenland (Rückzug der britischen Truppen) und in der Türkei. Truman beschwor die Bedrohung der „freien Welt“ durch den Kommunismus. Wenn Griechenland und die Türkei den Kommunisten in die Hände fallen würden, dann seien Westeuropa, Nordafrika, der Iran und der Nahe Osten bedroht, so Truman.

Er erklärte: „Ich bin der Ansicht, dass es die Politik der Vereinigten Staaten sein muss, die freien Völker zu unterstützen, die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzen.“

Die USA erklärten durch ihren Präsidenten der Sowjetunion ganz kategorisch: Bis hierher und nicht weiter! Das war die definitive Teilung Europas und der Welt in zwei Lager.

Die westliche Propaganda lastet diese Entscheidung der Sowjetunion an, deren führender Ideologe Shdanow diese Entwicklung in seiner Rede „Über die internationale Lage“ vor dem KomInform-Büro vom September 1947 nur noch beschrieben hat. (Teil II dieser Rede hat die Überschrift: „Die neue Gruppierung der politischen Kräfte nach dem Kriege und das Entstehen von zwei Lagern, des imperialistischen und antidemokratischen Lagers einerseits und des antiimperialistischen und demokratischen andererseits“)

Am 5. Juni 1947 folgte der Marshall-Plan, die ökonomische Charta des Kalten Krieges. Er sah eine europäische Wiederaufbauhilfe in Höhe von 17 Milliarden Dollar vor, die der Wiederaufrichtung und Stärkung des westeuropäischen Kapitalismus dienen sollte, auch als Abwehrfront gegen die erstarkte Arbeiterbewegung in diesen Ländern.

Die UdSSR und die Volksdemokratien lehnten wegen der diskriminierenden politischen Rahmenbedingungen und der Eingriffe in ihre Souveränität diese Form der „Hilfe“ ab und orientierten auf eine engere Zusammenarbeit im Ostblock (später: RGW).

III. Frühe Kriegsplanungen der USA[25]

Noch deutlicher wird die Entstehung und Entwicklung des Kalten Krieges, wenn wir uns die Ursprünge und die Zeitrahmen der Planungen für den Einsatz von Atomwaffen und die Entwicklung der Strategie des Erstschlages gegen die Sowjetunion ansehen.

Hier nur einige Beispiele:

Bereits am 19. September 1945 beschlossen die Vereinigten Stabschefs der USA (Joint Chiefs of Staff – JCS) das Memorandum JCS 1496/2 und empfahlen als Grundlage für die Militärpolitik der USA eine Strategie des Erstschlags bzw. des Präventivkrieges.

Am 3. November und 3. Dezember 1945 verabschiedete das Vereinigte Aufklärungskomitee (Joint Intelligence Committee – JIC) die Beschlüsse Nr. 329 und 329/1 mit dem Titel „Atombombenziel Sowjetunion“. Darin schlägt das JIC zwanzig sowjetische Städte als Kernwaffenziele vor.

Mit der Beschlussfassung über den National Security Act 1947 erhielten die Vereinigten Stabschefs den Auftrag für die Planungsarbeiten über einen globalen Konflikt, wobei als Hauptkriegsschauplatz der europäische Kontinent angenommen wurde. Die USA gingen von der Annahme aus, dass die Sowjetunion mit ihren Verbündeten die Kapazitäten zur militärischen Inbesitznahme ganz Europas besaß.

Das Krisenszenario von 1947 sah etwa wie folgt aus:

> *Griechenland und die Türkei ersuchten die USA um Unterstützung zur Abwehr der kommunistischen Bedrohung. Vor dem Forum der Vereinten Nationen wurden Jugoslawien, Albanien und Bulgarien der offenen Unterstützung für die kommunistischen Untergrundeinheiten in Griechenland beschuldigt. In Ungarn übernahm ein*

20. Siehe zu diesem Themenkomplex auch den Beitrag von Klaus Hesse in diesem Buch.

sowjet-freundliches Regime durch einen Putsch die Macht. In Indonesien waren kommunistische Guerillakräfte gegen die holländische Kolonialmacht im Vormarsch. Die sowjet-marxistischen Parteien in Frankreich und Italien verstärkten ihre Agitationen und hatten Zulauf, und in der Meeresstraße von Korfu führte die albanische Miliz einen Minenkrieg gegen britische Kriegsschiffe.[26]

Zwischen 1948 und 1949 entstand der Kriegsplan „DROPSHOT“ in mehreren Varianten. Er ging von einem Kriegsbeginn am 1. Januar 1957 aus und sah bereits die Einbeziehung der NATO-Partner und anderer Verbündeter in die Kriegshandlungen vor. Im Plan „DROPSHOT“ wurden als Ziele formuliert: „Im Zusammenwirken mit unseren Alliierten der UdSSR die eigenen Ziele aufzuzwingen, wozu ihr Wille und ihre Fähigkeit zum Widerstand durch strategische Offensive im westlichen Eurasien und strategische Verteidigung im Fernen Osten zu brechen sind.“ Für die erste Phase war der Abwurf von 300 Atombomben und von 250.000 Tonnen konventioneller Bomben auf politische, ökonomische und militärische Zentren in der Sowjetunion vorgesehen. Die sowjetische Industrie wäre damit zu rund 85 Prozent zerstört.

In der zweiten Phase des Krieges sollten die Luftangriffe auf Ziele in der UdSSR fortgesetzt, die Seeherrschaft gesichert und die Vorbereitungen für eine Offensive der NATO-Kontingente in Europa abgeschlossen werden.

In der dritten Phase war geplant, dass 144 NATO-Divisionen vom Westen her – mit entsprechender Luftunterstützung – und 50 Divisionen vom Süden, von der nordwestlichen Schwarzmeerküste, her die Streitkräfte der Sowjetunion und ihrer Verbündeten vernichten und zur Kapitulation zwingen, damit in der vierten Phase die Besetzung ihrer Territorien realisiert werden konnte. Als Okkupationstruppen für die Sowjetunion waren 23 Divisionen und vier Luftarmeen vorgesehen. Die UdSSR sollte in fünf Besatzungszonen aufgeteilt werden.

Wie in all diesen abenteuerlichen Planungen war auch hier breiter Raum für die psychologische Kriegführung vorgesehen: „Groß angelegter psychologischer Krieg ist eine Hauptaufgabe der USA. Sein wichtigstes Ziel ist zu erreichen, dass die Völker der UdSSR und deren Satelliten das heutige Machtsystem nicht mehr unterstützen.“, wird in „Dropshot“ formuliert.

Damit diese Kriegsplanung aber auch wirklich einen neuen Weltkrieg auslösen würde, sah der Plan „DROPSHOT“ vor, nach der Kapitulation der Sowjetunion eine machtvolle

---

26 Vgl. GLADIO - Die geheime Terrororganisation der NATO; Hrsg. Jens Mecklenburg, S. 50ff.; zitiert nach Österreichische Militärzeitschrift, Heft 2/1991, S. 122

Offensive im Fernen Osten und in Südostasien zu starten, um die globalen Kriegsziele der USA vollständig zu erreichen.[27]

Es liegt eine lange Liste der konkreten Kriegsplanungen der USA in den nachfolgenden Jahren vor (vgl. Anlage I), die alle den Ersteinsatz von Kernwaffen als festen Planungsbestandteil vorgesehen hatten.

Als Weiterentwicklung des Planes „Dropshot“ galt seit April 1961 für die USA-Planung der „Single Integrated Operation Plan –62“ (SIOP-62) als verbindliche Grundlage der strategischen Planung. Im SIOP-62 waren 1777 Ziele in allen Ländern des sowjetisch-chinesischen Blocks aufgelistet, die Mehrzahl in der Sowjetunion. „Innerhalb von 28 Stunden wären diese Länder von 2258 Flugzeugen und Raketen mit insgesamt 3423 Atom- und Wasserstoffbomben angegriffen worden. Man ging davon aus, dass 54 % der sowjetischen Bevölkerung und 16 % der chinesischen Bevölkerung getötet worden wären, bei 16 Millionen Toten in den USA.“[28]

Dabei ist zu beachten, dass das strategische Verhältnis USA-Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt eine Relation von etwa 17:1 auswies.[29] Die USA hatten also eine 17-fache Überlegenheit über die Sowjetunion.

IV. Subversive Angriffe der Geheimdienste und konterrevolutionärer Organisationen gegen die sozialistischen Staaten

Bereits im Frühjahr/Sommer 1948 erhielt das Office of Special Operations der erst 1947 gegründeten CIA den Auftrag zur umfassenden Spionage gegen die UdSSR, *"...zur Beschaffung geheimer Informationen über die Sowjetunion selbst, ihre militärischen Ziele und Planungen, die Kernwaffen, Raketenentwicklung, über sowjetische Aktionen in Osteuropa, Nordkorea, Nordvietnam; über Moskaus Verbindungen zu ausländischen kommunistischen Parteien und Organisationen der nationalen Befreiungsbewegungen.*" Diese Infiltrations-Operationen erhielten die Deckbezeichnung RED SOX („Rote Socken“).[30]

Die frühzeitigen und sehr konkreten Planungen der USA-Administration für subversive und geheimdienstliche Aktionen gegen den Verbündeten in der Anti-Hitler-Koalition, die Sowjetunion, und gegen die von ihr befreiten Staaten Osteuropas sind aus der Übersicht in Anlage II auszugsweise erkennbar:

---

27 Vgl. Charisius/Dobias/Roschlau: Pressidential Directive No.59; Schriftenreihe Militärpolitik aktuell; Militärverlag der DDR, 1981, S. 15f.

28 Vgl. Rolf Steininger: Der kalte Krieg, Fischer TB 2004, S. 109f.

29 Vgl. Rolf Steininger: Der kalte Krieg, Fischer TB, 2004, S. 110

30 Vgl. Jeffrey T. Richelson: "A Century of Spies"; Oxford University Press, 1995; S. 217

Einige der grundlegenden Direktiven des 1947 gebildeten Nationalen Sicherheitsrates (National Security Council – NSC) sind es wert, ein wenig näher beleuchtet zu werden, um ihre Funktion als Instrumente subversiver Politik in der Frühphase des Kalten Krieges zu erfassen.

NSC-Direktive 10/2 vom 18. Juni 1948:

Die Direktive fordert, „geheime paramilitärische Operationen sowie eine politische und ökonomische Kriegführung" zu realisieren. Sie ist ein umfassendes Programm geheimer „Propaganda, des Wirtschaftskrieges, vorbeugender direkter Aktionen wie Sabotage, Sabotage-Abwehr, Zerstörungen und Organisierung von Fluchtbewegungen"; sie forderte „subversive Maßnahmen gegen feindliche Staaten, darin enthalten Hilfe für Widerstandsgruppen im Untergrund, für Guerillas und für Gefangenen – Befreiungskommandos sowie Unterstützung für alle antikommunistischen Kräfte innerhalb gefährdeter Länder der freien Welt."

Damit war die NSC-Direktive 10/2 eine geheime Kriegserklärung gegen die Sowjetunion, ihre Verbündeten und letzten Endes gegen alle linken und sonstigen Kräfte, die sich nicht dem Willen der USA beugen wollten.

Die NSC-Direktive 10/2 galt im Wortlaut bis 1954 und wurde dann modifiziert und als NSC-Direktive 5411/2 in Kraft gesetzt:

Die überarbeitete Direktive sieht für Gebiete, die vom „internationalen Kommunismus dominiert und bedroht sind", vor, „Widerstand im Untergrund zu entwickeln und verdeckte sowie Guerilla-Operationen zu erleichtern; die Verfügbarkeit dieser Kräfte im Kriegsfalle sicherzustellen; … "[31]

Zu dieser modifizierten Direktive schreibt der Biograf von Präsident Eisenhower:

„Der Präsident war entschlossen, die Kommunisten so zu bekämpfen, wie er die Nazis bekämpft hatte, an jeder Front und mit jeder verfügbaren Waffe."[32]

Eine der grundlegenden und nachhaltig wirkenden Entscheidungen des Nationalen Sicherheitsrates war die Direktive NSC 20/1 vom 18. August 1948 mit dem Titel: „Ziele der USA in bezug auf Russland".

Sie definiert als grundlegende Ziele u.a.:

„Die Macht und den Einfluss Moskaus so einzudämmen, dass sie nicht länger eine Bedrohung des Friedens und der Stabilität der internationalen Gemeinschaft darstellen."[33]

---

31 Vgl. Jens Mecklenburg (Hrsg): GLADIO, Elefanten Press 1997, S. 53

32 Vgl. Stafford, Davis; Berlin underground, Europäische Verlagsanstalt, 2003, S. 134;

In ihrer Weiterentwicklung per 23. November 1948 als NSC-Direktive 20/4 wird formuliert: „Die schwerste Bedrohung der Sicherheit der Vereinigten Staaten ergibt sich für die absehbare Zukunft aus den feindseligen Absichten und der ungeheueren Macht der UdSSR sowie aus dem Wesen des Sowjetsystems.“[34]

Weiter heißt es in der NSCD 20/4 unmissverständlich: „Unser Endziel muss natürlich das Entstehen nicht-totalitärer Regierungen in Osteuropa sein, die gewillt sind, sich der Gemeinschaft der freien Welt anzupassen und an ihr mitzuwirken. Gewichtige taktische Überlegungen sprechen jedoch dagegen, sich dieses Ziel als unmittelbar realisierbar zu setzen. [...] Das gegenwärtig geeignetere Verfahren ist demnach, einen häretischen Ablösungsprozeß in den Satellitenstaaten zu begünstigen. So gering sie auch jetzt erscheinen mögen, Gründe für ketzerische Abspaltungen existieren bereits. Wir können zur Vertiefung dieser Risse beitragen, ohne Verantwortung auf uns zu nehmen. Und wenn sich die endgültigen Ablösungsprozesse durchsetzen, wären wir nicht direkt in diesen Angriff auf das sowjetische Prestige verwickelt; der Streit würde zwischen dem Kreml und der kommunistischen Reformbewegung ausgetragen.“[35]

Die Direktive 20/4 forderte eine ideologische Offensive an allen Fronten, nicht nur an der offenen, sondern auch an der geheimen Front.

Besonders „sollten wir die Unterstützung und den Schutz entsprechend unseren Möglichkeiten verstärken für alle Führer und Gruppen in diesen Ländern, die westorientiert sind.“[36]

Am 14. April 1950 bestätigt der US-Präsident die NSC-Direktive Nr.68; sie wird die militärische Charta des Kalten Krieges. Mit dieser Direktive wird der unmittelbare Zusammenhang zwischen der Strategie des direkten militärischen Konfliktes und der Strategie des Kalten Krieges festgeschrieben.

In ihr heißt es: „Die Rolle der Sowjetunion als Hauptkraft in Eurasien ist für die USA strategisch und politisch absolut nicht hinnehmbar. [...] Im Gegensatz zu anderen Mächten, die vor ihr nach Hegemonie strebten, ist die Sowjetunion von einem neuen fanatischen Glauben beseelt, der im Widerspruch zu unserem eigenen steht. Sie versucht,

---

33 zitiert nach Bernd Greiner/Kurt Steinhaus: Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg?, Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR, Köln, 1980; in N.N. Jakovlev : CIA Contra UdSSR; VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1985; S. 28 (weitere Details!)

34 zitiert nach Bernd Greiner/Kurt Steinhaus: Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg?, Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR, Köln, 1980; in N.N. Jakovlev CIA Contra UdSSR; VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1985; S. 32 (weitere Details!)

35 zitiert nach Bernd Greiner/Kurt Steinhaus: Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg?, Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR, Köln, 1980; in N.N. Jakovlev CIA Contra UdSSR; VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1985; S. 41 (weitere Details!)

36 zitiert in John Prados: Presidents’ Secret Wars, S. 49

dem Rest der Welt ihre absolute Herrschaft aufzuzwingen. Daher kommt es dauernd zu Konflikten [...]

Was die Politik der Eindämmung betrifft, so ist sie mit allen Mitteln bis hin zum Krieg bestrebt, erstens: eine weitere Expansion der sowjetischen Macht zu blockieren; zweitens: die wahren sowjetischen Absichten aufzudecken; drittens: eine Zurücknahme der Kontrolle und des Einflusses des Kreml herbeizuführen; und viertens: ganz allgemein die Saat der Zerstörung innerhalb des sowjetischen Systems zu fördern, dass der Kreml schließlich dahin gebracht wird, sein Verhalten so zu ändern, dass es mit den allgemein akzeptierten internationalen Maßstäben übereinstimmt."

Und weiter:

„Im Zeichen moderner Waffensysteme gewinnen die militärischen Vorteile eines Erstschlages zunehmend an Bedeutung; und dieser Umstand heißt für uns, so weit in Alarmbereitschaft zu sein, dass wir mit unserer ganzen Macht zuschlagen können, sobald wir angegriffen werden, und falls möglich, bevor der sowjetische Schlag tatsächlich ausgeführt ist."[37]

Außerdem wird gefordert: Zu verstärken sind „...rechtzeitige Maßnahmen und Operationen mit geheimen Mitteln auf dem Gebiet der ökonomischen, politischen und psychologischen Kriegführung mit dem Ziel, in ausgewählten, strategisch wichtigen Satellitenländern Unruhen und Revolten auszulösen und zu unterstützen."[38]

NSC-Direktiven wurden auch ganz speziell zur Perfektionierung der Spionagetätigkeit der US-Geheimdienste erlassen. 1954 war Präsident Eisenhower äußerst unzufrieden mit den Ergebnissen der Auslandsspionage über die Sowjetunion. Er beauftragte den Leiter des Massachusetts Institute of Technology (MIT), James Killian, mit der Leitung einer streng geheimen Kommission, die die Aufgabe erhielt, „mehr substanzielle Informationen über die Absichten und Möglichkeiten des Feindes zu gewinnen." Die Kommission erhielt den Namen „Sachverständigenrat für den Überraschungsangriff" (Surprise Attack Panel). Im Auftrag der Kommission unterbreitete Generalleutnant James Doolittle dem Präsidenten folgende Lageeinschätzung:

„Die Beschaffung und korrekte Einschätzung exakter und zuverlässiger Informationen über die Fähigkeiten und Absichten der Sowjetunion sind heute ein militärisches und politisches Erfordernis ersten Ranges. ... Wir haben es mit einem unerbittlichen Feind zu tun ...In einem solchen Spiel gibt es keine Regeln. Bislang akzeptierte Normen der Menschlichkeit greifen in diesem Fall nicht. Sollen die Vereinigten Staaten überleben, so

---

37 Vgl. Jürgen Bruhn: Der Kalte Krieg oder die Totrüstung der Sowjetunion; Focus,1995, S.40f.; zitiert nach Documents on Foreign Relations of the United States, 1950, GPO, Bd. 1, S. 134-292

38 Vgl. N.N. Jakovlev: CIA contra UdSSR; VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1985, S. 46

muss die traditionelle amerikanische Haltung des ‚Fair Play' überdacht werden. Wir müssen effektive Spionage- und Spionageabwehrdienste entwickeln und lernen, unseren Feind durch intelligentere, raffiniertere und effektivere Methoden zu unterwandern, zu sabotieren und zu schädigen, als er sie gegen uns einsetzt."

Doolittle zog die Schlussfolgerung, dass alle wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten zur Gewinnung von Informationen ausgeschöpft werden müssen, da der Eiserne Vorhang die althergebrachten Methoden der Spionage zu teuer und zu gefährlich mache. Diese und weitere Aufgabenstellung wurden in der NSC-Direktive 5412 zusammengefasst.[39]

Es muss wohl nicht ausführlich kommentiert werden, welche Geisteshaltung hinter einer solchen Aufgabenstellung steht, die davon ausgeht, dass alle bislang akzeptierten Normen der Menschlichkeit in diesem Falle beiseite geschoben werden dürfen und müssen, nur um den potentiellen Feind maximal zu schädigen. So arbeiten und denken Geheimdienste in einer „Demokratie", die für sich in Anspruch nehmen, ausnahmslos die „guten Geheimdienste" zu sein!

Unabhängig davon, wie in der Publizistik und Geschichtsschreibung die subversiven Aktionen des USA-Imperialismus bezeichnet werden – ob als Politik des containment (der Eindämmung) oder des roll back (Zurückrollen) – die Zielstellungen waren immer so definiert, dass maximale Bedingungen für eine Politik der „Befreiung" (Liberation Policy), also der Zerschlagung des sozialistischen Systems geschaffen werden sollten.

Spätestens in den 80er Jahren war diese „Befeiungspolitik" von Erfolg gekrönt.

V. Die „Grand Strategy" der Bush-Administration

Für die „Falken" der Anfang 1989 an die Macht gekommenen Regierung unter Präsident George H. W. Bush sen. und ihre strategischen Planer waren die massiven Attacken der Reagan-Administration, ihre verbalen Kriegserklärungen gegen das „Reich des Bösen" zu sanft, nicht zwingend genug. Nach ihrer Auffassung dienten alle Verhandlungen letzen Endes der Erhaltung des Status quo. Sie forderten eine neue, aggressivere Strategie, die dann unter der Bezeichnung „Grand Strategy" formuliert und umgesetzt wurde.

Die wesentlichen Elemente der alten/neuen Strategie der USA waren zusammengefasst:

Erstens:

Es sollte eine neue Psychologie der Ost-West-Beziehungen durchgesetzt werden. Diese sollten aggressiver und stärker erfolgsorientiert gestaltet werden und keine Handlungen zur Erhaltung des Status quo beinhalten, sondern ein ständiges Entgegenkommen der

---

39 Vgl. Stafford, David: Berlin underground; Europäische Verlagsanstalt, 2003, S. 133f.

Sowjetführung nach den Interessen und dem Diktat der USA erzwingen, letzten Endes bis zur Aufgabe der eigenen Gesellschaftsordnung.

Zweitens:

Die Partner der westlichen Allianz mussten diszipliniert und auf eine einheitliche Linie der transatlantischen Partnerschaft nach den Vorstellungen der USA eingeschworen (der Stabschef des Weißen Hauses formulierte: in Reih und Glied peitschen …) werden.

Drittens:

Unter Führung der USA galt es, die Anstrengungen auf die politische Liberalisierung Ostmitteleuropas in den Mittelpunkt zu stellen mit dem Ziel, die Unabhängigkeit dieser Staaten von der Führung durch die Sowjetunion zu erreichen. Die „Satelliten" der UdSSR galten als der „weiche Unterleib des Sowjetimperiums".

Nach den ursprünglichen strategischen Vorstellungen stand am Ende dieser politischen Liberalisierung die Herstellung der staatlichen Einheit, die „Wiedervereinigung" Deutschlands. Jedoch erwies sich die Dynamik der politischen Ereignisse, insbesondere durch die unplanmäßige spontane Öffnung der Grenzen (Pressekonferenz des Politbüromitgliedes Schabowski am Abend des 09. November 1989), als eine Schwungmasse, die den Zerfall des sozialistischen Lagers massiv beschleunigte.

Viertens:

Die neue sowjetische Führung musste weit über das von ihr vorgegebene „neue Denken" hinaus mit Forderungen konfrontiert werden, die an den Ursachen statt an den Folgen des Ost-West-Konfliktes ansetzen sollten. Ein Angriffspunkt war dabei Gorbatschows Forderung von einem „gemeinsamen europäischen Haus". Diese Vision war auf die Stabilisierung des Status quo ausgerichtet und verbot damit auch eine Politik der Einmischung von außen. Die USA wischten mit der zentralen Forderung nach Beendigung des Kalten Krieges durch eine „Befreiung" der osteuropäischen Staaten Gorbatschows Europapolitik von der Tagesordnung.

Einer der führenden Strategen der US-Administration erklärte: „Das Endziel schließlich war die Beendigung des Kalten Krieges und die Überwindung der Teilung Europas durch eine friedliche, demokratische Umgestaltung seiner östlichen Hälfte."[40]

Das einzige, was wir an diesem Zitat ernst nehmen können, ist der Begriff „friedliche Umgestaltung". Es war dies in erster Linie der noch vorhandenen realen militärischen Macht der Sowjetunion und der Warschauer Vertragsstaaten zu verdanken.

Die innere Entwicklung in den europäischen sozialistischen Staaten führte auch dazu, dass die bewaffneten Kräfte und ihre Führungen nicht bereit waren, die Waffen gegen die demonstrierenden Menschen zu richten. Sie akzeptierten und unterstützen die Forderungen nach einem anderen, besseren Sozialismus, nach einer „friedlichen Revolution"

---

40 Vgl. Hutchings, Kalter Krieg, S. 72

in ihren Ländern. Die wenigsten sahen die Konsequenzen dieser Entwicklung, die in einem Zusammenspiel innerer und äußerer Kräfte letzen Endes zur Restauration des Kapitalismus, also zur Konterrevolution, führten.

In der Tat war diese Entwicklung das Ende des Kalten Krieges, aber in einem anderen Sinne. De facto bedeutete es einen Wiedereinstieg in die Phase der heißen Kriege. Die toten Zivilisten des Balkans, Afghanistans und des Irak bezeugen dies in nicht zu widerlegender Weise.

Die sozialen Folgen dieser „Umgestaltung" für die Völker des sogenannten Ostblocks (einschließlich der früheren DDR) sprechen für sich.

Wir haben den Begriff „alte/neue Strategie" verwendet. Diese Bezeichnung sollte noch einmal darauf hinweisen, dass so neu, wie es uns einige westliche Autoren glauben machen wollen, diese Strategie nun auch wieder nicht war. Ihre Grundzüge ziehen sich durch alle Planungsdokumente, Studien und Analysen, die seit Mitte der vierziger Jahre zur Planung der Subversion gegen die UdSSR und ihre Verbündeten gefertigt wurden. Die USA haben seit 1945 immer wieder versucht, die „Satelliten" der Sowjetunion herauszubrechen, innere Unruhen zu erzeugen oder zu nutzen, nationale und religiöse Gefühle zu verstärken, wirtschaftlichen Druck auszuüben, also das ganze Programm der psychologischen Kriegsführung und subversiver Aktivitäten abzuspulen. Das ist ihnen über Jahrzehnte hin nicht oder nur in Ansätzen gelungen – aber auf einmal funktionierte diese Strategie und führte zum Kollaps des realsozialistischen Systems in Europa. Die Strategie war nicht neu und auch nicht besonders originell, die Akteure waren auf westlicher Seite oftmals noch die gleichen bzw. mit der gleichen Denkart ausgestattet.

Das alles gehört zu den Fragen über die Ursachen des Zusammenbruchs des Realsozialismus in Europa. Unsere Ausführungen zeigen im historischen Abriss die gewaltigen Anstrengungen der imperialistischen Seite, ihre Ziele durchzusetzen.

Wir sind aber nicht so lebensfremd, dass wir diese Aktionen als die alleinigen, nicht einmal als die bedeutenderen Ursachen des Scheiterns des Sozialismus in Europa ansehen. Die Zuspitzung der Widersprüche im Inneren der Sowjetunion und der anderen RGW-Staaten öffneten die Einfallstore für die westliche „Grand Strategy". Die Verschärfung der inneren Widersprüche wurde sowohl durch das halsstarrige Festhalten der alten Parteibürokraten an alten und falschen Methoden begünstigt, aber ebenso durch die inkonsequenten Vorstellungen der „Reformer", die meist nur mit pragmatischen Ansätzen ohne eine durchdachte Strategie und Bewertung der Folgen in der Innen- und Außenpolitik agierten. Das öffnete zudem auch jenen Kräften in der Führung dieser Länder den Weg, die sehr schnell ihre Entwicklungschancen in der bedingungslosen Durchsetzung der westlichen Interessen sahen.

Die Führungsmannschaft der UdSSR/KPdSU (vor allem das Triumvirat Gorbatschow/Schewardnadse/Jakowlew) diente als Türöffner für diese Strategie. Es sei nur erinnert an den Ausverkauf der DDR, das Zurückweichen bezüglich der NATO-

Mitgliedschaft Deutschlands und des Abzugs aller fremden Truppen vom Territorium Deutschlands – heute lagern weiterhin 480 Kernsprengköpfe auf deutschem Territorium.

Das Fazit ist: Mit dieser „Grand Strategy“ hatten die Falken der Bush-Administration die Politik des Roll-back wohl zum ersten Male in des Wortes ernstester Bedeutung aufgefasst, die dazu gehörigen strategischen Schachzüge entwickelt und die richtigen Leute an die richtigen Stellen platziert (Beispiel Geheimdienst-General Vernon Walters als Botschafter Anfang 1989 in Bonn).

Heute stehen NATO und Europäische Union an den westlichen Grenzen Russlands, das wirtschaftlich von drei Dutzend Milliardären beherrscht wird, die den freigesetzten Turbo-Kapitalismus mit vollen Zügen genießen. Diese 36 Milliardäre haben ein Vermögen von 140 Milliarden Dollar zusammengerafft, das etwa einem Viertel des russischen Bruttoinlandsproduktes (bezogen auf die ersten Jahre des 21. Jahrhunderts) entspricht Andererseits sind immer größere Teile der Völker der osteuropäischen Staaten und Russlands der Armut, dem Hunger, dem sozialen Untergang preisgegeben. Ein schlimmer Preis für eine schlimme Politik!

VI. Einige Gedanken zum „Ende des Kalten Krieges“

Wenn wir den Denkansatz über den Kalten Krieg als spezifische, historisch konkrete Etappe des grundlegenden ideologischen Konfliktes zwischen Sozialismus und Kapitalismus akzeptieren, dann bedeutet das Ende des Kalten Krieges niemals ein Ende des ideologischen Klassenkampfes. Wir alle spüren das in unseren Ländern in sehr konkreter Form.

Es ging nur die besondere Austragungsform zwischen dem staatlich organisierten Sozialismus mit einer starken Militärmacht und starkem politischen Einfluss auf das internationale Geschehen und dem kapitalistischen Westen zu Ende. Aber das auch nur – trotz unserer herben Niederlage sollten wir das hervorheben – auch nur im europäischen Raum.

Aber damit ging auch eine über 40jährige Friedensperiode in Europa zu Ende. Dazu ein Stratege aus der Kernmannschaft von Präsident Bush sen.:

„Das Ende des Kalten Krieges schien also gleichermaßen das Ende jenes „langen Friedens“ zu bedeuten, in dem das nukleare Abschreckungspotential auch konventionellen Krieg verhindert hatte.“[41]

Klaus Eichner, Lentzke bei Neuruppin

---

41 Vgl. Hutchings, Kalter Krieg, S. 206

Anlage I:

Pläne der USA für einen Kernwaffenkrieg gegen die Sowjetunion (Auswahl) [42]

19. September 1945	Memorandum JCS 1496/2	Als Grundlage für die Militärpolitik der USA empfehlen die Vereinigten Stabschefs (Joint Chiefs of Staff - JCS) eine Politik des Erstschlags bzw. des Präventivkrieges
9. Oktober 1945	Memorandum JCS 1518 und Direktive JCS 1545	„Zukünftige Aktionspläne der Amerikanischen Streitkräfte“ „... die USA (hätten) bei jeder regional auftretenden Krise die Initiative zu ergreifen und zu behalten.“
3. November 1945 3. Dezember 1945	Joint Intelligence Committee Paper 329 JIC 329/1	„Atombombenziel Sowjetunion“ Das Vereinigte Aufklärungskomitee schlägt 20 sowjetische Städte als Kernwaffenziele vor. Der präventive Atomschlag ist mit Instrumenten der „konventionellen Kriegsführung“ zu koppeln.
24. September 1946	Bericht des Sondeberaters des Präsidenten, Clark M. Clifford	Clifford fordert die Einkreisung der UdSSR durch eine entsprechende US-Politik in Westeuropa, im Nahen Osten, gegenüber Indien, Südostasien und China. Die Sowjetunion sei besonders „durch Atomwaffen, biologische Kriegführung und Luftangriffe verwundbar.“
1. Mai 1947	Memorandum JCS 1725/1	Die JCS fordern „geeignete Stützpunktgebiete“ und „Verbindungslinien“, um „binnen kurzer Zeit nach Kriegsbeginn offensive strategische Luftoperationen gegen lebenswichtige russische Industrie- und Bevölkerungszentren zu unternehmen.“
8. November	Memorandum	Nach präventiven Atomschlägen ist die UdSSR durch

42 auszugsweise entnommen aus: Charisius/Lambrecht/Dorst: „Weltgendarm USA; Militärverlag der DDR, 1983, S. 70; vgl. auch:Dropshot. The United States Plan for War with the Soviet Union in 1957; herausg. v. Anthony C. Brown, New York 1978; zitiert in N.N. Jakovlec, CIA contra UdSSR, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1985; ebenso Jürgen Bruhn: Der Kalte Krieg oder: Die Totrüstung der Sowjetunion, Focus, Gießen,1995

1947	JCS 496/1 Operation „Broiler“	Okkupationstruppen zu besetzen. Ziele: „a) Die Vernichtung der kommunistischen Diktatur in der UdSSR und überall in der Welt, letztlich die Vernichtung der sowjetischen Doktrin des Kommunismus. b) Die Zurückdrängung Russlands in die Grenzen von 1939; die Einwirkung auf die Bevölkerung einzelner Teile der UdSSR, damit diese einen unabhängigen Status erlangt oder Föderationen bildet“[43]
Mitte 1948	Plan „Charioteer“ JCS	Beginn mit „konzentrischen Angriffen unter Einsatz von Atombomben gegen Regierungszentren und Zentren der politischen Administration und der Verwaltung, gegen städtische Industriegebiete und ausgewählte Betriebe der Erdölraffinerien...“ Die Planung geht von 133 Atombomben auf 70 sowjetische Städte aus
21. Juli 1948	Kriegsplan „Halfmoon“ (vorher: „Fleetwood“) JCS 1844/13	Gegen die UdSSR soll eine „Luftoffensive“ mit Kernwaffeneinsatz durchgeführt werden. Sie soll aus den Räumen Großbritannien/Island, Khartum/Kairo/Suez und Okinawa erfolgen und durch Einsatz von Flugzeugträgergruppen unterstützt werden.
26. Mai 1949	Kriegsplan „Offtackle“ JSPC 877/59	JSPC - Vereinigtes Strategisches Planungskomitee geht von einem Kriegsbeginn am 1. Juli 1949 aus und orientiert auf eine „strategische Offensive im westlichen Eurasien“ mit allen verfügbaren Kernwaffenkräften. Danach sollen „alliierte Streitkräfte“ die „militärische Niederlage der Streitkräfte der UdSSR“ vollenden.
23. November 1948 19. Dezember 1949	Kriegsplan „Dropshot“ NSC 20-4 JCS 1920/5 drei Bände	Kriegsbeginn 1957; zu diesem Zeitpunkt sollte die nukleare Überlegenheit der USA gegenüber der UdSSR in einem Verhältnis von 10:1 stehen. Die Offensivkapazitäten der UdSSR sollen durch einen präventiven Schlag mit 300 Kernbomben auf ausgewählte Zielkomplexe innerhalb von 30 Tagen liquidiert werden.

Anlage II:

43 Vgl. Jürgen Bruhn: Der Kalte Krieg; Focus, Giessen, 1988, S. 31

Übersicht über wesentliche Direktiven des „Nationalen Sicherheitsrates - NSC“ 1947 bis 1956 [44]

Datum	NSC-Directive	Inhalt
14. 11. 1947	Nr. 1/1	„Die Position der Vereinigten Staaten im Hinblick auf Italien“
10. 02. 1948	Nr. 1/2	US-Politik in Italien zur Verhinderung eines Wahlsieges der Kommunisten am 18. April 1948
08. 03. 1948	Nr. 1/3	
19. 12. 1947	Nr.4	„Koordinierung der Maßnahmen zur Verbreitung von Auslandsinformationen“
		Erstes weltweites umfassendes Programm von verdeckten Aktionen (sh. a. NSCD 10/2)
		Das State Department koordiniert die Aktivitäten der antikommunistischen Informationspolitik;
	Annex 4/A	Mit NSC 4/A erhielt die CIA den Auftrag zur Realisierung geheimer psychologischer Kriegführung entsprechend den Zielen von NSC-D 4; Truman gab über 10 Millionen Dollar aus beschlagnahmten Konten der Achsenmächte für diese Operation in Italien frei.
1948	Nr.13 und 13/3	US-Politik gegenüber Japan
07. 03. 1948	Nr.7	„Es sind Vorkehrungen zu treffen, um die Kräfte des sowjetisch geführten Weltkommu-nismus zurückzudrängen; das ist lebens-wichtig für die Sicherheit der USA - diese Aufgabe kann nicht durch eine defensive Politik verfolgt werden.“
18. 06. 1948	Nr.10/2 bis 10/5	Programme weltweiter verdeckterAktionen
1954	Nr.5411/2	Modifikation der Direktive 10/2
1948	Nr. 20	Operation „Bloodstone“
		Nutzung von Emigranten in UdSSR und Ostblock 1948 bis 1950

44

zusammengestellt u.a. nach: Ray S. Cline: Secrets, Spies and Scholars; Acropolis Books, 1976; John Prados: Presidents’ Secret Wars, Quill, William Morrow, New York 1986; John Prados, Keepers of the Keys, William Morrow, New York; N.N. Jakovlev: CIA contra UdSSR, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1985; Christopher Simpson: Blowback;Weidenfeld & Nicholson, London 1988.

18. 08. 1948 23. 11. 1948	Nr.20/1 Nr.20/4	„Ziele der USA in bezug auf Russland“ Modifikation
30. 09. 1948	Nr.30	Atomwaffenpolitik: „... muß bereit sein, schnell und effektiv alle verfügbaren geeigneten Mittel, einschließlich Atomwaffen, einzusetzen im Interesse der nationalen Sicherheit.“
14. 09. 1949	Nr.58	„Politik der USA gegenüber den sowjetischen Satellitenstaaten in Osteuropa“
14. 04. 1950	Nr.68	Politische Studie über die weltweiten Schwierigkeiten, mit denen die USA im Frühjahr 1950
Februar 1951	Nr. 104	„Export Control Policy Toward the Soviet Union and Its Eastern European Satellites” Grundlagen des Wirtschaftsembargos
	143 Serie	Politik gegenüber Osteuropa
29. 06. 1953	Nr.158	„U.S. - Ziele und Aktionen zur Ausnutzung von Unruhen in den Satelliten-Staaten“ (u.a. Schlussfolgerungen aus dem 17. Juni 1953)
September 1953	Nr. 162/2	Schlussfolgerungen aus der Operation „Solarium“
März 1954	Nr. 5412	Schlussfolgerungen aus der Operation „Solarium“
Februar 1955 14. 12. 1955	Nr. 5505/1	„Ausnutzung von Schwachstellen der Sowjetunion und der europäischen Satelliten“ „Exploitation of Soviet and European Satellite Vulnerabilities“ Bericht über die Ergebnisse von Nr.5505/1
18. 07. 1956	Nr.5608/1	„U.S.-Politik gegenüber den sowjetischen Satelliten in Osteuropa“

Michael Opperskalski[45]: Die dialektische Wechselwirkung zwischen Revisionismus und imperialistischer Diversion am Beispiel der DDR

Die imperialistische Diversionsstrategie gegen die DDR begann bereits im Vorfeld ihrer Gründung, war ihr sozusagen mit in die Wiege gelegt worden als Teil der imperialistischen Globalstrategie, die darauf abzielte, den Sozialismus von der Weltkarte verschwinden zu lassen. Von daher ist es notwendig, die dialektische Wechselwirkung zwischen Revisionismus und imperialistischer Diversion auch am Beispiel der DDR vor dem Hintergrund der imperialistischen Globalstrategie, einschließlich ihrer Wandlungen, zu betrachten, damit korrekt einzuordnen und zu verstehen.

Entsprechend der imperialistischen Globalstrategie waren zunächst alle Methoden dominierend, die DDR aggressiv noch in ihrem Aufbaustadium zu vernichten. Dabei spielte der BRD-Imperialismus – in engster Koordination mit seinem Paten in Washington – eine herausragende Rolle. „*Die Deutsche Demokratische Republik sollte im Frontalangriff liquidiert und der Herrschaftsbereich des westdeutschen Imperialismus zunächst bis an die Oder und Neiße ausgedehnt werden. Westdeutschland, so schrieb John Forster Dulles (damaliger US-Außenminister, d.Verf.) in seinem Buch ‚War or Peace?' (Krieg oder Frieden?), müsse ‚Ostdeutschland in den Machtbereich des Westens hineinziehen' und dadurch eine ‚vorgeschobene strategische Position in Mitteleuropa gewinnen', um ‚Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn und andere angrenzende Länder zu unterminieren'.*"[46] *"Der amerikanische Hochkommissar McCloy setzte ‚Anfang Februar 1950 (...) ein Political and Economic Projects Committee (PEPCO) ein, dessen Aufgabe es war, politische und propagandistische Aktivitäten gegen die DDR und die sowjetischen Deutschlandpolitik zu konzipieren und zu koordinieren.' Ein im April 1950 bestätigtes ‚Programm für PEPCO legte als Ziele der amerikanischen Politik gegenüber der DDR fest, ‚die Bevölkerung zu passivem Widerstand anzuregen, den Glauben an westliche Werte und Institutionen zu fördern, den Menschen die sowjetischen Unterdrückungsmaßnahmen deutlich zu machen, dadurch die weitere Sowjetisierung der DDR zu erschweren und den Irredentismus in der DDR und den von Polen verwalteten*

---

[45] Michael Opperskalski ist Journalist und Buchautor sowie Mitherausgeber von „offen-siv". Seit 1985 ist er zudem Mitglied der geheimdienstkritischen Zeitschrift „GEHEIM", seit 1988 verantwortlicher Redakteur des englischsprachigen Schwestermagazins „Top Secret". Wegen seiner zahlreichen Enthüllungen über die Aktivitäten imperialistischer Geheimdienste sowie sein Engagement u.a. an der Seite von ANC und SWAPO wurden auf ihn drei Mordanschläge verübt bzw. geplant: einer durch eine eng mit der CIA zusammenarbeitende „Vigilante"-Gruppe 1988 auf den Philippinen, zwei durch den südafrikanischen Apartheid-Militärgeheimdienst DMI. Internationalistisches Engagement u.a. in Nicaragua, Angola, Mocambique, Namibia, Ghana sowie den Nahen und Mittleren Osten. Weitere Informationen über: www.geheim-magazin.de oder mail an: opperskalski@geheim-magazin.de.

[46] „Verschwörer! Tatsache und Hintergründe der Subversion der Achse Bonn-Washington gegen die CSSR", Dokumentation von PANORAMA DDR, September 1968, S. 3

deutschen Gebieten aufrechtzuerhalten'."[47] Das ist die so genannte imperialistische Domino-Strategie im Konkreten ausformuliert!

Der BRD-Imperialismus erklärte die Vernichtung der DDR nicht nur offiziell zu seinem Programm, er verlieh ihm sozusagen zusätzlich mit dem „Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen" Ministerrang. Die Ministerebene, auf der viele der Fäden zusammenliefen, an deren Enden das Ende der DDR stehen sollte, unterstreicht jedoch zugleich die Bedeutung, die herausragende der BRD-Imperialismus diesem strategischen Ziel beimaß. Das sei an dieser Stelle schon einmal kurz am Beispiel der imperialistischen psychologischen Kriegsführung angerissen. Die psychologische Kriegsführung, angesiedelt in der Grauzone zwischen gezielten Propagandaaktionen bis hin zu ordinären Geheimdienstoperationen, wurde vom BRD-Imperialismus – wie bereits erwähnt und damit offiziell - auf Ministeriumsebene gegen die DDR geführt – von ihrer Gründung bis zur konterrevolutionären Zerschlagung. Involviert waren hierbei die verschiedensten Ministerien, Behörden und staatlichen Einrichtungen wie auch staatlich finanzierte, scheinbar unabhängige Organisationen oder Forschungsinstitutionen: "*Während der Hochphase des Kalten Krieges haben Beamte des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen fast wie Geheimdienstler gegen die DDR operiert – weitgehend unkontrolliert und mit Millionen an Steuergeldern. (...) Aufgabe selbst untergeordneter Referatsleiter sei es gewesen, die ‚östliche Ideologie' niederzukämpfen. So unterstützte das Ministerium im Rahmen einer ‚psychologischen Kriegsführung', wie dessen politisch-operative Arbeit in der internen Amtssprache hieß, mit immensen Summen die so genannten Ostbüros von CDU, SPD und FDP. Im Jahr 1953 plante es sogar, die Volkspolizei der DDR ‚durch Zersetzung ihrer geistigen Grundlagen zu erschüttern' – mit Hilfe eines Abwehrspezialisten aus der NS-Zeit. Selbst vor Versuchen, den politischen Gegner im eigenen Land zu desavouieren, schreckten die Bonner Amtsleute nicht zurück. Sie alimentierten den dubiosen ‚Volksbund für Frieden und Freiheit' und verunglimpften die auf Dialog mit der DDR bedachte Gesamtdeutsche Volkspartei des späteren Bundespräsidenten Gustav Heinemann. Auch legten sie eine geheime Kartei an, die über 20000 vermeintliche Antidemokraten und Kommunistenfreunde auflistete, die in der Bundesrepublik lebten. Die illegale Sammlung diente nicht nur den Hausherren selbst und anderen Ministerien. Nutznießer waren auch das Bundesamt für Verfassungsschutz, der Bundesnachrichtendienst und vermutlich auch der US-amerikanische Geheimdienst CIA:"*[48]

Man erinnert sich unvermittelt an die jüngere Geschichte – etwa die CIA-Kriege gegen das sandinistische Nicaragua oder den noch anhaltenden Krieg gegen das sozialistische Cuba – bei der inzwischen historischen Betrachtung der Sabotage- und Terrorakte, die

---

47 Eichner/Dobbert, „Headquarters Germany, Die USA-Geheimdienste in Deutschland", Berlin 1997, S.63

48 Quelle: „Der Spiegel", 6. Oktober 2008

imperialistische Geheimdienste, ihre Front- oder Tarnorganisationen gegen die noch junge DDR durchführten, mit dem erklärten Ziel, dem ersten Arbeiter- und Bauernstaat in der deutschen Geschichte sozusagen noch im Kindbett der Garaus zu machen. „*In den meisten Diversions- und Sabotagefällen, die in der DDR aufgedeckt worden sind, bestanden unmittelbare Verbindungen zu Geheimdienstzweigen und deren Agentenorganisationen in der BRD und Westberlin. Das trifft auf die großangelegte Schädlingstätigkeit in der sächsischen Textilindustrie (1949), in den Solvay-Werken in Sachsen-Anhalt (1952), in der Landwirtschaft des Kreises Wittstock (1953), in der MTS Brüsewitz (1953), im VEB Zementwerk Göschwitz (1953) und im VEG Messgerätewerk Zwönitz (1953) zu. Bezeichnend ist, dass in den betreffenden Fällen als Auftraggeber die Krupp- und Siemensmonopole in der BRD fungierten, die schon in Nazideutschland aufs engste mit den faschistischen Gehheimdienstzweigen zusammengearbeitet haben und deren auf dem Territorium der DDR gelegene Betriebe enteignet worden sind. (...) Die von der BRD aus gelenkte Diversion und Sabotage verdichtete sich zeitlich zunächst in den Jahren 1949 bis 1955 gegen die volkseigene Industrie und die Wirtschaftsplanung und konzentrierte sich besonders im Jahr 1958 gegen die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR.*“[49]

Zur Tarnung und Organisation solcher Aktionen wurden diverse Gruppierungen ins Leben gerufen, die zumeist in engstem Kontakt zu imperialistischen Geheimdiensten, vor allem dem BND und der CIA standen. Zu nennen sind dabei u.a.:

- die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU)[50]

- der „Bund Deutscher Jugend“ (BDJ)

- die „Arbeitsgemeinschaft 13. August“

- der „Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen“ und viele andere Organisationen, Personenzusammenschlüsse sowie Grüppchen.

Viele der in diesen Zusammenschlüssen agierenden Personen spielten zudem eine herausragende Rolle in der von der CIA geschaffenen Geheimorganisation GLADIO, die von den antikommunistischen Strategen in Washington und Langley (CIA-Hauptquartier) in West-Europa für einen „low-intensity-warfare“ gegen jegliche Art von möglichen demokratischen oder progressiven Entwicklungen sowie gegen die sie tragenden Organisationen und Parteien aus der Taufe gehoben worden war.

---

49 Charisius/Mader, „Nicht länger geheim“, Berlin (DDR), 1980, S.318ff.

50 Terror- und Sabotageaktionen der KgU und ihrer Hintermänner werden detailliert beschrieben u.a. in: Heinrich/Ullrich, „*Befehdet seit dem ersten Tag. Über drei Jahrzehnte Attentate gegen die DDR*“, Berlin (DDR), 1981

Besondere Rolle des „Ostbüro“ der SPD

Eine besondere Rolle spielte das sogenannte „Ostbüro“ der SPD. Es war nicht nur der organisatorische Beleg für die Rolle des Sozialdemokratismus („demokratischen Sozialismus“ als ideologischem Kampfinstrument des Imperialismus gegen den Sozialismus, es war zugleich der lebendige Beweis für die Tatsache, dass die Übergänge von ideologischer Diversion zu Propaganda, Spionage und Sabotage in der Regel mehr als fließend sind.

„Im Berlin der 50er Jahre, während des Untergrundkampfes zwischen Ost und West, tummelten sich Vertreter von 80 ausländischen Geheim- und Nachrichtendiensten. Manche Agenten operierten solo, andere, wie Amerikaner und Russen, in Kompaniestärke. (...)

Mit dabei in der Spionage-Frontstadt war ein Trupp Entschlossener, der so gar nicht ins Romanbild eines John Le Carré passen wollte – keine Profis, sondern Parteisoldaten vom sogenannten ‚Ostbüro’ der SPD. Das ‚Ostbüro’

+ arbeitete ‚im konspirativen Bereich stark’ mit den deutschen und westlichen Geheimdiensten zusammen;

+ infiltrierte, von staatlichen Stellen geduldet und gefördert, im Rahmen seinen ‚Inlandsaufklärung’ politische Extremistengruppen (gemeint ist u.a. die KPD, d.Verf.);

+ sammelte Informationen über drei Millionen DDR-Bürger, um nach einer Wiedervereinigung ein ’besseres Nürnberg’ zu ermöglichen – die radikale Bestrafung stalinistischer Helfer;

+ schickte Kuriere und V-Leute in den illegalen Propagandakampf gegen das Ulbricht-Regime (...)

Dem ‚Ostbüro’ gelang es, aus der DDR viele vertrauliche, oft geheime Informationen herauszuschleppen: Sitzungsberichte des SED-Zentralkomitees oder Details über den Aufbau der Polizei, Baupläne von Gefängnissen oder Standorte der Roten Armee. (...)“[51]

Der ehemalige leitende Funktionär der SPD und ihres „Ostbüros“ Helmut Bärwald bestätigt in seinem Buch „Das Ostbüro der SPD“ viele der vom „Spiegel“ gemachten Aussagen und präzisiert gar die Tätigkeit und Rolle dieser Organisation weiter:

„Nicht von Anfang an, jedoch bis spätestens Ende 1946 konkretisiert, erhielt das Ostbüro vom Parteivorstand (der SPD, d.Verf.) sechs Hauptaufgaben zugewiesen, die während der fast 25jährigen Arbeit des Ostbüros bis Januar 1971 mit den jeweiligen Situationen und Entwicklungen entsprechender Gewichtigkeit erfüllt wurden:

Kontaktstelle der SPD für Sozialdemokraten in der SBZ/DDR und Koordinierungsstelle für die Sozialdemokraten und sozialdemokratischen Gruppen, die politischen Widerstand

---

[51] aus: Der Spiegel, „*SPD-Spionageaktivitäten im Kalten Krieg*“, Nr. 25, 1990

gegen die Gewalt- und Willkürherrschaft in der SBZ/DDR leisteten. Gelegentlich bereits in den ersten drei Jahren nach Gründung des Ostbüros, vermehrt nach Gründung der DDR und nach der Umformung der SED in eine ‚Partei neuen Typus', nahmen Personen mit diesem Büro Kontakt auf, die bis dahin zur SPD und zur Sozialdemokratie keine Beziehungen und keine Berührungspunkte hatten. Darunter befanden sich etliche gegenüber der SED-Führung und deren Politik in Partei und Staat und deren innerparteilichem Regiment oppositionell eingestellte Kommunisten.

Beschaffung, Sammlung, Auswertung und Verwertung von Informationen über die Lage und die Entwicklung in der SBZ/DDR (....).

Aufklärungsarbeit innerhalb der SED und anderen politischen bzw. gesellschaftlichen Organisationen und innerhalb der gesamten SBZ/DDR.

Herausgabe von Informationen und Analysen über die Lage und die Entwicklung in der SBZ/DDR an die Öffentlichkeit, an politische Institutionen und staatlichen Stellen (bis 1949 in den westlichen Besatzungszonen) in der Bundesrepublik Deutschland und im westlichen Ausland.

Beobachtung, Analyse und Abwehr von gegen die SPD und (ab 1949) gegen die Bundesrepublik Deutschland und deren freiheitliche demokratische Grundordnung sowie gegen Mitarbeiter des Ostbüros gerichteter Aktionen von Geheimdiensten der Sowjetunion, der DDR und anderer Ostblockstaaten und der ‚Westarbeits'-Apparate des SED-Staates und der Sowjetunion.

Überprüfung und Betreuung von Flüchtlingen aus der SBZ/DDR durch die dem Ostbüro angeschlossene Flüchtlingsbetreuungsstelle ‚Ost', Betreuung politischer Häftlinge bzw. deren Familien und Mitwirkung an ‚Freikaufaktionen' für politische Häftlinge."[52]

„Das Ostbüro der SPD hat wie mit anderen staatlichen Stellen, mit Forschungsinstituten und dergleichen auch mit Geheimdiensten des eigenen Landes, vor allem in den Bereichen Informationsbeschaffung und Informationsaustausch zusammengearbeitet und auch an der Anfertigung von Analysen mitgewirkt. Diese Zusammenarbeit wurde von der Parteiführung als in einer Demokratie durchaus passend, gerechtfertigt und selbstverständlich betrachtet, und bis zum Ende des Ostbüros niemals untersagt.

General Reinhard Gehlen (Nazi-General und -Geheimdienstfachmann, gründete im Auftrag der CIA and anfänglich von ihr sogar direkt bezahlt den BND, d.Verf.) berichtet in seinen ‚Erinnerungen 1942-1971' über ein Gespräch mit dem SPD-Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher am 21. September 1950 im Beisein von Erich Ollenhauer, Annemarie Renger, Prof. Carlo Schmidt und Fritz Erler. Dieses Gespräch drehte sich hauptsächlich um die Rolle und Standort eines Auslandsgeheimdienstes wie des BND in der Demokratie. General Gehlen erinnert sich: ‚Ich hatte das gute Gefühl, dass ich in allen wesentlichen Punkten eine Übereinstimmung mit Kurt Schumacher erzielen konnte.

---

[52] Helmut Bärwald, „*Das Ostbüro der SPD*", Krefeld, 1991, S.28/29

Zuletzt sicherte er mir zu, dass die SPD die Arbeit der Organisation unterstützen (...) werde.'

Auch Geheimdienste aus anderen NATO-Staaten unterhielten gute Beziehungen zum Ostbüro, dessen Archiv und dessen sachkundige und informative Expertisen über die SBZ/DDR, über die Entwicklung des internationalen Kommunismus und über kommunistische ‚Westarbeit' seit 1946 auch im Ausland sehr geschätzt waren."[53]

„Nicht nur die Organe der Partei (Parteivorstand, Schiedskommission u.a.) sowie Gliederungen der SPD (Bezirke, Unterbezirke u.a.) erbaten vom Ostbüro die Übeprüfung von Personen bzw. Personengruppen, sondern auch andere Organisationen (Gewerkschaften, Arbeiterwohlfahrt u.a.) und staatliche Organe. Das Ostbüro arbeite in seinem Arbeitsbereich ‚Abwehr und Sicherheit' engstens und vertrauensvoll mit staatlichen Abwehr- und Sicherheitsorganen zusammen; nicht in administrativ kühler Distanz, sondern zumeist in geradezu kameradschaftlicher Weise. Als herausragende Beispiele sind die guten Kontakte des Ostbüros zum 14. Kommissariat der Kriminalpolizei in Bonn, zum Staatsschutz-Kommissariat der Hamburger Kripo, zum Staatsschutz-Bereich des Bundeskriminalamtes und zur Sicherungsgruppe Bonn des BKA, zum Bundesamt für Verfassungsschutz und zu den Landesämtern für Verfassungsschutz zu nennen. (...)

Das SPD-Präsidium wusste von diesen Verbindungen, billigte sie und nutzte sie hin und wieder auch (...)."[54]

Propaganda als Waffe gegen die DDR

Alle die bisher aufgeführten Organisationen verbanden ihre Sabotage- und Spionagearbeit – mal mehr, mal weniger, natürlich mit organisationsspezifischen Zugängen und Schwerpunkten – mit gezielter, gegen die DDR und ihre Bevölkerung gerichteter Desinformation und Propagandatätigkeit. Vor allem das „Ostbüro" der SPD zielte dabei auf die innere ideologisch-politische Zersetzung der SED in Richtung „demokratisch sozialistischen" Gedankenguts. All dies hatte zur Aufgabe, die DDR propagandistisch „reif zu schießen" für die Übernahme durch den BRD-Imperialismus. Die Formen dieser Propagandatätigkeit waren dabei sehr vielfältig: sie reichen von illegaler Flugblattverteilung, massenhaften Postwurfsendungen, dem Vertrieb illegaler (oder gefälschter und manipulierter SED-) Schriften und Bücher, dem Aufbau eines Netzes kleiner Untergrunddruckereien bis hin zu spektakulären „Ballonaktionen", bei denen mit Hilfe kleiner Ballons Flugblätter über dem Territorium der DDR abgeworfen wurden.

Doch es gab auch Organisationen und Institutionen, die in ihrer Bedeutung darüber hinaus gingen. In diesem Zusammenhang sind u.a. zu nennen:

---

53 ebenda, S.52/53

54 ebenda, S.104/105

- der in Westberlin stationierte Sender RIAS, der bei der Organisierung der konterrevolutionären Putschversuches am 17. Juni 1953 in der DDR eine wichtige Rolle spielen sollte;

- die in West-Berlin erscheinende und eingangs bereits erwähnte Zeitung „Der Monat“ mit ihren Verbindungen und Abhängigkeiten von/zu der international operierenden Organisation „mit CIA-Hintergrund“ „Congress for Cultural Freedon“ (CCF)

- die Zeitschrift „Der Dritte Weg – Zeitschrift für modernen Sozialismus“.

Auf letztere möchte ich etwas näher eingehen, da sie sowohl hinsichtlich der imperialistischen Infiltration der SED, als auch der KPD in der BRD eine Rolle spielte und von Beginn an unter der Flagge eines „kritischen Kommunismus“ segelte, für einen „modernen Sozialismus“ eben...

Die meisten Autoren dieser Zeitschrift waren ehemalige Kommunisten, die als Anhänger eines „Dritten Weges“ mit ihren Parteien (SED oder KPD) gebrochen hatten: „*In der kommunistischen Bewegung – in der DDR allemal – waren die Namen dieser ausgewiesenen Antistalinisten bekannt: Manfred Hertwig, Wolfgang Leonhard, Walter Philip, Fritz Schenk, Rudolf Schröder, Hermann Weber, Günther Zehm, Heinz Zöger, Gerhard Zwerenz.*

Auf zwölf Seinen umfasste jede Nummer der ‚Zeitschrift für modernen Sozialismus’, so der Untertitel des ‚Dritten Weges’, eine breite Themenpalette gesellschaftlicher Fragen in der DDR, in Osteuropa und der kommunistischen Bewegung. Die teilweise langen Beiträge erfuhren Auflockerung durch Lyrik von Erich Fried, Gerhard Zwerenz oder Jewgeni Jewtuschenko, durch Zitate von Marx und Engels bzw. Aufrufe, wie ‚Freiheit für die Genossen Janka, Steinberger und alle anderen inhaftierten Sozialisten in der DDR!’ ‚Der Dritte Weg’ setzte sich polemisch mit der praktischen Politik, der gesellschaftlichen Entwicklung, mit DDR-Medien und der DDR-Geschichtsschreibung auseinander. Er analysierte SED-ZK-Tagungen, Ulbricht-Reden oder Sendungen von Schnitzlers ‚Schwarzem Kanal’ ebenso wie das ‚Nationale Dokument’, den ‚Deutschlandplan des Volkes’ oder die Werke ‚realsozialistischer’ Geschichtsschreibung und verbreitete Auffassungen von kritischen Intelligenzlern, die sich in der DDR kaum oder gar nicht öffentlich äußern konnten.“[55]

Verantwortlicher Redakteur dieser Zeitschrift war der ehemalige FDJ-Funktionär Heinz Lippmann, der sich mit DM 300.000 seines Verbandes in den Westen angesetzt hatte. Finanziert und kontrolliert wurde das Organ von Beginn an vom „Bundesamt für Verfassungsschutz“. Dessen ehemaliger Präsident Günther Nollau erinnert sich: „*Geheimdienstliche Arbeit besteht nicht nur darin, Nachrichten und Material herbeizuschaffen, das zur Festnahme von Verfassungsfeinden dienen kann. Wer die Besonderheiten der Untergrundarbeit erkannt hat, kann auch mit feinerer Klinge fechten.*

---

[55] Michael Herms, „*Heinz Lippmann – Porträt eines Stellvertreters*“, Berlin, 1996, S.214

Die KPD war 1956 verboten worden. Im selben Jahr hatte der XX. Parteitag der KPdSU stattgefunden, auf dessen Geheimsitzung Chruschtschow Stalin heftig angegriffen und dadurch dessen System diskreditiert hatte. Intelligente Kommunisten diskutierten damals darüber, welcher Weg nun beschritten werden sollte. War es richtig, den orthodoxen Sozialismus beizubehalten, oder sich im kapitalistischen Bereich der reformerischen Sozialdemokratie anzuschließen? Einige meiner Mitarbeiter diskutierten damals mit ehemaligen Kommunisten, vor allem dem aus der DDR geflohenen zweiten Sekretär der FDJ, Honeckers damaligen Stellvertreter Heinz Lippmann (hier wird die tatsächliche Position Lippmanns von Nollau wohl propagandistisch ‚aufgeblasen'. Tatsachlich war er Sekretär des Zentralrats der FDJ, die Position eines ‚zweiten Sekretär' gab es nicht, d.Verf.), darüber, wie man diese Diskussionen anregen und für unsere Abwehrzwecke nützen könnte. Wir kamen zu dem Ergebnis, eine offene Werbung für die Sozialdemokratie werde es den moskautreuen Kommunisten erleichtern, jeden neuen Gedanken mit dem Etikett ‚Sozialdemokratismus' zu versehen und abzulehnen. Einer kam auf die Idee, einen ‚Dritten Weg' zu propagieren, einen schmalen Pfad, den zu begehen die Fähigkeit erforderte, zwischen dem orthodoxen Kommunismus und der reformerischen Sozialdemokratie zu balancieren. (...) Andere – wie ich – erwarteten, dieser Balanceakt werde in der illegalen KPD zersetzend wirken und uns die Möglichkeit eröffnen, unter den Dissidenten, die wir kennenzulernen hofften, Informanten zu gewinnen. (...) Im Mai 1959 starteten wir unser Blättchen mit dem Artikel ‚Zwischen Stalinismus und Kapitalismus'. Die Angriffe auf den Stalinismus fielen uns leicht. Aber um glaubwürdig zu sein, mussten wir auch den Kapitalismus und die Bundesregierung kritisieren. Das war zwar nicht schwer, denn an der damaligen Ostpolitik gab es manches zu beanstanden. Aber die Angriffe mussten so dosiert sein, dass sie, falls das Unternehmen einmal platzte, vor der Dienstaufsichtsbehörde zu vertreten waren."[56] Gerade Heinz Lippmann wurde immer wieder auch persönlich eingesetzt, um zu versuchen, SED- und FDJ-Funktionäre, die sich auf Dienstreisen ins kapitalistische Ausland befanden, zu rekrutieren, wobei sich dann der Kreis der ganzen Palette imperialistischer Diversionsstrategien gegen die DDR wieder zu schließen beginnt...

Sag mir, wer Deine Freunde sind...

Bei der Rekrutierung von Agenten sowie der geheimdienstlichen Nutzung von SED-Mitgliedern, sich herausbildenden innerparteilichen Tendenzen oder Fraktionen spielten immer wieder persönliche Frustrationen oder revisionistische Einstellungen eine entscheidende Rolle. Zwei Beispiele seien hier herausgegriffen:

- die Agentinnen der CIA Gertrud Liebing und Erika Lokenvitz, beide über Jahre im Apparat des ZK der SED tätig. Es gelang ihnen über 10 Jahre hinweg einen Spionagering

---

[56] G. Nollau, „*Das Amt*", München, 1979, S.226ff

für ihre Auftraggeber in Langley aufzubauen, wobei beide sich bei ihrer Agententätigkeit vor allem auf die Rekrutierung „kritischer SED-Mitglieder“ stützten;[57]

- die Rolle der Gruppe um Wolfgang Harich, die sich in und um den „Aufbau-Verlag“ Ende der 50er Jahre gebildet hatte.

Auf letztere möchte ich etwas näher eingehen, weil an ihr – erneut – der fließende Übergang von der Entwicklung revisionistischer Positionen zu objektiv konterrevolutionärer Tätigkeit deutlich wird. Wolfgang Harich gehörte damals zum Herausgeberkreis der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“, die im „Aufbau-Verlag“ erschien. Vom 22. bis 25. November 1956 hatte Wolfgang Harich unter dem Titel „*Über die Aufgaben der SED im Kampf für die Festigung ihrer Reihen, für die sozialistische Demokratisierung der DDR und für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage der Demokratie, des Sozialismus, der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit und der Freundschaft mit allen Völkern*“ (später auch als „Plattform“ bekannt geworden) ein Positionspapier erarbeitet, das – neben anderen Schriften aus seiner Feder – eindeutig revisionistischen Charakter hatte und auf eine Beseitigung der marxistisch-leninistischen Führung der SED orientierte:

„*Schon in der Präambel wurde in erfreulicher Deutlichkeit das Grundproblem der DDR im Jahre 1956 benannt. Im ZK der SED gäbe es dominierende Kräfte, die die Notwendigkeit ernster theoretischer und praktischer Schlussfolgerungen aus dem XX. Parteitag der KPdSU verkennen. (...)*

Das eigentliche Programm bestand aus drei Schwerpunkten, Am Beginn stand der Komplex Erneuerung der SED. (....) Zu diesem Zweck müsse das Parteistatut der SED, das in der Stalinschen Periode angenommen wurde, überprüft werden. (...) Die Neufassung des Statuts müsse die Aussagen zur innerparteilichen Demokratie in früheren Parteistatuten aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung berücksichtigen, ebenso das Statut des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (sic! d.Verf.) und die Organisationsprinzipien des XX. Parteitages der KPdSU (sic! d.Verf.), des VIII. Parteitages der KP Chinas und des VIII. Plenums der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. (...)

Akzeptiert wurde nur ein Marxismus-Leninismus, der sich schöpferisch in Übereinstimmung mit wissenschaftlichen Erkenntnissen weiterentwickelt und historische Dogmen kritisch überwindet. Als Beispiel für eine dringend notwendige Überwindung wurde die Stalinsche These von der ständigen Verschärfung des Klassenkampfes bei wachsenden Aufbau-Erfolgen des Sozialismus genannt. Ebenso wurde ein neues Verständnis der Geschichte gefordert. Die Politik des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens seit 1948 (sic! d. Verf.), der Volksaufstand 1953 in der DDR (sic! d. Verf.), der XX. Parteitag der KPdSU (sic! d.Verf.), der Posener Volksaufstand vom Juni 1956 (sic! d. Verf.) und der ungarische Volksaufstand von 1956 (sic! d. Verf.) sollten als Glieder in

---

[57] vgl. dazu ausführlich: Borgmann/Staadt, „*Deckname Markus. Spionage im ZK*“, Berlin, 1988

der Kette des Aufbegehrens der Arbeiter gegen den Bürokratismus der Stalinschen Periode verstanden werden. Herangezogen werden sollten auch die Werke namhafter sozialdemokratischer Historiker. Die Geisteswissenschaften sollten zur umfassenden Ausarbeitung der These von der Mannigfaltigkeit des Übergangs zum Sozialismus beitragen. (...)

Für die Beziehungen der SED zu anderen Parteien sah der Programmentwurf vor, ‚die einseitige Bindung der SED and die sowjetische Bruderpartei' zu beenden. Statt dessen sollten die Beziehungen der SED zu den Parteien besonders intensiviert werden, die bei der Überwindung der Fehler der Stalinschen Periode bereits große Fortschritte gemacht haben. Dazu zählen: Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens (sic! d. Verf.), die KP Chinas, die PVAP, die Sozialistische Partei Ungarns, die KP Italiens und die KP der USA. Da die SED aus der Verschmelzung von KPD und SPD hervorgegangen sei, müssten auch zur Sozialistischen Partei Italiens (Nenni) freundschaftliche Beziehungen hergestellt werden. (...)

Besonderer Nachdruck wurde auf die Gestaltung neuartiger Beziehungen zwischen SED und SPD gelegt. Jedoch müsse die SED zuerst Voraussetzungen für eine Verständigung mit der SPD durch konsequente Entstalinisierung schaffen. Ebenso müsse die SED die reale Möglichkeit eines friedlichen, parlamentarischen Weges zum Sozialismus in der Bundesrepublik auf der Grundlage des Grundgesetzes anerkennen. Zu den Voraussetzungen zähle auch die rücksichtslose Kritik an Fehlern der KPD, die in der Vergangenheit die Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterbewegung erschwert hätten. (...)

Ein entscheidendes Hindernis, der Einheit zuzustimmen, sei für viele Sozialdemokraten die einseitige Bindung der KPD und SED and die KPdSU gewesen. Die Bedenken Dr. Schumachers im Jahre 1946 hätten sich im nachhinein als völlig richtig erwiesen (sic! d. Verf.). (...).“[58]

In diesem Positionspapier werden dann Schritte zu seiner Durchsetzung entwickelt. Und ganz oben steht folgender:

„*1. Führungswechsel in der SED, Verkündung des Programms des besonderen deutschen Weges zum Sozialismus durch die SED, Durchführung des Programms, soweit es sich auf die DDR bezieht. Schaffung der inneren Voraussetzung zur Verständigung mit der SPD, innerhalb der DDR durch konsequente Entstalinisierung und Demokratisierung.*“[59]

Es versteht sich von selbst, dass mit der Ablösung der marxistisch-leninistischen SED-Führung und der Umsetzung des Programms von Harich und seinen Anhängern bereits in den 50er Jahren eine Liquidierung des Sozialismus in der DDR, die konsequentermaßen folgende Annexion der DDR durch den BRD-Imperialismus eingeleitet worden wäre –

---

[58] S. Prokop, „*Ich bin zu früh geboren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs*“, Berlin, 1997, S.103ff

[59] ebenda, S.107

alles unter der Flagge eines „demokratischen Sozialismus“ und in Zusammenarbeit mit der SPD-Führung. Mit anderen Worten: „Perestroika“ und „Glasnost“ vorverlegt...

Doch Harich ging noch einen Schritt weiter, der sich aus seinen Positionen allerdings logisch erschließt. In seiner umtriebigen Suche nach Bündnispartnern und Unterstützern für sein Programm kontaktierte er die SPD in Westberlin, die ihn sofort an das „Ostbüro“ weiterleitete. Der bereits ausführlich zitierte ehemalige Funktionär des „Ostbüros“ Helmut Bärwald erinnert sich: „*Nach Beginn der Entwicklung der SED zu einer ‚Partei Neuen Typus’ in den Jahren 1948/49 und insbesondere nach Gründung des SED-Staates im Oktober 1949 suchten immer mehr dieser Menschen Verbindungen zum Ostbüro, darunter auch zahlreiche oppositionelle Kommunisten und Sozialisten, teilweise auch höhere Funktionäre der SED, sogenannter Massenorganisationen oder aus der staatlichen Administration. (...) Bisweilen wurde das Ostbüro auch um Veröffentlichung von Aufsätzen, Memoranden oder politisch-ideologischer ‚Plattformen’ von Oppositionellen gebeten (...). Bemerkenswert ist das Gespräch, das Prof. Dr. Wolfgang Harich, damals Lektor im Ostberliner Aufbau-Verlag, Dozent für Geschichte der Philosophie an der Humboldt-Universität und Mitherausgeber der Ostberliner ‚Deutschen Zeitschrift für Philosophie’ und einer der führenden Köpfe der ‚revisionistischen Opposition’ innerhalb der SED, im Jahre 1956 mit Vertretern des Ostbüros in West-Berlin hatte (....). Ende 1956 wurde Harich gemeinsam mit anderen Oppositionellen vom Staatssicherheitsdienst des SED-Staates verhaftet und im März 1957 vor Gericht gestellt. Einer der Anklagepunkte in dem Gesinnungs- und Terrorprozess lautete: Agententätigkeit für das Ostbüro der SPD.(...)*“[60]

Harich musste wissen, wen er mit dem „Ostbüro“ zwecks Diskussion und Unterstützung kontaktierte. Die konterrevolutionäre und Agentenrolle dieser Organisation im Rahmen der imperialistischen Diversionsstrategie war in der DDR bereits enthüllt worden. Wir sehen also: wieder einmal schließt sich der Kreis zwischen Revisionismus und offener Konterrevolution, ob dies von allen Beteiligten nun subjektiv gewollt wurde (ist) oder nicht...

Ordinäre Geheimdienstaktivitäten[61]

Integraler Bestand der imperialistischen Diversion gegen die DDR war selbstverständlich auch die ganz ordinäre und professionelle Geheimdiensttätigkeit. Dabei lassen sich folgende Bereiche herausarbeiten:

A) Einsatz von Spionen (Agenten):

---

60 H. Bärwald, „*Das Ostbüro der SPD*“, Krefeld 1991, S.47

61 die in diesem Kapitel nur angerissen beschriebenen Aktionen können wesentlich umfangreicher und analytischer dargestellt nachgelesen werden u.a. in: Charisius/Mader, „*Nicht länger Geheim*“, Berlin (DDR), 1980

+ **quantitativ** mit dem Ziel, nach Möglichkeit das gesamte Territorium der DDR aufzuklären, insbesondere die militärischen und ökonomischen Zentren;

+ **qualitativ:** Einschleusung von Agenten in möglichst alle gesellschaftlichen Bereiche der DDR, wobei ein besonderer Augenmerk auf mittlere und hohe Funktionärspositionen gelegt wurde;
+ **ständig** in Bezug auf eine möglichst hohe Aktualität, was eine schnelle und präzise Übermittlung der Spionageergebnisse erforderte.

In diesem Zusammenhang veröffentlichte „die tageszeitung" am 25. September 2007 einen unscheinbaren, aber sehr aufschlussreichen Artikel unter der Überschrift: „*BND hatte 10.000 DDR-Spione*", in dem weiter ausgeführt wird: „*Rund 10.000 DDR-Bürger sollen zwischen 1949 und 1989 für den Bundesnachrichtendienst (BND) und seine Vorgänger in Ostdeutschland spioniert haben. Das berichtete die ‚Thüringer Allgemeine Zeitung' unter Berufung auf eine Studie des Thüringer Historikers Matthias Uhl. (..)"* Ein nicht unwesentlicher Teil dieser Agenten war im Bereich der ideologisch-politischen Diversion tätig

B) Insbesondere dieses Operationsfeld geheimdienstlicher Tätigkeit erforderte den regelmäßigen Einsatz bzw. das Einschleusen von Kurieren und Funkagenten

C) Geheimdienstlich „abgesicherter" Wirtschaftskrieg, der sich in folgende Perioden mit klar erkennbaren Schwerpunktsetzungen untergliedern lässt:

Anfang bis Ende der 50er Jahre: Verhinderung oder Erschwerung ökonomischer Beziehungen zwischen der DDR und BRD;

Ende der 50er bis Anfang der 60er Jahre wurde versucht, die wirtschaftlichen Außenbeziehungen der DDR so zu beeinflussen, dass ein ökonomisches Abhängigkeitsverhältnis entstehen sollte. Auf diesem Weg sollte die DDR erpressbar werden;

In den 60er und 70er Jahren konzentrierten sich die Operationen darauf, die ökonomischen Beziehungen zwischen der DDR und kapitalistischen Staaten insgesamt zu erschweren und/oder zu behindern. Besonderer Wert wurde darauf gelegt, die Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen der DDR und den jungen Nationalstaaten aus dem Trikont zu stören;

In den 80er Jahren verlagerte sich der Schwerpunkt der Aktivitäten wieder auf die Schaffung von ökonomischen Abhängigkeitsverhältnissen. In diesem Zeitraum fällt dann auch ganz konsequent die recht flexible Kreditvergabe imperialistischer Staaten an die DDR.

D) Sabotage und Diversion. Hierzu habe ich in den vorangegangenen Kapiteln bereits einiges im Detail ausgeführt. Mit der Sicherung der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik am 13. August 1961 wurde die Durchführung dieses Programms allerdings äußerst kompliziert und damit in seinen Möglichkeiten drastisch eingeschränkt

E) Gezielte Abwerbung von Spezialisten und staatsfeindlicher Menschenhandel **In den 40er und 50er Jahren** wurden besondern wissenschaftlich-technische Spezialisten abgeworben, um so die ökonomische Entwicklung der DDR zu schwächen; **Seit 1961** wurden die gezielten, wenn auch durch die Sicherung der Staatsgrenze äußerst erschwerten Ausschleusungsaktionen auf alle gesellschaftlichen Bereiche der DDR ausgeweitet

F) Provokationen und aggressive Akte an der Staatsgrenze der DDR.

Konterrevolutionärer Putschversuch 1953

All die bisher aufgezeigten und angerissenen Aktionen des Imperialismus gegen die DDR kulminierten am 17. Juni 1953 im Rahmen der dominanten „Roll-Back"-Variante innerhalb der imperialistischen Gesamtstrategie in dem Versuch, den Aufbau des Sozialismus in der DDR mittels Putsch zu beseitigen und eine sofortige Annexion durch den BRD-Imperialismus einzuleiten.

Eine hervorzuhebende Rolle spielte dabei der auf Initiative des BRD-Kanzlers Konrad Adenauer und seines „Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen" am 24. März 1952 aus der Taufe gehobene „Forschungsbeirat für die Fragen der Wiedervereinigung". Er hatte die Aufgaben, alle Vorbereitungen für die geplante Annexion der DDR zu treffen und entsprechende Aktionen zu koordinieren. Der „Tag X" für die Eroberung der DDR wurde festgelegt und auch offen formuliert. So ließ es der damalige „Minister für Gesamtdeutsche Fragen", Kaiser (CDU), alle wissen: *„Es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, dass dieser Tag X rascher kommt, als die Skeptiker zu hoffen wagen*."[62] Und der „Spiegel" frohlockte: „*Der Generalstabsplan für die administrative Machtübernahme (in der DDR, d. Verf.) ist so gut wie fertig. Es fehlt – nach der Unterzeichnung des Generalvertrages durch Bundeskanzler Adenauer – nur die Gelegenheit, ihn in die Praxis umzusetzen.*"[63] Sie wussten, wovon sie redeten, denn die Konterrevolution war ja über Jahre sorgfältig vorbereitet worden...

"*Analysiert man die bei der konterrevolutionären Aktion gegen die DDR 1952/53 von den imperialistischen Geheimdiensten angewandten Formen und Methoden des Klassenkampfes, so ergibt sich folgendes Bild: Zunächst wurde ‚die psychologische Kriegführung in einem längeren Zeitraum – etwa ein Jahr lang – verstärkt. Speziell die Gehlen-Organisation (gemeint ist der BND, d. Verf.) schürte die Bürgerkriegshysterie'. Die gleiche Aufgabe erfüllten der RIAS und andere Rundfunkstationen. Sie verbreiteten die ‚Strategie der effektiven subversiven Tätigkeit' und die ‚Technik der offenen Verschwörung'. (...)*

---

62 „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung", 26. Juni 1952, S.1002

63 Der Spiegel, Nr. 28, 1952

Unmittelbar vor der Auslösung des Putschversuchs, am 13. Juni 1953, erklärte der damalige Bundesminister Schröder ostentativ: ‚Die Bundesrepublik ist Deutschland. Alles andere Gebiet ist uns entzogenen und vorenthaltenes Territorium, das zurückgegliedert werden muss.' (...)

Die psychologische Putschvorbereitung war von einer zunehmenden Infiltration der DDR mit konterrevolutionären Elementen begleitet. Zugleich sollten Provokationen an der Staatsgrenze die internationale Spannung verschärfen und die Bevölkerung der DDR aufwiegeln. Im jahr 1952 kam es an der Staatsgrenze zwischen der DDR und der BRD wiederholt zu bewaffneten Provokationen und zahlreichen illegalen Grenzüberschreitungen. Das war mit forcierter Spionage, mit Diversion und Sabotage koordiniert. Von Westberlin aus wurden Terrorgruppen gegen die Staatsgrenze der DDR angesetzt. (...)

Bereits im Mai 1952 verurteilte das Oberste Gericht der DDR 22 Agenten imperialistischer Geheimdienste wegen Sabotage und staatsgefährdender Gewaltakte. (...)

Die Weltöffentlichkeit erfuhr, dass in den Jahren 1953/54 allein in der DDR mehr als 400 Gehlen-Agenten verhaftet und mehr als 100 dem Aufruf gefolgt waren, mit ihren Auftraggebern zu brechen und sich freiwillig den Sicherheitsorganen der DDR zu stellen."[64]

Der Generalsekretär des ZK der SED, Genosse Walter Ulbricht, beschreibt sowohl die Gründe als auch den Ablauf des konterrevolutionären Putschversuches am 17. Juni 1953 sehr deutlich: „*Auf der 2. Parteikonferenz waren die Richtlinien für den sozialistischen Aufbau beschlossen worden. Die Maßnahmen des Übergangs zum Sozialismus auf allen gebieten des gesellschaftlichen Lebens mussten jedoch noch im einzelnen ausgearbeitet werden. Das war eine schwierige Aufgabe, deren Lösung längere Zeit beanspruchte. (...)*

Die Feinde der Arbeiter-und-Bauern-Macht beantworteten den Übergang zum planmäßigen Aufbau des Sozialismus mit einer außerordentlichen Verschärfung des kalten Krieges gegen die DDR und mit den Vorbereitungen, die unmittelbar darauf gerichtet waren, die sozialistische Ordnung zu beseitigen. Bereits Anfang 1952 wurde deutlich, dass die reaktionärsten und aggressivsten Gruppen der imperialistischen deutschen und amerikanischen Bourgeoisie direkte Maßnahmen zum konterrevolutionären Sturz der Arbeiter-und-Bauern-Macht einleiteten. Während der Staatssekretär im westdeutschen Außenministerium, Walter Hallstein, die Vereinigung Europas bis zum Ural forderte und Konrad Adenauer die ‚Neuordnung in Europa' unverhüllt als Ziel seiner Politik bezeichnete, wurden von den Geheimdiensten und Agentenorganisationen, vom Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen und von den Leitungen der Landsmannschaften Schritte unternommen, um die Aktionen des kalten Krieges gegen die DDR zu koordinieren und wesentlich zu verstärken. Im März 1952 wurde in Bonn ein sogenannter Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands gebildet. Ihm gehörten Vertreter der aggressivsten Kreise des Monopolkapitals und des

---

[64] Charisius/Mader, „*Nicht länger Geheim*", Berlin (DDR), 1980, S.527ff

Junkertums, darunter Friedrich Ernst, Friedrich Spennrath und Friedrich-Karl von Zitzewitz-Muttrin, sowie Herbert Wehner von der SPD und Ludwig Rosenberg vom DGB an. (...)[65]

In einem Interview mit der französischen Zeitung „Humanité“, des Zentralorgans der (damals noch) Kommunistischen Partei Frankreichs vom August 1953 ging der Ministerpräsident der DDR, Genosse Otto Grotewohl, ebenfalls auf Gründe und Hintergründe des konterrevolutionären Putschversuches ein:

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat ein forciertes Tempo in der Entwicklung der Schwerindustrie eingeschlagen; dadurch verzögerte sich die Erzeugung von Konsumgütern. Das hatte unter Teilen der Bevölkerung Missstimmung und Beunruhigung hervorgerufen. (...)

(...) wir haben das in der Vergangenheit forcierte Tempo der Entwicklung der Schwerindustrie verlangsamt. Beträchtliche Summen an Investitionsmitteln und Rohstoffen können somit für die Verbesserung der Lebenshaltung verwendet werden. (...)

Die faschistischen Provokateure haben ihren Putschversuch, der als ‚Tag X’ von langer Hand vorbereitet war, gerade deshalb Mitte Juni 1953 unternommen, um den neuen Kurs zu Fall zu bringen. Es gelang den Provokateuren der faschistischen westlichen Agenturen, einen Teil der Arbeiterschaft unter Ausnutzung ihrer Unzufriedenheit über noch nicht erfüllte oder nicht sofort erfüllbare Wünsche und Forderungen zeitweilig irrezuführen.

Es ist bewiesen, dass die Provokation im amerikanischen Sektor Berlins und in der amerikanischen Besatzungszone vorbereitet wurde. Dort wurden die faschistischen Banden formiert und ausgebildet, mit Brandbomben, Benzinflaschen, Phosphorampullen und Waffen ausgerüstet und in den demokratischen Sektor Berlins geschickt. Amerikanische Offiziere in voller Uniform leiteten von Kraftwagen aus die Banditen und erteilten ihnen Befehle. Diese Tatsache gestanden verhaftete Banditen. Die Provokateure interessierten sich natürlich nicht für die Verbesserung des Lebens unserer Arbeiter, sondern ihre Aufgabe war es, den Kriegsfunken zu entfachen. (...)

Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik unterstützte die Provokateure nicht. Diejenigen Arbeiter, die sich von den Provokateuren täuschen und zur Arbeitsniederlegung verführen ließen, erkannten in dem Augenblick ihre Fehler, als die Faschisten plündernd und brennend in den demokratischen Sektor Berlins einzogen, als sie ihre Errungenschaften, Klubhäuser, staatliche Handelsgeschäfte usw., in Flammen aufgehen sahen.“[66]

---

[65] siehe dazu ausführlicher: Walter Ulbricht, „*Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung*“, Berlin (DDR), 1966, Bd.13, S.224-248

[66] Otto Grotewohl, „*Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze aus den Jahren 1945-1953*“, Berlin (DDR), Bd. III, S.473ff

In der Entschließung der 15. Tagung des SED-Zentralkomitees vom 24, bis 26, Juli 1953 „Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei“ werden noch weitere Fakten aufgeführt:

„Der 17. Juni hat bewiesen, dass in der DDR eine von den Amerikanern organisierte und unterstützte faschistische Untergrundbewegung vorhanden ist. An diesem Tage traten in einigen Städten (Magdeburg, Halle, Görlitz u.a.) ganze Gruppen maskierter Volksfeinde aus der Anonymität hervor und provozierten Unruhen, Es wurden illegale faschistische Organisationen mit eigenen Zentren, eigener Disziplin und ständigen Verbindungen mit den Agentenorganisationen in westberlin aufgedeckt. So gab es zum Beispiel im Buna-Werk in der Werkstätte G 32 eine faschistische Zentrale, die nach den Direktiven des RIAS Unruhen im Werke organisierte. Im Leuna-Werk stand ein ehemaliger SS-Mann an der Spitze des Provokationszentrums. In diesen großen chemischen Werken traten bei der Anleitung der Provokationen die in den Werken noch vorhandenen Agenten des IG-Farben-Konzerns besonders hervor.

(..) Außerdem bestanden in einigen Städten (Magdeburg, Leipzig u.a.) illegale Organisationen aus ehemaligen SPD-Mitgliedern, die noch immer den arbeiter-feindlichen Auffassungen des Sozialdemokratismus anhingen und darum leicht Opfer der Agenten des Ostbüros wurden (...).

In einigen Städten waren auch verschiedene andere feindliche Gruppen konzentriert, wie brandlerische Spionagegruppen[67], Trotzkisten, SAP-Gruppen[68]. Auch aus unserer Partei entfernte feindliche Elemente beteiligten sich aktiv an den Provokationen.“[69]

In weiteren Dokumenten (nicht nur) der SED sowie zahlreichen historischen Abhandlungen und Analysen werden vor allem die Hintergründe des konter-revolutionären Putschversuches im Juni 1953 weiter und detaillierter beschrieben und analysiert. Hier ist weder der Platz noch die Stelle, darauf näher einzugehen. Es ging vor allem darum, die Entwicklungen dieses Jahres vor dem Hintergrund der imperialistischen Diversionsstrategie – dem Thema meines Beitrages – zu beleuchten und diese historisch einzuordnen.

---

67 gemeint sind illegal tätige Gruppen, die vor allem aus Mitgliedern und Anhängern der Partei „KPD-Opposition“ gebildet wurden. Führer dieser Partei, die vor allem in den 20er und 30er Jahren aktiv war, waren die ehemaligen Funktionäre der KPD Brandler und Thalheimer, die wegen Rechtsopportunismus aus der KPD ausgeschlossen wurden bzw. ausgetreten waren

68 die SAP war eine halb-trotzkistische Splitterpartei in den 20er und 30er Jahren. Zu ihren Funktionären hatte auch Willy Brandt gehört, bevor er zur SPD wechselte

69 zit. nach: Herbst/Stephan/Winkler (Hrsg.), „*Die SED. Geschichte-Organisation-Politik. Ein Handbuch*.“, Berlin, 1997 S.606ff

Zur „Strategie der friedlichen Einmischung“ in der DDR

Die Niederlage des konterrevolutionären Putschversuches am 17. Juni 1953, vor allem aber auch die Sicherung der Staatsgrenze der DDR am 13. August 1961 förderten eine deutliche Gehwichteverschiebung innerhalb der imperialistischen Gesamtstrategie in Bezug auch auf die DDR. Vor allem in Washington hatte man verstanden, dass eine militärisch, offen konterrevolutionäre Lösung auch in der DDR unrealistisch war und zudem nicht mehr in die veränderten Axiome der gesamtstrategischen Konzeption des Kampfes gegen die sozialistische Staatengemeinschaft, insbesondere die Sowjetunion, passte. Der führende US-Stratege Brzezinski hatte die sich für die DDR entwickelnde US-Strategie bereits 1965 in seinem Buch „Alternative zur Teilung“ auf den Punkt gebracht: „*Solange der Westen militärisch stark und in seiner politischen Zielsetzung klar bleibt, brauchen wir keine Angst davor zu haben, der kommunistischen Welt einen aufrichtigen Vorschlag zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu machen (...)*

Zu diesem Zweck könnten die Vereinigten Staaten durch ihren Präsidenten den europäischen Ländern einschließlich Russlands den Vorschlag unterbreiten, mit Amerika zusammen einen gemeinsamen Plan für die Wirtschaftsentwicklung Europas zu erarbeiten. Ziel dieses Planes wäre, die gegenwärtige europäische Teilung zu überwinden (...).

Dieser Vorschlag beruht allerdings auf der Voraussetzung, dass damit auch eine in Phasen sich vollziehende Wiedervereinigung Deutschlands gekoppelt ist und dass der Osten implizite den westlichen Vorschlag akzeptiert, der Wiederaufbau Europas müsse mit der Wiedervereinigung Deutschlands Hand in Hand gehen. Ein großabgelegter Plan für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas, der auch für Russland und für Osteuropa offen steht, ist für den Osten auf jeden Fall viel annehmbarer als bilaterale versuche Westdeutschlands, Russland die ostdeutschen Gebiete ‚abzukaufen’.“[70] Einmal davon abgesehen, dass sich die aus dem Jahre 1965 (!) stammenden Äußerungen Brzezinskis höchst aktuell anhören, weil sie nämlich frappierend an die Gorbatschowsche Konzeption vom „gemeinsamen Haus Europa“ erinnern, verleihen sie der „indirekten Strategie“ ein weiteres, ein ökonomisches Standbein. Auf die politisch-ideologischen Momente bin ich ja bereits zu Beginn meiner Abhandlung detaillierter eingegangen.

Die reaktionäre, CDU geführte Regierung in Bonn sperrte sich jedoch dagegen, den längst in Washington vollzogenen Variantenwechsel innerhalb der breit gefächerten imperialistischen Globalstrategie nachzuvollziehen. Damit wurde der „treue Freund am Rhein“ objektiv zum Hemmschuh für eine flexible Entwicklung der imperialistischen Globalstrategie sowie ihrer konkreten Ausformulierung für die DDR.

Also mussten die US-Strategen Henry Kissinger und Zbigniew Brzezinski an die Front. Ihre Beiträge in der Wochenzeitung „Die Zeit“ initiierten 1965 in der BRD eine breite gesellschaftliche Debatte zur konzeptionellen Neubestimmung der imperialistischen

---

70 Z.Brzezinski, „*Alternative zur Teilung*“, Köln, 1965, S.208ff

Diversionsstrategie gegen die DDR. So schrieb z.B. Henry Kissinger ganz unverblümt: „*Eine aktivere deutsche Ostpolitik würde besonders in Washington und London von vielen verantwortlichen begünstigt. Sie sind überzeugt, dass vermehrte Kontakte zwischen beiden Deutschland die Erosion des ostdeutschen Regimes fördern werden. Nach ihrer Ansicht würde die Bundesrepublik bei vermehrter Fühlungnahme zwischen den beiden Deutschland dank seiner größeren Geschlossenheit und Stärke bei weitem die bessere Ausgangsposition haben.*“[71]

Die von der „Zeit“ initiierte breite Debatte um die erfolgversprechendste Strategie zur Zerschlagung der DDR löste in allen Lagern hinderliche Verkrustungen; zu einer offensiven, in jeder Hinsicht geschmeidigen Entfaltung der „Strategie der friedlichen Einmischung“ von Seiten der Bonner Regierung konnte es jedoch erst mit dem Regierungswechsel 1969 zur sozial-liberalen Koalition kommen, als die Sozialdemokratie mit ihrer Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ zur bestimmenden Regierungskraft geworden war.[72]

Am 2. Januar 1978 begann das Wochenmagazin „Der Spiegel“ mit dem Abdruck eines „Manifestes“ einer angeblich in der DDR neu formierten, illegal operierenden Organisation namens „Bund Demokratischer Kommunisten Deutschlands“ (BDKD): „*Die praktischen Forderungen der Streitschrift deckten sich weitgehend mit den Gedanken der Eurokommunisten: In Anlehnung an deren Vorstellungen verlangte der Text die Einführung eines echten Mehrparteiensystems sowie Versammlungs-, Glaubens- und Pressefreiheit für die DDR. Wie sie wandte er sich gegen die Diktatur des Proletariats und den demokratischen Zentralismus. Wie sie wollte er einen von Moskau unabhängigen nationalen Weg zum Sozialismus (erinnert dies nicht auch an die Vorstellungen Wolfgang Harichs Mitte der 5oer Jahre?! D.Verf.). (...) Dass sich die Verfasser der Streitschrift von allen in der DDR vertretenen Wesmedien gerade den SPIEGEL aussuchten, um mit ihren Thesen an die Öffentlichkeit zu treten, hatte mehrere Gründe: Die Publikation im auflagenstarken SPIEGEL bot zum einen die Gewähr dafür, dass die Streitschrift für öffentliches Aufsehen sorgte.*

Der SPIEGEL galt zum anderen wegen seines Eintretens für die Entspannungspolitik bei der SED als offiziöses Organ der sozialliberalen Koalition. Die Lektüre des vermeintlichen Sprachrohrs der Bundesregierung war lange Zeit Pflichtübung leitender Kader im Partei- und Staatsapparat. Auch wenn offiziell nur rund 200 Exemplare des Magazins jede Woche in die DDR geliefert wurden, war doch allen im SPIEGEL publizierten Nachrichten die Aufmerksamkeit der wichtigsten Funktionäre sicher.

Im Laufe des Jahres 1977 mehrten sich im SPIEGEL Artikel, die mit Detailkenntnissen über die parteiinternen, wirtschafts- und innenpolitischen Schwierigkeiten der SED

---

[71] zit. Nach: T. Sommer (Hrsg.), „*Denken an Deutschland*“, Hamburg 1966, S.81

[72] vgl. hierzu im Detail und umfangreich nachgezeichnet: S. Wagenknecht, „*Autosozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzung*“, Bonn, 1995 vor allem die S.138ff

gespickt waren. Diesen Berichten lagen offensichtlich Insider-Informationen aus dem Führungszirkel von Partei und Staat zugrunde. Der SPIEGEL verdankte sie einem Mann, der seiner Vita nach ein musterhafter SED-Funktionär zu sein schien: Hermann von Berg. (....).“[73] „Der Spiegel“ bezweifelt in seiner rückwirkenden Betrachtung 1996 selbst die Existenz eines „Bundes Demokratischer Kommunisten Deutschlands“ in der DDR im Jahre 1978 und danach und gibt sich dann – ganz im Stil des Hamburger Wochenmagazins – den wildesten Spekulationen hin. Art und Weise der Veröffentlichung und Nutzung lassen einen geheimdienstlichen Hintergrund vermuten. Ob man diesen nun beweisen kann oder nicht, Tatsache ist, die Artikelserie erfüllte ganz offensichtlich das Ziel, ideologische Unsicherheiten in die Reihen der SED zu treiben und den ideologisch-politischen Gärungsprozess insbesondere unter intellektuellen Kadern der Partei in Richtung „demokratischer Sozialismus“ voranzutreiben. Die revisionistische Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung seit dem XX. Parteitag hatte ja dementsprechende „Türen geöffnet“, marxistisch-leninistische Grundpositionen beschädigt, aufgehoben und/oder in Frage gestellt...

Hinter dem Vorhang der sogenannten „Entstalinisierung“ hatte dieser Parteitag der sowjetischen Kommunisten grundsätzliche Beschlüsse gefasst und Orientierungen herausgegeben, die dramatische Folgen für die internationale kommunistische Bewegung haben und zu Ansatzpunkten für ein Aufweichen und auch eine gezielte Aushöhlung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus werden sollten.

„Das bedeutendste Ereignis war, dass der XX. Parteitag die - in der damaligen historischen Situation - richtige Position verwarf, dass sich vor allem der Klassenkampf verschärfte. (...)

Theoretische Ansichten wurden kultiviert oder Optionen bevorzugt, die eine Abweichung von unserer Theorie, eine Verletzung ihrer grundlegenden Prinzipien bedeuteten. Die Kampffront gegen den Imperialismus und Revisionismus wurde geschwächt.

In einigen Fällen wurden falsche Theorien angenommen, die nichts mit den Realitäten zu tun hatten oder schlicht Fragen des Aufbaus des Sozialismus simplifizierten, so z.B. die Theorien, die einen raschen Übergang zum entwickelten Sozialismus und Kommunismus verlangten und so den komplexen und langfristigen Charakter der Übergangsperiode (siehe XX. Parteitag) unterschätzten, Theorien über den ‘Staat des gesamten Volkes’, der ‘Partei des gesamten Volkes’ und der ‘Demokratie des gesamten Volkes’.

Die vom XX. Parteitag beschlossenen Orientierungen auf ‘eine Vielzahl von Übergangsformen in verschiedenen Ländern unter bestimmten Bedingungen zum Sozialismus’ wurden von den Führungen Kommunistischer Parteien als theoretisches Fundament für eine Offensive gegen die wissenschaftliche Theorie des Sozialismus benutzt. Im Namen von nationalen Besonderheiten und Eigenheiten wurden die unveränderlichen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution einer Revision unterzogen.

---

[73] Der Spiegel“, Nr. 38/1996

Sichtweisen wurden entwickelt, nach denen durch strukturelle Reformen und eine 'Politik der Demokratie' ein kapitalistisches System in ein sozialistisches transformiert werden könne, ohne dass ein revolutionärer Bruch notwendig sei."[74]

„Für die Abstumpfung des Klassenkampfes zugunsten der Klassen- bzw. Systemversöhnung wurden und werden verschiedene Begründungen angeführt.

In den Jahren unmittelbar nach dem Sieg über den Faschismus (1945, d.Verf.) wurde ein Argument wieder aufgegriffen, das 1925 bereits Karl Kautsky benutzt hatte, nämlich, weil die Arbeiterklasse jetzt so stark sei, werde der Klassenkampf immer milder. 'Nicht nur die Proletarier werden bei ihren Kämpfen immer ruhiger dank ihrem steigenden Selbstbewusstsein, und immer überlegener, klarer und einsichtsvoller dank ihrer zunehmenden Erfahrungen. Ihre wachsende Kraft zwingt auch ihre Gegner, die Kapitalisten selbst wie deren Freunde in den Regierungen und der Presse, den Proletariern respektvoller, gesitteter entgegenzutreten. So werden die Kapitalisten zu einer Milderung ihrer Methoden im Klassenkampf erzogen' (Karl Kautsky, Erläuterungen zum Heidelberger Programm der SPD, 1925).

Dies hatte Kautsky 1925 im Vorwort zum Heidelberger Programm der SPD geschrieben. Wenige Jahre später ließen die 'gesitteten' Kapitalisten in Deutschland in Hakenkreuz-Diktatur errichten!

Unter Berufung auf die gewachsene Stärke der Arbeiterklasse verkündete Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU die Möglichkeit, auf parlamentarischem Wege zum Sozialismus zu gelangen: ' In der ganzen Welt sind die Kräfte des Sozialismus und der Demokratie unermesslich gewachsen, der Kapitalismus dagegen ist um vieles schwächer geworden (...) Unter diesen Umständen hat die Arbeiterklasse (...) die Möglichkeit, (...) eine stabile Mehrheit im Parlament zu erobern und es aus einem Organ der bürgerlichen Demokratie in ein Werkzeug des tatsächlichen Volkswillens zu verwandeln (N.S. Chruschtschow, Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XX. Parteitag, Berlin 1956, S.46)."[75]

Die Theorie der Klassenversöhnung, die in den Beschlüssen des XX. Parteitages ihren Niederschlag fand, wurde auch zunehmend, wenn auch schrittweise und widersprüchlich entwickelt, zum Leitfaden für die Außenpolitik der sowjetischen Kommunisten bzw. deren Einschätzung der Rolle des Imperialismus und der Unterschätzung seiner Gefährlichkeit. Der bis dahin kaum benutzte Begriff von der „friedlichen Koexistenz" etablierte sich zum zentralen Begriff im Vokabular der kommunistischen Parteien. Im

---

74 Kommunistische Partei Griechenlands (KKE), Dokument des ZK: „*Gedanken über die Faktoren, die zur Zerschlagung des sozialistischen Systems in Europa führten (...)*", Athen, Griechenland, 24. März 1995, S.25 und 32 ff.

75 Kurt Gossweiler, „*Stärken und Schwächen im Kampf der SED gegen den Revisionismus*", Streitbarer Materialismus, Nr. 18, S. 43/44

Sinne Lenins bedeutet er eine Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus, der jedoch als Ziel die vollständige Befreiung der Menschheit von der Herrschaft des Imperialismus beinhaltete. „*Das Umfunktionieren der friedlichen Koexistenz aus einer Form des Klassenkampfes gegen den Imperialismus in eine Politik der Versöhnung mit ihm erfolgte in einem jahrzehntelangen, schleichenden Prozess, über verschiedene Stufen, in kleinen Schritten, so dass die Entfernung vom Ausgangspunkt und die immer größere Annäherung an den Gegenpol für viele unmerklich erfolgte. (...) Der Höhe- und Endpunkt dieser Austreibung des Leninschen Geistes aus dem Begriff der friedlichen Koexistenz fällt nicht zufällig mit dem Ende des Sozialismus in Europa zusammen. Im September 1988 verkündete Schewardnadse als Außenminister der UdSSR von der Tribüne der UNO: 'Wir sehen die friedliche Koexistenz als universelles Prinzip zwischenstaatlicher Beziehungen und nicht als besondere Form des Klassenkampfes'*."[76] Auch für diese Art von „Verwandlung" hatte der XX. Parteitag die Grundsteine gelegt...

Vieles von dem, was auf dem XX. Parteitag der KPdSU und in seiner Folgezeit von der kommunistischen Weltbewegung an Positionen entwickelt wurden, war in ihrem Kern nicht neu, knüpfte an Vorstellungen des „demokratischen Sozialismus" an und war somit objektiv ein verhängnisvoller Rückschritt in der notwendigen, ständig zu führenden Auseinandersetzung der Kommunisten als Träger des wissenschaftlichen Sozialismus mit allen Formen opportunistischen und revisionistischen Gedankenguts. Dieser Rückschritt wurde zum Einfallstor für alle Formen imperialistischer Diversion, die sich nach 1956 weiterentwickeln. Einer der US-Strategen der ideologischen Diversion, Z. Brzezinski, kleidete diese Strategie in deutliche Worte: „*Ideologische Aushöhlung ist (...) die entscheidende Ursache politischen Wandels in den kommunistischen Gesellschaften.*"[77]

Die Konsequenzen, die sich aus dem XX. Parteitag ergeben hatten, wurden dementsprechend von den imperialistischen Strategen erkannt und umgesetzt. So meinte der damalige US-Außenminister Dulles treffend: „*Die Anti-Stalin-Kampagne und ihr Liberalisierungsprogramm haben eine Kettenreaktion ausgelöst, die auf lange Sicht nicht aufzuhalten ist.*"[78] In einer Art „Nachbereitung" des XX. Parteitages beschreibt der ehemalige Kommunist Fritz Schenk in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" dessen Auswirkungen aus eigener Erfahrung: „*Leuschner (damals stellvertretender DDR-Ministerpräsident und Mitglied des Politbüros der SED, d.Verf.) wusste, dass ich mit jenen Genossen kungelte, die den Sozialismus reformieren, zumindest dezentralisieren, ihn gern hätten 'humaner' machen wollen, wie es bis heute der Wunschtraum sozialistischer Schöngeister und Tagträumer geblieben ist. Für ihn schien es keinen*

---

[76] Kurt Gossweiler, „*Der 'moderne Revisionismus' und die Niederlage des Sozialismus - eine Thesenreihe*", Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ), Nr.48, 11.11.1993

[77] zit nach: „*'Demokratischer Sozialismus'* in Aktion", eine Dokumentation des MSB Spartakus, 1977

[78] zit . nach: Archiv der Gegenwart, 11.7.1956

Zweifel zu geben: Sozialismus geht nur als Stalinismus. Und mit Stalins Entzauberung begann dann auch der schleichende Zusammenbruch seiner realen Existenz.“[79] Solche Art von Erkenntnissen blieb auch nicht vor den Türen der SPD-Führung stehen. In einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ analysierte der ehemalige SPD-Vorsitzende Willy Brandt die Entwicklungen in Ost-Europa und den dort herrschenden kommunistischen Parteien: „*Ich habe mal 1960 (!, d.Verf.) auf einem Parteitag der SPD in Hannover gesagt - da bin ich zum ersten Mal zum Kanzlerkandidat nominiert worden - ich kann mir denken, dass sich die Enkel Chruschtschows noch Kommunisten nennen, auch wenn sie es vielleicht nicht mehr sind. Das ist nicht mehr Zukunftsmusik, sondern ziemlich aktuell. (...) Es sieht jetzt so aus, als ob die sowjetische Führung wohl an die erste Stelle setzt, dass der sicherheitsmässige Rahmen aufrechterhalten bleibt, innerhalb dessen sich dann unterschiedliche Entwicklungen vollziehen können. Das wäre schon eine ganze Menge. Sonst bin ich eher geneigt, den Vergleich herzustellen mit der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Mit dem großen Streit, der ja nicht nur ein Streit der Worte, sondern häufig auch ein blutiger Streit wurde, ob Sozialismus auf bolschewistische Art verwirklicht werden kann. Und da sehe ich nun doch eine Menge Anzeichen dafür, dass stattdessen der häufig verlästerte demokratische Sozialismus ein akzeptabler Nenner werden könnte. Das ist ermutigend. (...) Und es bleibt auch interessant, dass sich in einigen dieser noch regierenden Parteien (in Ost-Europa, d.Verf.) Tendenzen der Sozialdemokratisierung zeigen.*“[80] Diese Einschätzung liegt genau auf der Linie der US-Strategen, die diese bereits Mitte der 60er Jahre (auch und besonders in Auswertung der Beschlüsse und Konsequenzen des XX. Parteitages der KPdSU) gezogen hatten: „*Im Westen herrscht gegenwärtig die Meinung derjenigen vor, die mit einer allmählichen Milderung des Kommunismus rechnen. Ja, mit einer Annäherung des Kommunismus an die Sozialdemokratie.*“[81] Ein britischer „Kommunismusexperte“ und Mitarbeiter der bürgerlich-liberalen Tageszeitung „Guardian“ stimmt dieser Einschätzung zu: „*Jede kommunistische reformistische Bewegung wird unweigerlich vom ‘schleichenden Kapitalismus’ begleitet.*“[82]

1987: revisionistische Positionen werden in der DDR offiziell

Der nächste Coup in dieser Richtung in der DDR wurde 1987 mit der Veröffentlichung des gemeinsamen SPD/SED-Papiers unter dem Titel „*Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit*“ gelandet; allerdings waren nun die Ausgangsvoraussetzungen

---

[79] Fritz Schenk, „*Die Zerschlagung des Mythos Stalin*“, FAZ 24.2.1996

[80] Interview der „Süddeutschen Zeitung“ mit Willy Brandt, 8./9.4.1989

[81] Z.Brzezinski, „*Die Aufgaben von morgen*“, Foreign Affairs, 7-9/1966, S.663

[82] zit nach: Prawda, 21.8.1968 aus einem Artikel von J.Shukov: „*Was sie angestrebt haben. Spekulationen und Fehlrechnungen der Feinde des tschechoslowakischen Volkes*“

für die Strategen des Imperialismus wesentlich günstiger: 1985 war mit Herrn Gorbatschow ein Mann Generalsekretär der KPdSU geworden, bei dem recht schnell deutlich wurde, dass er unter den Parolen von „Perestroika“ und „Glasnost“ die Entwicklung des Revisionismus ins Unkontrollierbare beschleunigen wollte, bis diese in eine offene Konterrevolution umschlägt und die Sowjetmacht vernichtet. Zudem gab es augenscheinlich im intellektuellen Apparat der SED sowie einiger DDR-Universitäten und Forschungseinrichtungen Kräfte, die bereit waren, diese Signale aus Moskau willig nachspielen. Doch lassen wir einen der Autoren dieses Papiers, Harald Neubert (PDS) – jüngst als Co-Autor von Robert Steigerwald (DKP) und Beitragsschreiber für die Zeitung der DKP (UZ) wieder hervorgetreten (sic! d. Verf.) – zu Worte kommen: *„Beim Treffen 1985 wandte sich Erhard Eppler gegen den Begriff der friedlichen Koexistenz, da friedliche Koexistenz nach kommunistischer Auffassung mit weltrevolutionären Ambitionen verknüpft, auf die Überwindung des Kapitalismus gerichtet sei. Wegen dieser einseitigen, antikapitalistischen und revolutionären Zielrichtung könne die SPD sich nicht zur friedlichen Koexistenz bekennen. Es komme vielmehr darauf an, im Interesse von Frieden, Sicherheit und normaler internationaler Zusammenarbeit die Existenzberechtigung beider Systeme anzuerkennen. Seitens der Gesprächsteilnehmer der SED wurde – in Abweichung von der damals gängigen, allerdings mehr rhetorischen als realpolitischen Interpretation von friedlicher Koexistenz als Form des Klassenkampfes entgegnet, dass friedliche Koexistenz neu zu definieren sei. (...)*

In unserem Papier war unter anderem von der Koexistenzfähigkeit des Kapitalismus die Rede – eine Erkenntnis, die einerseits der neuen weltpolitischen Situation entsprach, andererseits so noch nicht zur damaligen offiziellen Position der SED-Führung gehörte (sic! d.Verf.).“ [83]

So ergibt sich, dass dann in dem offiziellen Dokument formuliert wurde: „*Beide Systeme müssen sich gegenseitig für friedensfähig halten. Das im Osten vertretene Konzept der Friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und das im Westen, vor allem von Sozialdemokraten entworfene Konzept einer Gemeinsamen Sicherheit setzen, soweit sie ernst gemeint und konsequent sind, beide die prinzipielle Friedensfähigkeit der anderen Seite voraus.*“[84]

Harald Neubert spricht weiter Klartext: „*In reformorientierten Kreisen der SED war zu jener Zeit das kritische Nachdenken über diese Probleme bereits viel weiter fortgeschritten, als das in diesem Dokument Ausdruck findet. (...) Die Veröffentlichung des Dokuments ‚Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit’ fand eine sehr breite Erörterung in beiden Parteien, in der DDR und der BRD, in der internationalen Arbeiterbewegung. Trotz manchen Vorbehalten war besonders in den reihen der SED das*

---

[83] H. Neubert, „*Zum gemeinsamen Ideologie-Papier von SED und SPD aus dem Jahr 1987*“ Hefte zur DDR-Geschichte, Nr. 18, S.10

[84] zit. nach ebenda, S.11

Interesse an diesem Dokument sehr groß. In den Organisationen der Partei fanden zahlreiche Veranstaltungen statt, die keineswegs die Auseinandersetzung mit dem Dokument, sondern dem wohlwollenden Vertraut machen (sic! d.Verf.) mit ihm dienten. (...)

Aufgrund der positiven, von der SED gebilligten Aussagen zum Dialog und wegen des hierbei zum Ausdruck kommenden Dilemmas der SED trug das Gemeinsame Dokument wesentlich zur Stärkung des Selbstbewusstseins oppositioneller Kräfte, zur Erosion des öffentlichen Bewusstseins in der DDR bei.“[85] Angesichts dieses offensiven Infragestellens sowie der Aufgabe marxistisch-leninistischer Grundprinzipien auf Seiten der SED wird vielerlei verständlicher: einmal, dass sich die SPD-Führung heute rühmt – so z.B. Hans-Jochen Vogel und Erhard Eppler 1993 in der „Enquete-Kommission des Bundestages zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte“ – u.a. und besonders auch mit der Ausarbeitung des gemeinsamen SED/SPD-Papiers zur Erosion der SED und damit letztendlich zur Zerschlagung der sozialistischen DDR beigetragen zu haben. Klarer wird jedoch auch, warum das Papier und seine Folgen innerhalb der SED zur Verbreiterung revisionistischer Positionen führten, die nicht wenige ihrer Vertreter schließlich objektiv in eine konterrevolutionäre Rolle hineinwachsen ließen. Dieses Klima und diese Positionen verstärkten sich rasant insbesondere in intellektuellen Kreisen in der SED.

Während sich innerhalb der SED die DDR-Anhänger von Gorbatschows „Perestroika“ und „Glasnost“ formierten und organisierten, waren die Strukturen der Kirchen in der DDR Anlaufstellen für Personen, Grüppchen sowie Keimzellen von Organisationen, die nicht selten offen den Sozialismus ablehnten, zumindest jedoch einer an der BRD-SPD orientierten Sozialdemokratie zuneigten.

„*Parallel zu dem, was unter den Kirchendächern geschah, begann sich seit Gorbatschows Machtübernahme zunächst abseits jeder Öffentlichkeit eine ganz andere Opposition herauszubilden. Sie wurde getragen von den prosowjetischen, atheistischen Eliten des Apparates. Einer ihrer frühen Protagonisten im Land war Manfred von Ardenne, der Leiter des kernphysikalischen Instituts in Dresden. (...)*

Wie Ardenne später selbst offen legte, war er am 18. Juni 1987 in seinem Dresdner Haus mit dem stellvertretenden KGB-Chef und Andropow-Zögling General Wladimir A. Krjutschkow – einem der nächsten ‚Mitstreiter’ Gorbatschows – zusammengetroffen. Thema des Gesprächs war die dringend erforderliche Umgestaltung in der DDR. (...)

Ob der Dresdner SED-Bezirksvorsitzende Hans Modrow damals anwesend war, erwähnte Ardenne nicht. Jedoch ist es unwahrscheinlich, dass Krjutschkow, der 1988 als erster Chef der Auslandsaufklärung zum Vorsitzenden des KGB avancieren sollte, sich in Dresden aufhielt, ohne mit dem Bezirksvorsitzenden zusammengetroffen zu sein. Die Partei-Etikette hätte solches verlangt. Im selben Jahr, in dem Krjutschkow in Dresden

---

[85] ebenda, S.14/15

weilte, besagten Gerüchte, Modrow sei der von den Sowjets favorisierte Nachfolgekandidat Honeckers. (....)

Fast zur gleichen zeit trat ein ‚guter Freund' Modrows als lautstärkster Verfechter von Glasnost und Perestroika, aber auch für ein ‚Europäisches Haus' an die Öffentlichkeit: Markus Wolf (...)

Von Wolf gingen die Kontakte zu anderen Angehörigen prosowjetischer Eliten wie etwa dem Ost-Berliner Gesellschaftswissenschaftler Michael Brie, der wie die Juristin Rosemarie Will oder der Gesellschaftswissenschaftler Dieter Segert der interdisziplinären Projektgruppe ‚Sozialismus' and der Humboldt-Universität angehörte, die in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre Glasnost und Perestroika, übertragen auf die Verhältnisse in der DDR, nachvollzog. (...)

Ein früher intellektueller Mitkämpfer für die Durchsetzung der Ideen von Glasnost und Perestroika war auch Michael Bries Bruder, der Diplomwissenschaftler André Brie. Auch er arbeitete an einen Konzept eines ‚alternativen Sozialismus'."[86]

Diese Entwicklung der Ereignisse wird auch von anderen Zeitzeugen und Historikern in den wichtigsten Punkten belegt oder geschildert, selbst von solchen, die der PDS angehören.[87] Auch bestätigen inzwischen einige der Verantwortlichen in eigenen Veröffentlichungen – direkt oder indirekt, in vollem Ausmaß oder teilweise und z.T. geschönt – ihre Rolle in diesen Prozessen, die objektiv und gemeinsam mit anderen Faktoren zur Konterrevolution führten, sie zumindest jedoch förderten.[88] So schreibt z.B. der „PDS-Vordenker" André Brie in seinem Buch „Ich tauche nicht ab": *„Ich hatte vierzig, fünfzig Vorträge jährlich gehalten. Der Schriftsteller Reinhold Andert, der meinen Bruder und mich gelegentlich in solchen Veranstaltungen erlebte, schrieb darüber: ‚Dieses Brüderpaar zog in den letzten DDR-Jahren als Wanderprediger durch Kultur-, Studenten- und andere intelligenzfreundliche Klubs, um in Vorträgen zum Entsetzen ihrer Zuhörer das Ende des realen Sozialismus zu verkünden. André tat dies mit Rüstungs- und Umweltzahlen, Michael mit der Messlatte moderner Industriegesellschaften'.*"[89]

Die Kreise schließen sich, das Ende naht

Während sich die SED-interne Opposition zum Sturm auf die Führung der Partei vorbereitet, wachsen 1988/89 jene oppositionellen Kräfte außerhalb der SED an und vernetzen sich, von denen sich viele bereits – in welcher Form auch immer – vom

---

86 Reuth/Bönte, „*Das Komplott*", München/Zürich1993, S.79ff

87 vgl. dazu in diesem Sinne ausführlich u.a.: Czichon/Marohn, „Die DDR im Perestroika-Ausverkauf", Köln, 1999

88 vgl. in diesem Zusammenhang z.B.: Markus Wolf, „*In eigenem Auftrag*", München, 1991

89 A. Brie, „*Ich tauche nicht ab*", Berlin, 1996, S.14

Sozialismus verabschiedet haben, inoffiziell zumindest. Das gerade in deren Nähe immer häufiger imperialistische Geheimdienste zu finden waren, mag inzwischen nicht mehr verwundern.

„*Im Verlauf der 80er Jahre suchten Oppositionelle aus der DDR verstärkt Verbindungen zu diplomatischen Vertretungen und Journalisten ausländischer Medien. Diese wiederum waren daran interessiert, sie als ständige Gesprächs- und Auskunftspartner zu gewinnen, weil sie zurecht dort ein Informationspotential vermuteten, aus dem sie mehr über die DDR erfahren konnten als aus Gesprächen mit offiziellen Vertretern der DDR. Die Kontaktpartner aus der Opposition ihrerseits, auf diesem Wege Unterstützung zu bekommen. Sei es als Öffentlichkeit, die sie schützte, sei es materielle Hilfe, sei es Literatur. Nicht zuletzt schufen sie sich damit sichere Verbindungskanäle nach dem Westen.*

Auf die Entwicklung solcher Kontakte konzentrierten sich zunehmend die Residenturen westlicher Geheimdienste, vor allem der CIA, in den 80er Jahren. Dafür setzten sie nachrichtendienstlich ausgebildete Gesprächsaufklärer ein, die in Abstimmung mit der Leitung der Botschaften fast ausschließlich diese speziellen Verbindungen pflegten. Das ging soweit, dass selbst beim Besuch eines stellvertretenden Außenministers der USA das Gespräch mit Vertretern oppositioneller kirchlicher Kreise durch die CIA-Residentur in der DDR vorbereitet und organisiert wurde. (...)

Eine Vorstellung von der Intensität dieser Kontaktarbeit konnte 1987 bei der Beendigung des Einsatzes des CIA-Mitarbeiters Quigley und des Gesprächsaufklärers Gregory Sandford gewonnen werden. Die Spionageabwehr (der DDR, d. Verf.) zählte in ihrem Abschlußbericht fast 200 DDR-Bürger zu den stabilen Kontaktpartnern. Etwa 25% von ihnen waren Vertreter des Staates und von Parteien, rund 30% Kunst- und Kulturschaffende und 22% Funktionsträger von Kirchen und Religionsgemeinschaften. Weitere 23% der Gesprächspartner kamen aus anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Von den 200 verdienten aus Sicht des MfS (Ministerium für Staatssicherheit, d. Verf.) etwa 30 die Bezeichnung ‚aktiver Oppositioneller'.

Die wohl engsten Kontaktpartner in Ostberlin waren Pfarrer Rainer Eppelmann und sein Adlatus Rainer Hirsch. Die Verbindung wurde über Jahre von Mitarbeitern der CIA-Residentur und amerikanischen Diplomaten und Gesprächsaufklärern nahtlos aufrechterhalten."[90]

Während die Konterrevolution auf den Straßen der DDR ab Oktober 1989 immer aggressiver auftrat, sich in den unterschiedlichsten Zirkeln und Gruppierungen organisierte, aber auch vernetzte, die Einmischung des BRD-Imperialismus immer intensiver wurde, stand die Parteiführung der SED faktisch mit dem Rücken zur Wand: ohne jegliche Konzeption, der immer bedrohlicher werdenden Entwicklung organisiert

---

90 Eichner/Dobbert, „*Headquarters Germany. Die USA-Geheimdienste in Deutschland*", Berlin 1997, S.138/139

entgegenzutreten, zumindest die Kommunisten und die Partei zu mobilisieren, gefangen in revisionistischen Vorstelllungen und Positionen, die sich in den vergangenen Jahrzehnten schrittweise und widersprüchlich entwickelt hatten, mit wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten konfrontiert und durch hohe Auslandskredite potentiell durch den Imperialismus erpressbar gemacht, der immer gefährlicher und dynamischer werdenden Entwicklung hinterher trabend, vor allem von einem ehemaligen Freund und Verbündeten, der gorbatschowistischen Sowjetunion zunächst im Stich gelassen, dann an den Imperialismus verkauft. Und dieser „Freund" hatte buchstäblich den scharfen Dolch nicht nur im Gewande; so häufen sich in letzter Zeit die Hinweise und Verweise auf eine Struktur innerhalb des sowjetischen Geheimdienstes KGB („*Luch*"), die nicht nur in der DDR, sondern auch in anderen sozialistischen Ländern, die Aufgabe hatte, „Perestroika" und „Glasnost" falls notwendig auch gegen die jeweiligen Parteiführungen durchsetzen zu helfen. Dementsprechend habe es in der DDR Koordinierungen mit und Unterstützung für „Gorbatschowisten" innerhalb der SED gegeben.[91] Zudem gibt es Indizien dafür, dass es dabei sogar zu einer direkten Kollaboration mit imperialistischen Geheimdiensten, vor allem der CIA, kam. So soll die berühmt-berüchtigte „Operation Rosenholz" der CIA, bei der hochbrisante Akten des MfS nach Langley verschleppt wurden, ein Kind dieser engen Zusammenarbeit sein.

Die konterrevolutionäre Rolle von *Luch*

Die Nachhaltigkeit des konterrevolutionär-revisionistischen Einflusses (nicht nur) in der DDR lässt sich anhand der Entwicklung und Rolle einer Sondereinheit des sowjetischen Geheimdienstes KGB bereits heute nachweisen, obwohl noch nicht alle Fakten offengelegt werden konnten. Der Name dieser Einheit: „Luch" (Strahl). Sie operierte in allen sozialistischen Staaten, mit besonderem Schwerpunkt jedoch in der DDR. „*Im Frühjahr 1992 -. Inzwischen war nicht nur die DDR, sondern auch die Sowjetunion untergegangen – informierte das Bundesamt für Verfassungsschutz eine kleine Zahl ausgewählter Verantwortungsträger der Bundesrepublik über eine geheime KGB-Struktur in Deutschland. In dem streng geheimen Papier heißt es, dass außerhalb der bekannten KGB-Residentur in Karlshorst, dem für die Aufklärung des Bundesrepublik zuständige ‚Führungskopf', dem so genannten ‚Berliner Apparat', eine weitere geheime KGB-Residentur existierte, die so genannte Gruppe ‚Luch' (russisch für Strahl). Während die ‚normalen' Vertretungen des KGB wegen der historischen Entwicklung und wegen der überwiegend identischen Aufklärungsschwerpunkte eng mit dem MfS zusammengearbeitet hätten, sei die Gruppe ‚Luch' ein völlig abgeschotteter Bereich gewesen, der keinerlei Arbeitskontakte zum MfS der ehemaligen DDR unterhalten habe. Auch innerhalb des KGB sei die Gruppe ‚Luch' einer besonderen Geheimhaltung unterworfen. Es heißt dazu: 'Luch' war aus dem regulären Hierarchiegefüge der offiziellen Residentur*

[91] vgl. dazu: Czichon/Marohn, „*Die DDR im Perestroika-Ausverkauf*", Köln, 1999 sowie Reuth/Bönte, „*Das Komplott*", München/Zürich, 1993

herausgelöst und nur den direkt befassten Mitarbeitern der 4. Abteilung (der so genannten Deutschlandabteilung im Moskauer Hauptquartier, d. Verf.) sowie der Leitungsebene der 1. H(aupt)V(erwaltung) des ehemaligen KGB insgesamt bekannt und entsprechend unterstellt.'"[92]

Diese Sondertruppe „Luch" war zu Beginn der 80er Jahren aus handverlesenen Geheimdienstkadern zusammengestellt worden, um eine offen revisionistische Wende in der Sowjetunion einleiten zu helfen. Damit ist ihr erster Aufgabenbereich im weitesten Sinne umschrieben.

Neben bestimmten Kreisen von Intellektuellen innerhalb und außerhalb der Partei, waren es vor allem hoch organisierte Kader innerhalb der bewaffneten Organe der Sowjetunion, besonders im Geheimdienst KGB, die Träger und Motoren revisionistischer Gedanken, Theorien und Konzeptionen waren bzw. wurden. Hiermit hatte der Revisionismus eine organisatorische Machtbasis, von der aus die KPdSU systematisch von innen her zersetzt werden konnte. Dieser in sich widersprüchliche, aber kontinuierlicher Prozess, für den der XX. Parteitag der KPdSU zur Wende und Basis geworden war, belegt auch auf dieser Ebene, wie eng verzahnt Revisionismus und Konterrevolution sind, dass der Revisionismus die notwendige Basis für konterrevolutionäre Entwicklungen bildet. Nach dem XX. und vor allem auch XXI. wie XXII. Parteitag der sowjetischen Kommunisten hatte unter Führung des Renegaten Chrustschow vor allem innerhalb der bewaffneten Kräfte, so an erster Stelle innerhalb des KGB, eine massive, wenig wahrgenommene und bisher noch viel zu wenig wissenschaftlich untersuchte Säuberungswelle eingesetzt, der wichtige marxistisch-leninistische Kader zum Opfer fielen und durch revisionistische Anhänger Chrustschows ersetzt wurden.

Schließlich war die Zeit für den Generalangriff auf das Führungszentrum gekommen, um damit die revisionistische Entwicklung unumkehrbar zu machen. Für seinen Erfolg steht ein Name: Michail Gorbatschow. „*Gorbatschows steile Karriere wäre ohne einflussreiche Förderer nicht möglich geworden. (...) Hinzu kam als Gönner vor allem aber der langjährige KGB-Chef Andropow, der den Nordkaukasier (gemeint ist Gorbatschow, d. Verf.) unter seine Fittiche genommen hatte. Auch der hatte schon früh sein Interesse an dem mächtigen KGB bekundet. Seine praktische juristische Ausbildung leistete er wohl nicht bei einem Gericht oder einer Staatsanwaltschaft ab, sondern beim Geheimdienst. Andropow setze seinen gelehrigen Zögling für seine Politik ein. Um diese in Angriff nehmen zu können, galt es zunächst, im Parteiapparat den Widerstand der orthodoxen Kommunisten zu brechen. Gorbatschow war es, der nun zahlreiche Partei-*

---

92 zitiert nach und ausführlicher beschrieben in: Reuth/Bönte, „*Das Komplott*", München/Zürich, 1993

und Staatsfunktionäre des Machtmissbrauchs und der Korruption bezichtigte und damit aus ihren Ämtern entfernen ließ.“[93]

In der ersten Phase ihrer Existenz lassen sich die Aufgaben der revisionistisch-konterrevolutionären KGB-Einheit „Luch“ in zwei wichtigen Bereichen zusammenfassen:

1) Durchsetzung des Machtantritts Gorbatschows sowie seiner Absicherung;
2) Zersetzung und Zerschlagung des Parteiapparates der KPdSU durch interne Operationen sowie externe Aktionen (z.B. Organisierung revisionistischer Propaganda, Unterstützung sich im Rahmen von „Perestrojka“ entwickelnder, sich im Rahmen der Zersetzungsstrategie als nützlich erweisender Organisationen, Vereine etc. oder Gründung derselben).

In der zweiten Phase (etwa ab Beginn 1987) weiteten sich die Aufgabenfelder von „Luch“ aus:

+ Schwächung und Zerschlagung von Gegnern der sowjetischen, revisionistischen „Perestoika“ und „Glasnost“-Politik innerhalb des sozialistischen Lagers, insbesondere die Zersetzung der dort regierenden kommunistischen Parteien durch Gorbatschow-Anhänger;

+ Spaltung kommunistischer Parteien und auch anderer revolutionärer Kräfte im Westen bzw. dem Trikont (so genannte „Dritte Welt“) mit dem Ziel, die Anhänger revisionistischen Gedankenguts à la Gorbatschow dominant werden zu lassen;

+ Propagierung und Durchsetzung der Politik der Versöhnung mit dem Imperialismus im Trikont (so geschehen zum Beispiel in Geheimverhandlungen mit der konterrevolutionären Banditenorganisation UNITA seit 1986 und entsprechenden geheimdienstlichen Kontakten mit dem Apartheid-Regime Südafrikas).

Das alles war nichts anderes als Konterrevolution global, eingehüllt in den Mantel des Revisionismus...

Im sozialistischen Lager Osteuropas kam Widerstand gegen diesen offenen Ausverkauf des Sozialismus vor allem aus der DDR, der Tschechoslowakei und Rumänien.

„Auch für die kommunistischen Führer in der Tschechoslowakei wurde das Jahr 1989 zum Schicksalsjahr. (...) Später wurde von einer gemeinsamen Verschwörung des KGB und des tschechoslowakischen Geheimdienstes berichtet. Die Aktivitäten, die mit dem Sturz der Regierung endeten, sollen demnach unter dem Decknamen ‚Operation Keil’ durchgeführt worden sein – Behauptungen, deren Kern kein Geringerer als

---

93 zitiert nach und ausführlicher beschrieben in: Reuth/Bönte, „*Das Komplott*“, München/Zürich, 1993

Staatspräsident Havel bestätigte. Am 31. Mai 1990 zitierten ihn Zeitungen dahingehend, dass das KGB ein Komplott zur Ablösung des orthodoxen Systems unterstützt habe.“[94]

Zu präzisieren sei an dieser Stelle nur, dass es sich beim KGB nicht um das gesamte Organ, sondern um die Spezialeinheit „*Luch*“ handelte und in der CSSR um einige „*Luch*“-Kollaborateure innerhalb der tschechoslowakischen Sicherheitsdienste, nicht den gesamten Dienst. Auch gegen die kubanische Revolution im Allgemeinen und Fidel Castro im Besonderen entfaltete „Luch“ eine Regie von Aktivitäten, die jedoch scheiterten. Seit 1988 sondierten Agenten aus Moskau in Kontakt mit nahezu allen kubanischen Contra-Fraktionen Möglichkeiten, die revolutionäre Führung der KP Kubas abzulösen, um einen gorbatschowistischen Wechsel auch auf der sozialistischen Karibikinsel vor der Haustür des US-Imperialismus herbeizuführen.

In besonderem Maße richtete „*Luch*“ jedoch seine Aufmerksamkeit auf die DDR, nicht nur sozialistische Nahtstelle mit dem Imperialismus in Europa, sondern zugleich auch das fortgeschrittenste sozialistische Land (neben der Sowjetunion). Auch an der DDR war der XX. Parteitag nicht spurlos vorübergezogen, hatte sich revisionistisches Gedankengut herausgebildet, zum Teil sehr widersprüchlich verfestigt, zu bereits beschriebenen, immer bedenklicher werdenden Entwicklungen geführt, die konsequent in die Bildung revisionistischer Leitfiguren oder Organisationskerne innerhalb der SED bzw. ihrem unmittelbaren „Umfeld“ führen mussten. Hier fallen Namen wie Hans Modrow, Markus (Mischa) Wolf, die Brie-Brüder. Genügend Ansätze, die auch für „*Luch*“ operative Ansätze boten, um einen offen revisionistischen „Wandel“ der SED herbeizuführen. Seit Mitte der 80er Jahre hatte „*Luch*“ mit einer strategischen Rekrutierungsoffensive in der DDR begonnen, wobei Bürger der DDR, vor allem Mitglieder der SED und ihrer Massenorganisationen auf verschiedenen Ebenen, zum Teil direkt als Agenten verpflichtet wurden oder aber, ohne ihr Wissen, abgeschöpft oder benutzt wurden. „*Bei den von ‚Luch’ rekrutierten Personenkreisen soll es sich, der Analyse des Verfassungsschutzes zufolge, neben Kadern aus der Staatsführung um Entscheidungsträger der FDJ, aus Bildungseinrichtungen, aber auch aus den Reihen der Kirche gehandelt haben. In der Jahren 1988/1989 sei die Arbeitsweise von ‚Luch’ modifiziert worden. ‚Fortan waren nicht mehr Verpflichtungen von hochrangigen DDR-Führungskadern vorrangig (...), sondern vielmehr die Suche nach Fachleuten der mittleren Managementebene.’ Man habe sich ‚auf Mitglieder der Blockparteien der ehemaligen DDR, solcher neugegründeter Parteien im Zuge der Wende und Angehörige von Jugendorganisationen konzentriert.’*“[95]

In dieser Situation spitzte sich die Lage innerhalb der SED zu. Es kam zum Parteiputsch der „DDR-Gorbatschowisten“ und zur schrittweisen Mutation der SED in die PDS (heute Partei „Die Linke“). Es sollte dann nur noch wenige Monate dauern, bis der BRD-

---

94 ebenda

95 ebenda

Imperialismus endgültig am lang gehegten Ziel seiner Begierden und Diversionsstrategien war: der Liquidierung des Sozialismus in der DDR und der Annexion des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates auf deutschem Boden.

Michael Opperskalski, Köln

Ökonomie

Klaus Hesse: Aufstieg und Niedergang des realen Sozialismus - über ökonomische Ursachen und politische Perspektiven zwischen Revolution und Konterrevolution

Wer in die Zukunft sehen will, sollte sich zuvor mit den Erfahrungen befassen, die ihm die jüngste Vergangenheit auf den Weg gegeben hat. Dies ist kein Garant für fehlerfreies Handeln. Aber angesichts hinreichend tief greifender revolutionärer Umwälzungen hat die Menschheit und haben die Menschen allzumal feststellen müssen, dass eben noch bewährtes Wissen nur noch beschränkt übertragbar ist. Ein Blick zurück sollte in erster Linie dazu führen, die Tendenzen deutlich zu machen, in denen anscheinend sicheres Wissen überholt, relativiert oder bestätigt wurde. Vielleicht kann so ein wenig besser mit Problemen umgegangen werden, die sich nun erst abzeichnen. Es ist schon viel getan, wenn neue Probleme rechtzeitig als solche erkannt werden.

Wenn man nach den Ursachen des Scheiterns des realen Sozialismus fragt, kann man sich nicht nur auf einige wenige Momente beschränken. Es ist mehr als oberflächlich, wenn man diese Entwicklung aus der Perspektive der DDR oder noch enger - aus der Sicht des Handelns einiger der an diesem Prozess beteiligten Personen beurteilen wollte. Hier sind auch und vor allem die Erfahrungen mit Entwicklungsproblemen beim Aufbau des Sozialismus in der UdSSR einzubeziehen. Eine fundierte Analyse dieser Ereignisse ist nur möglich, wenn die Entwicklung des militärischen Kräfteverhältnisses zwischen dem Warschauer Vertragspartnern und der NATO einbezogen wird. Erst in diesem Kontext kann verständlich werden, welche Veränderungen durch den Wettkampf um die wissenschaftlich-technischen Umwälzung der Produktivkräfte ausgelöst wurden. Um sich den Antworten auf diese Frage zumindest zu nähern ist es unerlässlich, einige wesentliche Momente dieser historischen Entwicklung nachzuzeichnen. Dabei geht es

erstens um die **Entwicklung der UdSSR** zwischen NÖP, Industrialisierung, Großem Vaterländischen und so genanntem Kalten Krieg,

zweitens um die zwischen Reparationen, Aufbau des Sozialismus, Neues Ökonomisches System und der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik nachzuzeichnenden Vorzüge und Grenzen des **realen Sozialismus in den Farben der DDR,**

drittens um die sozialökonomische Dimensionen und Konsequenzen der Entwicklung des **militärischen Kräfteverhältnisses,** und

viertens um den Klassenkampf der ‚Dienste' zwischen Aufklärung, Spionage und Sabotage

fünftens um den Wettkampf der Systeme zwischen **wissenschaftlich-technischen Revolutionen und Kaltem Krieg**

1. Die UdSSR zwischen NÖP, Industrialisierung, Großem Vaterländischem und Kaltem Krieg - über historische Erfahrungen mit Entwicklungsproblemen des realen Sozialismus in einem Land

1. Das erste Problem ist die Frage nach der **historischen Einordnung der Oktoberrevolution.** Das Scheitern der UdSSR hat der in der Tradition Plechanows stehenden Kritik an der Vorbereitung und Durchführung einer sozialistischen Revolution in Russland neuen Auftrieb gegeben. Die Tatsache, dass ausgerechnet eines der rückständigsten Länder Europas den ersten Schritt in diese Richtung tat, wurde damals und wird heute als ein entscheidender Fehler der Bolschewiki angesehen. Dabei wurde wird von den reformistischen Verrätern der sozialistischen Internationale und wird von ihren Nachfolgern verdrängt und ‚vergessen', dass sich die Bolschewiki im revolutionären Russland nur noch zwischen dem Verrat an der revolutionären Bewegung und der Entscheidung für eine weltrevolutionäre Perspektive entscheiden konnten. Rosa Luxemburg wird heute nur noch im Zusammenhang mit der nicht einmal zu Ende gelesenen Randnotiz zur 'Freiheit der Andersdenkenden' zitiert. Aber in jener Schrift ist nachlesbar, was sie den Verrätern der Revolution ins Stammbuch schrieb: „Nicht Russlands Unreife, sondern die Unreife des deutschen Proletariats zur Erfüllung der historischen Aufgaben hat der Verlauf des Krieges und der russischen Revolution erwiesen, und dies mit aller Deutlichkeit hervorzukehren ist die erste Aufgabe einer kritischen Betrachtung der russischen Revolution."[96]

2. Die mit der **Neuen Ökonomischen Politik** erhofften Anregungen der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes blieben in jeder Hinsicht hinter den damit verbundenen Erwartungen zurück. In der durch ein völlig unzureichenden Entwicklungstempos der Industrie, wachsende Arbeitslosigkeit, kriminelle Formen der Bereicherung bei den NÖP-Kapitalisten, Versorgungsmängel bei Brotgetreide und die Verschärfung der Konflikte zwischen der Dorfarmut und den Kulaken gekennzeichneten Zuspitzung der Klassenwidersprüche zeichnete sich die Gefahr der Wiederbelebung des Kapitalismus ab. Im Oktober 1925 waren 34,3% der russischen Industriearbeiter arbeitslos, im Dezember 1926 - 38,3% - ein Ende war nicht absehbar.

---

[96] R. Luxemburg: Zur russischen Revolution; R.L Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 333f.

Tab.1: Arbeitslosigkeit in der UdSSR der zwanziger Jahre[97]

	Arbeitslose		qualifizierte		unqualifizierte		Beschäftigte in der Industrie	
	in 1000	in%[98]	in 1000	in%	in 1000	in% .	in 1000	in%
1.10.1925	0.920	-	142,8	100	484,1	100	2.034,5	100
1.10.1926	1.070	+16	182,8	128,5	589,6	121,2	2.279,2	112
1.12.1926	1.254	+36	206,1	144,9	668,5	137,5	2.285,5	112,3
1.06.1927	1.455	+58	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.

3. Angesichts der Tatsache, dass die deutsche Revolution von den rechten Führern der Sozialdemokratie verraten und durch die Kräfte der Reaktion niedergeschlagen wurde blieb Sowjetrussland auf sich allein gestellt. Unter diesen Bedingungen war die Orientierung auf den **Aufbau des Sozialismus in einem Land** die einzige realistische Alternative zur Restauration des Kapitalismus und zu der von Trotzki und seinen Anhängern vertretenen abenteuerlichen Orientierung auf den unter der Losung der *permanenten Revolution* betriebenen Revolutionsexport.[99]

4. Vor diesem Hintergrund verschärften sich die innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Industrialisierung der Sowjetunion, das dabei anzuschlagende Tempo und deren Schwerpunkte. Im Streit mit und zwischen ‚linken' und ‚rechten' Oppositionären kumulierten nicht nur die Besonderheiten der russischen Geschichte, die Folgen des ersten Weltkrieges, der Bürger- und der Interventionskriege und der im Resultat der NÖP entstandene Rückstau von Problemen sondern auch die militärtechnischen Erfordernisse

---

97 Trotzki: Unter dem Banner Lenins; in: Archiv Trotzki – die kommunistische Opposition in der UdSSR 1923-1927, Band 3, S. 155

98 Basis dieser Zahlen: der Wert von 1925 = 100

99 „Die Machteroberung durch das Proletariat schließt die Revolution nicht ab, sondern eröffnet sie nur. Der sozialistische Aufbau ist nur auf der Basis des Klassenkampfes im nationalen und internationalen Maßstab denkbar. Unter den Bedingungen des entscheidenden Übergewichts kapitalistischer Beziehungen in der Weltarena wird dieser Kampf unvermeidlich zu Explosionen führen, d.h. im Inneren zum Bürgerkrieg und außerhalb der nationalen Grenzen zum revolutionären Krieg. Darin besteht der permanente Charakter der sozialistischen Revolution, ganz unabhängig davon, ob es sich um ein zurückgebliebenes Land handelt, das erst gestern seine demokratische Umwälzung vollzogen hat, oder um ein altes kapitalistisches Land, das eine lange Epoche der Demokratie und des Parlamentarismus durchgemacht hat." L.D. Trotzki,: Die permanente Revolution, Berlin 1981, S. 151

der Verteidigungsindustrie. Die Stalinsche Position[100] wurde von der Mehrheit der Partei und der arbeitenden Bevölkerung unterstützt.

5. Wichtigste Streitpunkte der innerparteilichen Auseinandersetzung in der politischen Führung der Bolschewiki waren die Entscheidungen zwischen

- der von Trotzki und seinen Anhängern geforderten Orientierung auf den Export des weltrevolutionären Prozesses mit militärischer Gewalt und dem Aufbau des Sozialismus in einem Land,

- der Wiederherstellung der Wirtschaft auf der Grundlage der Neuen Ökonomischen Politik, der von Bucharin und Rykow verfochtene Orientierung auf vorrangige Förderung der Landwirtschaft und der von der Mehrheit der Partei unterstützte Kurs auf die unabdingbar notwendige Beschleunigung der Industrialisierung auf Kosten der Landwirtschaft,

- der Bewahrung der Traditionen des Bürgerkrieges und dem Aufbau einer modernen Armee mit motorisierten Infanterie-, Panzer- und Luftlandeverbänden sowie modernen Luft- und Marinestreitkräften,

- dem Ausbau einer zentralisierten Macht und der Entwicklung von neuen Formen der Selbstverwaltung.

6. Nach der Ermordung Kirows wurden die Methoden des Kampfes gegen den weißen Terror reanimiert.

Dies und die Tatsachen, dass die Durchsetzung der Industrialisierung von verschiedener Seite bekämpft und behindert wurde, dass sich in der Parteiführung, in der Armee und in den staatlichen Einrichtungen neue Machtgruppierungen bildeten und dass angesichts der internationalen Entwicklung mit einem militärischen Überfall zu rechnen war, trugen zu Tendenzen der Verselbständigung des Sicherheitsapparates bei.

7. Die Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes mit Hitlerdeutschland wird als Beweis für Hinterlist, Aggressivität und Geistesverwandtschaft interpretiert. Eine nüchterne Prüfung des Handelns aller agierenden Kräfte lässt sehr bald deutlich werden, dass die UdSSR dadurch nicht nur dem ihr von den Westmächten zugedachten Schicksal des Kriegsopfers entging:

Erst nach der militärischen Niederlage fast aller europäischer Staaten sah sich Großbritannien angesichts fehlender Alternativen gezwungen, eine militärische Allianz mit der UdSSR einzugehen.

---

[100] dazu: „Wir sind hinter den führenden Ländern 50 bis 100 Jahre zurück geblieben. Wir müssen diesen Rückstand in zehn Jahren überwinden. Entweder wir schaffen das, oder wir werden zerschmettert.“ zitiert nach: Shdanow, dem Schwiegersohn Stalins. Sein Vater war der nächste Verbündete Stalins, der wichtigste Ideologe der Partei, sein Schwiegervater war selbst Iossif Wissarionowitsch) (russ.) unter: http://www.red-channel.de/Literatur.htm

8. Polen musste innerhalb von 5 Wochen, Frankreich innerhalb von 6 Wochen kapitulieren.

Die deutsche Wehrmacht verbrauchte innerhalb der ersten sechs Monate nach dem Überfall auf die Sowjetunion an der Ostfront Munitionsreserven, die nach Hochrechnung des OKW für 3 Jahre reichen sollten und war trotzdem nicht in der Lage, die Kriegsziele zu realisieren.

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, darauf zu verweisen, dass der wiederholt zu hörende Vorwurf ungenügender Vorbereitung auf den Krieg aus den gleichen Quellen stammt, die sich über das viel zu hohe Industrialisierungstempo und die damit verbundenen Lasten für die Bürger der Sowjetunion empören.

Aber ohne den Auf- und Ausbau der metallurgischen Basis im Ural, ohne baschkirisches Erdöl und ohne die industrielle Entwicklung der zentralasiatischen Republiken wäre die Sowjetunion schon im Sommer 1942 nicht mehr in der Lage gewesen, militärischen Widerstand zu leisten.

Tab. 2: Vergleich der Verluste der UdSSR und Hitlerdeutschlands an der Ostfront 1941-1945 [101]

	Deutschland[I]				Verhältnis d.Verluste	UdSSR[II]		
Jahr Qu	Gefallene	Verwundete	Vermisste	Gesamtverl.		Gefallene u. Verstorbene	Kriegsgef.u. Vermisste	Gesamtverl
1941 III	116.911	409.647	24.484	551.042	1 : 3,865	430.578	1.699.099	2.129.677
IV	61.052*	222.012*	13.667*	296.731*	1 : 3,397	371.613	636.383	1.007.996
Gesamt	177.963*	631.659	39.151*	848.773*	1 : 3,697	802.191	2.335.482	3.137.673

101 Zusammengestellt nach:
Erstens: F. Hahn: Waffen und Geheimwaffen des deutschen Heeres 1933-1945, Band 2: Panzer- und Sonderfahrzeuge, 'Wunderwaffen', Verbrauche und Verluste, S. 215, 221, 224, 227, 246, 301, 312
* = inclusive Luftwaffe u. Kriegsmarine; 1 = von April bis Dez. 1941
A = April; 2 = nach einer abschließenden meldung v. 20.4.45
Zweitens: Russland und die UdSSR in den Kriegen des XX. Jahrhunderts, Verluste der Streitkräfte, Statistische Untersuchung, Moskau 2001 (russ.) S. 250

1942 I	67.098[A]	236.023A	15.942[A]	319.063[A]	1 : 2,116	493.660	181.655	675.315
II	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		314.443	528.455	842.898
III	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		539.728	684.767	1.224.495
IV	246.273[1]	643.326[1]	134.924[1]	1.024.523[1]		395.164	120.344	515.508
Gesamt	313.371	879.349	150.866	1.343.586	1 : 2,425	1.742.995	1.515.221	3.258.216
1943 I	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		582.586	144.128	726.714
II	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		169.452	22.452	191.904
III	91.056	370.895	47.785	509.736	1 : 1,577	688.142	115.714	803.856
IV	75.472	312.548	98.351	486.371	1 : 1,213	504.443	85.512	589.955
Gesamt	323.940	1.000.176	191.608	1.515.724	1 : 1,525	1.944.623	367.806	2.312.429
1944 I	69.773	268.219	58.853	396.845	1 : 1,438	518.098	52.663	570.761
II	49.075	204.704	137.536	391.315	1 : 0,879	305.881	38.377	344.258
III	79.215	371.500	445.422	896.137	1 : 0,570	465.325	45.465	510.790
IV	44.189	208.557	45.036	297.782	1 : 1,135	307.024	31.058	338.082
Gesamt	242.252	1.052.980	686.847	1.982.079	1 : 0,890	1.596.328	167.563	1.763.891
1945 I	99.514	457.592	175.599	733.705	1 : 0,760	506.062	51.459	557.521
II	20.097[A]	280.460[A]	87.889[A]	388.446[A]	1 : 0,626	226.118	17.178	243.296
Gesamt	119.611	738.052	263.488	1.121.151	1 : 0,714	732.180	68.637	800.817
	1.005.413[2]	3.992.062[2]	1.369.174[2]	6.366.649[2]	1 : 1,771	6.818.317	4.454.709	11.273.026

9. Der sowjetischen Führung war die Instabilität der Antihitlerkoalition bekannt. Deren Einschätzung stützte sich auf das Verhalten der Koalitionspartner und auf Berichte der politischen, der militärischen und der wissenschaftlich-technischen Aufklärungsorgane. Diese Einschätzung wurde in den Auseinandersetzungen um die Eröffnung der zweiten Front, in den außenpolitischen Beziehungen zum antifaschistischen Widerstand in den Ländern Osteuropas, im Streit um die Kapitulation und in der Aufklärung der neuesten militärtechnischen Resultate bei der Entwicklung des Radars, der Luftwaffe und der Atombombe immer wieder bestätigt. Diesem Umstand konnte nur durch die äußerste Konzentration aller Kräfte auf die Entwicklung der eigenen Rüstungsindustrie, die konsequente Nutzung aller Ressourcen, die systematische Verbesserung der Aufklärung und der eigenen Waffen und die allseitige ökonomische und politische Unterstützung der Streitkräfte Rechnung getragen werden. Nur durch diese ungeheure Anstrengung und den damit verbundenen Verzicht auf lebensnotwenige Verbesserungen in der Landwirtschaft, in der Leichtindustrie und in der Versorgung der Bevölkerung konnte der Sieg über Hitlerdeutschland und seine Verbündeten erzielt werden.

10. Die Nachkriegsentwicklung der UdSSR war durch die extremen Widersprüche zwischen der Verfügbarkeit der größten kriegserfahrenen Armee, einen wesentlich gestärkten politischen Einfluss, durch ungeheure Verluste an Menschen, die Zerstörung der ehemals

okkupierten Gebiete und die, - durch die Konzentration, auf die Rüstungsindustrie verursachten - schwerwiegenden Disproportionen in der Volkswirtschaft charakterisiert. Angesichts des US-amerikanischen Atombombenmonopols und der sich daran orientierenden strategischen Planung der Truman-Regierung mussten in kürzester Zeit alle Anstrengungen unternommen werden, um dieser erneuten Herausforderung Rechnung zu tragen. Unter diesen Umständen mussten die ohnehin völlig unzureichenden Ressourcen, Kräfte und Mittel unter Vernachlässigung längst überfälliger Investitionen im zivilen Sektor, in der Landwirtschaft und in der Leichtindustrie erneut mit absolutem Vorrang für militärische Zwecke genutzt werden.

11. Bis zum Ende der vierziger Jahre reichte die militärische Überlegenheit der konventionellen Ausrüstung der sowjetischen Luftstreitkräfte aus, um einen Angriff zu verhindern. Nur durch die Erfolge beim Bau eigener Kernwaffen und neuer strategischer Trägersysteme war es möglich, dies auch in den darauf folgenden Jahren zu garantieren. Es ist auch ein Verdienst Stalins, dass damit grundlegende Voraussetzungen für den friedlichen Wiederaufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in der UdSSR, in den im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstandenen Volksdemokratien und in der DDR geschaffen wurden.

2. Reparationen, Aufbau des Sozialismus, Neues Ökonomisches System und Einheit von Wirtschafts- und Sozalpolitik - Vorzüge und Grenzen des realen Sozialismus in den Farben der DDR

Äußerst komplizierter Natur waren die Probleme, die nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus in Deutschland zu lösen waren. Aus dem ehemaligen Ostpreußen, aus Pommern, Schlesien und dem Sudetengebiet kamen über 5 Millionen Flüchtlinge, die untergebracht, gekleidet und mit Nahrungsmitteln und dem nötigsten Hausrat versorgt werden mussten. Nach Feststellung des damaligen Präsidenten des statistischen Zentralamtes der SBZ blieben hier vor allen Dingen Alte, Kranke und Alleinstehende zurück - die Arbeitsfähigen zogen weiter nach Westen.[102]

Durch die Schließung der fast ausschließlich auf Rüstungsproduktion umgestellten und nun entweder geschlossenen, zerstörten oder zu demontierenden Betriebe spielte es vorerst keine Rolle, dass der Anteil der arbeitsfähigen Bevölkerung durch Kriegsverluste an der Front und im Hinterland drastisch gesunken war. Aber unter den ebenso schwierigen wie vielschichtig widersprüchlichen Bedingungen der Organisation der Versorgung sahen sich die erst entstehenden und folgerichtig zumeist unerfahrenen Verwaltungsorgane bei der Wiederinstandsetzung und dem mit der Entnazifizierung verbundenen Übergang zu einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung verbundenen

[102] A. Steiner: Von Plan zu Plan – Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004, S. 22

tief greifenden gesellschaftlichen Umgestaltungsprozesse mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert.

Vertreter des deutschen Monopolkapitals, reaktionärer Kräfte aus dem Feudaladel, dem Bürgertum und anderer sozialer Klassen und Schichten waren nicht gewillt, ihre durch den Zusammenbruch des Naziregimes angeschlagenen Besitz- und Machtpositionen aufzugeben. Diese Kräfte hatten sich nicht nur in den westlichen Besatzungszonen parteipolitisch, in Unternehmer-, Mittelstands- und anderen Verbänden organisiert, um einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse Widerstand zu leisten. Von den westlichen Besatzungsmächten nach Kräften gefördert stießen diese Kräfte in der sowjetischen Besatzungszone auf ebenso massiven Widerstand.

Dabei kann und darf nicht vergessen werden: In dem an Heftigkeit zunehmenden Streit um die Enteignung der Konzerne und Banken, der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten und der Bodenreform, mit den Anstrengungen zur Wiederinbetriebnahme der Produktion in den zerstörten Betrieben, zur Sicherung der Ernährung und des Kampfes gegen Schieber und Spekulanten wurde der Kampf um die politische Zukunft Deutschlands entschieden. Immer wieder wurde dieser Prozess von alten Nazis und ehemaligen Besitzern durch die Verschleppung noch verbliebener Ausrüstungen, Dokumentationen und Wertgegenständen in die westlichen Besatzungszonen, durch Sabotage- und Diversionsakte behindert.

Zum Alltag dieser Zeit gehörten Auseinandersetzungen um die Höhe und die Erfüllung des Ablieferungssolls ebenso wie die Suche nach Menschen, die nicht nur fähig und in der Lage, sondern auch integer genug waren, um ohne hinreichende Vor-bereitung als Betriebsdirektoren in volkseigenen Betrieben, als Neulehrer, Volkspolizisten oder beim Aufbau neuer demokratischer Verwaltungen ehrliche Arbeit zu leisten.[103]

Um eine grobe Vorstellung vom Ausmaß der damaligen Probleme zu vermitteln bedarf es zumindest einiger Angaben zum Entwicklungsstand der Nachkriegswirtschaft. Dabei wird sehr rasch deutlich, welche Schwierigkeiten damals zu überwinden waren. Das waren nicht ‚nur' die im Kriege verursachten Zerstörungen. Noch funktionsfähige Betriebe waren im Zuge des 'totalen Krieges' auf Rüstungsproduktion orientiert. Jetzt mussten diese demontiert und abtransportiert oder auf die Realisierung von Reparationsaufträgen werden. Unter diesen Bedingungen wäre es schon unter ‚normalen' Bedingungen nicht einfach gewesen, die Produktion dringendst gebrauchter landwirtschaftlicher Maschinen und andere Ausrüstungen umzustellen. In der zweiten Hälfte des Jahres 1945 nahmen nur wenige Betriebe ihre Arbeit auf. Von diesen Leistungen mussten

---

[103] W. Ulbricht: Brennende Fragen des Neuaufbaus Deutschlands, Referat auf dem 2. Parteitag der SED in Berlin, 20.-24. September 1947; in: W. Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung - Aus Reden und Aufsätzen, Band III: 1946-1950, S. 140ff

für Reparationsleistungen nicht nur die für 1948 benannten 17% der Nettoproduktion sowie weitere 8% für Lieferungen an die Besatzungstruppen eingesetzt werden.[104]

In den auf der Krimkonferenz von der UdSSR-Delegation unterbreiteten „Grundlegenden Prinzipien der Reparationsentnahme aus Deutschland" wurde eine Gesamtsumme von 20 Mrd. US-Dollar vorgeschlagen, von der UdSSR 10, Großbritannien und Frankreich 8 und alle anderen Staaten 2 Milliarden erhalten sollten.[105]

Wer sich in der nachfolgenden Übersicht die ursprünglich auf der Potsdamer Konfe-renz geplanten und die Schätzungen des Anteils der tatsächlich aus den Industriezweigen entnommenen Maschinen und Anlagen prozentualen Anteile in der sowjetischen Besatzungszone demontierter Industriezweige und Anlagen vor Augen führt, mag sich fragen, ob es bei den von Schalck-Golodkowski erwähnten 29% der durch Demontage entnommenen Maschinen und Ausrüstungen[106] blieb. Nach Vorschlag der UdSSR sollten aus der deutschen Rüstungsindustrie, d.h. aus dem Flugzeug-, Panzer- und Kriegsschiffsbau, aus der Sprengstoff- und Munitionsindustrie, den Betrieben, die synthetischen Kautschuk und Benzin, Kunststoffe und Zellulose herstellten Maschinen und Ausrüstungen im Werte von 2 bis 2,2 Mrd. US-$ entnommen werden. In der Metallurgie, im Maschinenbau und in der Energieversorgung ging es um 2,3 bis 2,7 Mrd. Dollar, im Bauwesen, in der Leichtindustrie, der polygraphischen Industrie und im Nachrichtenwesen um 1,8 bis 2 Mrd. US-$, aus Auslandsguthaben um 1,1 bis 1,4 Mrd. Dollar und unter Einschluss von Edelmetallen, Geld und Wertpapieren insgesamt um 10 bis 11,8 Mrd. US-$, die damals mit 3,5 Mark bewertet wurden. Nach dieser Rechnung ging es um Forderungen in Höhe von 35 bis 41,3 Mrd. Mark.[107]

Insgesamt wurden rund 3400 ehemalige Rüstungsbetriebe demontiert.[108] Aus der Wirtschaft der Sowjetischen Besatzungszone und der späteren DDR wurde nach dieser Rechnung eine Wertsumme von insgesamt 44,1 Mrd. DM-Ost entnommen.

---

[104] W. Ulbricht: Der Zweijahrplan zur Wiederherstellung und Entwicklung der Friedenswirtschaft, Referat auf der II. Tagung des Parteivorstandes der SED in Berlin, 29. u. 30. Juni 1948; in: W. Ulbricht: Zur Geschichte…, a.a.O., S. 229

[105] siehe: Grundlegende Prinzipien der Reperationsentnahme aus Deutschland; in: Die UdSSR auf den internationalen Konferenzen der Periode des Großen Vaterländischen Kriege 1941-1945 – Die Krimkonferenz der Oberhäupter der drei verbündeten Mächte – UdSSR, USA, Großbritannien, Moskau 1984 (russ.), S. 107

[106] A. Schalck-Golodkowski: Deutsch-deutsche Erinnerungen, Hamburg 2000, S. 107

[107] siehe: Vorschlag der Delegation der UdSSR zum Reperationsplan Deutschlands; in: Die UdSSR auf den…, Die Potsdamer Konferenz der Oberhäupter der drei Verbündeten Mächte, …, Moskau 1980 (russ.), S. 330

[108] A. Steiner: Von Plan zu Plan – Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, a.a.O., S. 28

Vergleicht man die aus der SBZ und der DDR erbrachten Reparationsleistungen mit dieser Summe wird deutlich, dass es dabei nicht blieb. Im Rahmen der Trophäenaktion und der Demontage wurden Werte in Höhe von 12,1 Mrd. RM/DM-Ost entnommen. In einer Schätzung der direkten Reparationslieferungen werden diese von Steiner mit 11,5 Mrd. RM/DM-Ost ausgewiesen. Dazu kommen nicht näher erläuterte .indirekte Reparationsleistungen' mit 15 Mrd. RM/DM-Ost, die Kosten des Uran-Bergbaus in Höhe von 7,3 Mrd. RM/DM-Ost Besatzungskosten von 16,8 Mrd. DM-Ost sowie 5 Mrd. 7,3 Mrd. RM/DM-Ost durch Außenhandels- und andere Verluste. Insgesamt waren das 56,2 Mrd. 7,3 Mrd. RM/DM-Ost.[109]

Zwar stimmen die Zahlenangaben zur jährlichen Reparationsentnahme nicht mit den von Wenzel zitierten überein. Der weist die Höhe der aus der SBZ resp. der DDR erbrachten Reparationsleistungen zu Preisen von 1944 mit 66,4 Mrd. DM (oder 99,1 Mrd. DM zu Preisen von 1953) nicht nur wesentlich höher aus als Steiner. Wenzel geht davon aus, dass „diese Summe um 40% höher lag, als die während der Potsdamer Konferenz als Reparationen von der UdSSR geforderte aber nicht beschlossene Größe."[110] Wohlgemerkt: Mit der ursprünglichen Summe sollte ganz Deutschland in die Pflicht genommen werden. Aber Wenzel verweist auch darauf, dass „die Reparationssumme, so hoch auch im Einzelnen, nicht ein Vorwurf an die UdSSR sein kann und in jedem Fall nur die gerechtfertigte Wiedergutmachung eines kleinen Teils der durch die deutsch Kriegsführung und die Okkupationspolitik erlittenen Kriegsschäden darstellt."[111] Tatsächlich machte die riesige Summe der Reparationsleistungen in Höhe von ~ 28,5. Mrd. US-$ weniger als 2% der finanziellen Mittel aus, die in der UdSSR zur Kompensation der materiellen Schäden aufgebracht werden mussten. Um die der UdSSR im Verlaufe des Krieges zugefügten Schäden auszu-gleichen, wären wesentlich höhere Kompensationszahlungen notwendig gewesen. Aber erst in diesem Zusammenhang wird das Verhältnis zwischen der Höhe der Reparationsleistungen und den von Hitlerdeutschland ausgelösten furchtbaren Folgen für die Opfer dieser Verbrechen auch in ökonomischen Konsequenzen fassbar.

Tab. 3: Reparationsentnahme aus der laufenden Produktion der DDR-Volkswirtschaft in Prozent [112]

---

[109] ebenda S. 32f

[110] S. Wenzel: Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben – Versuch einer Abschlussbilanz, Berlin 2000, S. 43

[111] S. Wenzel: Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben, a.a.O., S. 46

[112] siehe auch: A. Steiner: Von Plan zu Plan – Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, a.a.O., S. 33

1946	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953
48,0%	38,4%	31,1%	19,9%	18,4%	16,4%	14,6%	12,9%

Gleichwohl waren die für Reparationsleistungen zu erbringenden 99,1 Mrd. DM für die Bürger Ostdeutschlands und der späteren DDR eine unvorstellbar große Belastung der Nachkriegswirtschaft. Um so größer und schwerwiegender wurde diese Last erlebt, weil aus den Westzonen Deutschlands nur 2,1 Mrd. DM Reparationsleistungen erbracht wurden.[113] Dabei ging es nicht einmal ‚nur' um eine völlig ungerechte Verteilung der Lasten in einem Verhältnis von 97,2% zu 2,8% der erbrachten Leistungen zu Lasten der DDR. Im Zuge des European Recover Programm (ERP) - dem Marshall-Plan - wurden in den drei westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik zwischen 1945 bis 1956 Leistungen im Umfang von 3,7 Mrd. US-Dollar oder 15,5 Mrd DM investiert. Davon waren 10 Milliarden als Geschenk anzusehen, der Rest wurde als langfristiger Kredit behandelt.[114] Auf Grundlage dieser Ausgangslage der wirtschaftlichen Entwicklung fehlen die elementaren Voraussetzungen zur Vergleichbarkeit der wirtschaftlichen Entwicklung in West- und Ostdeutschland...

Tab. 4: Prozentualer Anteil der Industriezweige an den in der sowjetischen Besatzungszone demontierten Maschinen und Anlagen [115]

Industriezweig	nach Potsd. Abkommen geplant	Entnommen durch Demontage	Industriezweig	nach Potsd. Abkommen geplant	Entnommen durch Demontage
Rüstungsindustrie	75		Lebensmittelindustrie	15	20
Chemischen Industrie	65	50	Transportwesen	25	
Metallurgie	65	75	Lokomotivbau		75
Maschinenbau	65	75	Büromaschinenbau		75
Energiewirtschaft	65		Optische Industrie		66
Bergbauindustrie	40	33	Feinmechanische Ind.		50
Textilindustrie	30	20	Polygraphische Ind.	50	

113 A. Steiner, a.a.O., S. 43

114 S. Wenzel: Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben, a.a.O., S. 46

115 Zusammengestellt nach: Vorschlag der Delegation der UdSSR zum Reparationsplan…, a.a.O., S. 330f., A. Steiner, a.a.O., S. 29

Textilmaschinenbau		66	Schienen		50
Kunstfaserherstellung		50	Pharmazeutische Ind.		33
Kraftfahrzeugindustrie		80	Schuhindustrie		20

Da die Grundstrukturen des Lebens einer auf industrieller Produktion funktionierenden Gesellschaft zerstört waren lassen sich diese Verhältnisse mit statistische Angaben nicht mehr hinreichend adäquat beschreiben. Für Jahre bestand die Hauptaufgabe der wirtschaftlichen Tätigkeit in der Beräumung von Trümmerbergen, dem Abriss von Ruinen, dem Abtransport von Bauschutt, der Instandsetzung von Schulen, Wohnhäusern, Betrieben, der Bahnhöfe und Verkehrsanlagen, in der Reparatur von Straßen- und Eisenbahnwaggons, Lokomotiven, Elektroanlagen, der schrittweisen Wiederaufnahme des städtischen Nahverkehrs und der Versorgung der Bevölkerung mit Strom, Gas, Kohle, Nahrungsmitteln, Kleidung und allem, was zur Rückkehr zum Leben notwendig war. Die Realität des Lebens der Nachkriegsjahre wird viel plastischer durch ‚Stromsperren', ‚Brotaufstrich mit Heringsgeschmack', von ‚Igelitschuhe', ‚Kippenstecher', durch ‚Ährenlesen', ‚Stoppeln' und ‚Hamsterfahrten' geprägt.

Auch deshalb kann es nicht verwundern, dass es trotz der Produktionssteigerungen noch über Jahre nicht gelang, den Bedarf der Bevölkerung an Textilien, Nahrungsmitteln und anderen Versorgungsgütern zu sichern. Dazu kam, dass die wirtschaftliche Einheit Deutschlands nicht nur infolge des zerstörten Verkehrsnetzes sondern viel mehr noch im Resultat der einander ausschließenden wirtschaftspolitischen Orientierungen der Besatzungsmächte zerfiel. Besonders schmerzhaft wirkte sich der ersatzlose Ausfall von Steinkohle aus den nun polnischen ehemals schlesischen Bergbaugebieten (in den 30-er Jahren 9 Mio. Tonnen) und aus dem Ruhrgebiet (4 Mio. Tonnen) aus.[116]

Der Warenaustausch zwischen den späteren westdeutschen und der sowjetischen Besatzungszone machte vor dem 2. Weltkrieg ganze 18% aus. A. Steiner kommt in seiner ‚marktwirtschaftlich' orientierten ‚Wirtschaftsgeschichte der DDR' nicht umhin, festzustellen, dass das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone im Unterschied zur Lage der Westzonen „fast vollständig auf Lieferungen aus anderen Teilen Deutschlands und Importe angewiesen" war. „Vor allem auf Steinkohlelieferungen war der später sowjetisch besetzte Teil angewiesen... Das Ausbleiben selbst scheinbar geringfügiger Lieferungen konnte ganze Produktionslinien stilllegen. Das Fehlen von Steinkohle, Eisen und Stahl war der entscheidende Schwachpunkt in der Struktur der SBZ-Wirtschaft."[117] Und es ist eine mehr als freundliche Umschreibung der damaligen wirtschaftlichen Beziehungen, wenn an anderer Stelle nachlesbar ist, dass „der Westen der DDR das

[116] S. Wenzel: Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben, a.a.O., S. 48

[117] A. Steiner: Von Plan zu Plan – Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, a.a.O., S. 20f.

Leben nicht gerade leichter" machte.[118] Das Ausbleiben solcher Lieferungen konnte nicht nur, es sollte ganze Produktionslinien, und die Wirtschaft im Osten Deutschlands in den Kollaps treiben.

Besonders deutlich wurde dies nach der einseitigen Ablösung der Reichsmark in den Westzonen. Nach Ankündigung dieses Schrittes durch die Militärgouverneure der USA, Großbritanniens und Frankreichs am 18.6.1948 sah sich die Sowjetische Militäradministration (SMAD) gezwungen, „Maßnahmen zu ergreifen, um die Interessen der deutschen Bevölkerung und der Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone zu schützen." Seit dem 18.6. wurde der Personenzugverkehr und der Verkehr von Kraftfahrzeugen von und nach den Westzonen eingestellt, der Fußgängerverkehr, der Schiffs- und Güterverkehr wurden einer strengen Kontrolle unterzogen. Mit beleidigenden Ausfällen hatte der Vertreter der USA schon am 16. 6. 48 die Beendigung des Alliierten Kontrollrates für Berlin provoziert. Nun wurde im Widerspruch zu zunächst abgegebenen Zusagen die Währungsreform auch in den Westsektoren Berlins eingeführt. In der Nacht zum 24. Juni wurde der Personen- und Güterverkehr zwischen Berlin und Helmstedt völlig eingestellt. Unmittelbar danach verfügten die amerikanischen und britischen Militärbehörden eine „Gegenblockade des Transports deutscher Waren, die nach Ostdeutschland gehen sollten."[119]

Heute wird kaum noch daran erinnert, dass dieser Coup mit einer Umverteilung der Kriegslasten und Gewinne verknüpft wurde, die als ursprüngliche Akkumulation zur Quelle des westdeutschen ‚Wirtschaftswunders' wurde. Das Aktienkapital der 2241 größten Aktiengesellschaften musste mit der Eröffnung der DM-Eröffnungsbilanz lediglich Verluste in Höhe von 15,9% verbuchen. Die Verluste der einfachen Sparer kamen mit 93,5% einer vollständigen Enteignung gleich.[120] Aber dies war nur ein Nebeneffekt. Nach der Bildung der Bizone und den damit eingeleiteten Schritten zur Isolierung der ostdeutschen Wirtschaft wurden mit der separaten Währungsreform die finanzwirtschaftlichen Tatsachen für die seit langer Zeit vorbereitete Spaltung Deutschlands geschaffen.

Angesichts der Abhängigkeit der ostdeutschen Wirtschaft von den Lieferungen an Roheisen, Walzstahl, Steinkohle, Koks, Sonderstählen, Normteilen und spezifischen Chemikalien[121] wurden diese „ganz offen als Druckmittel" benutzt.[122] Das Fehlen von Bauteilen erzwang immer neue Anstrengungen zur ‚Störfreimachung' der eigenen

---

[118] A. Schalck-Golodkowski: Deutsch-deutsche Erinnerungen, a.a.O., S. 81

[119] zit. Nach: G. Kleidering: Die Berliner Krise 1948/9, Berlin 1982, S. 83-101

[120] siehe: Die Realisierung der Kriegsgewinne durch die DM-Umstellung – Zu Ergebnissen der DM-Eröffnungsbilanzen, Bericht des Deutschen Wirtschaftsinstitutes 1/2-1952

[121] S. Wenzel, a.a.O.; S. 48f.

[122] A. Steiner: Von Plan zu Plan – Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, a.a.O., S. 47

Produktion. Welche politische Bedeutung dem zukam wird deutlich, wenn man daran erinnert, dass die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen im Sommer 1953 fast auf dem Nullpunkt angekommen waren. Aber diese Bemühungen waren allein schon durch die geringen Losgrößen nur in den seltensten Fällen rentabel. Oft mussten nur bedingt taugliche Lösungen genutzt werden. Welche Aufwendungen dafür notwendig waren wird am Beispiel der Roheisengewinnung aus extrem armen Erzen an der Entwicklung des Braunkohle-Hochtemperaturkokses und der zum Erwerb von Devisen notwendige Verkauf von Waren unter ihrem Wert. In bemerkenswertem Zynismus wurde später festgestellt, dass die DDR-Wirtschaft durch ihre ökonomischen Verluste „zum relativen Wohlstand in der BRD" beigetragen haben.[123]

Angesichts des offensichtlichen Scheiterns aller Bemühungen um die wirtschaftliche Einheit und der Spaltungspolitik der Westmächte und der Adenauer-Regierung gab es nur die Alternative zwischen dem Verzicht auf die antifaschistisch demokratischen Umgestaltungen oder ein Bündnis mit der Sowjetunion. Der einzige Ausweg der DDR aus der wirtschaftlichen Misere war der Aufbau einer eigenen metallurgischen Basis und der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu den östlichen Nachbarn. Deshalb war die Orientierung auf eine sozialistische Entwicklung sowohl seitens der politischen Führung als auch in großen Teilen der Bevölkerung durchaus gewollt. Die Durchsetzung dieser Entscheidung wurde durch die Restauration des Kapitalismus in den westlichen Besatzungszonen, die damit verbundene Westorientierung der Bundesrepublik, durch die Remilitarisierung, durch die aktive Beteiligung von Nazis und Kriegstreibern in erheblichem Maße befördert.

3. Die Epoche im Schatten der atomaren Apokalypse - sozialökonomische Dimensionen und Konsequenzen des militärischen Kräfteverhältnisses

Nicht nur die Nachkriegsjahre waren durch die wirtschaftlichen und politischen Folgen des zweiten Weltkrieges geprägt. Im Verlaufe des Zweiten Weltkrieges traten innerhalb der Antihitlerkoalition schon zuvor bestehende antagonistische Widersprüche immer offener zutage. In der gleichen Zeit, in der die an die mit der Oktoberrevolution verbundenen Hoffnungen auf eine sozialistische Weltrevolution scheiterten und im Resultat heftiger Auseinandersetzungen zwischen dem trotzkistischen Flügel und den Anhängern der stalinschen Konzeption des Aufbaus des Sozialismus in einem Land aufgegeben wurden, verfolgten einflussreiche Kräfte in den imperialistischen Staaten immer neue aggressive Vorhaben zur Unterwanderung, zur Diskriminierung und zur Ausschaltung der UdSSR. Das belegt der Verlauf der Moskauer Verhandlungen zwischen der UdSSR, Frankreich und Großbritannien ebenso, wie die immer wieder verzögerte Eröffnung der zweiten Front. Erst nachdem die Rote Armee bis zur Weichsel vorgestoßen war, nachdem

[123] ebenda S. 49

sichtbar wurde, welchen Einfluss die Sowjetunion auf Nachkriegseuropa haben würde, wurde das Landungsunternehmen in Gang gesetzt. Im Streit um die Kapitulationsverhandlungen versuchten britische und US-amerikanische Stellen, die sowjetische Seite irrezuführen und auszuschalten. Was von solchen 'Verbündeten' zu halten war, zeigte sich, als britische Besatzungstruppen Wehrmachtsverbände in Stärke von mehreren hunderttausend Mann nicht nur nicht entwaffneten[124] sondern mit voller Ausrüstung für einen eventuellen Krieg gegen die Sowjetunion bereit hielten.

Dass es auch in der Endphase des zweiten Weltkrieges weder zu dem von Hitler und Goebbels angekündigten und ersehnten Bruch der Koalition noch zur Realisierung dieses neuen Verbrechens kam, ist vor allen Dingen darauf zurück zu führen, dass die USA ohne Unterstützung durch die Sowjetarmee nicht mit einem schnellen und verlustarmen militärischen Erfolg gegen die japanische Kwantung-Armee rechnen konnte. Zwar waren die Rote Armee und die sowjetische Wirtschaft im Resultat des fast vier Jahre andauernden Krieges ausgeblutet. Aber die Endphase des Krieges hatte auf überzeugende Weise dokumentiert, dass ein Sieg ohne ihr militärisches Potential und ohne die Erfahrung der sowjetischen Führung bei großflächigen strategischen Operationen mit gewaltigen Verlusten verbunden gewesen wäre.

Der japanische Premierminister Sudzuki erklärte am 9. August 1945 (drei Tage nach dem Abwurf der ersten Atombombe!!) auf einer Sitzung des obersten Kriegsrates, dass die Fortsetzung des Krieges angesichts des an diesem Tag beginnenden Vormarsches sowjetischer Streitkräfte gegen die Kwantung-Armee unmöglich geworden sei.[125] Der zweite Weltkrieg wurde nicht mit US-amerikanischen Atombomben, sondern durch die militärische Niederlage dieses noch voll handlungsfähigen Teils der japanischen Streitkräfte und die damit ausgelöste Befreiung der Mandschurei, Koreas und des chinesischen Festlandes von den japanischen Okkupanten beendet. Mit dem verbrecherischen Ersteinsatz dieser Massenvernichtungswaffe gegen Hiroshima und Nagasaki und dem Atomwaffenmonopol verfolgte die Truman-Administration noch vor Kriegsende das Ziel, den im Ergebnis des zweiten Weltkrieges gewachsenen Einfluss der UdSSR auf das Weltgeschehen zurückzudrängen.

Mit dem damit erreichten Ausmaß militärtechnischer Vernichtungswirkungen wurde eine neue Phase in der Systemauseinandersetzung zwischen der jetzt erst entstehenden sozialistischen Staatengemeinschaft und den unter Führung der USA stehenden imperialistischen Staaten eingeleitet. Mit dem unter Bruch des Völker- und Kriegsrechtes

---

[124] siehe u.a.: Aide-memoir der sowjetischen Delegation an die Delegation Großbritanniens über die unvollständige Anwendung der Bedingungen über die bedingungslose Kapitulation Deutschlands gegenüber den deutschen Streitkräften in Norwegen; in: Die UdSSR auf den internationalen Konferenzen, Moskau 1980 (russ.)

[125] V. Starodubow: Supermächte des 20. Jahrhunderts, Der strategische Zweikampf, Moskau 2001 (russ.), S. 45

praktizierten Ersteinsatz der Atombombe gegen Hiroshima und Nagasaki wurde demonstriert, wie sich die USA und Großbritannien die künftige politische Entwicklung vorstellten. Tatsächlich überschattet dieses Ereignis die gesamte spätere und die gegenwärtige politische Entwicklung. Harry Truman hatte schon 1941 die Position der mit ihm verbündeten Kreise zum Ausdruck gebracht: "Wenn wir sehen, dass Deutschland gewinnt, sollten wir Russland helfen, gewinnt jedoch Russland, müssten wir Deutschland helfen. Obwohl ich unter keinen Umständen einen Sieg Hitlers will, sollen sich möglichst viele gegenseitig totschlagen."[126]

Mit der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse verlagerte sich der Schwerpunkt der internationalen Klassenauseinandersetzungen zwischen der Arbeiterklasse, den Bauern und anderen unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und den Vertretern des Kapitals auf die Ebene der Systemauseinandersetzung zwischen den imperialistischen Staaten und die Sowjetunion. Nach erfolgreichem wirtschaftlichen Wiederaufbau, den Erfolgen in der Industrialisierung und nach der Überwindung der Probleme bei der Kollektivierung der Landwirtschaft führte der Sieg über den Hitlerfaschismus zu einer unübersehbaren Stärkung des Einflusses der Sowjetunion auf die Weltpolitik. Vor diesem Hintergrund gewinnt die nachfolgende Übersicht über die in den Jahren von 1945 bis 1961 ausgelöste Vielzahl ‚heißer', d.h. mit dem Einsatz von Waffengewalt ausgetragener Interventions-, Kolonial-, Bürger- und Befreiungskriege, über Aufstände und bewaffnete Konflikte[127] jene Bedeutung, die ihr im Rahmen dieser Klassenauseinandersetzung von beiden Seiten völlig zu recht beigemessen wurde.

1945/46: Intervention Frankreichs, Großbritanniens und Kuomintang-Chinas in Vietnam.
1945/46: Intervention Großbritanniens und der Niederlande in der Republik Indonesien.
1945-47: Nationaler Befreiungskrieg des burmesischen Volkes gegen die britischen Kolonialherren.
1945-49: Dritter Bürgerkrieg und Intervention der USA in China.
1945-53: Nationaler Befreiungskrieg Kamputscheas gegen die französischen Kolonialherren.
1945-54: Bewaffneter Volksaufstand in Laos und Befreiungskrieg gegen die französischen Interventen.
1946-49: Großbritannien und die USA landen in Griechenland und unterstützten monarchistische Truppen im Kampf gegen die griechische Volksbefreiungsarmee.

---

[126] H. Truman: The New York Times, June 24, 1941; zit nach: Die faschistische Aggression gegen die UdSSR, der Zusammenbruch der Blitzkriegsstrategie, Moskau 1975 (russ.), S. 157

[127] AK: Lokale Kriege – Geschichte und Gegenwart, Berlin 1983, S. 283ff

1946-54: Widerstandskrieg des vietnamesischen Volkes gegen die französischen Kolonialherren.
1947: Marineinfanterie wird bei der Unterdrückung eines Aufstandes in Paraguay eingesetzt.
1947/48: Nationaler Befreiungskrieg des Volkes von Madagaskar gg. französische Kolonialherren.
1947/48: Erster Kolonialkrieg der Niederlande gegen die Republik Indonesien.
1947/48: Bewaffneter Grenzkonflikt zwischen Pakistan und Indien um Kaschmir.
1948: Bürgerkrieg und Intervention der USA in Kostarika.
1948/49: Arabisch-Israelischer Krieg.
1948-53: Bürgerkrieg und Intervention der USA auf den Philippinen.
1948-60: Nationaler Befreiungskrieg der Völker Malaysias gegen die britischen Kolonialherren.
1948-75: Bürgerkrieg in Burma.
1949/50: Befreiungskrieg im Jemen gegen die britischen Okkupationstruppen
1950-53: Der Befreiungskrieg des koreanischen Volkes gegen das Seouler Regime und Interventionstruppen der USA, Australiens, Großbritanniens, Griechenlands und andere Einheiten auf Seiten Südkoreas wird durch chinesische Volksfreiwillige, sowjetische Waffenlieferungen und Luftwaffenverbände unterstützt. Seitens der USA wurden bakteriologische und chemische Waffen eingesetzt, und der Einsatz von Atomwaffen geplant.
1950-63: Bewaffneter Aufstand gegen britische Kolonialherren im Hadramaut und Aden.
1951/52: Nationaler Befreiungskampf des ägyptischen Volkes gegen die Aggression Großbritanniens in der Suezkanalzone.
1952-56: Nationaler Befreiungskrieg in Kenia gegen die britischen Kolonialherren.
1952-56: Bewaffneter Volksaufstand in Tunesien gegen die französischen Kolonialherren.
1952: Bewaffneter Volksaufstand in Bolivien gegen die Militärdiktatur General Balliván.
1952: Bewaffneter antifeudaler und antiimperialistischer Volksaufstand in Ägypten.
1952-56: Bewaffneter Volksaufstand in Marokko gegen die französischen Kolonialherren.
1953: Revolutionärer bewaffneter Aufstand gegen die Batista-Diktatur in Kuba
1953: Einfall britischer Truppen in Kuwait.
1953: Im Rahmen einer CIA-Operation wird im Iran die Regierung Mossadegh gestürzt und die Macht des Palevi-Regimes restauriert.
1954: mit Unterstützung der US-Luftwaffe stürzt ein Kommando von US-Söldnern im Auftrag der United Fruit Company die demokratisch gewählte Regierung Arbens in Guatemala.

1954-62: Nationaler Befreiungskrieg in Algerien gegen die französischen Kolonialherren.
1954-64: Bürgerkrieg in Südvietnam.
1955: Intervention der USA in Kostarika vom Territorium Nikaraguas.
1955: Bewaffneter Grenzkonflikt zwischen Pakistan und Afghanistan.
1955: Bewaffneter Konflikt zwischen Großbritannien und Saudi-Arabien.
1955/56: Bewaffneter Volksaufstand in Jordanien gegen die britischen Imperialisten.
1955-60: Bewaffnete Provokationen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der BRD vom Territorium der BRD und Westberlins gegen die DDR.
1955-59: Nationaler Befreiungskrieg des zypriotischen Volkes gegen die britischen Kolonialherren.
1955-59: Nationaler Befreiungskrieg des Volkes von Oman gegen die britischen Kolonialherren.
1955-62: Nationaler Befreiungskrieg in Kamerun gegen die französischen Kolonialherren.
1955-69: Bewaffnete Provokationen der USA und Südkoreas gegen die KVDR
1956: Bewaffneter Volksaufstand in Peru gegen das diktatorische Regime des Generals Odria.
1956: Bewaffneter Volksaufstand in Guatemala gegen die Diktatur Armas.
1956: Konterrevolutionärer bewaffneter Putsch in Ungarn.
1956: Bewaffneter Aufstand in Oman und Katar gegen die britischen Kolonialherren.
1956/57: Britisch-französisch-israelischer Aggression gegen Ägypten.
1956/58: Befreiungskrieg im Jemen gegen die britischen Eroberer.
1956/59: Bewaffneter revolutionärer Aufstand gegen die Batista-Diktatur in Santiago de Cuba und Bürgerkrieg in Kuba
1956/62: Bewaffnete Konflikte zwischen Frankreich und Tunesien im Gebiet von Bizerte und an der Grenze zu Algerien
1957: Bewaffnete Provokationen der USA, Großbritanniens, der Türkei und Israels gegen Syrien
1957: Bewaffneter Volksaufstand auf den Malediven gegen die britischen Kolonialherren.
1957/58 Bewaffneter Aufstand in Ifni und in der Westsahara gegen die spanischen und französischen Kolonialherren
1958: Bewaffneter Volksaufstand in Venezuela gegen die Diktatur Jimenez.
1958: Bewaffneter Volksaufstand in Njassaland gegen die britischen Kolonialherren.
1958: Bewaffneter Volksaufstand und Intervention der USA im Libanon.
1958: Bewaffneter Volksaufstand im Irak gegen das monarchistische Regime.
1958: Intervention Großbritanniens in Jordanien.
1958/61: Bewaffneter Volksaufstand in Westirian gegen die niederländischen Kolonialherren.

1959: Bewaffneter Volksaufstand in Mittelkongo gegen die französischen Kolonialherren.
1959: Bewaffneter Volksaufstand in Gabun gegen die französischen Kolonialherren.
1959: Bewaffneter Grenzkonflikt zwischen China und Indien.
1959/60: Bewaffneter Volksaufstand in Belgisch-Kongo gegen die belgischen Kolonialherren.
1959/61: Bewaffnete Provokationen der USA und kubanischer Konterrevolutionäre gegen Kuba.
1959/62: Bewaffneter Volksaufstand in Rwanda-Urundi für die Unabhängigkeit.
1960: Bewaffneter Volksaufstand in Uganda gegen die britischen Kolonialherren.
1960: Bewaffneter Volksaufstand in Angola gegen die portugiesischen Kolonialherren.
1960/66: Bürgerkrieg und Intervention der USA, Großbritanniens und Belgiens in Kongo und Ermordung des demokratisch gewählten Präsidenten Lumumba.
1960/61: Bürgerkrieg und Intervention der USA, der Philippinen und Südvietnams in Laos.
1961: Von der CIA initiierter Überfall einer Söldnertruppe auf Kuba.
1961: Bewaffneter Aufstand in Nordrhodesien gegen die britischen Kolonialherren.
1961: Bewaffneter Konflikt zwischen Indien und Portugal, Vertreibung der portugiesischen Kolonialherren aus Goa, Daman und Diu.
1961/62: Bewaffneter Konflikt zwischen Frankreich und Marokko an der Grenze zu Algerien.
1961/70: Nationaler Befreiungskrieg der irakischen Kurden für nationale Autonomie.
1961/74: Nationaler Befreiungskrieg in Angola gegen die portugiesischen Kolonialherren.
1961/74: Nationaler Befreiungskrieg des Volkes von Guinea-Bissau und der Kapverden gegen die portugiesischen Kolonialherren

Es ist absurd, dass ausgerechnet diese Phase der Geschichte als ‚Kalter Krieg' bezeichnet wird. Zudem fehlen in dieser Liste alle Angaben zu den diese Zeit prägenden Auseinandersetzungen zwischen den USA, den NATO-Staaten, der UdSSR und dem sozialistischen Lager um die militärische Überlegenheit. Ungeachtet gegenwärtig üblicher Schmähungen der Geschichte des Sozialismus und der Sowjetunion ist es höchst bemerkenswert, welche Anstrengungen unternommen werden, um vergessen zu machen, dass es unter Anstrengung aller verfügbaren Kräfte gelang, der existentiellen Bedrohung der Menschheit mit Massenvernichtungswaffen unüberwindliche Hindernisse in den Weg zu stellen. Weil damit auf besondere Weise dokumentiert wird, dass der Kampf der Arbeiterklasse um ihre soziale Befreiung untrennbar mit den existentiellen Interessen der Menschheit verbunden ist, kann und darf dieses Moment auf keinen Fall aus einer Analyse der Konsequenzen für die wider-sprüchlichen Entwicklungszusammenhänge zwischen Imperialismus, Sozialismus und Globalisierung ausgeschlossen werden.

Im Besitz des Monopols über Atomwaffen erarbeitete das Vereinigte Komitee der Stabschefs der USA schon im Jahre 1945 ‚Grundlagen der amerikanischen Militärpolitik' in denen schon damals ein Übergang von der ‚passiven Verteidigung' zu präventiven Aktionen begründet wurde. Das so zustande gekommene Dokument ‚Strategische Konzeption und Plan zur Anwendung der militärischen Kräfte der USA' beinhaltete eine Auswahl von Zielen für den Einsatz von Atombomben. Darunter befanden sich die Städte Moskau, Gorki, Kuibyschew, Swerdlowsk, Nowosibirsk, Omsk, Saratow, Kasan, Leningrad, Baku, Taschkent, Tscheljabinsk, Nishnij Tagil, Magnitogorsk, Molotow, Tiblissi, Stalinsk, Großny, Irkutsk und Jaroslawl. [128] Dass es sich dabei durchaus nicht nur um Stabsübungen im Sandkasten handelte, wird deutlich, wenn man die Entwicklung der Stationierungsstrategie des 1946 gegründeten US-Strategie Air Command (SAC) verfolgt. Nach der Unterstellung der 509. Composite Group verfügte dieser Stab mit seinen B-29 Bombern damals über die einzige Luftwaffeneinheit, die technisch in der Lage war, Atomwaffen einzusetzen.[129] Zur Bestätigung und Erinnerung: Seit Juni 1947 waren in Großbritannien 90 Bomber vom Typ B-29 stationiert[130], deren Reichweite (zumindest auf diesem Planungsdokument) ausreichte, um mit Atomwaffen bis zum Ural zu fliegen.

Ab 1950 wuchs die Zahl der in den US-amerikanischen Plänen zur atomaren Vernichtung sowjetischer Städte in Parallele zur Anzahl der dafür verfügbaren Atombomben. So beinhaltete die Liste der Zielplanung zwischen 1948 und 1950 mit der (für 1957 beabsichtigten Realisierung von ‚Drop-shot') bereits eine Aufstellung von 200 sowjetischen Städten. Damit nicht genug: Seit 1946 wurde die Drohung mit Atombomben zum Markenzeichen US-amerikanischer Außenpolitik. Immer dann und dort, wenn sich irgendwo irgendwer nicht so verhielt, wie dies den Interessen der US-Monopole entsprach und von US-Diplomaten erwartet wurde, folgte und folgt die Drohung mit dem Einsatz von Kernwaffen. Diese Art 'modernisierter' Kanonenbootdiplomatie wurde zwischen 1946 und dem 1961 in aller Öffentlichkeit erörterten Einsatz gegen Berlin in weiteren 14 Fällen angedroht und wird seitdem in regelmäßiger Folge praktiziert.[131]

Dass es trotz wiederholter Aus- und Überarbeitung US-amerikanischer Pläne weder 1945 noch in den nachfolgenden Jahren zu einem atomaren Angriff auf die UdSSR kam, ist nicht auf moralische Skrupel zurück zu führen. Für die Stabschefs war ausschlaggebend, dass die den USA seinerzeit verfügbaren strategischen Bomber B-29 mit ihrer Geschwindigkeit von 575 km/h, einer Gipfelhöhe von 10.200 m und der Reichweite von 5.220 km auf diesen großen Entfernungen mit an Sicherheit grenzender Wahr-

---

[128] in: V. Starodubow: Supermächte des 20. Jahrhunderts, a.a.O., S. 45

[129] O. Groehler: Geschichte des Luftkrieges 1910 bis 1980, Berlin 1981, S. 527

[130] N. Tscherwow: Der atomare Zirkelschluss: Was war, was wird; Moskau 2001, (russ.) S. 59

[131] A. Gribkow: Der Warschauer Pakt, Geschichte und Hintergründe des östlichen Militärbündnisses, S. 19

scheinlichkeit ein Opfer der sowjetischen Abfangjäger der Typen Jak-3 (650 km/h, 10.700 m Gipfelhöhe, 900 km Reichweite) und der La-7 (680 km/h, 11.800 m Gipfelhöhe, 800 km Reichweite[132] werden mussten. Das wurde praktisch bestätigt, nachdem ein zu diesem Zweck durchgeführter ‚Testflug' einer B-29 am 8. 4. 1950 über dem Luftraum der Lettischen SSR ‚endete'. Nach der Vernichtung dieser ‚fliegende Festung' musste eingeräumt werden, dass die strategischen Luftstreitkräfte der USA aktuell nicht in der Lage waren, den Plan ‚Trojan umzusetzen.[133]

Aber es ging den USA noch einige Jahre lang darum, nicht nur den die (schon damals global expandierenden) US-amerikanischen Interessen behindernden Einfluss der UdSSR, sondern diese selbst auszuschalten. Mit dieser Zielstellung wurde ein alles entscheidender Überraschungsschlag geplant. In diesem Kontext ist es angebracht, sich an die Umstände jener Aufregung zu erinnern, die zu Beginn der 60-er Jahre mit der Stationierung sowjetischer Atomraketen auf Kuba ausgelöst wurde. Die später mehrfach geäußerte Empörung über dieses Vorgehen, die in diesem Zusammenhang erhobenen Vorwürfe von ‚Abenteurertum', und ‚Verantwortungslosigkeit', mit der Chruschtschow ‚während der Kuba-Krise leichtfertig mit dem Schicksal der Völker gespielt habe' ignoriert den Umstand, dass damals für kurze Zeit in einem kleinen Teil der USA jener Bedrohungszustand hergestellt wurde, der seit dem Ersteinsatz der Atombomben für die UdSSR und die sozialistische Staatengemeinschaft Dauerzustand war. Bei aller Berechtigung einer solchen Kritik - wie ist bei gleichen Bewertungskriterien die damalige und die gegenwärtige Politik der USA zu qualifizieren? Wie hätten die sowjetischen und kubanischen Politiker anders entscheiden sollen oder können? Was wäre wohl angesichts dieser Situation aus der Sicht solcher Kritiker ‚verantwortungsbewusst' vor allem aber wirksam gewesen? Wie hätten diese sich seinerzeit entschieden und welche anderen Möglichkeiten gab es überhaupt? Die Alternative zu dieser Entscheidung wäre die Freigabe Kubas für eine US-ameri-kanische Aggression, die Duldung einer atomaren Bedrohungspolitik und die Unterordnung unter das Diktat der US-Monopole gewesen. Es gibt nicht wenige begründete Vorwürfe an die Adresse des Nikita Chruschtschow - diese Entscheidung war bei Abwägung aller derzeit bekannten damaligen Umstände seinerzeit durchaus begründet und wirkungsvoll.

Der ständige provokative Einsatz mehrere Einheiten der strategischen Atombomberflotte der USA bis an die Grenzen des Luftraumes der UdSSR wurde als völlig 'normal' angesehen. Was der Menschheit durch das Scheitern des Atomwaffenmonopols der USA erspart blieb, lässt sich anhand des mehrfach geplanten Einsatzes dieser Waffe nur erahnen:

---

[132] O. Groehler, a.a.O., S. 505f.

[133] J.W. Jemeljanow: Stalin - Auf der Höhe der Macht, Moskau 2002 (russ.), S. 441

Tab. 5: Bekannt gewordene Pläne zum Einsatz atomarer Waffen gegen die UdSSR[134]

	Planbezeichnung	Zielplanung	Kernwaffen vorräte
12.1945	JIC 329/1	Einsatz von 20 bis 30 nuklearen Fliegerbomben (nFb) gegen 20 Städte der UdSSR	2
7.1946	‚Pincher'	Einsatz von 50 nFb gg. 20 Städte der UdSSR	9
3.1948	‚Broiler'	Einsatz von 34 nFb gg. 24 Städte der UdSSR	35
5.1948	‚Bush-whacker', ‚Frolic', ‚Grabber'	Einsatz von 50 nFb gg. 20 Städte der UdSSR	50
12.1948/ 1.1949	‚Sizzle', ‚Fleet-wood', ‚Double star', ‚Trojan'	Einsatz von 133 nFb gg. 70 Städte der UdSSR	150
10.1949	‚Shake down', ‚Off tackle', ‚Cross piece'	Einsatz von 220 nFb gg. 104 Städte der UdSSR	250
12.1949	‚Drop shot'	Einsatz von 300 nFb gg. 200 Städte der UdSSR	250
1950	Plan des SAC d. USAF	Einsatz von 300 nFb gegen Ziele der UdSSR	450
1954	Plan des SAC d. USAF	Einsatz von 735 Bombern gg. die UdSSR	1.750
1956	Plan des SAC d. USAF	Angriff auf 2.997 Ziele in der UdSSR	3.350
1957	Plan des SAC d. USAF	Angriff auf 3.261 Ziele in der UdSSR	3.900

Wer angesichts der durch die in dieser Auseinandersetzung aufzubringenden sowjetischen Rüstungsanstrengungen verursachten Vernachlässigung der Landwirtschaft, des Wohnungsbaus, der sich über Jahrzehnte hinziehenden katastrophalen Mängel in der Versorgung mit Nahrungsmitteln, Textilien und anderen Waren durchaus berechtigte Kritik äußert, sollte nicht vergessen, dass die Einsatzbefehle der Atombombenstrategen des Pentagon nur durch die sowjetische Verfügung über eigene Atomwaffen und Trägermittel vereitelt wurden. Weil sich die strategische Überlegenheit der USA auf die Vernichtungswirkung der Atomwaffen stützte und verdeckt und offen alles unternommen wurde, um die UdSSR und deren Verbündete zu unterwandern, zu schwächen und schließlich auszuschalten, blieb der Sowjetunion gar nichts anderes übrig, als das US-

134 A. Gribkow: Der Warschauer Pakt, Geschichte und Hintergründe des östlichen Militärbündnisses, Berlin 1995, S. 18-20

Atomwaffenmonopol mit der Entwicklung eigener Atomwaffen auszuhebeln. Wer immer auch nach den Ursachen der bis auf den heutigen Tag nicht überwundenen Defizite in der wirtschaftlichen Entwicklung in der Sowjetunion und den daraus resultierenden Versorgungsmängeln aller Art fragt sollte nicht vergessen: Die Tatsache, dass es in diesen Jahrzehnten nicht zu dem befürchteten atomaren Inferno kam, wurde mit jenen Entbehrungen ‚erkauft' die in diesen Jahrzehnten den Bürgern der Sowjetunion auferlegt wurden. Bei aller wie auch immer berechtigten Kritik: Dieser Umstand kann und darf nicht ignoriert werden.

Auch und gerade aus gegenwärtiger Sicht kann und darf die Vielschichtigkeit der damaligen historischen Situation weder vereinfacht noch vergessen werden. Im Hintergrund des von den USA immer aufs neue angeheizten Wettrüstens standen von Anbeginn mehrere sich wechselseitig ergänzende strategische Ziele:

Erstens und vordergründig ging es um militärische Überlegenheit, die zur Durchsetzung der politischen Ziele mit militärischer Gewalt eingesetzt werden sollte.

Zweitens wurde und wird die Überlegenheit der durch keinerlei Zerstörungen beeinträchtigten wirtschaftlichen Macht der USA eingesetzt und durch die Bindung großer Potentiale der UdSSR (heute Russlands) für Rüstungszwecke sogar noch ausgebaut.

Drittens darf nie vergessen werden, dass dieses Rüstungsgeschäft für die US-amerikanischen Monopole in den Dimensionen explodierte, die zwischen der Ablösungsgeschwindigkeit von High-tech-Waffensystemen und den Mythen der Geheimhaltung - möglich wurden.

Viertens war und ist dieses Geschäft auch aus finanzieller Sicht für die USA äußerst attraktiv, weil die damit verbundenen extrem hohen Belastungen des Staatshaushaltes über die Weltwährungsfunktion des US-$ weltweit umverteilt wurde und wird.

Das Resultat dieses Bündels sich wechselseitig ergänzender strategischer Zielstellungen spricht für sich: Es gelang über einen historischen Zeitraum von fast fünfzig Jahren, einen Atomkrieg zwischen den USA und der Sowjetunion resp. zwischen den imperialistischen Staaten und der sozialistischen Staatengemeinschaft zu verhindern.

Seit Oktober 1944 gab es in der UdSSR einen Plan zum Bau von Langstreckenraketen, auf dessen Grundlage im Frühjahr 1945 „notwendige Maßnahmen zur Organisation der Arbeiten an Langstreckenraketen" erarbeitet wurden.[135] Da deutsche Raketenspezialisten unter Leitung der ehemals für deutsche Faschisten tätigen Wernher von Braun und General Dornberger ihre Arbeit nun in den Entwicklungszentren der USA fortsetzten, musste zunächst in Erfahrung gebracht werden, was da zu erwarten war.

Nach der Sicherstellung noch vorhandenen Bauteile und Beutedokumente wurden die ersten Arbeiten 1946 in dem als neuer Industriezweig der sowjetischen Rüstungsindustrie

---

[135] S.P. Korolew, sein Leben und sein ungewöhnliches Schicksal, Moskau 2002 (russ.), S. 96f.

gegründeten Raketenbau mit dem Nachbau einer A-4 (V2) Rakete begonnen.[136] Dabei erzielte Resultate stimmten mit den Ergebnissen überein, die im Januar 1945 wegen Ungenauigkeit und erheblichen Mängeln der Zielgenauigkeit auch in Deutschland zum Abbruch der Entwicklung dieser Rakete geführt hatten.[137] Nach der von Fehlstarts und andere Rückschläge geprägten Erprobungsphase gelang am 18.10.1947 auf dem Raketenpolygon in Kapustin Jar der Start einer einstufigen sowjetischen Langstreckenrakete. Dabei stellte sich heraus, dass zwar deutlich bessere Leistungsparameter erzielt wurden.[138] Aber erst nach der Erprobung verschiedener ein- und mehrstufiger Raketen wurde es schließlich möglich, die Leistungsfähigkeit dieser Trägersysteme (Reichweite, Zielgenauigkeit und Zuverlässigkeit) so weit zu verbessern, wie dies im Falle einer militärischen Konfrontation für die Einsatzplanung unerlässlich war.

Zwar konnte die am 12. 8. 1953 erfolgreich erprobte erste sowjetische Wasserstoffbombe schon mit Bombenflugzeugen transportiert werden. Aber bei dieser Art des Einsatzes musste mit hoher Wahrscheinlichkeit einkalkuliert werden, dass Fernbomber über derart große Entfernungen abgefangen werden konnten. Erst im Laufe der folgenden Jahre gelang es, die Konstruktion der Raketen so zu verbessern, dass damit jeder Punkt der Erde mit hinreichender Zielgenauigkeit erreichbar war. 1957 konnte die UdSSR als erste interkontinentale ballistische Raketen erproben, die als strategische Trägersysteme für Kernwaffen geeignet waren. Die strategische Orientierung des SAC auf den Einsatz von Atombombern war damit gescheitert.

In Ergänzung der ohnehin in Großbritannien stationierten 200 Atombomber vom Typ B-47 wurden dort im März 1957, wie Präsident Eisenhower erklärte, für den „Erstschlag gegen Russland 60 sowie in Italien und in der Türkei 45 Mittelstreckenraketen aufgestellt."[139] Der erfolgreiche Start des Sputniks löste einen Schock in der Wahrnehmung der bis dahin als chancenlos unterlegen beurteilten UdSSR aus. Die Antwort auf dieses Ereignis waren neue Wellen von Rüstungsprojekten und ein sich wechselseitig stimulierender Rüstungswettlauf, in dessen Verlauf Atom-U-Boote mit Raketenkernwaffen, verbesserte Raketensysteme, ein ganzes Arsenal neuer Waffen- und darauf abgestimmter Abwehrsysteme, neue, damit nicht erfassbare Waffensysteme mit ‚verbesserter' Vernichtungswirkung und noch bessere Abwehrsysteme zunächst erst einmal entwickelt, dann erprobt und schließlich gebaut werden mussten, ehe sie in Dienst gestellt werden konnten.

---

136 ebenda, S. 91f.

137 F. Hahn: Waffen und Geheimwaffen des deutschen Heeres 1933 bis 1945, Band 2, Bonn 1998, S. 169 und 173f.

138 S.P. Korolew, a.a.O.,S. 98

139 N. Tscherwow: Der atomare Zirkelschluss: Was war, was wird…, a.a.O., S. 60

Vielleicht mag es banal erscheinen - die wirtschaftlichen und die sozialökonomischen Folgen der nachfolgenden Bemerkung waren alles andere als dies: Im Resultat der dafür notwendigen enormen finanziellen und personellen Aufwendungen kam es zu einer dramatischen Eskalation der Probleme in der durch die Kriegsfolgen ohnehin auf das Schwerste angeschlagenen sowjetischen Volkswirtschaft. Es fehlten nicht 'nur' Stahl, Baustoffe aller Art, technische Ausrüstungen und moderne Werkzeugmaschinen. Besonders nachteilig wirkte sich das damit für militärische Zwecke gebundene innovative wissenschaftliche und ingenieurtechnische Potential aus. Damit nicht genug: Mit der Beschleunigung von sich einander immer schneller ablösenden neuen technologischen Generationen an Werk- und Wirkstoffen, Verarbeitungsverfahren, Maschinen- und Steuerungssystemen, Programmen und Programmsprachen entstand zwischen dem High-tech-Leistungsniveau der Verteidigungsindustrie und den zum großen Teil veralteten technisch und moralisch verschlissenen Ausrüstungen und Technologien der zivilen Bereichen der Volkswirtschaft eine rasch anwachsende und schließlich nicht mehr überbrückbare Differenz.

Dabei kann und darf weder ‚vergessen' noch ‚übersehen' werden, dass und wie sich in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg die mit militärischer Gewalt geführten Auseinandersetzungen um die Beibehaltung und Ausdehnung der wirtschaftlichen und politischen Macht verschärften. Großbritannien und Frankreich versuchten unter Einsatz militärischer Gewalt, mit der Wiedererrichtung ihrer Kolonialherrschaft ihre Positionen als Weltmacht zurück zu erobern. Die USA nutzte diese Kämpfe, um die Interessen der eigenen Monopole bei der Um- und Neuverteilung von Rohstoffquellen, Märkten und Interessensphären sowie anderer Ziele auch auf Kosten ihrer Verbündeten durchzusetzen. Und die eben noch kolonial unterdrückten Völker Asiens, Ozeaniens und Afrikas waren um so weniger bereit, auf ihre im Kampf gegen die japanischen Interventen errungene nationale Freiheit zu verzichten, weil sie nun mit Recht auf die Unterstützung aus der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern rechnen konnten. Daraus und aus dem durch den Sieg über den Hitlerfaschismus in jeder Hinsicht gewachsenen Einfluss der UdSSR ergab sich eine grundlegende Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses.

4. Auch Geschichtsschreibung ist Klassenkampf

In der Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte gibt es verschiedene Versuche, auf die Fragen nach den Opfern dieses Kampfes, dabei begangenen Fehlern und der jeweiligen Verantwortlichkeit die Ursachen dieser dramatischen Ereignisse aufzudecken. Eine gleich in mehrfacher Hinsicht ebenso problematische wie aufschlussreiche Antwort versucht Zhores Medwedew: „Wenn das stalinsche politische und ökonomische Modell des Staates ohne GULAG und andere Systeme der Zwangsarbeit ausgekommen wäre, hätte die Sowjetunion weder die Atom- noch die Wasserstoffbombe derart dringend

gebraucht. Der stalinsche Terror und das stalinsche GULAG gebaren Angst und waren eine Bedrohung der ganzen übrigen Welt."[140]

Dem Sohn eines im GULAG gestorbenen Brigadekommissars der Roten Armee ist nachzusehen, dass dessen persönliche Sicht durch diese Erfahrung geprägt wurde. Wenn diese seine Aussage aber so ernst genommen wird, wie sie gemeint war, wird eine ganz andere, viel grundlegendere Problematik deutlich: Nur wer annahm oder annimmt, dass die Vertreter des Kapitals ihre Macht und ihre Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Produktionsmittel ohne massiven Widerstand und vielleicht sogar freiwillig aufgeben, kann sich auch der Illusion hingeben, dass der Sieg des Sozialismus ohne härteste Auseinandersetzungen, ohne Opfer und ohne die in einem solchen Kampf nie zu vermeidenden Überspitzungen, Fehlentscheidungen und folglich auch ohne die in allen solchen Extremsituationen nachgerade unvermeidbaren Verbrechen möglich sei. Nicht ‚nur' die in Bürger- und Interventionskriegen mit einem schrecklichen Blutzoll ‚bezahlten' Erfahrungen der sowjetischen Frühgeschichte, sondern auch der Blutzoll des Großen Vaterländischen Krieg, die Nachkriegsentwicklung und die Art und Weise, in der führende Politiker der imperialistischen Mächte heute die wirtschaftlichen Interessen der sie beauftragenden Konzerne durchsetzen belegen, was von derartigen Träumereien zu halten ist. Der spätere Dissident Djilas erinnert sich an Stalins Einschätzung der Situation in den fünfziger Jahren. Mit Blick auf die auf einer Weltkarte rot eingezeichnete UdSSR fasste er seine Erfahrung in die ebenso einfachen wie treffenden Worte: „Niemals werden die sich damit abfinden, dass ein derartiger Raum rot bliebt, niemals, niemals!"[141]

Wer angesichts der mit dem revolutionären Sturz der alten Verhältnisse verbundenen Konsequenzen einen solchen Weg ausschließt, mag sich vielleicht damit trösten, dass alle Schuld für die bei Beibehaltung der alten Umstände zu beklagenden Opfer anderen angelastet werden kann. Wie aber gehen die Prediger reformistischer Wunschträume um mit der damit auch von ihnen übernommenen Verantwortung für die Opfer imperialistischer Krisen und Kriege, für die durch die Folgen des Kolonialismus und brutalster Ausbeutung Verelendeten, für all jene, denen ihr Lebensglück durch Fehlentscheidungen und Verbrechen zerstört wurde?

Wir erleben in der Gegenwart die furchtbare Selbstverständlichkeit, mit der das Monopolkapital in der Durchsetzung seiner Interessen - nun nicht mehr durch die Existenz eines sozialistischen Militärbündnisses eingeschränkt - den Bruch des Völkerrechtes, Krieg, Raub und Mord nach Gutsherrenart praktiziert. Es bedarf keiner hellseherischen Fähigkeiten, sondern nur nüchterner Überlegung: So folgerichtig, wie der Verrat der gegen den Krieg gerichteten Beschlüsse der Sozialistischen Internationale 1914 und der Verrat der revolutionären Chancen am Ende dieses ersten großen Völkermordes ein um

---

[140] Sh. Medwedjew, R. Medwedjew: Der unbekannte Stalin, Moskau 2002 (russ.), S. 234

[141] Begegnungen mit Stalin; in: Stalin in den Erinnerungen von Zeitgenossen und Dokumenten der Epoche, Moskau 2002 (russ.), S. 553

die unvorstellbaren Dimensionen von Auschwitz und Hiroshima vergrößertes Verbrechen nach sich zog, so folgerichtig wird sich auch die Beseitigung des sozialistischen Lagers auf den Abbau jeglicher Hemmungen imperialistischer Profitgier auswirken. Die Verantwortung reformistischer ‚Vaterlandsverteidiger' endete nicht 1914 und nicht 1918, sie schließt die Folgen von 1933 und 1945 mit ein. Auch die Verantwortung der so genannten demokratischen Reformer schließt die Nah- und Spätfolgen ihres Tun und Lassens ein.

Vor diesem Hintergrund und angesichts dieser Erfahrungen ist die von Medwedjew vorgetragene Position nichts anderes als die Umkehr der Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg, den atomaren Massenmord von Hiroshima und Nagasaki, die biologische Kriegsführung in Korea, den Einsatz chemischer Massenvernichtungsmittel in Vietnam, die Verwendung radioaktiver Geschosse in den Golfkriegen. Wenn solcherart den Opfern der Aggression vorgeworfen wird, sich gegen die militärische Gewalt gewehrt zu haben ist dies eine ungeheuerliche Geschichtsfälschung. Wenn ernsthaft und unvoreingenommen nicht nur nach der Verantwortung für diesen Verlauf der Geschichte und der darin zu beklagenden Opfer gesucht wird, ist vielmehr nachzufragen, warum revolutionäre Bewegungen von ‚ihren' zwischenzeitlich reformistisch bei Diäten und Ministersessel ‚angekommenen' politischen Führern nicht nur nicht gefördert, sondern verraten wurden und werden.

Wann und wie auch immer: Der Bruch mit gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen der von der gesamten bisherigen Menschheit geschaffene Reichtum an Produktionsmitteln und Kulturgütern aller Art mit dem Verweis auf unter höchst dubiosen Umständen konstruierte Eigentumsrechte von einer Minderheit usurpiert wurde, setzt bei diesen Kräften kriminelle Energien frei, die alle bis dahin bekannten Verbrechen in den Schatten stellt. Erst in diesem Zusammenhang gewinnt die Frage nach den militärischen Dimensionen und den sozialökonomischen Konsequenzen des kalten Krieges, nach den Opfern und nach der Bewertung von richtigen, notwendigen und Fehlentscheidungen, nach Irrtümern und Verbrechen konkret historische Dimensionen.

In der gegenwärtigen Geschichtsschreibung wird häufig unterstellt, dass die sozialistische Entwicklung der osteuropäischen Länder nur oder zumindestens vor allen Dingen als eine Folge der sowjetischen Besatzung zu verstehen sei. Doch das stimmt weder mit dem tatsächlichen Verlauf der Nachkriegsgeschichte in den von der Roten Armee befreiten Ländern noch mit dem tatsächlichen Verlauf der Entwicklung in allen anderen europäischen Staaten überein. Weder in der Tschechoslowakei noch in Jugoslawien wurden sowjetische Besatzungstruppen stationiert. Trotzdem schlugen diese Völker einen sozialistischen Entwicklungsweg ein.

Diese Tendenz kam auf überzeugende Weise in den Resultaten der Nachkriegswahlen jener Länder zum Ausdruck, die nicht von der Roten Armee befreit wurden: Schon 1944 wurden in Island 16,7% und in Schweden 10,3% der Stimmen für die Kommunisten abgegeben, 1945 waren das in Dänemark 10%, in Norwegen 11,9% und in Finnland

20%, 1946 in Belgien 11%, in Frankreich 28,6%, in den Niederlanden 10% und in Italien 19%. In den ersten Nachkriegsregierungen von Belgien, Frankreich, Italien, San Marino, Luxemburg, Island, Norwegen, Österreich, Finnland und Griechenland gab es kommunistische Minister.[142]

Auch in diesem Zusammenhang bleibt festzuhalten: In allen Ländern hatte der entscheidende und schließlich ausschlaggebende Beitrag der Sowjetunion zum Sieg der Alliierten über den Hitlerfaschismus und der außerordentlich große Anteil sowie die führende Rolle der Kommunisten im antifaschistischen Widerstandskampf ihrer Völker grundlegende politische Veränderungen ausgelöst. Diese Entwicklung wurde in Griechenland, in Frankreich, in Italien und in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands durch die westlichen Okkupationstruppen und die auf das engste mit der nationalen Großbourgeoisie und anderen reaktionären Kräften zusammenarbeitenden Besatzungsbehörden durch Intrigen der übelsten Art, mit Hilfe von Verboten oder - wo all dies nicht wirksam war - mit militärischer Gewalt unterbunden.

Nur unter brutalstem Einsatz militärischer Gewalt gelang es britischen Truppen, in Griechenland eine volksdemokratische Entwicklung zu unterdrücken und die Monarchie zu restaurieren. In Oberitalien wurde die Partisanenbewegung durch das amerikanisch-britische Oberkommando behindert, weil der Einfluss der Kommunisten zu stark wurde.[143] Auch die Tatsache, dass die kommunistische Partei in einigen Gebieten Frankreichs über den von ihr organisierten Widerstand die Macht übernommen hatte, dass die KPF und die sozialistische Partei Frankreichs an der Regierung de Gaulle beteiligt waren und die Kandidaten der KPF bei den Wahlen am 21.10.1945 sowie am 13.6.1946 die meisten Stimmen erhielten spricht eine eindeutige Sprache. Dabei kann und darf auch nicht unterschätzt werden, dass sich die nationale Bourgeoisie in fast allen Ländern mit den deutschen Besatzern in Geschäftsbeziehungen eingelassen hatte.

5. Einige Anmerkunge zur Organisation „Luch“

Rund 40 Jahre später: Wie problematisch sich Verselbständigungen innerhalb der sozialistischen Geheimdienste unter den Bedingungen der ‚Perestroika’ auswirkten, wird zumindest in einigen Momenten deutlich, wenn man liest, was über die Tätigkeit der Arbeitsgruppe ‚Luch’ (der Strahl) zu erfahren war: „Seit Mitte der 80er Jahre hatte die Arbeitsgruppe ‚Luch’ den Auftrag, Bürger der … DDR in Leitungsfunktionen von Wissenschaft, Technik und Politik zur Zusammenarbeit mit dem KGB zu verpflichten, um auf diese Weise gesellschaftlich relevante Prozesse beeinflussen zu können.’ Mit anderen Worten: Die Gruppe hatte die Aufgabe, in der DDR die Umgestaltung nach sowjetischem Vorbild zu betreiben beziehungsweise zu unterstützen. .. In den Jahren

---

[142] B. Majorow: Ein ruhmreiches Kapitel, RotFuchs Nr. 74, S. 20

[143] siehe: Weltgeschichte in zehn Bänden, Band 10: Berlin 1968, S. 385

1988/ 1989 sei die Arbeitsweise von Luch modifiziert worden.“ Man war nicht fündig geworden und konzentrierte nun seine Aufmerksamkeit auf die bis dahin noch nicht organisierten Kreise der kirchlichen und außerkirchlichen Opposition.[144] Viel später stellte es sich heraus, dass Ibrahim Böhme bei der SPD und die Rechtsanwälte Schnur beim ‚Demokratischen Aufbruch’, danach DSU sowie de Maiziere in der CDU zwar informelle Mitarbeiter des MfS waren, aber recht eigentlich als Organisatoren dieser oppositionellen Organisationen ein mehr als widersprüchliches Spiel spielten.

Schließlich - aber längst nicht abschließend - tauchten dann auch noch Fragen zur Person und zur Rolle des Markus Wolf in dieser Phase auf. In der Pravda vom 15.9.1989 tauchte ein mitten in die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der SED-Spitze zielender Artikel auf. Welche Rolle ihm von wem zugedacht war, was warum daraus nicht geworden ist – auch hier bleiben Fragen offen, die auch im letzten Gespräch im Dunkeln blieben..[145]

6. "...die Aneignung seiner allgemeinen Produktivkraft..." - im Wettkampf der Systeme zwischen wissenschaftlich-technischer Revolution und Kaltem Krieg

Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, dass das Verständnis der weiteren Entwicklung der historischen Ereignisse nur dann möglich wird, wenn die durch die wissenschaftlich-technische Revolution ausgelösten tief greifenden Umwälzungen in der Struktur und in den funktionellen Wechselbeziehungen des Arbeitsprozesses, im Inhalt und in der gesellschaftlichen Funktion der Arbeit und in den Grundstrukturen der gesellschaftlichen Entwicklung in eine solche Untersuchung einbezogen werden. Dies war und ist kein einmaliger Vorgang. In der Mitte des vorigen Jahrhunderts begann eine bis heute nicht abreißende, sich in ihrer Abfolge progressiv beschleunigende Serie immer neuer Wellen derartiger Umwälzungsprozesse, die im Unterschied zu allen vorangehenden technischen Revolutionen nicht mehr ‚nur’ auschließlich oder doch zumindest vorrangig auf die produktive Sphäre der menschlichen Lebenstätigkeit beschränkt blieb, sondern den gesellschaftlichen Reproduktionsprozess als Ganzes erfasst hat.

Angesichts der durch Kriegsfolgen und Reparationsleistungen geprägten Situation in der DDR-Volkswirtschaft ist es nicht überraschend, dass diese Probleme auch hier spürbare Wirkungen zeitigten. Auf die ökonomischen Folgen von Demontage und Reparationszahlungen wurde bereits hingewiesen. Aber die auf diesem Wege dem Reproduktionsprozess der DDR-Volkswirtschaft entzogenen Summen lagen so hoch, dass schon die längst überfälligen Anstrengungen zur einfachen Reproduktion des verschlissenen

---

[144] R.G. Reuth, A. Bönte: Das Komplott – wie es wirklich zur deutschen Einheit kam, München Zürich 1993, S. 210f

[145] H.D. Schütt: Markus Wolff – Letzte Gespräche, Berlin 2007

Maschinenparkes zu einer unverhältnismäßig hohen Belastung des ohnehin spärlichen Konsumtionsfonds führen musste. In der Diskussion um die Ursachen des 17. Juni 1953 wird tunlichst vermieden, daran zu erinnern, dass und welche Lasten die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone und der späteren DDR - wie daraus folgt - nicht nur für die Kriegsschuld des deutschen Reiches, sondern auch für die Rüstungskosten des kalten Krieges aufbringen musste. Von kaum zu überschätzender Bedeutung waren dabei die Leistungen der ‚Wismut'. Aus allen diesen Angaben geht hervor, dass die Bevölkerung der späteren DDR nicht nur durch die Bereitstellung der größten Menge des für die Überwindung des Atombombenmonopols der USA notwendigen Urans sondern auch durch die Umverteilung anderer Wirtschaftsgüter von Anbeginn an den Folgekosten des kalten Krieges beteiligt war.

Aber im Vergleich der Aussagen, die auf der nach dem XX. Parteitag der KPdSU stattfindenden 3. Parteikonferenz der SED zur industriellen Entwicklung getroffen wurden, wird nicht nur deutlich, dass es hier detailliertere Aussagen gab. Mit der Orientierung auf die Vervollkommnung der Technologie, auf die Automatisierung von Fertigungsabschnitte, die Nutzung der Kernphysik und anderer wissenschaftlicher Errungenschaften zeichnete sich schon hier ein anderes Verständnis der modernen Möglichkeiten der Produktivkraftentwicklung ab.[146]

Infolge der unmittelbaren Konfrontation der gesellschaftspolitischen, insbesondere der wirtschaftlichen und der wissenschaftlich-technischen Entwicklung der DDR mit Veränderungen auf dem Weltmarkt wurden diese Prozesse hier deutlich spürbarer und mit weitaus größerer Aufmerksamkeit wahrgenommen. Aus diesen Erfahrungen reifte die Einsicht, dass "nur durch das höhere Tempo des wissenschaftlich-techni-schen Fortschritts ... die der kapitalistischen Wirtschaft überlegene Arbeitsproduktivität" erreicht werden konnte.[147]

So wurde sehr bald deutlich, dass es sowohl in der industriellen Arbeitsteilung als auch in der damit viel enger zu verbindenden wissenschaftlichen Forschung tief greifenderer Veränderungen bedurfte, um diesen Herausforderung gerecht zu werden. Dazu kam: Bei der Abstimmung der Perspektiv- und Volkswirtschaftspläne im Rahmen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) wurden ganze Fertigungszweige abgegeben. Nicht selten stellte es sich dann heraus, dass die übernehmenden Staaten noch nicht in der Lage waren, den daraus folgenden Anforderungen gerecht zu werden. So wurden bis zu diesem Zeitpunkt nur als quantitative Differenz wahrgenommene Unterschiede des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus, der Ausbildung, der Problemsicht und der Interessen in einer Art und Weise spürbar, die bis dahin nicht einmal vermutet wurde.

---

[146] W. Ulbricht: Der zweite Fünfjahrplan und der Aufbau des Sozialismus in der DDR, 3. Parteikonferenz der SED, 24.-30.3.1956, S. 22ff

[147] W. Ulbricht: Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der SED, VI. Parteitag der SED, Berlin 1963, S. 65

Auch aus dieser Situation erklärt sich, warum die im neuen Programm der SED getroffene Feststellung, dass „die Wissenschaft ... immer mehr zu einer unmittelbaren Produktivkraft (wird),“ die „alle technologischen Prozesse durchdringt,“[148] vorerst weder in ihrem Wesen noch in ihren Konsequenzen so ernst genommen werden konnte, wie dies unbedingt notwendig gewesen wäre. Diese Feststellung war angesichts der in vielen Bereichen der Volkswirtschaft und in der Versorgung der Bevölkerung offensichtlich zu Tage tretenden Unzulänglichkeiten und Defizite auch hierzulande angebracht. In anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft erschienen solche Probleme angesichts der Situation in der nach wie vor dominierenden Landwirtschaft und eben erst in Angriff genommener Industrialisierungsvorhaben geradezu wirklichkeitsfremd.

Aber im Bündel der sich wechselseitig aufheizenden Probleme zwischen den im Kalten Krieg wachsenden Rüstungslasten, dem Rückstau der über Jahrzehnte gewachsenen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Entwicklungsdefizite, allgegenwärtigen Versorgungsmängel und den sich geradezu überschlagenden neuen Herausforderungen, ging es nicht mehr nur um Antworten auf jede einzelne dieser Fragen. Mit der Lösung der in den einzelnen Staaten und Regionen der sozialistischen Staatengemeinschaft anstehenden Entwicklungsprobleme waren objektive Interessengegensätze verbunden, die trotz aller grundsätzlichen Übereinstimmung so sehr in den Vordergrund traten, dass oft nicht rechtzeitig erkannt wurde, dass es hier um die Zukunftsfähigkeit der mit der Orientierung auf den Sozialismus eingeschlagenen gesellschaftlichen Entwicklung ging.

In mehreren einander rasch ablösenden Generationen waren in der Automatisierungstechnik, durch mit Glasfasernetzen global vernetzte Computersysteme, durch die moderne Informations- und Kommunikationstechnik und der damit verbundenen Veränderungen neue Möglichkeiten entstanden. Die damit eingeleiteten Veränderungen in den Grundstrukturen des Tätigkeitsablaufes führten dazu, dass sich das Tempo der Ablösung von eben noch hocheffektiven Technologien um mehrere Größenordnungen steigerte. Die Folge war, dass bislang selbstverständliche Leistungskriterien und Bewertungsparameter auf vielen Gebieten völlig neu definiert werden mussten, ohne dass es dazu bereits hinreichend gesicherte Kenntnisse gab. Die Selbstverständlichkeit, mit der die Menge der Stahlproduktion als eine der auch künftig entscheidenden Größen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit behandelt wurde, war spätestens Mitte der 60-er Jahre überholt: Die eben noch als Maßstab industrieller Prosperität angesehene Stahlindustrie wurde im Resultat einer die ganze Branche erfassenden Krise auf Hintergrundfunktionen und Nischen zurückgestuft. Und die mit den Anfängen der Elektronik zum Einsatz kommenden Transistoren, die integrierten Schaltungen und die auf dieser Basis arbeitenden Computersysteme wurden innerhalb unvorstellbar kurzer Zeit vom gleichen Schicksal überholt.

---

[148] ebenda, S. 344

Aber in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre war dieser Prozess für viele noch nicht in der Selbstverständlichkeit erkennbar, in er heute über diese Ereignisse gesprochen werden kann. Besonders deutlich wurden diese Differenzen nach dem XXIII. Parteitag der KPdSU und dem VII. Parteitag der SED. Zwar wurde der Formulierung der ökonomischen Hauptaufgabe des Fünfjahrplans der UdSSR vorangestellt, dass bei der Festlegung der Hauptrichtungen für die Entwicklung der Volkswirtschaft „die wichtigsten Tendenzen der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution und die hervorragenden Entdeckungen in der Physik, der Chemie, der Mathematik, der Kybernetik, der Biologie und in anderen Wissenschaften ihren Niederschlag“ fanden.[149] Und auf die Notwendigkeit der organischen Verbindung zwischen Wissenschaft und Produktion wurde ebenso hingewiesen, wie auf den Einsatz elektronischer Rechenmaschinen, die Verbesserung der Qualität und die Verringerung der Aufwandes pro Produkt.[150] Aber in der Auswertung des Zuwachses der Industrieproduktion 1960-65[151] wie bei den Vorgaben für die Produktion der wichtigsten Industrieerzeugnisse blieb es bei Angaben zur Bruttoproduktion. Und auch hier fehlten konkrete Zielstellungen für die Entwicklung moderner Technologien.[152]

Im Unterschied dazu hatte W. Ulbricht in seinem Referat auf dem VII. Parteitag der SED einen umfangreichen Abschnitt über ‚die sozialistische Gesellschaft und die wissenschaftlich-technische Revolution.’ Dieser Prozess wurde als „ein objektiver Prozess umfassender und tief greifender qualitativer Veränderungen der Produktivkräfte“ charakterisiert, „der alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfasst.“ [153] Auf dieser Grundlage wurden strategische Orientierungslinien für die Prognose der Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Forschung nach Maßgabe der künftigen Struktur der nationalen Wirtschaft der DDR sowie Maßnahmen zu ihrer intensiven ökonomisch fundierten Verknüpfung mit der Praxis und der kurzfristigen Überleitung ihrer Resultate erarbeitet. Diese Vorgehensweise wurde zur inhaltlichen Hauptaufgabe des ökonomischen Systems des Sozialismus bei der Gestaltung der effektivsten Strukturen der Volkswirtschaft erklärt.

In allen Bereichen der Volkswirtschaft wurden Maßnahmen zur komplexen Automatisierung erarbeitet und umgesetzt, durch die Entwicklung des Metall-Leichtbaus

---

[149] A.N. Kossygin: Über den Entwurf der Direktiven zum Fünfjahrplan 1966 bis 1970, XXIII. Parteitag der KPdSU, Berlin 1966, S. 15

[150] A.N. Kossygin, a.a.O., S. 16ff

[151] L.I.Breshnjew: Unsere Zeit im Zeichen des wachsenden Einflusses des Sozialismus, XXIII. Parteitag der KPdSU, a.a.O., S. 99ff

[152] siehe: Direktiven des XXIII. Parteitages der KPdSU für den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1966 bis 1970, Berlin 1966, S. 99ff

[153] W. Ulbricht: Die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus, VII. Parteitag der SED, Berlin 1967, S. 96-120

wurden wesentlich bessere Resultate im Masse-Leistungsverhältnis erreicht, mit der Erarbeitung eines Einheitssystems der Elektronik (ESEG) und des Gerätebaus und der Automatisierung der technischen Produktionsvorbereitung (AUTEVO) wurde der Anschluss an das den Weltmarkt prägende Leistungsniveau gesucht. In den perspektivisch profilbestimmenden Kombinaten entstanden Großforschungszentren[154] und an den Hoch- und Fachschulen wurden große Anstrengungen unternommen, um Forschung und Ausbildung auf die steigenden Anforderungen der industriellen Praxis einzustellen.

Aber in der praktischen Umsetzung stießen diese Vorhaben nicht nur an die Grenzen der eigenen Möglichkeiten. Durch die Konzentration der verfügbaren Investitionsmittel auf Vorhaben, die die wissenschaftlich-technische Perspektive prägen sollten, entstanden Inseln höchster Produktivität. In nicht wenigen Fällen waren die diesen Verarbeitungsabschnitten vor- oder nachgelagerten Bereiche nicht in der Lage, auf diesem Niveau mitzuhalten. Nicht selten erfolgte eine Produktionsumstellung, ohne dass die Partner im In- oder im Ausland in der Lage waren, die mit der Übernahme dieser Fertigung vertraglich übernommenen Verpflichtungen termin- und qualitätsgerecht zu realisieren. Das eigentliche Problem waren immer mehr zusätzliche Automatisierungsvorhaben, die aus dem Prozess der Umprofilierung von Produktionsvorhaben entstanden, aber mit der Selbsterwirtschaftung der Mittel unvereinbar waren.[155] In der Summe dieser Probleme verschärften sich Versorgungsmängel, Investvorhaben blieben unvollendet und Disproportionen führten zu erheblichen Störungen in der Volkswirtschaft und in den Wirtschafts- und Lieferbeziehungen zu den Handelspartnern. Auf dem 14. Plenum des ZK der SED wurde sibyllinisch konstatiert, dass sich „das ökonomische System des Sozialismus bewährt hat, wo es sinnvoll angewandt wurde..“ Es ginge also nicht darum, dieses System, wohl aber „gewisse überspitzte Vorstellungen und Wünsche zu korrigieren, die nicht den materiellen Möglichkeiten entsprechen.“ Insbesondere wurde nun auf die Bilanzierung der Volkswirtschaft, Notwendigkeit der Eigenerwirtschaftung der Mittel, die Orientierung der Aufgaben und des Umfangs an der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft und auf die Pläne Wissenschaft und Technik verwiesen.[156]

Offensichtlich ging es aber nicht nur um die im Überschwang der Erwartungen entstandenen Probleme, sondern um die ganze Richtung. In der UdSSR waren ähnliche Überlegungen zur Wirtschaftsreform auf heftigen Widerstand gestoßen.

---

154 G. Mittag: Fragen des Volkswirtschaftsplanes der DDR 1970, Referat auf der 12. Tagung des ZK der SED, Berlin 1966, S. 9ff

155 S. Wenzel: Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben – Versuch einer Abschlussbilanz, a.a.O., S. 207

156 P. Verner: Bericht des Politbüros an die 14. Tagung des ZK der SED, Berlin 1970, S. 15

Walter Ulbricht versuchte, das Interesse für die eben noch mit größter Aufmerksamkeit bedachte wissenschaftlich-technische Revolution auch nach dem Scheitern seiner weit reichenden Ziele aufrecht zu erhalten. Auf dem 15. Plenum des ZK warnte er vor dem Abgleiten in die Mittelmäßigkeit[157] und verlangte trotz der notwendigen Korrektur der offen zutage getretener Disproportionen „für wichtige Bereiche hohe, weitgesteckte und zugleich reale Ziele festzulegen, die aus den Prognosen bis 1980 und der Analyse der Lage abgeleitet werden." Aber seine Hoffnung, die wissenschaftlich-technische Revolution auf diesem Wege doch noch „erfolgreich durchzuführen"[158], sollte sich nicht erfüllen. Auf dem VIII. Parteitag der SED wurde ganz im Sinne des orthodoxen Verständnisses von Wirtschaftsentwicklung relativiert: Erich Honecker orientierte in dem nun von ihm gehaltenen Referat, dass wir uns als ‚Marxisten-Leninisten' zur wissenschaftlich-technischen Revolution „wie zu anderen wesentlichen gesellschaftlichen Tatsachen und Prozessen" verhalten.[159] Er übernahm wörtlich die auf dem XXIV. Parteitag beschlossene Formulierung, dass es darauf ankomme, „die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution organisch mit den Vorzügen des sozialistischen Wirtschaftssystems zu verbinden, eigene, dem Sozialismus immanente Formen der Verbindung von Wissenschaft und Produktion breiter zu entfalten."[160]

Aus dem Abstand zu 1989 ist auch von den damals handelnden Personen manche aufschlussreiche Überlegung zu hören. Honecker hatte noch auf dem VIII.[161] und auch auf dem IX. Parteitag der SED[162] die ‚Allgemeingültigkeit der von der KPdSU beschlossenen Leitsätze' vorbehaltlos bekräftigt. Auf dem X. wurde mit einer nicht zu übersehenden kritisch-distanzierten Note festgestellt, dass „das Sowjetland über die Potenzen verfügt, um die vom Parteitag beschlossene Innen- und Außenpolitik erfolgreich zu verwirklichen."[163] Auf dem XI. wurde nur noch konstatiert, dass auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU „mit Sachlichkeit, Schöpfertum, Kampfgeist und Optimismus"

---

157 W. Ulbricht: Die politische Vorbereitung des VIII. Parteitages der SED, Berlin 1971, S. 61

158 W. Ulbricht: Die politischen Vorbereitungen…, a.a.O., S. 59

159 siehe: Bericht des ZK an den VIII.Parteitag der SED, Berichterstatter Genosse Erich Honecker, Berlin 1971, S. 47

160 siehe: Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU, Referat von L.I. Breshnew, Moskau 1971; vergl.: Bericht des ZK an den VIII.Parteitag der SED, Berichterstatter Genosse Erich Honecker, a.a.O., S. 47

161 siehe: Bericht des ZK an den VIII.Parteitag der SED, Berichterstatter Genosse Erich Honecker, a.a.O., S. 14

162 siehe: Bericht des ZK an den IX.Parteitag der SED, Berichterstatter Genosse Erich Honecker, Berlin 1976, S. 13

163 Bericht des ZK an den X.Parteitag der SED, Berichterstatter Genosse Erich Honecker, Berlin 1981, S. 10

beraten wurde, „alle materiellen und geistigen Potenzen der sowjetischen Gesellschaft freizusetzen, alle Hemmnisse auf dem Weg vorwärts zu beseitigen, um die beschlossene Strategie zur sozialökonomischen Entwicklung des Landes erfolgreich zu verwirklichen.“[164] Im Nachtrag ist zu lesen, dass „die Wirtschaftspolitik ... sehr stark nach unseren Gesichtspunkten ausgearbeitet (wurde), nachdem es sich zeigte, dass wir uns nicht weiter auf die sowjetischen Erfahrungen stützen konnten..“[165] Zur These, dass die DDR eine selbständige Position einnehmen musste, stellt Honecker durchaus zutreffend fest: „Die DDR konnte nicht ohne das feste Bündnis mit der UdSSR existieren. Realpolitisch ist klar, dass die DDR keine anderen Wege gehen konnte.“[166]

Der für die Wirtschaftspolitik zuständige Günter Mittag kam in der Retrospektive zur Schlussfolgerung, dass die DDR nur so lange eine erfolgreicher Wirtschaftspartner der UdSSR war, wie sie „gleichzeitig an der weltweiten internationalen Arbeitsteilung teilnehmen konnte.“ Zwar sei „in den ersten Jahren noch ein genügend hoher, für die Sowjetunion sehr interessanter wissenschaftlicher und technologischer Stand vorhanden“ gewesen, aber der wurde ‚aufgebraucht’. Nicht nur nach seiner Meinung führte die im Resultat eines unrealistischen Sozialprogramms immer weiter sinkende Akkumulationsrate dazu, dass Schulden gemacht wurden und eine sich aufheizende Spirale fehlender Investitionsmittel immer größer werdende Leistungsdefizite zur Folge hatte.[167] Dabei ging es nicht nur um die Lieferung von Südfrüchten und Kaffee. Mehrfach musste Getreide und Futtermittel gekauft werden, weil die eigene Ernte nicht den Erwartungen entsprach. Noch umfangreicher und meist unverhältnismäßig überteuert waren Ausrüstungen für die Entwicklung der elektronischen Industrie. Wer sich an die 80-er Jahre erinnert, kann nicht vergessen haben, dass nicht nur Begriffe, wie Weltstandsvergleich, Mikroelektronik, Mikromodultechnik, CAD-CAM, die Multispektralkamera etc., sondern auch Berichte über praktischen Anstrengungen auf diesen Gebieten den DDR-Alltag prägten.

In den siebziger Jahren entstand im NSW-Handel[168] der DDR ein Negativsaldo, dass in der Außenhandelsbilanz nicht mehr ausgeglichen werden konnte. Zwar wurde dem mit immer wieder aufs neue improvisierten Versuchen, den Anschluss an das Weltniveau der wissenschaftlich-technischen Entwicklung zu erreichen, entgegengearbeitet. Immerhin brachte die Ablösung des aus der UdSSR importierten Erdöls durch die Umstellung auf Braunkohle im Resultat der dramatisch angestiegenen Rohölpreise beträchtliche Devi-

---

164 Bericht des ZK an den XI.Parteitag der SED, Berichterstatter Genosse Erich Honecker, Berlin 1986, S. 13f.

165 Ändert/Herzberg: Der Sturz – Honecker im Kreuzverhör, Berlin und Weimar 1990, S. 282

166 E. Honecker: Moabiter Netizen, Berlin 1994, S. 67f.

167 G. Mittag: Um jeden Preis – Im Spannungsfeld zweier Systeme, Berlin und Weimar 1991, S. 172f.

168 = Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet

senerlöse. Damit gelang es, die Verbindlichkeiten bis 1985 auf 15,5 Mrd Valutamark (VM) zurück zu drängen. Aber damit waren auch zusätzliche Probleme der Umweltbelastung verbunden, für die es wegen der restriktiven COCOM-Bestimmungen keine umsetzbaren Lösungen gab. Mit dem nach 1985 einsetzenden erneuten Rückgang der Erdölpreise verwandelte sich diese Devisenquelle der DDR in ein Verlustgeschäft: Aber im Resultat der im RGW um 5 Jahre verzögerten Anpassung der Erdölpreise wurden nun im Außenhandel mit der UdSSR bei nur geringfügig gestiegenen Preisen für die aus der DDR exportierten Maschinen und Ausrüstungen deutlich höhere Preise für Rohstoffimporte fällig.

Tab. 6: Leistungsentwicklung des DDR-Außenhandels (Angaben in Mio Valuta-Mark)[169]

	Außenhandel	Gesamt			Sozialistisches Wirtschaftsgebiet			Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet		
	Umsatz	Ausfuhr	Einfuhr	Bilanz	Ausfuhr	Einfuhr	Bilanz	Ausfuhr	Einfuhr	Bilanz
1970	39597,4	19240,2	20357,2	-1117,0	14221,2	14118,9	+102,3	5019,0	6238,3	-1219,3
1975	74393,6	35104,6	39289,0	-4184,4	25684,3	26160,8	-476,5	9420,3	13128,2	-3707,9
1980	120100,9	57130,5	62970,3	-5839,8	39716,9	40092,9	-376,0	17413,6	22877,4	-5463,8
1981	132926,9	65927,0	66999,9	-1072,9	43636,9	44907,0	-1270,1	22290,1	22092,9	+197,2
1982	145109,3	75231,0	69878,3	+5352,7	47984,2	47850,6	+133,6	27246,8	22027,7	+5219,1
1983	160423,7	84227,0	76196,7	+8030,3	53984,7	50644,2	+3340,5	30242,3	25552,5	+4689,8
1984	173902,5	90401,9	83500,6	+6900,4	58673,4	55617,6	+3055,8	31728,5	27883,0	+3845,5
1985	180991,3	93490,3	86701,0	+6789,3	60810,1	58233,1	+2577,0	32680,2	28467,9	+4121,3
1986	181970,2	91505,1	90465,1	+1040,0	61087,7	61543,1	-455,4	30417,4	28922,0	+1495,4
1987	176556,3	89910,0	86646,3	+3263,7	61876,9	59962,3	+1914,6	28033,1	26684,0	+1349,1

Diese Entwicklung widerspiegelte sich in der Auslandsverschuldung der DDR zum NSW. Nach einer Analyse der Bundesbank 1982 mit 25,1 Mrd. VM erreicht. Bis Ende 85 sank dieser Betrag auf 15,5 Mrd. zurück, um danach bis 1989 erneut auf 19,9 Mrd. VM anzusteigen.[170] Mit der dramatischen Steigerung der Rohstoffpreise verschlechterten sich auch die ökonomischen Rahmenbedingungen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik der DDR. Die seit 1970 sinkende Akkumulationsrate und die mit dem politischen Bekenntnis zum sozialpolitischen Programm des VIII. Parteitages eingegangenen Verpflichtungen (feste Einzelverkaufspreise, keine kostendeckenden Mieten, das Wohnungsbauprogramm und ein ganzes Paket weiterer sozialpolitischer Maßnahmen) setzten für die anspruchsvollen Zielstellungen bei der Umsetzung der zu Teilen sogar vorhandenen

[169] eigene Zusammenstellung und Berechnung nach dem Statistischen Jahrbuch der DDR 1988

[170] nach S. Wenzel: Was war die DDR wert?..., a.a.O., S. 25

wissenschaftlich-technischen Ergebnisse viel zu enge Grenzen. Für die nun in der Elektronik, bei der Einführung von CAD/CAM-Systemen, in der Umwelt- und in der Biotechnologie notwendigen Investitionen fehlten trotz zielstrebiger Unterstützung dieser Vorhaben durch die wissenschaftlich-technische Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit die dafür erforderlichen Devisen. In der Zwangslage, übernommene Kredite tilgen und Zinsen zahlen zu müssen mussten Waren der DDR zum Schleuderpreis einer Devisenrentabilität zum Teil unter 1 : 0,1 verkauft werden. Die DDR-Wirtschaft war zwar weder ‚bankrott' noch ‚marode', wie das immer wieder in antikommunistischen Pflichtübungen der bürgerlichen Journaille, in den hasstriefenden Tiraden einiger ‚Dissidenten' und auch in der Rhetorik ‚linker' Politiker mit ausgeprägtem Wohlverhalten behauptet wird. Aber bei Beibehaltung der nun schon tradierten Relationen von Konsumtion und Akkumulation gab es keine Chance, den Anschluss an das bis dahin erreichte Niveau zu halten.

In diesem Handlungsrahmen waren Zielvorgaben und Resultate der wirtschaftlichen Entwicklung zu analysieren. In der DDR waren in diesem Zeitraum durch Havarie von zwei 500 MW-Blöcken und extreme Wetterbedingungen Mehraufwendungen in Höhe von 4,6 Mrd Mark angefallen, was sich negativ auf die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes auswirkte: "Eine Reihe von wichtigen Parametern unseres Volkswirtschaftsplanes wurden nicht wie beabsichtigt erfüllt: In der Nettoproduktion der Industrie wurden nicht 9% (Wachstum; d.V.) - wie geplant, sondern nur 6,3% erreicht. Die Arbeitsproduktivität konnte in der Industrie nicht auf 8,6 sondern nur auf 6,6% gesteigert werden, die Zielvorgabe für die IWP (Industrielle Warenproduktion) konnte nicht erreicht werden und es gibt eine Reihe anderer Momente, die es notwendig machen, sich gründlicher mit der Planerfüllung auseinanderzusetzen."[171]

In diesem Kontext sind auch die tendenziellen Veränderungen in den Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR zu sehen. Gemeinsam ausgearbeitete Vorhaben zur kooperativen Zusammenarbeit bei der Lösung von wissenschaftlich-technischen Vorhaben strategischer Bedeutung wurden in den Hintergrund gedrängt. Statt dessen dominierten wechselseitige Hilfslieferungen das Bild. Aber seitens der UdSSR konnten nicht einmal mehr die vereinbarten Erdöllieferungen in vollem Umfang aufgebracht werden. Und der Export aus der DDR enthielt Waren, die nicht gerade wissenschaftlich-technisches Niveau repräsentierten. Im Rückgang des Exports von DDR-Waren wurden auch Veränderungen in den wirtschaftlichen Beziehungen zur UdSSR spürbar.

---

[171] K. Hesse: Rededisposition zur Auswertung der 5. Tagung des ZK unserer Partei und den Aufgaben der Parteiorganisationen im Frühjahrsemester, Leningrad 1988, S. 2

Tab. 7: Import- und Exportleistungen zwischen der DDR und der UdSSR 1985-I988[172]

	1985		1986		1987		1988	
	Export	Import	Export	Import	Export	Import	Export	Import
Gesamt	7.591,7	7.669,9	7.128,1	7.884,2	7.093,2	7.635,9	7.024,4	7.193,2
Maschinen, Ausrüstungen Transportmittel	5.176,9	904,9	4.725,1	974,0	4.674,4	1.033,4	4.524,9	1.177,3
Werkzeugmaschinen Verarbeitungszentren	545,6	26,8	492,3	40,4	811,9	92,4	765.6	95,3
Energieausrüstungen	121,9	165,4	118,4	138,5	117,2	160,4	110.678	226,2
Elektrotechnische Ausrüstungen	115,5	22,3	87,3	22,5	93,0	24,7	68,0	27,6
Hebezeuge Fördertechnik	224,0	5,8	210,9	5,3	220,5	0,6	221,5	0,5
Nahrungsmitteltechni	210,5	2,4	210,8	2,6	223,9	3,7	215,2	3,7
Textilmaschinen	102,3	12,4	89,7	13,0	90,6	9,5	80,4	9,8
Chemieanlagen	198,7	3,1	190,5	3,8	185,9	3,9	160,9	3,3
Laborausrüstungen	165,2	17,9	155,3	22,3	153,4	22,7	166,4	27,5
Chemische Produkte	165,7	86,2	174,3	83,1	165,9	90,6	177,7	89,3
Landwirtschaftliche Maschinen	543,8	18,0	519,0	20,1	501,6	24,9	488,7	29,0
Schiffe	699,2	12,2	586,2	8,9	440,8	5,9	453,3	8,3
Kohle u. Koks		225,4		271,9		493,9		543,6
Erdöl u. -produkte		3.106,4		3.126,6		2.860,0		2.439,1
Gas		747,8		849,9		775,1		692,3
Walzmaterial		677,1		698,2		698,0		617,5

[172] zusammengestellt nach: Die Außenwirtschaftsbeziehungen der UdSSR im Jahre 1986 – Statistischer Sammelband, Москва 1987, S. 125-132; und: Die Außenwirtschaftsbeziehungen der UdSSR im Jahre 1988, Statistischer Sammelband, Moskau 1989 (russ.), S. 127-135

Holz		198,5		153,5		124,0		113,6
Baumwolle		118,0		105,2		110,3		110,3
Eisenbahnwaggons	419,6	23,8	369,9	26,9	579,5	33,1	561,9	44,9
Bekleidung	120,4		150,6		152,2		172,7	
Möbel	142,4		1142,8		148,6		158,1	
Medikamente	146,1	7,6	132,9	9,2	110,9	9,0	108,6	9,2
Parfümerie /Kosmetik	102,2		107,5		112,2		123,7	
Haushaltwaren	125,1	23,0	128,9	23,9	137,4	26,7	149,7	24,7

Die Leistungsentwicklung war anhand statistischer Daten zur Entwicklung der Nettoproduktion, der Arbeitsproduktivität, der Senkung der Selbstkosten und der Herstellung von Fertigerzeugnissen in den Industriezweigen und in den Bezirken monatlich nachlesbar: Im Vergleich des monatlichen Zuwachses der Nettoproduktion wurde, wie auch aus den Daten zur Entwicklung der Arbeitsproduktivität deutlich, dass es beträchtliche Differenzen im Entwicklungstempo der verschiedenen Industriezweige gab. In Verbindung mit den Veröffentlichungen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik zur Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes war es möglich, einen ebenso aktuellen wie differenzierten Einblick in die laufenden Problem der wirtschaftlichen Entwicklung zu erarbeiten.

Mit dem Hinweis auf neue Basistechnologien bei der Herstellung von Schichtwiderständen, flexibler Fertigungssysteme, 256-Kilobitspeicherschaltkreisen, 16- und 32-Bit-Rechnern und deren Bedeutung für die Einführung von CAD/CAM-Stationen wurden auch die durch Rückstände bei 731 Investitionsvorhaben entstandenen Konsequenzen verdeutlicht. Wer im Schlusswort dieses 5. Plenums las, es gelte „den Werktätigen stets ein realistisches ungeschminktes Bild vom Stand der Dinge zu vermitteln," dass dazu „eine gesunde Atmosphäre (gehört), wie unsere Partei sie fördert", dass die „nüchterne Analyse der Lage und das Wissen um die eigene Verantwortung ... den Boden bilden, auf dem sich die Initiative der Menschen und ihr Wettbewerbsgeist am besten entwickeln,"[173] wird kaum glauben, dass alle diese Orientierungen aus dem Jahre 1987 stammt.

Der Volkswirtschaftsplan 1989 war ebenso wie der Fünfjahrplan 1986/90 nicht mehr erfüllbar. Die Versuche, unter Anstrengung aller Kräfte, bei Inkaufnahme einer z.T. äußerst problematischen Devisenrentabilität den Anschluss an das technologische Weltniveau herzustellen, brachten nicht die erhofften Resultate. Die damit verbundenen Forschungs- und Entwicklungskosten überschritten das in der DDR verfügbare

[173] E. Honecker: Alles zum Wohle des Volkes der DDR, für seine friedliche Zukunft, Aus dem Schlusswort, Berlin 1986, S. 105f.

Investitionsvolumen. Dies und die die ökonomischen Potenzen überfordernde Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik führten in die finanzwirtschaftliche Abhängigkeit.

Tab.: Zur Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1986-1988 und zum Plan I989 [174]

Kennziffer Ang. in %	Fünfjahrplan 1986/90	VW Plan 1986		VW Plan 1987		VW Plan 1988		VW Plan 1989	
		Plan	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist
Produziertes NE	124-126	104,4	104,3	104,5	104,0	104,1	103,0	104,0	k.A.
Nettoprod.Industrie	149-151	108,5	108,8	108,6	106,6	108,0	107,0	104,4	k.A.
Arbeitsproduktivität	Jährl. 8,5%	108,1	108,8	108,6	106,6	108,0	107,0	k.A.	k.A.

Noch deutlicher wird diese Situation in der detaillierteren Einschätzung der Entwicklungsprobleme der UdSSR und der sozialistischen Gemeinschaft, zu der G. Sieber auf Grund eigener Beobachtungen kam. Das entscheidende Problem sah er darin, dass sich der Zusammenbruch der Sowjetunion bereits Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre beschleunigte: „Die Disproportionen in der Wirtschaft des Riesenlandes wurden unüberwindbar. Der schon verzweifelte Versuch, mit neuen Generationen strategischer und operativer Waffen den Rüstungswettlauf mit den USA zu gewinnen, verbrauchte die letzten Reserven des Landes und machte das Umdenken auf überlebensfähige Strukturen auch deshalb unmöglich."[175]

Schon wenn man sich die Wortwahl vor Augen führt, in der die Hauptrichtungen der Wirtschaftspolitik orientiert wurden, wird deutlich, wie dramatisch die Lage in der UdSSR Mitte der 80er Jahre war: Da war die Rede von der "Rekonstruktion der Volkswirtschaft auf der Grundlage des wissenschaftlich-technischen Fortschritts". Fünfzig Jahre nach dem Ende des immer wieder beschworenen Sieges im Großen Vaterländischen Krieg wurde formuliert, dass die „Lösung des Lebensmittelproblems“ eine „erstrangige Aufgabe“ war.

---

[174] eigene Zusammenstellung anhand von Angaben der staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR und des Gesetzes über den Volkswirtschaftsplan 1989, ND vom 16.1.1988 und vom 19.1.1989

[175] G. Sieber: Schwierige Beziehungen. Die Haltung der SED zur KPdSU und zur Perestroika, in: H.Modrow: Das große Haus, a.a.O., S. 71

Dazu kam es dann nicht mehr, denn die von Gorbatschow im ZK der KPdSU installierten und nach Kräften geförderten CIA-Auftragsagenten vom Stile eines Jakowlew, Verräter vom Type Jelzin und die aus der Partei- und Komsomolbürokratie um Gaidar, Tschubais & Co. hervorgegangenen Oligarchen gaben der wankenden Sowjetunion und damit erst recht den Staaten des Warschauer Vertrages den Todesstoß.

In dieser Arbeit ging es um die ökonomischen Ursachen des Scheiterns des sozialistischen Lagers. Wer dieses Thema ernst nimmt, wird sehr bald mit einer Vielzahl grundlegender Fragen zur Gegenwart und zu den Perspektiven der gesellschaftlichen Entwicklung konfrontiert, die in dieser Arbeit nicht in Gänze diskutiert werden konnten.

Klaus Hesse, Leipzig

Hermann Jacobs: Der Beitrag der DDR zur ökonomischen Theorie und zur ökonomischen Praxis des Sozialismus/Kommunismus

Vorbemerkung

Alle sozialistischen Länder, die einen mehr, die anderen weniger, erlebten in der ersten Periode des Kommunismus, der sozialistischen, neben der Aufnahme und Entwicklung des revolutionären Weges zum Kommunismus eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Reformismus. Hierbei traten auf ökonomischem Gebiet Aktivitäten des Reformismus besonders in den Vordergrund. Sie gipfelten alle in der Erzeugung eines besonderen ökonomischen Subjekts im Sozialismus - dem „sozialistischen Betrieb mit monetärer Eigenerwirtschaftung“, dessen ökonomisches System eine Warenökonomie sein sollte und nur sein kann. Ökonomisch-rechtlich stünde der „sozialistische“ Betrieb dann in keiner anderen Lage da als ein x-beliebiger Betrieb privaten Eigentums; d.h. der Begriff der ökonomischen Selbstständigkeit ist nichts als ein anderer Begriff für Privateigentum. Damit wird der revolutionäre Charakter der Planwirtschaft, die auf der Basis der Vergesellschaftung der Produktionsmittel eine neue, revolutionäre Art der Produktionsweise darstellt, genauso wie der revolutionäre Charakter der Arbeiter und der Arbeit, der im Sozialismus auf ein ökonomisches Gesamtsubjekt und auf den Lohn als einen auf die gesellschaftliche Gesamtarbeit bezogenen Lohn hinweist, verfälscht und ins Gegenteil verkehrt.

Wie nicht anders zu erwarten wurde der Sozialismus eine sehr widerspruchsvolle, sehr kampf- und auseinandersetzungsreiche Periode.

Auch der Beitrag der DDR zur Wissenschaft des Sozialismus in ökonomischer Hinsicht ist unter diesem doppelten allgemeinen Gesichtspunkt zu betrachten – einerseits für die

Grundsätze der Planwirtschaft zu stehen, andererseits in eine spezifische Form der Auseinandersetzung von Revolution und Reformismus geraten zu sein – zu betrachten; er ist insbesondere im Hinblick auf die Frage einer fortgesetzten Warenökonomie im Sozialismus und des vertieften Wissens um das sozialistische Leistungsprinzip von übergeordnetem Wert. Der Beitrag der DDR sollte selbstbewußt neben den der sowjetischen Wissenschaft vom Sozialismus gestellt werden.

Wir listen das in den nachstehenden vier Punkten und einigen Nachbemerkungen auf, wobei wir mit einer allgemeinen Frage beginnen – der übernationalen Bedeutung des „sowjetischen ökonomischen Modells“:

1. System-Aussage:

Nicht, dass die Sowjetunion der DDR das „sowjetische Modell“ der Wirtschaftsführung aufgezwungen – oder auch „übergestülpt“ - hätte, sondern dass es übernehm- und anwendbar war, ist maßgeblich für die Theorie; denn Übernehmbarkeit heißt ja, dass es ein allgemeines Modell für den Sozialismus/Kommunismus ist. Also Planwirtschaft an sich – und diese dann natürlich auch in der DDR. (Bei der Frage eines ökonomischen Systems muss nicht der nationale Aspekt den ökonomischen messen, sondern umgekehrt der ökonomische den nationalen; das System macht den Inhalt, die „Nation“ die Form. Es ist beim Sozialismus/Kommunismus nicht anders als beim Kapitalismus: Das System ist allgemein, die Nation spezifisch.)

Ausgangspunkt der Planung ist a) die Entwicklung der Bedürfnisse und b) überhaupt die Aneignung nach dem Bedarfsprinzip; a) berücksichtigt auch einen historischen Aspekt im Entwicklungsstand der Produktion und b) ist unmittelbar Ausdruck des in der Ökonomie vollzogenen Eigentumswechsels vom Privateigentum (= Wertprinzip der Aneignung) zum gesellschaftlichen Gesamteigentums (= Gebrauchswertprinzip der Aneignung). Planwirtschaft ist direkte Produktionsplanung, nicht nur Perspektivplanung; sie ist direkt Ökonomie der konkreten Seite der Arbeit. Man kann die Produktionsplanung, so wie es die warenökonomische Reform immer wollte, nur unter einer Bedingung von der Perspektivplanung trennen: dass die Produktion selbstständig, „eigenverantwortlich“ wird, d.h. sich einem anderen Prinzip widmet: der einfachen abstrakten Expansion, und dann hängt eine „Perspektive“ in der Luft. Man kann nämlich dann nicht mehr von einer Wirtschaftsperspektive sprechen, die den Namen als solche verdient. Als Sinn muss die Wirtschaftsperspektive die Garantie, dass so, wie sie vorangeht, die Produktion folgen wird, in sich enthalten. Die Produktion ohne Planung, ohne die Optimierung eines auf den Menschen bezogenen Bedürfnis-Prinzips würde, wie der Kapitalismus beweist, dem abstrakten Trieb der Ausdehnung des Eigentumsverhältnisses anheim fallen.

Die von den revisionistischen Marktapologeten immer wieder geforderte Trennung von Perspektive und Produktion/Betrieb ist Voraussetzung dafür, die Betriebe gegen den

gemeinschaftlichen gesellschaftlichen Willen zu verselbstständigen, damit das Bedürfnis-/Bedarfsprinzip wie das Prinzip der Proportionalität zu verhindern zugunsten der Geltung des Wert- oder Äquivalenzprinzips in der Ökonomie, welches Kategorien sind, die einer gesamtgesellschaftlichen Planung widersprechen, dem Eigentumsprinzip aber sehr wohl entsprechen. Das Aufstellen einer Perspektive hat nur Sinn, wenn die Produktion daraufhin verbindlich gemacht werden kann – also Einheit von Perspektive und Produktion ist.

Die Produktionsplanung operiert mit einem Perspektivzeitraum, der einsehbar ist, und einer auf diesem Zeitraum (in der Regel 5 Jahre) beruhenden Feinplanung (1 Jahr und Jahres-Quartale, Monatsplanung, direkte Arbeitsvorgaben bis in den Arbeitsplatz hinein). Ein weitergehender perspektivischer Zeitraum umfasst bis zu 15 oder 20 Jahre, in dem es um Sicherungsformen/Orientierungen der Produktionsplanung geht. Die verschiedenen Zeiträume sind in sich – durch Einsehbarkeit/Machbarkeit und unterstellten wissenschaftlich-technischen Fortschritt - bedingt.

Die Frage der Planwirtschaft ist auch deshalb die wichtigste Frage der politischen Ökonomie in der DDR, weil die DDR bis zuletzt ein Land der Planwirtschaft war; die Kontinuität der DDR – in sozialistisch-kommunistischer Hinsicht – wird also gerade dadurch ausgedrückt, dass die Planwirtschaft das beständige Element war, alle ökonomischen Experimente der 60er Jahre (Neues Ökonomisches System - NÖS) auf diese Zeit beschränkt blieben und selbst in dieser Zeit nur sekundäre Bedeutung für die Praxis erlangten.

2. Probleme: Festpreise und „gestörte betriebliche Rentabilität“ / Neues Ökonomisches System der DDR / „Löhne nach dem Gewinn“

Die Wirtschaftstheorie und –praxis der DDR folgte – in Gestalt der aus der Sowjetunion zurückgehrten kommunistischen Emigranten - zunächst den seit den 30er Jahren von der sowjetischen Theorie entwickelten Vorgaben – begleitet allerdings von theoretischen Vorstößen einiger Wissenschaftler (Behrens, Benary, Kohlmey), die sich gegen die neue Rolle des Staates in der Planwirtschaft wandten und die damit auf Gedankengut sozialdemokratischer und auch bürgerlicher Kritiker der Sowjetunion zurückgriffen.

In der zweiten Hälfte der 50er Jahre – etwa auf der Höhe des 2. Fünfjahresplanes in der DDR - entstand im System der Festpreise, durch welches die Planwirtschaft gekennzeichnet ist, das Problem einer *relativen* Unrentabilität, d.h. einer Disproportion im Verhältnis der Rentabilität auf der Ebene der betrieblichen Preise (Überrentabilität – Unterrentabilität); Preisen mit hoher Rentabilität standen Preise mit geringer oder gar keiner Rentabilität gegenüber. Dieser Zweipoligkeit auf der unteren Ebene stand eine – wachsende – volkswirtschaftliche, gesamtgesellschaftliche Rentabilität gegenüber, wie ist dieser „Gegensatz“ zu erklären?

Theoretisch geht es um das Problem der preislichen Darstellung des Mehrprodukts und deren Aneignung u. a. über eine Erhöhung der effektiven Löhne, was innerhalb von Preisen zu einem Anstieg der Kosten führt – es sei denn, die betriebliche Produktivitätssteigerung fällt stärker aus als der Anstieg der betrieblichen Löhne. Ist das Gegenteil der Fall, sinkt die Rate der Rentabilität in Preisen. Das „Erschrecken über die (teilweise) sinkende Leistungsfähigkeit der sozialistischen Wirtschaft“ (oder Planwirtschaft) beruht auf einer Unkenntnis des ökonomischen Mechanismus der Planwirtschaft bzw. formell darauf, dass eine ökonomische Bewegung der konkreten Arbeit in eine Kategorie der Ökonomie der abstrakten Arbeit übertragen wird. Dieser „Widerspruch“, der in der „Theorie“ zu Lasten der neuen Ökonomie ging, arbeitete solchen ökonomischen Reformen (darunter dem mit Einverständnis des Generalsekretärs der SED, Walter Ulbricht, initiierten NÖS der DDR), die den Gewinn als Leistungskennziffer optimierten (Libermann und andere), in die Hände. Während in der ersten Hälfte der 50er Jahre die Frage der Warenökonomie nur abstrakt, als Kritik an der neuen Rolle des Staates als zentraler Planungsinstanz in der Ökonomie aufgeworfen wurde, erhielt sie mit dem Rentabilitätsproblem den Anschein einer notwendigen Praxis. Reform sollte der Wiederherstellung des rentablen Preises dienen. Damit trat der „sozialistische Betrieb“ in den Mittelpunkt der theoretischen Ökonomie und wurde das Subjekt einer waren- und wertökonomischen Reform. Die Reform setzte mit dem NÖS im Allgemeinen und der Preisreform im Besonderen ein.

Erster Schritt war die Neubestimmung der Grundmittel in Preisen (im Wesentlichen ging es um deren Erhöhung), über den die Reform dann allerdings nicht hinauskam. D.h. das gesamte Preissystem der Betriebe wie auch die Einzelhandels-Verkaufspreise der individuellen Konsumtion (EVP) wurden von der Preisreform nicht ergriffen, die Preisreform blieb ein statisches Element, es entstand kein auf die Veränderung von Wertgrößen hin bewegtes Preissystem, d.h. es blieb beim System fester Preise.

Das Neue Ökonomische System ist ein spezifischer DDR-Beitrag, anders als der „Prager Frühling“, da das NÖS noch die zentrale Planung und die Selbsterwirtschaftung der betrieblichen Finanzen vereinen wollte, die Prager Reformen aber die Aufgabe des Elements der zentralen Planung vorsahen. Die NÖS drückt somit nicht schlechthin den Wechsel im ökonomischen System des Sozialismus aus, sondern einen gesellschaftlichen Kompromiss zwischen Revolution und Reform aus, und damit auch einen inneren Widerspruch der DDR-Parteiführung.

Zweites Element des NÖS war die *betriebliche* materielle Interessiertheit. Die Bestimmung von Lohnhöhen sollte in Abhängigkeit von Gewinnen der Betriebe (anteilig bis 20%) getroffen werden. Das hätte im Wesentlichen eine betriebsspezifische Form der Individualisierung des Leistungsprinzips bedeutet, die Rückführung sozialistischer, also allgemeiner ökonomischer Verhältnisse auf *besondere Arbeit als deren Basis.* Zur Praxis dieses Gedankens ist nur zu sagen, dass sie nicht zur Anwendung kam – es blieb bei den für besondere Leistungen gezahlten Prämien, wie sie die Planwirtschaft kannte; die

Einführung einer Gewinnabhängigkeit der Lohnzahlung hätte das Prinzip des gleichen Lohnes für gleiche Arbeit/Arbeitszeit zerstört, also das von Marx formulierte Leistungsprinzip für die erste Phase des Kommunismus ausgehebelt.

Das Neue Ökonomische System (NÖS) war eine eklatante Fehlleistung der DDR-Ökonomie. Entgegen der Behauptung, wonach es der sowjetische Einspruch war, der das NÖS scheitern ließ, muss darauf hingewiesen werden, dass das NÖS scheiterte, weil das Problem der Preise nicht gelöst werden konnte. Nach dem Prinzip des NÖS ging es ja darum, für die Betriebe die Eigenerwirtschaftung der finanziellen Mittel über den Preis sicherzustellen. Der Preis sollte so hoch sein, dass er nicht nur die einfache Reproduktion, sondern auch die erweiterte Reproduktion sichern sollte. D.h. Preise sollten im Allgemeinen aus dem Kostenteil c + v (aus der Marxschen Kapitalismusanalyse übertragen: Konstantes Kapital, also Produktionsmittel, und variables Kapital, also lebendige Arbeit, sprich: Löhne) und aus einem Teil m (ebenfalls von dort übertragen: Mehrwert, also gesellschaftliches Mehrprodukt in Einzelbesitz) bestehen. Indem die Preise höher waren als die Erstattung der Kosten verlangte, sollte den Betrieben gesichert sein, über ihre erweiterte Reproduktion selbst entscheiden zu können. Mindestens für die Betriebe mit durchschnittlicher Erweiterung sollte dies gelten. (Für Betriebe mit höherem Bedarf an investiven Geldmitteln stellte sich damit die Frage eines freien Geldmarktes, und dieser hätte aus den Betrieben mit Unterbedarf an Geldmitteln oder einfach aus Sparvermögen gespeist werden müssen, womit sich eine Eigentumsfrage auf diese Mittel ergeben hätte: Verzinsung, Kapitalisierung des Geldes. Der Charakter des Geldes wäre ein anderer geworden – statt eines Kaufmittels *Kapital*, oder statt produzierender Betriebe auch „produzierende“ Banken.) Der staatliche Etat war damit außerstande, zukünftig noch als ein den Betrieben gegenüberstehendes Organ in die Gestaltung und Bestimmung der Reproduktion einzugreifen. D.h. er wäre seiner neuen, unmittelbaren Macht über die Wirtschaft/Ökonomie beraubt gewesen, ja *liquidiert* worden und die „zentrale Planung“ wäre im Wesentlichen auf eine *Empfehlung* an die Betriebe reduziert worden. Planung wäre nicht mehr ein gestaltendes Element in der Wirtschaft. Und die Partei, der Staat – überflüssig bzw. beschränkt auf eine bürgerliche Rolle. Das NÖS war - wie schon gesagt - eine eklatante Fehlleistung: es wollte das Allgemeine in viele Besonderheiten auflösen, womit der Sozialismus historisch auf seine bürgerliche Ausgangsposition zurückgeworfen worden wäre.

Das Besondere am DDR-Beitrag zur Wirtschaftstheorie des Sozialismus/Kommunismus ist, dass nachgewiesen werden kann, dass es nicht möglich ist, wirkliche Planwirtschaft und Warenökonomie miteinander zu verbinden. Konkret gesagt: der Nachweis liegt im Scheitern – bzw. bei der Widerspruchslage im Politbüro des ZK der SED – im Steckenbleiben des NÖS.

Der Plan des NÖS war die Wiederherstellung eines Wert-Preis-Systems, genau dieser Plan ist gescheitert. Dieses Scheitern ist für die sozialistische Theorie aber ein Positivum. Der positive Beitrag der DDR zur Wirtschaftstheorie des Sozialismus/Kommunismus

liegt in diesem Nachweis der Unvereinbarkeit – aber leider nicht darin, dass die DDR schon das theoretische Gerüst für die Begründung der Planwirtschaft resp. die ihr gemäßen Preisformen – und der auf ihnen beruhenden Lohnformen - geliefert hätte.

Die dem Sozialismus gewidmete ökonomische Debatte – soweit sie eine kritische war – durchlief drei Stationen: a) die der Staatskritik, b) die der Preiskritik, c) die der Theoriekritik. Staatskritik, d.h. Kritik daran, dass der Sozialismus „Staatssozialismus" wäre, er eine neue Rolle in der Ökonomie wahrnähme (wozu er aber angeblich nicht das Recht hätte), war die Auftaktform revisionistischen ökonomischen Denkens. Ihr folgte die Praxis-Kritik, die im Wesentlichen auf einem Unverständnis des neuen Preismechanismus einer Planwirtschaft beruht – oder auf das „Verständnis" nur wirklicher Warenökonomien beschränkt blieb. Es erwies sich – angesichts eines ersten Reformversuchs -, dass eine Rückführung der Preise auf die Wertform ohne einen grundsätzlichen gesellschaftlichen Umbau der Planwirtschaft nicht machbar war – wofür sich allerdings in der DDR keine Mehrheit in der gesellschaftlichen Führung fand. So dass sich der Widerspruch auf die theoretische Form zurückzog; in ihr wurde die Kritik abstrakt. Als keine Kritik mehr gegen den Staat, als keine Kritik mehr an den Preisen, wurde sie eine Kritik an der theoretischen Grundlage, an der auch der sozialistische Staat der Planwirtschaft festgehalten hatte: dass seine Produkte noch Waren und der Wert deren Eigenschaft sei. D.h. ein theoretischer Mangel, ein Mangel an theoretischer Konsequenz der sozialistischen Wissenschaft wurde zum Ausgangspunkt der revisionistischen Kritik.

3. Problem Lohnfrage/Leistungsprinzip im Sozialismus:

Bei Marx (als dem Vater des Gedankens) ist das Leistungsprinzip als einfacher individueller Zeitbezug gedacht für das Maß der Lohnhöhe - ohne Bindung an besondere Arbeit, d.h. Arbeit im Sozialismus hat unmittelbar gesellschaftlichen, gemeinschaftlichen Charakter. Oder besondere, betriebsspezifische Arbeit ist Arbeit eines gemeinsamen Eigentums; Alle besitzen alle Besonderheiten, wodurch „besondere Arbeit" als ökonomisches Verhältnis erloschen. Das ist der Sinn von *Volkseigentum.* Der Reformismus/Revisionismus dagegen behauptet das bürgerliche Prinzip der Bindung an die <u>besondere</u> Arbeit; Leistung, Leistung dem Zeitaufwand nach, wird in der revisionistischen Auffassung immer im Verhältnis zu den konkreten Arbeitsbedingungen gemessen. Dadurch entsteht die Durchschnittsbestimmung der Arbeitszeit – der berühmte *Wert*, von der sich das Marxsche Leistungsprinzip, als Zeitbestimmung ohne den Bezug zur unmittelbaren, konkreten Arbeit, diametral, d.h. *gesellschaftlich* unterscheidet.

Der Unterschied zwischen vermittelter und direkter Zeitbestimmung in der Arbeit, Wert und sozialistischem Leistungsprinzip, ist in der sozialistischen Wissenschaft, egal welchen Landes, niemals richtig verstanden und theoretisch herausgearbeitet worden.

Als großes Problem erwies sich dieser Mangel für die in den Betrieben praktizierte Stück-Lohn-Arbeit oder Arbeit nach Arbeitsnormen (Zeitnormen, in der DDR TAN = technisch begründete Arbeitsnormen). Der rein auf die Arbeitszeit bezogene Lohn (Leistungslohn) erscheint in der Stück-Zeit-Arbeit verdeckt, weil Stück für Zeit steht. Soviel Stück Du geschafft hast, soviel Zeit hast Du geschafft (gearbeitet). Schafft man mehr Stück, hat man mehr Zeit geschafft, und Zeit ist Lohn. D.h. Stück ist Lohn. Damit kann sich der über Stück abgerechnete Lohn über die Zeit erheben, die man wirklich gearbeitet hat, d.h. im Betrieb arbeitszeitlich anwesend war. Die Normenübererfüllung war ein verbreitetes System in der Arbeit von Wladiwostok bis Berlin; Stücklohnarbeiter verdienten weit über den auf den Arbeitstag berechneten Tariflohn, weil sie ihre Normen weit über „100%“ erfüllten. So dass, obwohl das sozialistische Leistungsprinzip – soviel Zeit, soviel Lohn – „galt“, es in der Stücklohnarbeit nicht galt.

Theoretisch hätten Normen nur mit „100%“ (bis knapp darüber) erfüllt werden dürfen, d.h. bei Veränderung der technisch-technologischen Grundlagen der Arbeit auf den neuen höheren Stand gehoben werden müssen – was aber nicht der Fall war. (Die Gesellschaft brauchte die Produktivitäts- oder Produktionssteigerung und sah über den Bruch des Leistungsprinzips mit einem „weinenden“ Auge hinweg, ja, sie förderte sie zunächst: Siehe „Hennecke-Bewegung“; Übererfüllung der Norm durch Adolf Hennecke mit 370% im Jahre 1949, was durch die Partei initiiert worden war.) Die um sich greifende Übererfüllung der Normen war ein Verstoß gegen das sozialistische Leistungsprinzip, sie war aber kein Rückfall in die Warenproduktion, in der durch Bindung der Wertbestimmung an die Umstände der konkreten Arbeit Arbeit höherer Produktivkraft „mehr Wert schafft“ (Marx) als Arbeit mit nur durchschnittlicher Produktivkraft.

Die hohe Normenübererfüllung in der Stück-Zeit-Arbeit wurde in der DDR mehr und mehr als ein Verstoß gegen die Gleichheit in der Entlohnung gleich qualifizierter Arbeiter empfunden. Im Juni 1953 kam es zu einem Regierungsbeschluß, wonach Normen um 10% erhöht werden sollen (was de fakto aber nur einer Senkung der inzwischen üblich gewordenen Normenübererfüllung gleichkam), der als Aufhänger für die Ereignisse um den 17. Juni 1953 geschickt vom Gegner genutzt wurde. Der unmittelbar gesellschaftliche Charakter der Arbeit war schlecht vermittelt und wurde von der ökonomischen Theorie wenn nicht direkt angezweifelt, so doch als „unreif“ bezeichnet. Dementsprechend unklar blieb die Frage: Wie ist der Charakter der Arbeit in der sozialistischen Gesellschaft beschaffen? Was ist der Lohn in der sozialistischen Gesellschaft?

1962 kam es zu einer Lohnreform in der DDR, durch die die Praxis der sehr hohen Übererfüllungen der Normen aufgehoben wurde. Es wurden neue Normen eingeführt, die maximal nicht mehr als 10% „übererfüllt“ werden durften (in der Kenntnis meiner Betriebspraxis) und der dadurch eintretende Verlust des Lohnteils, der mit der Übererfüllung verdient worden war, wurde dem Tariflohn als Mehrleistungslohn zugeschlagen, so dass insgesamt gesehen keine absolute Lohnminderung in der DDR eintrat. Mit anderen Worten: Die allgemeinen Lohnhöhen wurden gesichert, sie waren ja auch

durch den Anstieg der Produktivkraft der Arbeit und insbesondere durch das System fester Preise im Einzelnen und steigender Summen der Preise mit dem Anstieg der Produktion, gedeckt. Auch hier wieder zeigt sich, dass ein gesellschaftlicher Mechanismus (des Preissystems und der Preisbildung) mit einem einzelnen, umsetzenden Mechanismus (der Lohnbildung) kompatibel sein muß, d.h. zunächst verstanden sein muß.

4. Grundsätzliche Fragen:

Grundsätzlicher als die Frage der Löhne im Sozialismus (obwohl grundsätzlich genug) ist aber die Frage des ökonomischen Systems des Sozialismus/Kommunismus. Dass Warenökonomie machbar ist, wissen wir vom Kapitalismus und überhaupt aus der bisherigen Geschichte des privaten Eigentums. *Aber kann Warenproduktion auch gemacht werden ohne Privateigentum, ohne das Subjekt des privaten Eigentümers von Arbeit,* also auf der Basis sozialistischer Belegschaften? Denn das bedeutet, dass der Lohn bzw. das Prinzip der Arbeitsleistung, auf dem der Lohn basiert, aus einem gesellschaftlichen Arbeitsbezug in einen individuellen umgewandelt wird. Können Löhne im Sozialismus „privatisiert" werden, kann im Sozialismus das Wertprinzip in das Lohnprinzip übernommen werden? Und was bedeutet das? Heißt „Warenproduktion im Sozialismus", dass sich Warenproduktion epochenunspezifisch über das Privateigentum hinaus fortsetzen kann, oder heißt es umgekehrt, dass eine Form des Privateigentums in den Sozialismus/ Kommunismus als ihm feindliches Moment eingeführt wird?

Einige Nachbemerkungen zum Streit um die Warenproduktion

Eine heutige kommunistische Partei, noch dazu, wenn sich ihre bisherige Geschichte auf eine Existenz in einer kapitalistischen Gesellschaft beschränkt, leistet nur dann etwas Sinnvolles zur Sozialismusdebatte, wenn sie etwas Klärendes zu dem Zwiespalt beiträgt, der im Sozialismus über die Frage von Plan- und Warenökonomie ausgebrochen ist. Das sieht auf den ersten Blick aus wie ein unmögliches Unterfangen. (Denn die Frage ist doch sogleich: Wie sollen ausgerechnet solche kommunistische Parteien Probleme des Sozialismus klärend beantworten, die ihn gar nicht am eigenen Leibe kennen gelernt haben, die ihn mühevoll von außen zu begreifen versuchen?). Doch dass dieser Zwiespalt innerhalb der sozialistischen Gesellschaft keiner Lösung zugeführt werden konnte, hat dazu geführt, dass sich die kommunistischen Parteien im Allgemeinen in der Kommunismusfrage blockiert haben. Der Zweifel an der Planwirtschaft, wie er in die neue Ökonomie der Revolution gesät wurde, hat sich zu einem Zweifel an der Revolution überhaupt ausgewachsen, er ist zu einem Zweifel der Kommunisten an ihrem Ziel geworden (siehe z. B. das neue Parteiprogramm der DKP).

Parteien und Bewegungen, die zu Apologeten der „sozialistischen Marktwirtschaft“ und der „Warenproduktion im Sozialismus“ geworden sind, müssen allerdings eine Frage beantworten: Warum soll man sich in der bürgerlichen Gesellschaft kritisch zu den ökonomischen Verhältnissen der Warenökonomie verhalten, wenn ihrer Meinung nach der bisherige Sozialismus die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Erhalts, ja der Fortsetzung eben dieser Verhältnisse erbringt?

An zwei Argumentationslinien mindestens muss von uns konzentriert gearbeitet werden:

1. Argumentationslinie: Entwicklung der Argumente, die gegen die Fortsetzung der Warenökonomie im Sozialismus/Kommunismus sprechen. In dieser Argumentation muss die Planökonomie ohne Wertform klar als eine neue/andere Produktionsweise als die bürgerliche hervortreten – bei allen Problemen und Kompromissen der Übergangsphase: der Kommunismus erhält hier sein eigenes, unverfälschtes Gesicht.

2. Argumentationslinie: Kritische Analyse der Argumentationen, die vorgebracht werden, um für die grundsätzliche Fortsetzung der Warenökonomie im Sozialismus zu plädieren. Zu fragen ist, warum die Frage der Warenökonomie eine *innere* des Sozialismus wurde, d.h. eine der den Sozialismus aufbauenden Partei selbst, *warum sie eine Frage der Revolutionäre wurde.* Warenproduktion ist ein Thema der beginnenden Planwirtschaft, war aber noch nicht sofort Thema des ersten resp. zweiten sowjetischen Fünfjahrplanes. (In der DDR ähnlich; tatsächlich müssen erst ein oder zwei Fünfjahrespläne vergehen, ehe das Problem/die Debatte um die Warenproduktion vakant wird.)

Die Bedeutung der Frage der Warenproduktion in der ökonomischen Theorie der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, dass über sie vermittelt ist, warum, wann und wie sich der Sozialismus/Kommunismus von der bürgerlichen Geschichte des Privateigentums trennen muss. In einem grundsätzlichen Bekenntnis zur Warenproduktion im Sozialismus/Kommunismus ist das gar nicht der Fall, d.h. ist der Sozialismus/Kommunismus als eigene Gesellschaft im Grunde verneint. Die Ökonomie des Kommunismus aber ist das Geltendmachen eines gesellschaftlichen Willens auf die Arbeit – und in der Umkehrung das Verständnis der Arbeit als Bedingung, dass dieser Wille sich geltend machen kann. Und der Wille wird Plan. Das Thema der Warenproduktion und des Wertgesetzes im Sozialismus/Kommunismus ist das Thema der beginnenden, sich entwickelnden Planwirtschaft. Der Staat (d.h. ein quasi gesellschaftliches Organ, Staat ist an sich nicht der richtige Begriff) muss an die Stelle der so genannten selbstständigen Betriebe treten, die gesellschaftliche Versorgung an die Stelle der Selbstversorgung, der individuellen, privaten.

Die Praxis der ersten sozialistischen Länder gibt uns allen Grund, die theoretische Voraussetzung von Karl Marx, dass Kommunismus Warenproduktion ausschließt und der Sozialismus der Weg dorthin ist, bestätigt zu sehen, sie also auch zu wiederholen, zu präzisieren und in eine Losung des praktischen Kampfes zu verwandeln und damit gleichzeitig in einen Gegenstand des Kampfes gegen den Revisionismus zu verwandeln.

Wenn wir sagen, dass der revolutionäre Sozialismus/Kommunismus auch den Revisionismus bekämpfen muss, so meinen wir damit, dass er auch die so genannten warenökonomischen Reformen eines Sozialismus, *der schon zur Planwirtschaft fortgeschritten war*, zu bekämpfen hat. Wir erkennen die Schwierigkeit des Problems auch darin, dass die konträren Positionen in der 1940 einsetzenden Diskussion um die Warenökonomie nicht als sowjet- bzw. sozialismusfeindlich eingestuft wurden und sich zunächst bis 1951/52 fortsetzten. Während die Angriffe auf den Staat und die Klasse unmittelbar als konterrevolutionär und sowjetfeindlich erkannt wurden, traf das auf die Debatte über die Rolle der Warenökonomie nicht zu. Sie wurde als innere, für die Sowjetunion zu lösende Frage verstanden. Das drückt aus, dass die sowjetische Ordnung selbst einer (neuen, veränderten) Form des Verhältnisses zu den bekannten Kategorien der Warenform der Produkte bedurfte. Das Aufwerfen der Frage der Warenökonomie durch die Revolutionäre/die Revolution kann einerseits eine Stärke sein – wenn die richtige Lösung gefunden wird, kann andererseits eine Schwäche zeigen und die Unsicherheit/Ungewissheit verstärken – bei Nichtfinden der richtigen Lösung.

Zur Erinnerung: Die Inhalte der Theorien der waren- und wertökonomischen Reform bestanden darin, dass sie den Übergang der ökonomischen Initiative an eine gesellschaftliche Zentrale (Partei-, Staatsmacht) bemängelt und deren Ersetzung durch Rückkehr zu einer ökonomischen Initiative ausgehend von den einzelnen Betrieben gefordert hat. Festgemacht ist das *der Form nach* an einem Preis, der die Eigenerwirtschaftung der reproduktiven Mittel bis hin zur Form der erweiterten Reproduktion ermöglicht, und *dem Inhalt nach* an der Verbindung dieses Preises mit der Wiederherstellung eines individuellen Rechts der Betriebe, über den Mehrwert/einen Gewinnteil eigenständig und unabhängig vom gesamtgesellschaftlichen Willen, der sich in der Planung ausdrückt, verfügen zu können. Dies waren die Flanken, auf denen der Angriff auf die Planökonomie erfolgte.

Kommunistische Parteien von heute dürfen sich nicht scheuen, in ihren Analysen der Praxis und Theorie der bisherigen sozialistischen Länder, der bisher ersten und einzigen Praxis der sozialistischen Produktionsweise, sich den inneren Kampf dieser Länder (in Theorie und Praxis) bewusst zu machen und in ihre Theoriebildung einzubeziehen. Nur unter der Bedingung, dass sie sich in das Verständnis der Problematik dieser Auseinandersetzung einarbeiten und für die revolutionäre Position in diesem Kampf Partei ergreifen, leisten sie einen Beitrag zum Erhalt des revolutionären Charakters unserer Bewegung.

Anhang: Die Debatten in der UdSSR und der DDR um die Warenproduktion im Sozialismus – dargelegt anhand der unterschiedlichen Ausgaben der ökonomischen Lehrbücher [176]

Wir dokumentieren die Debatte um „Ursache und Notwendigkeit der Warenproduktion im Sozialismus“, zunächst die sowjetische Debatte, dann auch die deutsche der DDR, die ab Mitte der 60er Jahre der sowjetischen folgte, aber auch Eigenheiten gegenüber dieser aufweist. Wir erkennen in der Argumentation eine „aufsteigende“ Linie, d.h. sie durchläuft exakt vier Stationen.

1. Am Beginn steht die Frage des Eigentums, resp. die *zweier Eigentumsformen*, die die Zirkulation der Produkte als Waren erforderlich machen. Da in dieser Fragestellung aber a) bereits eine Reduktion der Geltung der Warenform und b) ein innerer Gegensatz enthalten ist – in sich selber macht keine der beiden Eigentumsformen die Ware erforderlich -, folgt bald

2. eine höhere Konzentration auf das Argument bzw. den Bezug „*Arbeitsteilung*“, die ja laut Marx eine „allgemeine Existenzbedingung“ bei der Entstehung der Warenproduktion ist; mit diesem Schritt wird die Theorie der Notwendigkeit der Warenproduktion im Sozialismus wesentlich verallgemeinert. Ist sie die Ursache, wird Warenproduktion im Sozialismus allgemeines Gesetz. (Nur kollidiert Arbeitsteilung als Argument für die Warenproduktion mit der Werttheorie an sich, da Gebrauchswertwechsel nicht Austausch von Waren ist.)[177]

3. Es erfolgt das dritte Argument, das die Frage der *materiellen Interessiertheit* aufwirft. Aus Gründen der Leistungsermittlung und des Vergleichs der „ökonomischen Individuen“ (!?) sei der Wert als allgemeines und gesellschaftliches Maß für Leistung einzuführen, deshalb Ware. Die letzte Bestimmung in der Geschichte der Politischen Ökonomie des Sozialismus erfolgt schließlich

4. im Argument der „relativen ökonomischen Selbstständigkeit der Betriebe“, zunächst: im Rahmen oder als Notwendigkeit der Planmäßigkeit der Produktion selbst. Dann aus-

---

176 siehe ausführlich: Hermann Jacobs: Die Theorie von der sozialistischen Warenproduktion – Ein verhängnisvoller Irrtum; offen-siv 8/2008

177 Arbeitsteilung ist Moment der konkreten Arbeit, und Momente der konkreten Arbeit können bei der Frage nach der Ursache der Ökonomie der abstrakten Arbeit nicht herangezogen werden, da dies den grundsätzlichen methodologischen Fehler bedeutete, die Ökonomie der abstrakten Arbeit aus den Bedingungen und Umständen der konkreten Arbeit zu begründen.

gedehnt auf den Kernpunkt: Äquivalenzprinzip als Bedingung der Selbstständigkeit der Betriebe.

Die Argumentationslinie „Warum Ware?“ hat ihr Ziel erreicht: Es ist Volkseigentum, aber es „zerfällt“ in Betrieben, also Besonderheiten, einzelnen Eigenheiten. Und deshalb Ware und Wertform.

Das Ganze lief ab jetzt auf eine Kraftprobe hinaus, eine - Reform.

Wir gehen jetzt die einzelnen in der Sowjetunion erschienenen Lehrbücher zur Politischen Ökonomie des Sozialismus durch, und beginnen mit dem ersten, das 1954 editiert wurde und an dessen Ausrichtung noch Stalin maßgeblichen Anteil hatte, und das ihm in seiner Argumentation im Wesentlichen auch folgte. Der Spiritus Rector der Auffassung, nicht an sich Volkseigentum, aber ein Aufeinandertreffen von zwei Eigentumsformen, von Volkseigentum und genossenschaftlichem Eigentum im Sozialismus, mache die Warenform des Produkts notwendig, ist Stalin (siehe: J.W. Stalin: „Ökonomische Probleme des Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR“).

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Die Begründung mit den „zwei Eigentumsformen“

„Die Notwendigkeit der Warenproduktion im Sozialismus entspringt der Existenz der beiden Grundformen der sozialistischen Produktion: der staatlichen und der kollektivwirtschaftlichen Form“. (S. 501)

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Weiter: „In den staatlichen Betrieben sind die Produktionsmittel und Produkte Volkseigentum. In den Kollektivwirtschaften sind die Produktionsmittel (Arbeits- und Nutzvieh, landwirtschaftliches Inventar, Wirtschaftsgebäude usw.) sowie die von den Kollektivwirtschaften erzeugten Produkte Gruppeneigentum […] Da die Produkte der staatlichen Betriebe dem sozialistischen Staat, die kollektivwirtschaftlichen Produkte aber den Kollektivwirtschaften gehören, ist der Austausch durch Kauf und Verkauf die unerlässliche Form der wirtschaftlichen Verbindung zwischen Industrie und Landwirtschaft. Hier, wie bei jedem Kauf und Verkauf verliert der Warenbesitzer das Eigentumsrecht an der Ware, während der Käufer Eigentümer dieser Ware wird.“ (ebda.)

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Dies ist die Geburtsstunde der warenförmigen Begründung durch die sowjetische ökonomische Wissenschaft – und sie ist *falsch*.

Sie ist zunächst planungstheoretisch falsch. Die sowjetische oder sozialistische (volkseigene) Wirtschaft will ja, dass ihre Produkte in den genossenschaftlichen Arbeitsprozess einfließen, der genossenschaftliche ist Teil eines gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozesses, und der auf das Volkseigentum fallende oder von diesem ausgehende Prozess ist erst vollendet, wenn er in den genossenschaftlichen ein- und übergeht. Im Gebrauchswert als Gegenstand der Plkanung und in der gesellschaftlichen

Arbeitsteilung – mit einem Wort: der konkreten Seite der Arbeit – existiert der Privateigentumsgedanke nicht! Im Recht auf Planung der gesellschaftlichen Produktion als solcher ist eine Hoheit ausgesprochen, die bereits über dem Gedanken des privaten Eigentums steht. D.h. unter dem Gesichtspunkt der Planung gibt es bereits kein solches Eigentum mehr. Was beim Volkseigentum an sich klar sein sollte, gilt auch für die Genossenschaften.

Sie ist auch direkt ~~allgemeintheoretisch falsch, sie ist an sich~~ warenökonomisch falsch~~, wird dieser Theorie nicht gerecht~~; sie ist nicht richtig Waren- und Werttheorie.

Sie ist Begründung mit dem Eigentumsrecht auf das Produkt, das gehe verloren, indem es an einen anderen Eigentümer übergehe[178]. Worauf ist demnach in dieser These der Eigentumsgedanke orientiert? Auf die Gebrauchswertform. Denn allein diese „wechselt die Hände“ (Engels). Aber sie muß „durch Austausch übertragen werden“ (wieder Engels). Und was ist Austausch? *Erhalt, Behalt* der Wertform!

Es ist einfach nicht wahr, dass in der Warenproduktion die Eigentumsform, das Eigentumsrecht verloren geht und an einen anderen Besitzer, Eigentümer übergeht. Im Gegenteil, es bleibt beim Eigentümer, es wird erst ein Eigentum.~~–~~ In dieser Definition eines Eigentumsverlusts resp. einer Eigentumsübergabe ist die Warenform definiert unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsteilung, aber nicht unter dem Gesichtspunkt des Eigentums, wie er der Warenproduktion zukommt. Die Ware ist doch als ein Doppeltes definiert, also bitte, bleibt beim Doppelten, definiert das Andere auch im Doppelten. *Der Wert, den man sich durch Austausch – nämlich zur unmittelbaren Wertform, dem Geld – erst sichert, ist die Wahrnahme eines Eigentumsrechtes.*

Die sowjetische Wissenschaft will die Warenproduktion begründen mit dem Wechsel in der Verfügungsgewalt, dem Wechsel im Recht auf Eigentum am Produkt, aber sie legt das Eigentumsrecht falsch dar, indem sie es auf den Gebrauchswert legt. Austausch ist ihr, und das ist durchgehend, Austausch dem Gebrauchswert nach.[179] Wir geraten an das Paradoxon, dass die sowjetische Ökonomie dort, wo sie von der Planung ausgeht, nicht erkennt, dass Planung ein das Einzeleigentum aufhebender Begriff ist, und dass die sowjetische ökonomische Wissenschaft dort, wo sie noch ein Eigentum erkennt, weil sie noch einen Warenproduzenten erkennen *will*, das Eigentum falsch darlegt – als Gebrauchswert statt als Wert.

178

„Hier, wie bei jedem Kauf und Verkauf verliert der Warenbesitzer das Eigentumsrecht an der Ware, während der Käufer Eigentümer dieser Ware wird.“ (1. Lehrbuch, S. 501, s.o.)

179 Das ist ein frühbürgerliches, fast noch urgesellschaftliches Verständnis der Warenproduktion, oder einfach ein Verständnis der Arbeitsteilung, das auch mit dem entwickelten Kommunismus kompatibel ist. Das ist quasi kein Geldverständnis, aber ein Verständnis des Austausches als Produktenaustausch – Korn gegen Beil.

Formatiert: Schriftart: 12 pt

Formatiert: Schriftart: 13 pt

Und wir werden später, in der Folge der Argumentation im gleichen Buch lesen: „Der Bereich der Warenproduktion und der Warenzirkulation beschränkt sich vor allem auf Gegenstände des persönlichen Bedarfs“. (S. 502) Und: „Der Wirkungsbereich des Wertgesetzes erstreckt sich im Sozialismus auf die Warenzirkulation, auf den Austausch der Waren (*was darunter zu verstehen ist, haben wir gelesen, J.*) – vor allen von Gegenständen des persönlichen Bedarfs.“ (S. 506)[180] Jetzt wird also behauptet, die Geltung des Wertgesetz beziehe sich „vor allem“ auf den Bereich der persönlichen Konsumtion. Vorher hatte man - im Rückgriff auf Stalin - doch noch ausgeführt, die unterschiedlichen Eigentumsformen des genossenschaftlichen und des volkseigenen Bereiches der Wirtschaft machten Warenzirkulation erforderlich. Nun also die Konsumgüter.

Und wie sollte es mit den Produktionsmitteln sein?

~~Das Argument findet ja noch eine Ergänzung:~~

„Die im staatlichen Sektor erzeugten Produktionsmittel – Maschinen, Werkzeugmaschinen, Metall, Kohle, Erdöl – werden auf die staatlichen Betriebe verteilt. In den Volkswirtschaftsplänen werden jedem Betrieb die seinem Produktionsprogramm entsprechenden materiellen Fonds zugewiesen. Diese Fonds werden von den Erzeugerbetrieben an die Verbrauchbetriebe auf Grund der zwischen ihnen abgeschlossenen Verträge geliefert. Beim Übergang von Produktionsmitteln (*Achtung, nicht Austausch, nicht „Kauf und Verkauf“, sondern Übergang, J.*) an einen Betrieb behält der sozialistische Staat das volle Eigentumsrecht an diesen Produktionsmitteln. […] Die Produktionsmittel, die innerhalb des Landes auf die staatlichen Betriebe verteilt werden, sind ihrem Wesen nach keine Waren…“. (S. 502/03)

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Formatiert: Schriftart: 14 pt

---

[180] Und noch später, in der stark überarbeiteten 4. Auflage desselben Lehrbuches – de fakto einer Neufassung -, lesen wir direkt (ich greife hier voraus): „Die Arbeiter und Angestellten erhalten für ihre Arbeit vom Staat einen Geldlohn, den sie durch den Kauf von Konsumgütern in staatlichen und genossenschaftlichen Handelsbetrieben oder auf dem kollektivwirtschaftlichen Markt realisieren. Hier verliert der Verkäufer (*also der Staat, J.*) das Eigentumsrecht an der Ware, während der Käufer (*also der so genannte Mensch, Werktätige oder Konsument seiner Arbeit, J.*) Eigentümer dieser Ware wird; die Waren gehen aus dem staatlichen beziehungsweise dem genossenschaftlichen Eigentum oder auch aus dem persönlichen Eigentum der Kollektivbauern in das persönliche Eigentum der Arbeiter und Angestellten über“ (Lehrbuch, 4. Auflage, russisch 1962, deutsch 1965, S. 539). – Es gibt also drei Eigentumsformen; zu den beiden schon genannten gesellt sich noch das „persönliche Eigentum“. Eigentum wird nicht mehr nur für Menschen, für Produzenten, im Verhältnis zu den stofflichen Trägern der Produktion bestimmt, sondern auch nach Konsumenten. Welch Verwirrung des Eigentumsbegriffs.

Formatiert: Schriftart: 12 pt

Formatiert: Schriftart: 13 pt

Formatiert: Schriftart: 13 pt

So weit, so gut. Doch dann folgt der Nachsatz: „… aber sie behalten die Warenform bei, werden in Geld bewertet, was für die Rechnungslegung und die Kalkulation notwendig ist“ (ebda.)

Mit anderen Worten: Das andere ökonomische Verkehrsprinzip, worin Warenökonomie und Gebrauchswertökonomie oder Privateigentum und Volkseigentum klar gegenübergestellt sind, hatte sich der sowjetischen Wissenschaft durchaus offenbart!

~~Folgt der Nachsatz: „… aber sie behalten die Warenform bei, werden in Geld bewertet, was für die Rechnungslegung und die Kalkulation notwendig ist“.~~

~~Mit anderen Worten.~~ Das Volkseigentum verhält sich (ökonomisch, im Händewechsel ihrer Gebrauchswerte/Produkte) untereinander nicht mehr als Warenproduktion; Volkseigentum, Sozialismus soweit Volkseigentum, ist keine Warenproduktion mehr, hat mit der bürgerlichen Produktionsweise gebrochen, muß gesellschaftlich, historisch anders, als Gegensatz zur Warenökonomie eingeordnet werden. Eine – Revolution!

Warum? Weil innerhalb des Volkseigentums kein Eigentümerwechsel mehr stattfindet.

Aber die Produkte wechseln – als Gebrauchswerte. Sie können also als Gebrauchswerte wechseln, ohne Waren zu sein!
Warum ist eigentlich nicht diese Erkenntnis in den Mittelpunkt der sowjetischen ökonomischen Wissenschaft gestellt worden?

Die Begründung mit der „Bewertung der Arbeit durch Geld“

Aber dann die andere Aussage: Sie werden, obwohl keine Waren mehr, „in Geld bewertet“, und das „ist notwendig für die Rechnungslegung und die Kalkulation“. Was bedeutet „Bewertung in Geld“? Das ist nun die Frage.

Das erste sowjetische Lehrbuch lässt darüber keinen Zweifel: „Die Produkte, die in der sozialistischen Gesellschaft als Waren erzeugt und realisiert werden, haben sowohl einen durch konkrete Arbeit geschaffenen *Gebrauchswert* als auch einen durch abstrakte Arbeit geschaffenen *Wert*. Mit anderen Worten, im Sozialismus hat die Ware einen zwieschlächtigen Charakter, der sich aus dem Doppelcharakter der Arbeit ergibt[181], die die Ware erzeugt“. (S. 503)

Gilt, was das Lehrbuch da verkündet, für die Produkte, die sie als Waren aufgespürt hat, also im Wesentlichen für „Gegenstände des persönlichen Bedarfs“, oder gilt das auch für Produktionsmittel, die keine Waren sind, obwohl sie „in Geld bewertet werden“? Heißt also „in Geld bewertet werden“, dass sie doch Waren sind, doch die Wertform besitzen? Dann sind nämlich ausnahmslos alle Produkte im Sozialismus Waren, egal aus welcher

181

Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt

Eigentumsform sie stammen, ob sie Produktionsmittel oder Konsumtionsmittel sind, egal wohin sie geliefert werden.

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Das erste sowjetische Lehrbuch definiert die Sache nicht durchgehend. Man kann sich nun also aussuchen: Die Eigentumsform zugrunde gelegt, teilt das Lehrbuch die sozialistische Produktenwelt in Ware und Nichtware, die Geldform zugrunde gelegt, partizipiert sie einheitlich an der Wertform. Was gilt nun? Beides? Das kann nicht sein, das wäre ein sich selbst ausschließender Gegensatz.

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Während die Zurückführung der Frage (Ware – Nichtware) auf das Eigentum die Theorie zu besonderen bis gegensätzlichen Aussagen zwingt, führt die Zurückführung auf die Geldform die Theorie an der Eigentumsfrage vorbei

In der Tat arbeitet also das erste Lehrbuch der Sowjetunion bereits mit einem inneren argumentativen Gegensatz bzw. einem ambivalenten theoretischen Ansatz. Sie führt für das Zwischenverhältnis von volkseigenen Betrieben und genossenschaftlichen Betrieben die Warenform ein (oder konserviert sie) und hebt sie für deren innerökonomisches Verhältnis auf. Führt uns das eine/erste Argument nun (absolut) zur Ware hin? Und das andere/zweite (relativ) von der Ware weg? Die Theorie schien das Erstere zu glauben. Und zwar deshalb, weil sie zusätzlich, über die Eigentumsthese hinaus, ja noch das Argument von der Notwendigkeit der allgemeinen „Bewertung der Güter/Arbeit in der Geldform“ postulierte.

~~Führt uns das eine/erste Argument nun von der Ware weg? Und das andere/zweite zur Ware hin?.~~

Was aber, wenn die Geldform im Sozialismus etwas Neues verkündet? Nicht nur die Produktionsmittel werden, wie wir erfahren haben, „verteilt auf die Betriebe“, sondern alle Produkte werden verteilt, die Geldform deshalb auch; im Sozialismus ist die Verteilung der Geldform die Form der Verteilung vor der Aneignung der Gebrauchswerte. Sie geht dieser voran, um dieser zu entsprechen. Hier ist in der Identität der Verteilung des Geldes und der Verteilung der Gebrauchswerte bereits angekündigt, dass eine höhere Form des Kommunismus auf die Geldform wird verzichten können.

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Zu sagen: Weil Geld, deshalb die Wertform, also ausgehend von der Geldform die Wertform zu begründen, ist abwegig, weil damit eine nicht durch den Wert regulierte Gesellschaft mit einer durch den Wert regulierten gleichgesetzt würde. Die Theorie fiele auf eine Erscheinung herein. Und es würde die Funktion des Geldes im Sozialismus als nach gesellschaftlicher Übereinkunft verteiltes Maß der Teilhabe am stofflichen gesellschaftlichen Reichtum gleichgesetzt mit der Funktion des Geldes im Kapitalismus als Wertausdruck der Ware. Das erste aber ist Ausdruck eines Verteilungsprinzips, das die kommunistische Perspektive in sich trägt, das zweite ein Ausdruck des Wertgesetzes, das

zwangsläufig zur Verwandlung des Geldes in Kapital führt – was ja gerade überwunden werden sollte..

Diese Gleichsetzung hieße: Geld gleich Wert. Es bräuchte dann gar keiner Waren- und Werttheorie, ist damit gesagt, „Geld hat eine Geltung, Wertgeltung“ (wie es in der neueren deutschen Marx-Kritik heißt), an sich. Vom Warenfetischismus zur fetischisierten Theorie.

Maßgeblich für den weiteren Verlauf der sowjetischen Theorie wurde, wie sie sich aus der „Sackgasse“ löste: Sie verallgemeinerte leider nicht den revolutionären Ansatz: wenn nicht mehr die Produkte (Produktionsmittel) als Waren hergestellt und verteilt werden, dann kann auch das Geld nicht mehr Ware sein. Nein, sie verallgemeinerte in die entgegengesetzte Richtung: Auch die Produktionsmittel, die innerhalb des Volkseigentums zirkulieren und realisiert werden, seien Waren. Aber damit war das Argument, das Eigentum begründe die Warenform, passee. Es wurde noch angewendet (in den weiteren Publikationen), aber verlor seine maßgebliche Bedeutung, seine Bedeutung als eine Theorie begründend. Die Theorie ging zur Begründung der Warenproduktion im Sozialismus *aus dem Volkseigentum selbst* über.

Und vom Geld nahm die sowjetische Wissenschaft einfach an, dass es ein Geld sei wie eh und je.

Die Begründung aus dem „Volkseigentum selbst“

Die sowjetische Lehre begründete diesen Übergang mit der *Einheit der Volkswirtschaft*, diese erlaube nicht den Gegensatz von Ware-Nichtware; es heißt (Lehrbuch, 4. Auflage, Moskau 1962, Berlin 1965, Zitate aus der Berliner Ausgabe), dass auch die Produktionsmittel Waren sind. Die bei Stalin und im Lehrbuch von 1954 noch negativ beantwortete Frage ist keine Frage mehr:

„Der Warencharakter der innerhalb des staatlichen Sektors zirkulierenden Produktionsmittel erklärt sich: 1. durch den Charakter des staatlichen Eigentums im Stadium des Sozialismus und 2. durch die Einheitlichkeit der Volkswirtschaft.“ (S. 538)

Rekapituliere: Erstes Lehrbuch/Stalin stellt das Volkseigentum und das Kollektiveigentum gegenüber, aber kennt keine Warenform im Volkseigentum selbst; jetzt ist die Warenform im Volkseigentum unterstellt – und zugleich eine Einheit der Volkswirtschaft, die die Warenform des Produkts notwendig mache.

Einen Satz weiter, Bekräftigung: „Der Warencharakter der Produktionsmittel ergibt sich aus den Besonderheiten (*hier erstmals Besonderheiten, J.*) und den Entwicklungsbedürfnissen (*!, J.*), die dem staatlichen Eigentum selbst im Stadium des Sozialismus innewohnen.“ (ebda.)

Aus Gründen von Entwicklungsbedürfnissen des Volkseigentums – Warenproduktion? Bedürfnis des Volkes auf Ware? Das ist ganz neu.

Aber ich hatte etwas vorausgegriffen, wir müssen uns noch einmal der Eröffnung des entsprechenden Kapitels zuwenden, es verblüfft den mit dem ersten Text (von 1954) vertrauten Leser doch erheblich. Ein ganz anderes Herangehen, worin sich die marxistische Werttheorie an sich herausgefordert fühlen muß.

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Erster Satz, entsprechendes Kapitel („Warenproduktion, Wert und Geld im Sozialismus/Die Notwendigkeit der Warenproduktion“):

Formatiert: Schriftart: 14 pt

„Die sozialistische Revolution trifft auf ein im Schoße des Kapitalismus entstandenes entwickeltes System von Ware-Geld-Beziehungen (*das sollte geschenkt sein, weil es keine Frage für den Sozialismus beantwortet, J.*), die auf einer weitgehenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung (*sic, J.*) und dem Privateigentum (*‚und’ ist köstlich, J.*) an den Produktionsmitteln und den Arbeitsprodukten beruht.“ (S. 535)

Nun, wir kennen andere Definitionen, worauf die kapitalistische Warenproduktion beruht. Aber: Die *Arbeitsteilung* ist mit ins Gefecht geworfen.

„Die gesellschaftliche Arbeitsteilung ist eine notwendige Voraussetzung für die Warenproduktion. Ohne gesellschaftliche Arbeitsteilung ist die Warenproduktion unmöglich, obgleich (*!, J.*) die gesellschaftliche Arbeitsteilung früher als die Warenproduktion entstanden ist und auch im höheren Stadium des Kommunismus bestehen wird, in dem die Warenproduktion allmählich verschwinden wird.“

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Dann: „Die gesellschaftliche Arbeitsteilung ist also die allgemeine Grundlage der Warenproduktion, die ihre (*!, J.*) Bedeutung behält, solange es überhaupt eine Warenproduktion gibt.“ (ebda.)

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Also ihre Bedeutung behält, Grundlage der Warenproduktion zu sein. In der Lehrbuch-Ausgabe 1 hatten wir bekanntlich mit dem Eigentum angefangen, und auch Marx hatte so angefangen. Was soll das, jetzt die Arbeitsteilung als Grundlage an- und einzuführen? Wenn sie nicht Ursache ist, wenn sie nicht die Notwendigkeit der Ware begründet, macht es bei der Frage nach der Ursache keinen Sinn, sie anzuführen.

Aber die sowjetische Wissenschaft wollte ja aus der Enge der anfänglichen Argumentation für die Berechtigung der Ware im Sozialismus, die unterschiedlichen Eigentumsformen, heraus; sie sucht nach allgemeineren Begründungen, *der* allgemeinen an sich, deshalb der Rückgriff resp. halbe Fehlgriff auf die Arbeitsteilung. Die Arbeitsteilung, weil unter der Rubrik Notwendigkeit behandelt, erfährt in der 62er Ausgabe eine Überbewertung.

Weiter: „Neben der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ist das Vorhandensein bestimmter Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln und an den Arbeitsprodukten (*Referenz an Stalin/Lehrbuch 1, J.*) eine notwendige Voraussetzung für die Existenz der Warenproduktion. Ursprünglich entstanden die Warenbeziehungen bekanntlich durch die Arbeitsteilung auf der Grundlage (*!, J.*) des urgemeinschaftlichen Eigentums, doch haben

sie sich erst in den vorsozialistischen Gesellschaftsformationen auf der Grundlage des Privateigentums (*alles nur Grundlage und Voraussetzung, nichts Ursache, J.*) weiterentwickelt“ (S. 535/536).

Stieg die Arbeitsteilung zur Grundlage auf (bei Marx nur Bedingung, und zwar äußere (!)), so schrumpft hier das Eigentum zu einer Voraussetzung. Warenbeziehungen „entstanden bekanntlich (*bekanntlich?, J.*) durch Arbeitsteilung“!?

Das Eigentum ist nicht die *Voraussetzung* der Warenproduktion, wie es im Text heißt, sondern die *Ursache* der Warenproduktion.

Und was sagt nun unser Lehrbuch? Über *unser* Eigentum, also das Volkseigentum? „In der sozialistischen Gesellschaft existieren Ware-Geld-Beziehungen im Bereich der Produktion (*so allgemein gesagt heißt das: auch im Bereich der Produktion von Produktionsmitteln, das war ja in der ersten Lehrbuchausgabe noch verneint worden, J.*) und der Verteilung der Arbeitsprodukte. Das ist bedingt durch die im Sozialismus bestehenden Eigentumsformen (*sic., J.*) und die sich aus ihnen ergebenden Besonderheiten im Charakter der gesellschaftlichen Arbeit (*sic., J.*), die die materielle Anregung der Produktion (*?, gemeint ist wohl die materielle Interessiertheit der Produzenten, also Arbeiter, J.*) und die Äquivalenz in den Wechselbeziehungen zwischen den Betrieben erfordern […]“ (S. 536).

Nun, da haben wir das *ganze* Programm.

Hinzugekommen sind zu Eigentum und Bewertung *aller* Produkte in Geld (= erstes Lehrbuch): 1. Charakter der Arbeit, 2. materielle Interessiertheit und 3. Äquivalenzbeziehungen der Betriebe.

In dieser *Kette* der Argumentation steht das Argument Eigentumswechsel quasi außerhalb, während die drei anderen, neu dazugekommenen Argumente eine innere Logik aufweisen, sich aufsteigend einander ergänzen. Besonderer Charakter der Arbeit = materielle Interessiertheit der besonderen Art = Form der besonderen Art, in der das gemessen wird, werden muß.

Wie soll man das Volkseigentum auffassen? Als ein besonderes Eigentum, das ergänzt wird durch einen besonderen Charakter der Arbeit, der materiellen Interessiertheit der Produzenten, schließlich dem Äquivalenzprinzip? Oder als das gute, alte Volkseigentum und dann wäre die Formulierung aller dieser drei genannten Besonderheiten ein Widerspruch, nämlich von Volkseigentum und besonderer Arbeit und besonderer Interessiertheit und Äquivalenzprinzip. Wie halten wir es: Entsprechung oder Widerspruch?

Wie hält es das Lehrbuch, unserer sowjetischen Ökonomen in dieser „Phase des Kommunismus“?

Bitte:

Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt

„Der Warencharakter der Produktionsmittel ergibt sich aus den Besonderheiten und den Entwicklungsbedürfnissen, die dem staatlichen Eigentum selbst im Stadium des Sozialismus innewohnen. Dank dem gesellschaftlichen sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln arbeiten die Werktätigen … für sich selbst […] Infolgedessen ändert sich der Charakter der Arbeit der in der sozialistischen Gesellschaft Arbeitenden. Die Arbeit … (wird) … zu einer Sache der Ehre. Andererseits wurde die Arbeit für die Masse der Gesellschaftsmitglieder noch nicht zum ersten Lebensbedürfnis […] und aus diesem Grunde bedarf sie des materiellen Anreizes. Die materielle Interessiertheit der Arbeiter der sozialistischen Betriebe an den Ergebnissen ihrer (*!, J.*) Arbeit ist eine Triebkraft für die Entwicklung der sozialistischen Produktion. Hieraus resultiert die Notwendigkeit, den Wechselbeziehungen zwischen dem Staat und seinen Betrieben wie auch den staatlichen Betrieben untereinander eine solche ökonomische Form zu geben, bei der der Staat den Betrieben Produktionsmittel zur Nutzung und Verfügung übergibt mit der Auflage, dass jeder Betrieb seine Produktionskosten durch die Realisierung der Erzeugnisse auf Grund des Äquivalenzprinzips ersetzt. (*Der Staat erteilt die Auflage zum Äquivalenzprinzip?, J.*) Der äquivalente Ersatz des Aufwands an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit vollzieht sich zwangsläufig durch den Warenaustausch, über die Ware-Geld-Beziehungen. Die Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen in der Produktionstätigkeit der staatlichen Betriebe und bei der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihnen macht die materielle Lage eines jeden Betriebes von seiner Arbeitsleistung abhängig.“ (S. 538)

Charakter der Arbeit, materielle Interessiertheit, Einkommensabhängigkeit von den Einnahmen – jetzt wird es spannend. Die Theorie löst sich aus einer reinen Begriffsbestimmung.

Die Begründung mit der „unreifen unmittelbar gesellschaftlichen Arbeit“

Von einer Arbeit, die im Volkseigentum geleistet wird, sagt man, dass sie „unmittelbar gesellschaftliche Arbeit“ ist.

Erstes Lehrbuch von 1954: „Während die Arbeit im Kapitalismus unmittelbar als private Arbeit auftritt, hat die Arbeit im Sozialismus *unmittelbar gesellschaftlichen Charakter*.“ (S. 487)

Vorab eine kurze Bemerkung zum ersten Teil des Satzes: Tritt die Arbeit in der bürgerlichen Warenproduktion „unmittelbar als private auf“? Hieße das dann nicht~~,~~ Selbstkonsumtion? Selbstkonsumtion ist aber gerade nicht gemeint, wenn es um Waren geht. Privat will der Warenproduzent den *Wert* seiner Ware konsumieren. Es müsste also heißen: „Arbeit wird im Kapitalismus als Privatarbeit verausgabt. Ihr gesellschaftlicher Charakter wird vermittelt über den Warenaustau~~ua~~sch, also über den Wert.“ Dies nur zur Korrektur.

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Formatiert: Schriftart: 14 pt, Kursiv

Formatiert: Schriftart: 14 pt

„Die gesellschaftliche Arbeit im Stadium des Sozialismus ist jedoch noch nicht vollständig unmittelbar gesellschaftlich, wie sie in der höheren Phase des Kommunismus sein wird. Sie ist in den verschiedenen Sektoren der Volkswirtschaft nicht in gleicher Weise vergesellschaftet und weist wesentliche soziale Unterschiede auf. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Arbeitsleistung mit Hilfe des Wertes und seiner Formen indirekt auszudrücken.“ (2. Lehrbuch von 1962, S. 542)

„Ungleiche Weise der Vergesellschaftung“, was ist das? Sind die Privateigentümer ungleich enteignet worden? Sind Momente der Vergesellschaftung – ungleich? Gibt es das, kann es das geben? Und was sind „wesentliche soziale Unterschiede“ der vergesellschafteten, Pardon, der „in nicht gleicher Weise“ vergesellschafteten Arbeit? Das muß doch erklärt werden. Es wird aber nicht erklärt, und trotzdem heißt es: „Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Arbeitsleistung (?) mit Hilfe des Wertes zu messen.“

Und dann der Satz, „Arbeitsleistung“ (!) müsse „mit Hilfe des Wertes und seiner Formen indirekt ausgedrückt werden“, d.h. über die Geldform. Was ist „Arbeitsleistung“? Was kann Arbeitsleistung sein, wenn Betriebe, d.h. die gegenständlichen Produktivkräfte Eigentum des Volkes, Aller sind? Denn der volkseigene Arbeiter besitzt seinen Betrieb nicht privat und persönlich, dessen Produktionsbedingungen sind gesellschaftliche, Eigentum Aller, seine Arbeit ist unmittelbarer Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, als solche hat sie mit Wertkategorien nichts zu tun.

Zum Vergleich das 1. Lehrbuch: „Im Sozialismus bestehen aber Unterschiede zwischen der unmittelbar gesellschaftlichen Arbeit in den staatlichen Betrieben, wo die Arbeit im gesamtstaatlichen Maßstab vergesellschaftet ist, und der unmittelbar gesellschaftlichen Arbeit in den Kollektivwirtschaften, wo die Arbeit nur im Rahmen des jeweiligen landwirtschaftlichen Artels vergesellschaftet ist. […] Diese graduellen Unterschiede in der Vergesellschaftung der Arbeit sowie die bestehenden Warenbeziehungen zwischen der staatlichen Industrie und den Kollektivwirtschaften machen es unmöglich, die gesellschaftliche Arbeit, die für die Produktion der industriellen und der kollektivwirtschaftlichen Erzeugnisse aufgewendet wurde, unmittelbar in Arbeitszeit auszudrücken und zu vergleichen.“ (1. Lehrbuch, S. 503).

Apropos: Die Arbeitszeiten müssen verglichen werden, wenn eine durchschnittliche Arbeitszeit ermittelt werden soll, aber was soll bei der unmittelbar als gesellschaftlich geltenden Arbeitszeit noch verglichen werden? Man weiß doch, weil mit der Uhr gemessen, dass Stunde gleich Stunde ist.

Aber: Bereits das erste Lehrbuch konstatiert einen Unterschied im Charakter der Vergesellschaftung, bezieht ihn aber auf die beiden Eigentumsformen; in ihnen wäre der Vergesellschaftungsgrad (oder –charakter?) unterschiedlich. Wir erinnern uns: Im zweiten Lehrbuch von 1962 spricht man von den „verschiedenen Sektoren der Volkswirtschaft“, in denen es zu Unterschieden im Grad der Vergesellschaftung und in der Sozialität kommt;

Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt

das ist mindestens diffus – was die Volkswirtschaft betrifft; während der Gedanke in Buch 1 noch rational verstanden ist.

Wir suchen weiter nach dem, was unter „nicht vollständiger Vergesellschaftung“ zu verstehen ist, egal ob im Rahmen von Sektoren der Volkswirtschaft oder im Unterschied von Eigentumsformen, was auch Enteignungsformen (des Privateigentums) bedeuten kann – und stoßen endlich auf einen Gedanken, der fassbar ist, wenn auch nur sehr gewollt als Unterschied im Vergesellschaftungsgrad der Arbeit, eher schon als Unterschied – im Arbeiter.

Lehrbuch 2: „In der sozialistischen Wirtschaft besteht ein Unterschied zwischen der komplizierten (qualifizierten) und der einfachen Arbeit; die komplizierte Arbeit wird auf einfache Arbeit reduziert.“ (S. 544)

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Es besteht also ein Unterschied zwischen komplizierter und einfacher Arbeit. Natürlich. Aber deshalb Ware? Der Unterschied kann doch einer des Gebrauchswertes sein - und bleiben. Mit qualitativer Arbeit kann man qualitativen Gebrauchswert schaffen, basta. Aber was hat das mit Wert zu tun?

Einfach zu sagen: weil es die qualitative Arbeit gibt (auch die einfache Arbeit ist eine Form der qualitativen Arbeit), müsse es eine auf den Wert bezogene quantitative Bestimmtheit der Arbeit, also die Wertform des Arbeitsprodukts geben, ist gerade so, als würde ich die Notwendigkeit der Ware, ihre Reduktion auf die abstrakte Seite der Arbeit, aus der Existenz der konkreten Seite der Arbeit (im Doppelcharakter der Arbeit) begründen. Weil es konkrete Arbeit gibt, deshalb die Reduktion eines gesellschaftlichen Verhältnisses auf die abstrakte Arbeit. Das soll logisch sein? Nun ja, dem Gläubigen ist alles logisch.

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Das ganze Theorietheater wird nur deshalb abgezogen, weil die *Eigentumsfrage* umgangen werden soll. Wir, d.h. wir Marxisten, wissen nun mal die Antwort auf die Frage nach dem Grund der Warenproduktion: das Privateigentum an den Produktionsmitteln oder anders gesagt: „Gebrauchsgegenstände werden überhaupt nur Waren, weil sie Produkte voneinander unabhängig betriebener Privatarbeiten sind… .“ (Karl Marx, Das Kapital, Band 1, MEW 23, S. 87) Und Volkseigentum ist seine Aufhebung. Ergo kann die logische Konsequenz nur sein: Wo Volkseigentum ist, ist keine Ware mehr. Aber der Apologet – versteht nicht…

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Es muß Methode einer Theorie sein, die den Marxismus umgehen will, bei der Arbeit neu einzusteigen, wenn sie von der Eigentumsfrage die Hände lassen muß.

Formatiert: Schriftart: 14 pt, Nicht Kursiv

Ebensowenig wie es „unvollständige“, „nicht vollständige“ oder „unreife Aufhebung des Privateigentums“ gibt, also nur vollständige und reife, d.h. *wirkliche* Aufhebung des Privateigentums – und dementsprechend nur wirkliches Volkseigentum gibt, gibt es unvollständige, halbe oder sonstwie eingeschränkte Vergesellschaftung der *Arbeit*. Was

Formatiert: Schriftart: 14 pt

vom Eigentum, ist von der Arbeit zu sagen. Die Arbeit ist doch nur das Objekt des Verhältnisses. Vergesellschaftung heißt ja nichts, als dass *alles der Gesellschaft gehört, und zwar unverzüglich und unvermittelt. Und was/wer ist die Gesellschaft? Das sind alle, die gearbeitet haben. Und das sind Millionen.*

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Im Sozialismus/Kommunismus bekommt der höher qualifizierte Arbeiter einfach einen höheren Lohn. Löhne sind im Sozialismus/Kommunismus ja Anteile an der Gesamtarbeit (Konsumtionsmittel), und der Lohn oder Anteil des kompliziert Arbeitenden ist höher als der des einfach Arbeitenden. Aber keiner Lohnhöhe liegt das Element eines Wertes der Ware Arbeitskraft zugrunde. Nur wenn man *will*, dass die Betriebe im Sozialismus/Kommunismus wertbestimmt arbeiten, wird wohl der Umstand eintreten, dass Löhne im Verhältnis zum Gewinn der Betriebe bestimmt werden.

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Die Wertbildung erklärt sich überhaupt nicht aus der Arbeit an sich, sondern aus dem Privateigentum an den Produktionsmitteln. Dass irgendein Erfordernis aus der Arbeit Ursache der Notwendigkeit der Ware ist, ist an sich falsch, falsch für die Warenproduktion als solche und für den Sozialismus erst recht. Auch in der sowjetischen Literatur taucht dieses Argument nur/erst auf, weil der Auffassung von der Notwendigkeit der Warenproduktion Existenzrecht verliehen werden soll. *Man muß den Ausfall des Eigentumsbezugs kompensieren – deshalb die Unzahl der Argumente der anderen Art, nur deshalb die Konzentration auf besondere Momente der Arbeit.*

Die Begründung mit der „materiellen Interessiertheit“

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Die sowjetische Theorie von der besonderen Warenproduktion erweckt den Eindruck, dass es zur Durchsetzung des Prinzips der materiellen Interessiertheit des Äquivalenzprinzips bedarf, wir hatten zitiert. („Materielle Interessiertheit hat die eigene Arbeitsleistung im Visier, und deshalb soll diese gemessen werden; man muß an sich von der Gleichheit des Äquivalenzprinzips ausgehen, um einen Unterschied zum gesellschaftlichen Maß, eben die *individuelle* Leistung bestimmen zu können.“) Allerdings operieren unsere beiden Lehrbücher recht spärlich mit diesem Bezug.

Das hat seinen Grund darin, dass in der ökonomischen Praxis der Betriebe sehr wohl mit dem Prinzip der materiellen Interessiertheit gearbeitet wurde, obwohl es mit dem Äquivalenzprinzip haperte. Es gab ein ausgedehntes Prämiensystem, die Sowjetunion führte 1936 bereits den Direktorfonds ein, der ein besonderer Lohnfonds war, d.h. ein Lohnfonds, der nicht die Form des tariflich fixierten Lohnes, sondern der Prämie, des Prämienlohnes besaß und für besondere Leistungen an die Arbeiter ausgezahlt wurde.

Für uns in der Theorie ist nur wichtig, ob ein Prinzip der materiellen Interessiertheit zur Anwendung kommen kann, ohne dass es ein Äquivalenzprinzip in der Gesellschaft gibt, d.h. ohne dass ständig für den Preis der Produkte eine gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Wertgröße ermittelt werden muß. Diese Frage kann bejaht werden.

Ich bin der Meinung, dass das Prinzip der materiellen Interessiertheit völlig unabhängig vom Äquivalenzprinzip der Warenökonomie ablaufen kann, d.h. völlig unabhängig davon, ob Preise im Sozialismus dem Wert entsprechen oder nicht. Warum? Weil wir natürlich von der Preispraxis in der sozialistischen Planwirtschaft (egal ob UdSSR, DDR oder ein anderes sozialistisches Land) ausgehen, die sich durch im Wesentlichen konstante Preise auszeichnete. Konstante Preise sind aber vom Wesen her keine Wertform der Preise mehr. Die gesamte Lohngestaltung läuft ab, ohne dass eine Wertform der Preise erkennbar ist. Es handelt sich beim Prämienlohnfonds einfach um eine besondere Abteilung des allgemeinen gesellschaftlichen Lohnfonds, über seine Höhe bestimmt die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit.

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Mit anderen Worten: Soll von einer Abhängigkeit des Prinzips der materiellen Interessiertheit vom Äquivalenzprinzip gesprochen werden, so hat das das Funktionieren des Äquivalenzprinzips selbst zur Voraussetzung, mithin eine andere Preispraxis als die real planwirtschaftliche. Man muß dieses Prinzip wollen, um jene Abhängigkeit erst herstellen zu können. Die These, dass es aber das Prinzip der materiellen Interessiertheit selbst ist, das das Äquivalenzprinzip erfordere, ist einfach falsch. Man kann es so einrichten, dass diese Abhängigkeit entsteht, aber das ist dann gewollt.

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Die Begründung mit dem „Leistungstrieb im Sozialismus“

An die Planwirtschaft gibt es den großen Vorwurf, sie arbeite uneffektiv. Die Menschen hätten keine Lust mehr auf Leistung; „Leistung lohne nicht“.

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Gibt es einen Verlust an Leistungswillen oder Leistungstrieb in oder durch die Planwirtschaft an sich? (Man spricht ja von der Planwirtschaft als einer Kommandowirtschaft, sie ließe keinen eigenen Willen zu, nur Ausführung von Befehlen – und dieses Recht konzentriere sich bei einer „zentralen Bürokratie“; Partei auch.) Und muß man ausgerechnet die Wertform der Ware wiedererwecken, um die Leistungsbereitschaft der Menschen wieder zu erwecken?

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Ist es aber so, dass der Leistungswille in der Planwirtschaft sinkt oder gar verschwunden ist? Ich denke, dass hier mit der Wurst nach der Speckseite geworfen wird. Man will einfach die eine Leistungsbereitschaft, und sieht die andere nicht. Man sieht eben nicht die Form der Leistungsbereitschaft, die allein noch bei einer Planwirtschaft möglich ist.

Man kann sehr laienhafte Pläne/Planwirtschaft machen. Probleme in der Fähigkeit, Planwirtschaft zu machen, wird man besonders am Anfang, vor jeder Erfahrung schon mit der Planwirtschaft haben. Aber das ist ein Entwicklungsproblem. Man wird Pläne, da sie ja auch eine entwickelte Subjektbestimmung erwarten lassen, immer besser machen (können). Vor allen Dingen gibt es objektive Kriterien, Pläne/Planwirtschaft zu machen. Diese muß man erkennen, entwickeln, und an sie kann man sich halten, d.h.

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Planungsfachleute muß man auch ausbilden; Planer ist ein Beruf wie Schweißer ein Beruf ist.

Man wird sich einen Überblick verschaffen, was ein Betrieb produziert, produzieren kann. Das geht gar nicht ohne aktive Mitarbeit der Belegschaften der Betriebe, besonders der Betriebsleitungen. Und das ist keine Entgegennahme eines Befehls, sondern eine Zuarbeit des Betriebes zum Zentrum der Planung. Zur Kapazitätsplanung gehört eine perspektivische Investitionsplanung, die aber in Abhängigkeit zur perspektivischen Produktionsplanung als solcher des Betriebes steht. Hier ist mehr der gesellschaftliche Wille auf das Produkt des Betriebes gefragt, also die „zentrale Bürokratie" – die nun aber wieder keine Bürokratie, d.h. über der Konsumtion stehende Behörde ist, sondern die eine solche Behörde ist, die auch Bedarfsforschung als Element der Planwirtschaft betreibt. Es gibt keine Planung, die nur nach einer Seite, der Seite der Produktion arbeitet; um Planung zu sein, muß sie auch Planung/Erfassung nach der anderen Seite, der Seite der Konsumtion sein. Planung ist in einem gewissen Sinne nur Vermittlung zwischen Produktion und Konsumtion. Genau betrachtet ist Planung nichts als bewusste Erfassung, möglichst genaue Vorausschau der Prozesse, die in einer Warenproduktion spontan ablaufen, also im Prinzip dort ebenfalls ablaufen, nur eben nicht „kommandiert".

Muß man von vornherein davon ausgehen, dass Planwirtschaft die an sich ökonomisch notwendigen Prozesse schlechter erfasst nur deshalb, weil sie als Auftrag an den Betrieb herangetragen werden und ihm nicht vom Wertgesetz aufgezwungen werden?

Was hat die Planung/Planungsbehörde jeder betrieblichen Hoheit voraus? Das Gesamtwissen über die Bewegung der Ökonomie, ihrer einzelnen Einheiten, das Wissen um den Zusammenhang einer *Gesellschaft*. Genaugenommen sogar die Gesellschaft selbst, sie erscheint ja erst dadurch als Ganzes, dass sie sich von sich eine Vorstellung für die Zukunft gibt.

Der Betrieb in der Planwirtschaft ist nicht ohne eigene Leistungsanforderung, Planung kann nicht exakt funktionieren, ohne dass der Betrieb mitarbeitet und seinen Beitrag dazu leistet, dass der Plan ein Plan ökonomischer Realität ist.

Ein bestimmtes Ziel des Leistungswillens stirbt in der Planwirtschaft tatsächlich: Das ist der Wille, die eigenen Waren so teuer wie möglich zu verkaufen, einen Gewinn/Profit so hoch als möglich zu erzielen, d.h. den Betrieb auf Kosten aller anderen Betriebe und der Konsumenten zu bereichern. Freie Preisgestaltung, Konkurrenz mit der eigenen Ware gegen andere Waren – das gibt es in einer Planwirtschaft nicht.

Aber was die Rationalität, Rentabilität, Kostensenkung usw. angeht, so beachte man die Form der inneren betrieblichen „Rechnungsführung" als eigenständiges Gebiet der wirtschaftlichen Rechnungsführung und setze dieses System gegen jenes der Wert- und Profitmaximierung.

Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt

Die Begründung mit dem „ökonomisch selbstständigen Betrieb“

Kommen wir zum letzten Punkt, oder letzten Argument einer Begründung des Sozialismus als einer besonderen Warenproduktion. Es wird das zu findende Subjekt angesprochen: „der relativ (relativ oder nicht relativ ist hier eigentlich egal, der Begriff war sowieso nur ein Feigenblatt) ökonomisch selbstständige Betrieb“, oft auch „eigenverantwortliche Betrieb“ genannt oder manchmal wird auch nur von der „Eigenerwirtschaftung der Mittel“ - gemeint sind die Geldmittel - durch den Betrieb gesprochen.

Nachdem es im 1. Lehrbuch noch heißt, dem in die Planwirtschaft integrierten Betrieb werden staatlicherseits „die seinem Produktionsprogramm entsprechenden materiellen Fonds zugewiesen“, sollte es keine leichte Aufgabe sein, diese ökonomische Selbstständigkeit des Betriebes aufzuspüren.

Noch einmal ein Blick in die Lehrbücher, was finden wir da an Aussagen über die „ökonomische Selbstständigkeit der Betriebe“, oder, in einem zweiten Blick, was über die „ökonomische Selbstständigkeit eines Betriebes in einer Planwirtschaft“?

Lehrbuch 1 enthält noch keinen Hinweis über eine ökonomische Selbstständigkeit der Betriebe, die eine Warenproduktion im Sozialismus notwendig mache, d.h. diese Begrifflichkeit wird noch nicht gebraucht.

Lehrbuch 2 enthält dann eine solche Stelle, aber nur in der angenäherten Form (siehe obiges Zitat aus Lehrbuch 2, dort Seite 538), das ist noch nicht direkt die Behauptung, die Betriebe würden im Sozialismus ökonomisch selbstständig sein, aber der Übergang zu dieser. Erst in späteren theoretischen Abhandlungen erscheint dieser Fakt explizit und gehäuft. Während die sowjetische Wissenschaft bis zu diesem Argument mehr oder weniger eine Einheit verkörpert, beginnt sie sich ab ihm zu spalten.

Ich zitiere zunächst aus späteren Publikationen, darunter erstmals auch aus nicht sowjetischen (russischen), sondern deutschen.

Die DDR hat zwei Lehrbücher zur politischen Ökonomie des Sozialismus veröffentlicht (neben weiteren Lehrheften für Hochschulen und diversen Einzelpublikationen, die im Wesentlichen aber dieselben Argumentationslinien aufweisen wie die sowjetischen). Das erste von 1967 war in die Zeit des NÖS (Neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft) hineingeboren worden, also in die Zeit eines Reformexperimentes, in dem es viel um mehr Selbstständigkeit und Selbstverantwortlichkeit im unteren ökonomischen Bereich ging. Ich habe gesucht und eigentlich gedacht, ich müßte eine solche Stelle finden – wo von der ökonomischen betrieblichen Selbstständigkeit als Ursache der Warenproduktion im Sozialismus gesprochen, aber Irrtum. Ich fand eine solche Stelle nicht.

Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt

Aber im zweiten Buch der DDR zur Politischen Ökonomie des Sozialismus von 1974, als das NÖS schon überwunden schien, fand ich sie: „Die gesellschaftliche Arbeitsteilung ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung (*!, J.*) für die Existenz von Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus. Während die gesellschaftliche Arbeitsteilung fortwährend existieren wird, wird es die Ware-Geld-Beziehungen nicht immer geben. Es muß folglich eine weitere Ursache vorhanden sein, die die Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus hervorruft. Es ist dies die relative ökonomische Selbstständigkeit der sozialistischen Betriebe."

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Hier haben die Autoren wahrscheinlich ihrem Herzen einen Stoß gegeben, endlich ist es ausgesprochen – das ökonomische Subjekt. Einen Absatz weiter bekräftigen sie:

„Das Volkseigentum an den Produktionsmitteln als gesamtgesellschaftliches Eigentum besitzt im Sozialismus die Besonderheit (*der Begriff Sozialismus besitzt hier eigenständigen Status für den Kommunismus, also besonderes Volkseigentum, J.*), dass die Betriebe im Rahmen des Volkseigentums relativ ökonomisch selbstständig sind."

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Das *Volkseigentum* besitzt die Besonderheit, dass die Betriebe selbstständig sind; wenn das mal keine Herausforderung ist.

Aber was nun nicht eintreten sollte, ist, dass beim Beleg der Selbstständigkeit der Betriebe Funktionen aufgeführt werden, die auch sehr gut zur Planwirtschaft gehören und in denen die Betriebe Funktionen der Planwirtschaft ausführen, ausführende Funktionen also, worin nur sie selbstständig auftreten.

Leider ist das aber der Fall: „Auf der Grundlage der von der zentralen staatlichen Planung vorgegebenen verbindlichen (*!, J.*) Kennziffern, wie Sortiment der Produktion, Senkung der Kosten, Steigerung der Arbeitsproduktivität und anderes, tragen die Betriebe die volle Verantwortung (*!, J.*) für die bedarfsgerechte Produktion, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, die Senkung des Aufwandes an vergegenständlichter und lebendiger Arbeit, die Herstellung einer hohen Erzeugnisqualität und anderes." (ebda. S. 523)

Formatiert: Schriftart: 14 pt

„Die relative ökonomische Selbstständigkeit der Betriebe ist zweifach bedingt: Materiell und ökonomisch. Materiell-technisch ergibt sie sich durch die Anwendung der verschiedenartigen Arbeitsmittel, die unterschiedlichen technologischen Prozesse, die unterschiedliche materiell-technische Ausstattung, die Arbeitsteilung und Spezialisierung und anderes. Ökonomisch ist sie im sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln und in der Besonderheit des unmittelbar gesellschaftlichen Charakters der Arbeit begründet." (S. 523/24)

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Bis hierher, würde ich sagen, ist nur auf eine Unterschiedlichkeit der Betriebe, ihren besonderen konkreten Charakter aufmerksam gemacht, und der Hinweis auf eine (imaginäre) Besonderheit im Eigentum und im Charakter der Arbeit, die aber „unmittelbar

gesellschaftlich“ wäre, hatten wir schon. Was wir aber noch nicht hatten, war, dass wir eine Selbstständigkeit begründet sehen, die uns die Notwendigkeit der Warenform erschließen soll, worin also Selbstständigkeit und Warenform zwei sich ergänzende, kompatible, also austauschbare Begriffe sind.

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Vielleicht hier: „Bei der Produktion (*?, J.*) sowie beim Austausch der Erzeugnisse erweist sich (*aber dahin wollten wir doch erst kommen, nun ist er schon da, der Austausch, J.*), dass im Sozialismus der unmittelbar gesellschaftliche Charakter der Arbeit noch nicht die Reife hat, um die in den Betrieben und Genossenschaften verausgabte Arbeit, die immer konkrete Arbeit ist (*unverständlich in diesem Zusammenhang, J.*), nach dem Maß der Zeit, als dem der Arbeit immanenten Maß, gleichsetzen zu können. (*?, diese Reife ist wahrscheinlich geschenkt, winkt denn im Kommunismus immer noch die Gleichsetzung?, J.*) Eine Stunde Arbeitsaufwand im Betrieb A für die Herstellung des Erzeugnisses X ist nicht gleich einer Stunde Arbeitsaufwand im Betrieb B für die Herstellung des Erzeugnisses Y.“ (ebda.)

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Arbeitsstunden zweier verschiedener Erzeugnisse sollen gleichgesetzt werden? Im Sozialismus/Kommunismus? Wofür? Das verstehe ein anderer. Aber was wollten wir wissen? Ob es eine ökonomische Selbstständigkeit des Betriebes gibt, die eine des Wertes ist, eine Selbstständigkeit ist bezogen auf den Wert, den *eigenen* Arbeitsaufwand, in der korrigierten, überprüfbaren Weise der gesellschaftlichen Durch-schnittsarbeit, die sich im Wert ausdrückt.

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Worein wir hier aber, bei der Begründung durch dieses DDR-Lehrbuch hineinrutschen, ist nichts, als einen Unterschied in der Kompliziertheit der Arbeit, („Unterschied von geistiger und körperlicher, von Arbeit in der Industrie und in der Landwirtschaft“) zu konstatieren. Aber das hatten wir schon. *Nur wenn verlangt ist, dass die Ausgaben aus den Einnahmen beglichen werden müssen*, dann muß der Preis so groß oder hoch sein, dass er allen Umständen gerecht werden kann. Er muß also auch die Löhne der kompliziertesten Arbeit/Arbeiter aufnehmen können, und „darüber hinaus auch noch einen Gewinn erbringen“, denn man muß ja auch für die Erweiterungsinvestitionen „selber aufkommen“, wie es so schön in der Begrifflichkeit der ökonomischen Selbstständigkeit heißt. Schauen wir noch einmal nach Moskau, zu Prof. Zagolow von der Moskauer Lomonossow-Universität. Auch er hat ein vielbeachtetes Buch über die sozialistische ökonomische Theorie geschrieben. Wie sieht er nun die ökonomische Selbstständigkeit der Betriebe und deren Einfluß auf die Notwendigkeit der Ware im Sozialismus; interessant sein Anfang:

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Formatiert: Schriftart: 14 pt

„Warenbeziehungen sind vielseitig begründet (*glaubt er, stimmt natürlich nicht, nur wenn man die Eigentumsbeziehung in Frage stellt, gelangt man an die ‚vielseitige Begründung’, J.*). Im Sozialismus ist die relative ökonomische Selbstständigkeit der Mitglieder der Gesellschaft als Werktätige (*!, J.*), die qualitative Unterschiedlichkeit ihrer Arbeit ihre Grundlage. (*Also nicht die Betriebe, sondern die Werktätigen selbst sind es, die ökonomisch selbstständig sind; was für ein Unsinn, J.*) Die gesellschaftliche Erfassung der

Arbeit des einzelnen Produzenten wird nicht unmittelbar vorgenommen, sondern durch das Produkt des Gesamtbetriebes. Das hat die relative ökonomische Selbstständigkeit der Betriebe im Rahmen einer einheitlichen planmäßigen gesellschaftlichen Produktion zur Vorbedingung, die zu den wichtigsten Charakteristika des ökonomischen Wesens des Volkseigentums in der gegenwärtigen Etappe seiner Entwicklung gehört ~~(noch einmal ‚im Rahmen', J.)~~ und mehrere bedeutungsvolle sozialökonomische Konsequenzen hat. Äußerlich betrachtet ist es nach-gerade diese Selbstständigkeit der Betriebe, welche als unmittelbar nächstliegende Ursache der Warenbeziehungen im Sozialismus erscheint. Wie wir jedoch gesehen haben, sind nicht die gegenseitigen Beziehungen der Betriebe, wie bei privater Warenproduktion, der Ausgangspunkt, sondern die Beziehungen der einzelnen Werktätigen zur Gesellschaft, die durch Beziehungen zwischen den Betrieben realisiert werden, die auf dem Austausch durch Entgeld beruhen."[182]

Wenn schon, denn schon, muß wohl der Professor N. A. Zagolow gedacht haben; wenn Warenproduktion schon durch ökonomische Selbstständigkeit begründet, dann gleich beim einzelnen Werktätigen selbst. Und die Beziehung wird eigentlich nur zwischen diesem einzelnen Werktätigen und der Gesellschaft abgemacht, der Betrieb vermittelt nur. Der Betrieb ist nur deshalb ökonomisch selbstständig, weil es seine Arbeiter sind.

Die Begründung der Ware im Sozialismus mit einer ökonomischen Selbstständigkeit des einzelnen Werktätigen selbst führt so sehr aus dem Schema der bisher üblichen Argumentation heraus, dass sie diese eigentlich schon wieder konterkariert; sie ist eine Begründung mit dem Arbeiter als einem besonderen, nicht als des Trägers eines Teils der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, die vermittels des politischen Systems der Diktatur des Proletariats direkt und unmittelbar gesellschaftlich nach einem gemeinsamen Wirtschaftsplan verausgabt wird. In der Konsequenz wird der Arbeiter bei Zagolow wieder zum Verkäufer seiner Arbeitskraft, die Arbeitskraft also wieder zur Ware – wie im Kapitalismus.

Das Ende

Ab der Mitte der 80er Jahre tauchen in der Sowjetunion auch Stimmen auf, die die Planwirtschaft frontal angreifen. Eine Stimme möchte ich zitieren: D. Smoldyrew, „Ein neuer Typ der Warenproduktion", wir befinden uns im Jahr 1987: „Jegliche Versuche, den Wirtschaftsmechanismus losgelöst vom Wertgesetz oder im Gegensatz zu diesem zu organisieren, erwiesen sich nicht nur als fruchtlos, sondern machten den Wirtschaftsmechanismus auch funktionsuntüchtig, was schwere ökono-mische Folgen nach sich zog. (*Das hätte man gern belegt gesehen Wir müssen aber wissen, dass*

[182] Lehrbuch „Politische Ökonomie/Sozialismus", Herausgegeben vom Lehrstuhl Politische Ökonomie der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität, Moskau 1970, Deutsch: Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1972, Seite 264.

Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 11 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 12 pt
Formatiert: Schriftart: 13 pt

Smoldyrew die neuen Wirtschaftsmechanismen feierte und verteidigte, die Gorbatschow einführen wollte, J.) Mehr noch, unter diesen Bedingungen konnten auch die spezifischen Gesetze des Sozialismus nicht wirken – das Grundgesetz, das Gesetz der Planmäßigkeit, das Gesetz des ständigen Wachstums der Arbeitsproduktivität, das Gesetz der Verteilung nach der Arbeitsleistung u.a.“ (S. 238)[183]

Das ist mindestens schon die Umkehrung im Verhältnis von Voraussetzung und Folge oder Grundlage Plan und Zuordnung Wert. Die Planmäßigkeit funktionierte nicht, weil das Wertgesetz nicht.

„Die Trägheit des Denkens und die Angst, die Dinge beim Namen zu nennen, waren zu einem großen methodologischen Hemmnis bei der Bestimmung der sozialistischen Warenproduktion als eines prinzipiell *neuen, dritten historischen Typs der Warenproduktion* geworden.“ (ebda.) Smoldyrew tut es, womit die 80er Jahre ein neues Kapitel in der sowjetischen Ökono-miegeschichte einleiten: das ihrer Spaltung. „Methodologischer Ausgangspunkt der Verneinung oder Unterbewertung des Waren-charakters der sozialistischen Produktion war die These, dass Arbeit und Produktion im Sozialismus *unmittelbar* (*kursiv der Autor, J.*) gesellschaftlichen Charakter hätten.

Unserer Auffassung nach ist diese These zu einem politökonomischen Dogma geworden, ohne dessen Überwindung (*das wäre gleichbedeutend mit einer Überwindung des Volkseigentums, J.*) eine wirklich wissenschaftliche Analyse der Warenbeziehungen im Sozialismus unmöglich ist. Auch in rein praktischer Hinsicht ist dieses Dogma gefährlich. Als ‚theoretische’ Grundlage für die Leugnung der sozialistischen Warenproduktion hatte es objektiv zur Folge, dass der voluntaristische, bürokratische Kommandostil in der Wirtschaft eine Rechtfertigung erfuhr, dass der objektive Charakter des Marktes, der Warenzirkulation und der Äquivalenz im Austausch sowie andere Forderungen des Wertgesetzes ignoriert wurden. Diese Praxis ihrerseits verstärkte die administrativ-voluntaristischen Methoden der Planung und Leitung […] (*Auslassung in der deutschen Übersetzung, J.*) Es zeigt sich eine bekannte Abhängigkeit: Eine fehlerhafte Praxis sucht Rechtfertigung in falschen Theorien, diese ihrerseits dienen der untauglichen Praxis als ‚theoretische Begründung’.“

„Aus der marxistischen Methodologie folgt jedoch, dass unmittelbar gesellschaftliche Beziehungen (*also nicht nur Arbeit, sondern gleich ganz allgemein, J.*) und solche Beziehungen, die über den Markt, das Geld vermittelt werden, Gegensätze darstellen, dass sie miteinander unvereinbar sind, einander ausschließen. Alle Versuche, sie dennoch zu vereinen, zu verbinden, gegenseitig zu ergänzen, bedeuten Eklektizismus in der Theorie und Prinzipienlosigkeit in der Praxis.“ (ebda. 239) Starker Tobak. Oder Wahrheit – wenn

Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt, Nicht Kursiv
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt

[183] D. Smoldyrew: „Das historische Schicksal der Warenproduktion“, in „Ökonomische Wissenschaften“ 1987, Heft 8; Deutsch in „Sowjetwissenschaft / Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge“ Heft 3/1988, Seitenangaben nach der deutschen Ausgabe.

auch nicht, um die Planwirtschaft und den Sozialismus der Planwirtschaft zu verteidigen, sondern *um sie anzugreifen und - das wäre nun seinerseits konsequent – durch Zerstörung der Planwirtschaft den Sozialismus zu zerstören.*

Ein – vorläufiges – Schlusswort

Die Wende vom Wert zum Bedarf wurde in der sozialistisch/kommunistischen Ökonomie mit dem Übergang zur Planwirtschaft zwar praktisch vollzogen, aber sie wurde theoretisch nicht eindeutig markiert und ist daher in der Wissenschaft ungenügend bis gar nicht gewürdigt. Stattdessen kam es mit dem Übergang zur Planwirtschaft zu einem ungemäßen Kampf um die Fortsetzung der Warenökonomie im Sozialismus, der zu einer Spaltung in der sozialistischen Wissenschaft führte; die Gesellschaft insgesamt geriet an eine Form der gesellschaftlichen Stagnation, die ökonomische Revolution - in den Produktionsverhältnissen, insbesondere Lohnverhältnissen - stockte und konnte in der Konsequenz von einer Gegenrevolution, d.h. neobürgerlichen Wende genutzt werden. Der Eigentumsgedanke erfuhr eine Wiederbelebung, der ideologisch innerhalb der Arbeiterbewegung in eine ökonomische Form des Revisionismus umschlug.

Der Revisionismus inmitten der kommunistischen Theorie und sozialistischen Praxis nahm die Form einer Wiederauferstehung der Waren- und Wertökonomie an, die zur Zukunftsform für den Kommunismus erklärt wurde ("sozialistische Warenproduktion"). Diese Form der Fortsetzung der Warenproduktion ist aber revisionistisch, weil sie mit der Planwirtschaft wieder bricht.

Es kann bei einer Aneignung nach dem Bedarf mehr, gleichviel oder weniger Arbeit (in abstrakter Hinsicht, also der in den Gütern, die bezogen werden, getätigten Arbeitszeit) angeeignet werden, d.h. die Aneignung in der Planwirtschaft verläuft proportional den Bedürfnissen auf Arbeit, nicht äquivalent der geleisteten Arbeit, ihr liegt die gesellschaftliche Arbeitsteilung und deren Bewegung zugrunde, nicht Eigentum und dessen Expansion. Die Aneignung in der Planwirtschaft richtet sich nach dem Bedürfnis der Gesellschaft auf die konkrete Arbeit der Betriebe, nicht nach dem von diesen Betrieben geleisteten Arbeitszeitvolumen; insofern endet mit der Planwirtschaft das Wertprinzip in der Aneignung von Arbeit durch die Produktion und ist der Wert nicht mehr ihr Produktionsverhältnis.

Die Theorie von der sozialistischen Warenökonomie demonstriert ihre Unfähigkeit, ökonomische "Phänomene" des Sozialismus zu erklären, d.h. seine Normalität unter Bedingung des formellen Erhalts der Geldform in der Wertform zu verstehen und zu erklären. Sie legt an den realen Kommunismus die Elle des Kapitalismus an - und regt sich auf: wie ein Kapitalist. Sie nutzt eine Praxis der Revolution für eine Theorie der Restauration.

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Formatiert: Schriftart: 14 pt

Es gehörte zum Grundirrtum der sich in Revisionen ergehenden „kommunistischen Wissenschaft", den Wechsel im Charakter des Geldes im Sozialismus nicht zu erkennen und es zu einem Neutrum der Geschichte zu machen - mit allerdings immer dem gleichen Charakter: Dem Wert der Ware der Tauschwert zu sein, also Wertmaß zu sein. So konnte im Bewußtsein der Menschen, insbesondere der kommunistischen Wissenschaftler, nicht die bürgerliche Produktionsweise, die Warenproduktion verschwinden und der Charakter des Kommunismus nicht als der eingetretene gesellschaftliche Wandel hervortreten. Die Gesellschaft ... stagnierte: im Bewußtsein.

Es kann im Sozialismus kein Interesse vorliegen, ein auf dem Wert begründetes Eigentum ökonomisch, d.h. eben per Geld, anzuerkennen. In der sozialistischen Ökonomie unterliegt das Geld demselben Prinzip der Verteilung wie der Gebrauchswert auch ohne Geld ihm unterliegen würde, d.h. es führt keine von diesem unabhängige Bewegung aus ("es zirkuliert nicht", Marx, „Kapital“ Band II), was das Geld ja erst zum Geld, d.h. Wertverhältnis erheben würde. Das Geld wird von der sozialistischen Gesellschaft verteilt wie die Gesellschaft Rechte auf Gebrauchsgüter verteilt bzw. zuordnet. Das Geld, welches Rechte auf die Konsumtion vermittelt, unterscheidet sich von einem Geld, das Rechte auf die Produktion vermittelt, wie sich der Sozialismus vom Kapitalismus unterscheidet.

Dass die Wissenschaft sich der Debatte um die Warenproduktion im Sozialismus unterordnete, sie zu ihrem „wichtigsten Thema“ erhob, war gar nicht einmal das Schlimmste, sondern dass die sozialistischen Parteien sich ihr anschlossen; dass die Frage der warenökonomischen Reform (um was anderes ging es in letzter Konsequenz nicht mehr) auch zur Frage der Partei erhoben wurde, das wurde zum eigentlichen Problem. Die *Suche nach einem warenökonomischen Subjekt* konnte ja nur dazu führen, dass sich niemand unmittelbar mehr als das Subjekt des Sozialismus empfand.

Nun, Gorbatschow war wohl kein „sozialistischer“ Reformer, sondern war, am sozialistischen Maß gemessen, ein Konterrevolutionär – und ein großer Teil der Apologeten der Warenproduktion im Sozialismus resp. „sozialistischen Marktwirtschaft“ waren es auch. Wir haben es heute nicht mit der Niederlage der Planwirtschaft an sich zu tun, sondern mit der Niederlage der Planwirtschaft, soweit sie die Forderung nach einer neuen geschicht-lichen Form der *Warenproduktion*, also nach einem *warenökonomisch organisierten Sozialismus* war.

Der Gesellschaftswechsel in der Sowjetunion, die Konterrevolution, hat auch andere als nur ökonomische Gründe (um die es hier aber nicht geht), uns bleibt nur, dass es eine gewisse fördernde Rolle für diesen Gesellschaftswechsel gegeben hat, weil es zuvor eben diese ökonomische Debatte als eine die Gesellschaft destrukturierende Debatte gegeben hat. Weil sie der Konterrevolution diente, ist sie heute noch immer aktuell.D.h. wir müssen das Problem noch immer diskutieren – es ist konstitutiv für die kommunistische Identität! Auch wenn es uns unmittelbar nicht mehr praktisch trifft, so trifft es uns doch

Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt
Formatiert: Schriftart: 14 pt

theoretisch und vor allem zukünftig. Wir werden als Kommunisten gar keine Theorie mehr haben, wenn nicht in dieser Frage.

Jeder Wiederbeginn des Sozialismus, wird zu tun haben mit unserer praktischen und theoretischen Vergangenheit.

Hermann Jacobs, Berlin

Dank für Unterstützung durch Rat und Tat gebührt
über die Arbeit als Autoren hinaus:

Erich Buchholz, Berlin
Klaus Eichner, Lentzke bei Neuruppin
Hans Fischer, Berlin
Axel Galler, Berlin
Michael Geipel, Berlin
Kurt Gossweiler, Berlin
Anna C. Heinrich, Hannover
Klaus Hesse, Leipzig
Dieter Itzerott, Torgau
Hermann Jacobs, Berlin
Heinz Keßler, Berlin
Günther Lange, Berlin
Hermann Leihkauf, Berlin
Michael Opperskalski, Köln
Kyrillos Papastavrou, Athen
Karl-Heinz Reinhardt, Leipzig

Andrea Vogt, Dresden
André Vogt, Dresden
Hans-Jürgen Westphal, Dresden
Hans Wauer, Berlin

Freundeskreis der Zeitschrift offen-siv

Die Zeitschrift „offen-siv“ veröffentlicht unverzichtbare historische Analysen und wichtige Dokumente. Sie macht diese für die aktuelle Situation nutzbar und verbreitet zum gleichen Zweck wichtige internationale Berichte, Aufrufe und Fakten. Die Zeitschrift „offen-siv“ deckt bedingungslos die aktuelle Entwicklung des Imperialismus auf und sie analysiert ebenso bedingungslos den Zustand der aktuellen linken und kommunistischen Bewegung. Sie führt die Debatte über das sozialistische Ziel vor allem auf der bisher sehr vernachlässigten Ebene der Ökonomie. Sie lässt sich bei all ihren Aktivitäten vom Marxismus-Leninismus leiten und verteidigt ihn sowohl gegen seine traditionellen wie auch gegen seine aktuellen, modisch getarnten Gegner. In diesem Sinne organisiert die Zeitschrift „offen-siv“ eine systematische, marxistisch-leninistische Grundlagenbildung in Form eines Fernstudiums.

Mit all dem leistet sie einen unverzichtbaren Beitrag zur Entwicklung der Einheit der Kommunisten auf marxistisch-leninistischer Grundlage.

Möglich ist das alles nur, weil „offen-siv“ von revisionistischen und/oder opportunistischen Kräften unabhängig und von diesen nicht erpressbar ist.

Soll diese Unabhängigkeit und damit die Qualität der Arbeit auch in Zukunft erhalten bleiben, ist eine solidere finanzielle Absicherung notwendig als bisher.

Deshalb rufen wir dazu auf, dem „Freundeskreis der Zeitschrift offen-siv“ beizutreten!

Es unterzeichnen diesen Aufruf und bitten Euch um Mithilfe:

Prof. Dr. Zbigniew Wiktor, Hochschullehrer, Wroclaw, Polen // Ph.Dr. Josef Skála, Mitglied der KSCM (Kommunistische Partei Böhmens und Mährens), Prag, Tschechische Republik // Lisl Rizy, Herausgeberin der österreichischen „Neuen Volksstimme (nvs)“ Mitbegründerin der „Kommunistischen Initiative“, Wien, Österreich // Dr. Eva Ruppert, Pädagogin, Bad Homburg, Bundesrepublik Deutschland // Manik Mukherjee, Mitglied des Socialist Unity Center of India, Calcutta, Indien // Robert Medernach, Luxemburg in Luxemburg // Michael Lucas, Chefredakteur von „Northstar Compass“, Präsident des „Council for friendship with the soviet people“, Toronto, Kanada // Dr. Günther Lange, Mediziner, Klinikleiter a.D., Neuenhagen, Bundesrepublik Deutschland // Milan Krajca, Vorsitzender des verbotenen kommunistischen Jugendverbandes der Tschechischen Republik, Prag, Tschechische Republik // Mohammed Khalequzzaman, Mitglied der Socialist Party of Bangladesh, Dakka,

Bangladesh // Prof. Dr. Ulrich Huar, Hochschullehrer a.D., Publizist, Berlin, Bundesrepublik Deutschland // Dr. Kurt Gossweiler, Historiker, Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der DDR, Faschismus- und Revisionismusforscher, Berlin, Bundesrepublik Deutschland // Thanassis Georgiou, Mitglied der KKE, Berlin und Athen, Bundesrepublik Deutschland/Griechenland // Prof. Dr. Hans Fischer, Fregattenkapitän a.D., Träger des Nationalpreises für Wissenschaft und Technik und der Gauss-Medaille der DDR, Aktivist der Cuba-Solidaritätsbewegung, Berlin, Bundesrepublik Deutschland // „Etudes Marxistes“, Zeitschrift des Instituts für marxistische Bildung, Brüssel, Belgien // Prof. Dr. Erich Buchholz, Rechtswissenschaftler und Rechtsanwalt, Berlin, Bundesrepublik Deutschland.

Kontakt: Andrea Vogt, Tel u. Fax: 0351 – 41 79 87 91, Mail: freundeskreis@offen-siv.com

Treuhandkonto: Frank Flegel, Nr.: 39 00 94 99 64, Sparkasse Hannover, BLZ 250 501 80

Spendenkonto offen-siv

zur laufenden Finanzierung der Zeitschrift und zur Anschubfinanzierung der Buchveröffentlichungen:

Inland:
Konto Frank Flegel,
Kt.Nr.: 30 90 180 146
bei der Sparkasse Hannover
BLZ 250 501 80

Ausland:
Konto Frank Flegel,

Internat. Kontonummer(IBAN): DE 10 2505 0180 0021 8272 49
Bankidentifikation (BIC): SPKHDE2H.

Bisherige eigenständige Buchveröffentlichungen von offen-siv:

- „Auferstanden aus Ruinen. Über das revolutionäre Erbe der DDR."

Protokollband der von der Zeitschrift Offensiv durchgeführten Konferenz zum 50. Jahrestag der Gründung der DDR am 21./22. Nov. 1999 in Berlin

mit Beiträgen von Kurt Andrä, Erich Buchholz, Pavel Dektar (Tschechische Republik), Walter Florath(†), Kurt Gossweiler, Ulrich Huar(†), Michael Opperskalski, Marta Rafael, Hans Schröter(†), Klaus Steiniger, Rolf Vellay(†), Karl-Eduard von Schnitzler(†), Zbigniew Wiktor (Polen).

212 S., 10,00 E (ISBN: 3-00-005444-8), Hannover 2000, Bezug nur über uns.

- „Imperialismus und anti-imperialistische Kämpfe im 21. Jahrhundert."

Protokollband der von der Zeitschrift Offensiv in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift RotFuchs durchgeführten Konferenz vom 28./29. Okt. 2000 in Berlin

mit Beiträgen von Harpal Brar (Socialist Labour Party, Großbritannien), Christian Christians (BRD), Jo Cottenier (PTB, Belgien), Teddy John Frank (KPML(r), Schweden), Ulrich Huar(†) (DKP, BRD), Anneke Ioannatou (KKE, Griechenland), Khwesie Kadalie (ANC, Südafrika), Herbert Kandel(†) (KPÖ, Österreich), René Lefort (Coordination Communiste, Frankreich), Robert Medernach (KPL, Luxemburg), Gerhard Niebling(†) (ehem. MfS, SED, DKP, BRD), Michael Opperskalski (DKP, BRD), Willi Opitz (ehem. MfS, SED, DKP, BRD), Paolo Pioppi (Nino Pasti Foundation, Italien), Karel Intera (KSCM, Tschechische Republik), Dieter Popp (ehem. Kundschafter der DDR, DKP, BRD), Andrea Schön (Netzwerk Cuba, DKP, BRD), Klaus Steiniger (RotFuchs, SED, DKP, BRD), Schungu Tunda Nonga (Congo/BRD), Rolf Vellay(†) (BRD), Zbigniew Wiktor (Bund Polnischer Kommunisten, Polen).

290 S., 10,00 E (ISBN 3-00-007420-1), Hannover 2001, Bezug nur über uns.

- „Niederlagenanalyse. Die Ursachen für den Sieg der Konterrevolution in Europa

Reprint der besten Offensiv-Artikel aus 15 Jahren

Harpal Brar (Großbritannien), Cercle Henri Barbusse (Frankreich), Pavel Dektar (Tschechische Republik), Gerhard Feldbauer (BRD), Frank Flegel (BRD), Kurt Gossweiler (BRD), Gerald Hoffmann (BRD), Ulrich Huar(†) (BRD), Karel Intera (Tschechische Republik), Anneke Ioannatou (Griechenland), Hermann Jacobs (BRD), Kommunistische Initiative Österreich, Kommunistische Partei Chinas, Kommunistische Partei Griechenlands, Michael Opperskalski (BRD), Andreas Reichel (BRD), Andrea Schön (BRD), Rolf Vellay(†) (BRD), André Vogt (BRD), Andrea Vogt (BRD), Zbigniew Wiktor (Polen).

380 S., 12,50 €, (ISBN 978-3-00-021905-4), Hannover 2007.

„Und was war es nun wirklich?“

Festschrift für Kurt Gossweiler anlässlich seines 90. Geburtstags

Erich Buchholz, Ellen Brombacher, Otto Bruckner, Gerd Deumlich, Irene Eckert, Stefan Eggerdinger, Hans Fischer, Regine Fischer, Frank Flegel, Dieter Hainke, Anna C. Heinrich, Hans Heinz Holz, Margot Honecker, Ulrich Huar(†), Dieter Itzerott, Jean-Marie Jacoby, Heinz Keßler, Kommunistische Arbeiterzeitung, Günther Lange, Hermann Leihkauf, W.I.Lenin, Robert Medernach, Hanfried Müller, Eva Niemeyer, Matthias Oehme, Michael Opperskalski, Marlies Renkl, Max Renkl, Lisl Rizy, Dieter Rolle, Eva Ruppert, Heinz Schmidt, Renate Schönfeld, Werner Seppmann, Studenten des „offen-siv“-Fernstudiums, Wolfram Triller, `Trotz alledem´- Zeitschrift der KPD(B), André Vogt, Andrea Vogt, Zbigniew Wiktor, ZK der KPD.

148 S., 12.50 €, (ISBN 978-3-00-022827-8), Hannover 2007, Bezug nur über uns.